



Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept

Ottokar Luban

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
2008

Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept

OTTOKAR LUBAN

Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept

Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE
HEFT 6

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus

ISBN 978-3-89819-301-6

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2008
Harkortstraße 10
D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 / Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler
unter Verwendung der Bronzestatue Rosa Luxemburgs von Hanna Studnizka
der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. (Foto: Gerhard Märker)
Redaktion & Satz: Lutz Höll
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH,
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorbemerkung	7
1. Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept	11
2. Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der bolschewistischen Revolutions- politik in Russland	26
3. »Das gefährliche Wort«. Die Stellung der SED zu Rosa Luxemburg	43
4. Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Dezember 1918)	51
5. Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit	67
6. Rosa Luxemburgs Engagement für den politischen Massenstreik. Zwei bisher unveröffentlichte parteiinterne Ansprachen vom Sommer 1913	118
7. Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges	127

6	Ottokar Luban	
8.	Führung und Basis des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebnecht-Kreises (Spartakusgruppe), 1915–1918. Biographien und soziale Zusammensetzung	172
9.	Mathilde Jacob – mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Mit dem Text von 2 Briefen M. Jacobs an Clara Zetkin, Januar/März 1919	196
10.	Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe (1914–1919)	229
11.	Fanny Thomas-Jeziarska (1887–1945). Von Rosa Luxemburg zu Gramsci, Stalin und August Thalheimer – Stationen einer internationalen Sozialistin	240
12.	Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – Verbindungen zwischen Linksozialisten und bürgerlichen Pazifisten	286
	Abkürzungsverzeichnis	306
	Personenindex	309
	Über den Autor	315

Vorbemerkung

90 Jahre nach der Ermordung Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1919 durch reaktionäre Freikorpsstruppen in Berlin ist das internationale Interesse für ihre Ideen, für ihr politisches Wirken und ihr persönliches Leben ungebrochen. Biographien und Aufsatzsammlungen über Rosa Luxemburg sowie Neuauflagen ihrer Schriften sind in den letzten Jahren in Japan, Indien, Brasilien, den USA, Australien sowie in Frankreich und in Deutschland erschienen. Rosa-Luxemburg-Konferenzen mit internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben u. a. in Chicago (1998), Finnland (Tampere – 1998), Berlin (1999), in Zürich (2000), Bochum (2002), Moskau (2004), Johannesburg (2004), Italien (Bergamo – 2004), in China (Guangzhou – 2004, Wuhan – 2006) und in Tokio (2007) stattgefunden. Im Januar 2009 kommen erneut Luxemburg-Forscher aus vielen Ländern diesmal in Berlin im Rahmen einer zweitägigen Tagung zum Gedankenaustausch zusammen.

Die vielseitige marxistische Theoretikerin, exzellente Journalistin und wirkungsvolle Agitatorin Rosa Luxemburg vertrat ihre Auffassungen mit aller Konsequenz, auch als sie ab 1906 damit in die Minderheit geriet, und nahm alle damit verbundenen materiellen Nachteile, im Kriege auch eine langjährige Inhaftierung, in Kauf. Mit dieser autonomen Haltung verkörpert Rosa Luxemburg eine Glaubwürdigkeit, die bei den meisten Politikern der heutigen Zeit von den Menschen vermisst wird. Inhaltlich von besonderer Anziehungskraft an Rosa Luxemburgs theoretisch-politischem Konzept ist die stark basisdemokratische Orientierung. Als Symbol eines menschlichen, freiheitlichen Sozialismus ist sie ein Dorn im Fleische des Kommunismus der leninschen und besonders der stalinschen Version gewesen und geblieben. Denn sie erinnerte immer wieder daran, dass Sozialismus nur in einem freiheitlichen Prozess ohne Unterdrückung der politisch Andersdenkenden zu

realisieren ist. Sie war und ist aber auch immer ein Dorn im Fleische der sozialdemokratischen Parteien, weil sie daran erinnert, dass das Ziel der Sozialdemokratie nicht nur in der Herstellung der politischen Gleichstellung besteht, sondern gleichzeitig auch in der Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung aller Bürger. Und Rosa Luxemburg wirkt auch als ein Dorn im Fleische der »Globalisierungsgesellschaft«, weil ihr Leben und Werk immer wieder daran erinnert, sich nicht mit den schreienden Ungerechtigkeiten insbesondere in der »Dritten Welt« abzufinden, sondern sich mit voller Kraft und mit nicht nachlassender Hartnäckigkeit gegen alle kriegerischen Tendenzen und Handlungen, gegen Armut, Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen.

Mit der Öffnung der meisten früheren DDR- und UdSSR-Archive für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seit Beginn der 1990er Jahre hat sich gerade für die Biographie Rosa Luxemburgs und für die Geschichte ihrer politischen Gruppierung (Gruppe »Internationale«, später Spartakusgruppe bzw. Spartakusbund) die Quellengrundlage erheblich verbessert. Der Verfasser hat versucht, sowohl durch Erschließung dieser Materialien wie durch eine intensivere Ausschöpfung der Archivalien aus den westlichen Ländern neue Forschungsergebnisse zu erzielen und damit ein differenzierteres Geschichtsbild zu gewinnen. Für diesen Band sind die für Rosa Luxemburgs Ideen und politisches Wirken besonders signifikanten Aufsätze des Verfassers ausgewählt worden, die im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte entstanden sind. Ein spezielles Anliegen des Autors war es, die Bedeutung der normalerweise so gut wie unbekannt bleibenden Helferinnen und Helfer wie beispielsweise Mathilde Jacob, Fanny Jeziarska, Eduard Fuchs und Julius Gerson hervorzuheben. Ohne deren Unterstützung hätten politisch herausragende Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg nicht die volle Wirksamkeit entfalten können. Deshalb wurden auch diese biographische Skizzen von Personen aus dem Kreis um Rosa Luxemburg in diesen Band aufgenommen. Für vielfältige kollegiale Hinweise bei der Textbearbeitung danke ich Dr. Eckhard Müller. Großen Dank für viele wichtige inhaltliche Anregungen und eine fortlaufende Ermutigung gebührt Prof. Dr. Annelies Laschitza und Prof. Dr. Jakow Drabkin. Mein Dank

gilt auch Dr. Ruth Stoljarowa und Prof. Dr. Alexander Vatlin für die wertvolle Hilfe bei der Erschließung der russischen Archivalien.

Ottokar Luban

Berlin, im November 2008

1. Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept¹

Vorbemerkung

»Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.«² Mit diesem Satz in ihrem unvollendeten Manuskript vom September 1918 über die russische Revolution ist Rosa Luxemburg als freiheitliche Sozialistin weltbekannt geworden.

In Deutschland ist in jüngster Zeit mehrfach von Publizisten und Wissenschaftlern bezweifelt worden, ob Rosa Luxemburg eine demokratische Konzeption und Politik vertreten und praktiziert habe.³ Mit unterschiedlichen Argumenten sind Jürgen Rojahn auf der Pekinger Konferenz von 1994 sowie ich selbst in einer 2001 veröffentlichten Stu-

1 Überarbeitete Fassung eines Referates, gehalten auf der Konferenz der »Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft« am 21. November 2004 in Guangzhou, China. Bisher veröffentlicht in leicht unterschiedlichen Fassungen in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin. II/2006. S. 23–32; Narihiko Ito / Theodor Bergmann / Stefan Hochstadt / Ottokar Luban (Hrsg.): *China entdeckt Rosa Luxemburg*. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Guangzhou 21./22. November 2004. Berlin 2007. S. 15–24.

2 GW 4. S. 359, Anm. 3.

3 Manfred Scharrer: ROSA LUXEMBURG – »Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark«. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2000/2001. Berlin 2001. S. 391–408; ders.: »Freiheit ist immer ...« Die Legende von Rosa & Karl. Berlin 2002; Bernd Faulenbach: *Rosa Luxemburg als Mythos? Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie*. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum]*. [Klartext Verlag Essen]. Nr. 29/2003. S. 75–88.

die diesen Kritikern Rosa Luxemburgs entgegen getreten.⁴ Dabei ist von mir die Frage aufgeworfen worden, ob Rosa Luxemburg zur von Lenin und den Bolschewiki dominierten kommunistischen Bewegung zu rechnen sei »oder ob sie nicht vielmehr als Vertreterin einer linksradikalen Variante der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten ist, da ihre Ideen durchaus im Spektrum der Vorkriegs-SPD lagen.«⁵ Die Beantwortung dieser Frage – mit dem Schwerpunkt auf Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept – ist nur im Rahmen des gesamthistorischen Kontextes des späten deutschen Kaiserreiches sowie der programmatischen und praktisch-politischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) zum Jahreswechsel 1918/19 möglich.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am Ende des Kaiserreichs

Als Rosa Luxemburg 1898 nach Deutschland übersiedelte, um in der SPD mitzuwirken, kam sie in ein Land mit einer halbabsolutistischen Staatsform. Es gab zwar ein Parlament, den Reichstag, doch dieser hatte wenig Rechte. Der Kaiser, nicht die Reichstagsabgeordneten, bestimmte und ernannte den Reichskanzler und die Staatssekretäre bzw. entließ sie. Der Kaiser entschied über Krieg und Frieden und über alle Angelegenheiten des Heeres und der Marine. Bei der allgemeinen Gesetzgebung konnte der Bundesrat, in dem das Königreich Preußen mit seinem undemokratischen Dreiklassenwahlrecht eine Vormachtstellung besaß, alle

4 Jürgen Rojahn: Parlamentarismus-Kritik und demokratisches Ideal. Wies Rosa Luxemburg einen »dritten Weg« ? In: Theodor Bergmann / Jürgen Rojahn / Fritz Weber (Hrsg.): Die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburg und das Problem der Demokratie. Hamburg 1995. S. 11–27; Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – Demokratische Sozialistin oder Bolschewistin? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001. Berlin 2001. S. 409–420.

5 Ebenda. S. 420.

Vorlagen des Reichstages blockieren. Formal hatte das Parlament ein einziges wirksames Mittel gegenüber der kaiserlichen Regierung, nämlich die Bewilligung oder Ablehnung der von der Regierung benötigten Finanzmittel, das so genannte Budgetrecht.⁶

Faktisch war dieses Mittel ein stumpfes Schwert. Denn im Falle einer Ablehnung der Haushaltsmittel durch den Reichstag drohte die Auflösung des Parlaments mit Neuwahlen. Das war Ende 1906 der Fall, als eine Mehrheit des Reichstages der Regierung die Finanzmittel für die militärische Aufrüstung verweigerte. Nach Auflösung des Parlaments entfachten die reaktionären und konservativen Parteien und Interessenverbände vor den Neuwahlen 1907 eine nationalistische Propagandaschlacht gegen die Sozialdemokraten. Die SPD verlor fast die Hälfte ihrer Reichstagsmandate. Die kaiserliche Regierung hatte sich somit eine Mehrheit für die Bewilligung der Militärausgaben im neuen Reichstag verschafft.⁷

Insgesamt hatte sich das Bürgertum in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts mit dem halbabsolutistischen System arrangiert und entwickelte keine Initiativen für eine Demokratisierung.⁸ Wichtig sind in diesem Zusammenhang zwei Aussagen des Historikers Dieter Groh:

Die bürgerlichen Interessenverbände und Propagandaorganisationen hatten in den 1890er Jahren ihre Instrumente zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung so weit perfektioniert, dass die Mehrheit der Bourgeoisie »nicht nur nationalistisch und imperialistisch, sondern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch antidemokratisch, vor allem aber

6 Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert. In: Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Hrsg. von Werner Conze (Beiheft zur Zeitschrift »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«). Stuttgart 1967. S. 70–92, vor allem: S. 78–84; Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918. Frankfurt a. M. 1997. S. 31–38.

7 Ebenda. S. 215–217.

8 Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1973. S. 23, 25f., 31.

antisozialistisch eingestellt [war], weite Teile auch sogar antiliberal und antisemitisch.«⁹

Die »Machtelite in Verwaltung und Armee« rekrutierte sich bis zum November 1918 »vornehmlich aus spätfeudal-agrarischen Schichten«. ¹⁰ »Neben Schule und Armee erwies sich vor allem die preußische Exekutive [d. h. die Administration – O. L.] als stärkstes Bollwerk gegen das Vordringen der Sozialdemokratie«¹¹ und man kann hinzufügen: auch generell gegen Demokratisierungsbestrebungen.

Man muss sich für die Zeit nach der Novemberrevolution 1918 vor Augen halten, dass die beschriebenen Strukturen des späten Kaiserreichs nicht durch die revolutionären Ereignisse zerstört oder entscheidend verändert wurden.

Trotz der weitgehenden Machtlosigkeit des Reichsparlaments nutzten die deutschen Sozialdemokraten die Wahlkämpfe und die Debatten im Reichstag zur Propagierung ihrer Ideen, und zwar mit großem Erfolg. Bei den Reichstagswahlen stieg die Zahl der SPD-Stimmen und der SPD-Mandate vor dem Ersten Weltkrieg, mit Ausnahme der Wahlen von 1907, stetig an: von 1.427.298 Stimmen (19,7 Prozent) und 35 Reichstags-sitzen (8,8 Prozent) in 1890 auf 4.250.399 Stimmen (34,7 Prozent) und 110 Sitze (27,7 Prozent) im Jahre 1912.¹² Einen ungeheuren Anstieg erlebte die SPD auch bei den Mitgliederzahlen, die sich von 384.327 in 1906 auf 1.085.905 in 1914 fast verdreifachten.¹³

Diese Erfolge der Sozialdemokraten waren unter erschwerten Bedingungen errungen worden. Zwar endete 1890 das zwölf Jahre währende Sozialistengesetz und damit das Verbot der sozialdemokratischen Parteiorganisation, doch drohten danach immer wieder repressive Gesetze gegen die SPD oder sogar reaktionäre Staatsstreiche mit allgemeiner Rücknahme der bescheidenen demokratischen Rechte. Die Wahlkreis-

9 Ebenda. S. 31; siehe auch S. 52f.

10 Ebenda. S. 23.

11 Ebenda. S. 56.

12 Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden. Bd. 2. Berlin 1987. S. 720.

13 Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden. Bd. 1. Berlin 1987. S. 308.

einteilung benachteiligte die Sozialdemokraten in starkem Maße. SPD-Mitglieder und sich offen bekennende SPD-Sympathisanten wurden sozial diskriminiert und von Berufen in der staatlichen Verwaltung ausgeschlossen. »Polizei und Justiz führten vielerorts einen erbarmungslosen Kleinkrieg gegen ihre Presse und Organisationen.«¹⁴ Kritik sozialdemokratischer Journalisten und Redner an den Vertretern der konservativen Verwaltung wurde häufig von den Gerichten als Beleidigung gewertet und mit Gefängnis- oder Geldstrafen geahndet. Die Politische Polizei überwachte die SPD-Organisation mit einem dichten Spitzelnetz. Das Ergebnis dieser Überwachung fand in vielen Akten der Politischen Polizei zu Parteiführern wie August Bebel, aber auch zu Funktionären der mittleren und unteren Parteiebene sowie über einzelne Parteiorganisationen seinen Niederschlag. Ein kleiner Teil dieser Akten ist kurz vor der Novemberrevolution 1918 von der Leitung der Politischen Polizei in Berlin vernichtet worden. Ein großer Teil blieb erhalten und konnte später von der Geschichtsforschung genutzt werden.¹⁵

Grundlage der sozialdemokratischen Programmatik waren die Theorien von Karl Marx in der Interpretation von Friedrich Engels und Karl Kautsky mit dem Parteivorsitzenden August Bebel als wirkungsvollen Agitator dieser Ideen. Demnach würde es auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den hoch industrialisierten Staaten mit wissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit zum Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und einer Machtübernahme durch das Proleta-

14 Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 176.

15 Siehe ebenda; Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. S. 28f., 37f., 115, 523, 525, 534–536, hier insbesondere auch die Anmerkungen 281 und 283; Wilhelm Dittmann: Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. 3 Bde. Frankfurt a. M. / New York 1995. Bd. 1. S. 53f., 89–92 mit Beispielen; Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. 1914–1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918. Bearbeitet von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz. Weimar 1987. S. XII, XXIV–XXVII, 3ff.; Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit. Frankfurt a. Main 1964. S. 275–277.

riat kommen. Die Proletarier und ihre politischen Vertreter würden die errungene Regierungsgewalt zu einer grundlegenden Umstrukturierung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft – hauptsächlich auf dem Wege der Vergesellschaftung der Produktionsmittel – nutzen. Endziel war keine neue Klassenherrschaft durch das Proletariat, sondern eine Gemeinschaft der Gleichen, in der alle Bürgerinnen und Bürger nicht nur politisch gleichgestellt, sondern auch wirtschaftlich und sozial gleichberechtigt sein würden. In der Zeit der kapitalistischen Gesellschaft war es selbstverständliche Aufgabe der SPD, der Arbeiterschaft die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat bewusst zu machen, mit dem Ziel, den Zusammenbruch zu beschleunigen und die Proletarier auf die Aufgabe der Machtübernahme und der anschließenden Errichtung der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten. Gleichzeitig sollte durch die sozialdemokratische Agitation in Versammlungen, Zeitungen und in den Parlamenten öffentlicher Druck zugunsten einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft ausgeübt werden.¹⁶

Die Angaben über die Form der Machtübernahme durch das Proletariat und ihre politische Vertretung blieben in den Reden und Schriften der Sozialdemokraten in der Zeit des späten Kaiserreichs sehr allge-

16 Siehe Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erfurter Programm) von 1891. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl. Berlin 1964. S. 82–86; August Bebel auf dem SPD-Parteitag im Oktober 1899 in Hannover: »Den bürgerlichen Parteien stehen wir gegenüber als eine *revolutionäre* Partei, insofern als wir bestrebt sind an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund auf anders gestaltete, eine sozialistische, zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist. Nach dieser Richtung hin müssen wir unter allen Umständen die schärfste Scheidegrenze aufrechterhalten. Vor allem müssen wir auch daran festhalten, dass die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft *nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann*«. (August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 4. Reden und Schriften, Januar 1896 bis Dezember 1899. Endredaktion: Anneliese Beske und Eckhard Müller. München etc. 1995. S. 482.); Susanne Miller: Das Problem der Freiheit. S. 210–215.

mein. Friedrich Engels sah in einem Brief an die deutschen Parteiführer für die SPD die Möglichkeit, im Rahmen einer republikanischen Verfassung an die Macht zu kommen. Er gab sich aber damit zufrieden, dass dies nicht als Forderung in das Parteiprogramm von 1891 aufgenommen wurde. Denn der Parteivorstand befürchtete bei offener Propagierung der Republik strafrechtliche Schritte gegen die SPD und eventuell sogar ein erneutes Parteiverbot.¹⁷ Karl Kautsky erwartete bei künftigen Wahlen eine eindeutige SPD-Mehrheit, da Dreiviertel der Wähler für die Ziele der Sozialdemokratie zu gewinnen wären.¹⁸ Allerdings schien die Möglichkeit einer proletarischen Regierung trotz des Glaubens an den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft in einiger Ferne zu liegen. Denn die Machtstrukturen des Wilhelminischen Kaiserreichs erwiesen sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges immer wieder als sehr stabil.¹⁹ Dennoch prognostizierte Bebel in aller Öffentlichkeit wiederholt den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, den »Kladderadatsch«, wie z. B. am 22. Januar 1903 und zuletzt am 9. November 1911 im Reichstag.²⁰

Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden von den Sozialdemokraten nur für den Fall erwartet, dass die Bourgeoisie gewaltsamen Widerstand gegen die Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei oder die dann folgende grundlegende Umgestaltung in eine sozialistische Gesellschaft leisten würde.²¹

17 Friedrich Engels: Zur Kritik des Sozialdemokratischen Parteiprogrammentwurfs 1891. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. S. 92-94; siehe auch: Susanne Miller: Das Problem der Freiheit. S. 262.

18 Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand. Hrsg. und eingeleitet von Georg Fülberth. Frankfurt a. M. 1972. S. 69.

19 Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. S. 189.

20 August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 7/1. Reden und Schriften 1899 bis 1905. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller. München u. a. 1997. S. 296; ders.: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 8/2. Reden und Schriften 1906 bis 1913. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller. München u. a. 1997. S. 576.

21 Karl Kautsky: Das Erfurter Programm. Berlin 1965 [Erstausgabe: 1892]. S. 112.

Dabei ist hervorzuheben, dass die sozialdemokratische Programmatik seit dem Erfurter Programm von 1891 nicht allein und in erster Linie die Herstellung der politischen Gleichstellung vorsah, sondern die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft durch die Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung aller Angehörigen der sozialistischen Gesellschaft gleich welcher Herkunft. Die demokratische Staatsform, z. B. die Republik, war »für das ›Endziel‹ [die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft – O. L.] nichts als ein Mittel,« wie die SPD-Historikerin Susanne Miller in ihrem Werk »Das Problem der Freiheit im Sozialismus« formuliert.²²

Rosa Luxemburgs Äußerungen über die Rolle der Demokratie während ihrer ersten Jahre in der SPD

Die Äußerungen Rosa Luxemburgs zur Rolle der Demokratie blieben, insbesondere in ihren ersten Jahren in der deutschen Sozialdemokratie, vollständig im Rahmen der oben grob skizzierten sozialdemokratischen Programmatik und Agitation. Schon in ihrer Schrift »Sozialreform oder Revolution?« mit den 1898/99 entstandenen Zeitungsaufsätzen aus der Auseinandersetzung mit dem Theoretiker des Revisionismus Eduard Bernstein legte Rosa Luxemburg ihre Auffassungen zur Demokratie dar: »[...] die Demokratie ist unentbehrlich, nicht, weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat *überflüssig*, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso *notwendig* wie auch einzig *möglich* macht.«²³ Sie betonte mehrfach, dass es dabei darauf ankäme, die Demokratie für die Machtübernahme durch das Proletariat und seine politische Vertretung mit der anschließenden grundlegenden Umgestaltung in eine sozialistische Gesellschaft zu nutzen.²⁴ Die »Eroberung der Staatsgewalt« durfte nach Luxemburg nicht in Form von »blanquistischen Staatsstreichen einer ›entschlossenen Minderheit‹« erreicht wer-

22 Susanne Miller: Das Problem der Freiheit. S. 269.

23 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? [1899] In: GW 1/1. S. 432. [Hervorhebung im Original.]

24 Ebenda. S. 400f., 428f., S. 431.

den, sondern nur »durch die große, und [zwar] klassenbewußte Volksmasse«. ²⁵ Der »gewerkschaftliche und parlamentarische Kampf« diene dazu, »das Proletariat allmählich zur Besitzergreifung der politischen Gewalt zu führen und zu erziehen.« ²⁶ Auch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft »setzt einen langen und hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat allem Anschein nach mehr als einmal zurückgeworfen wird ...«. ²⁷ Die proletarische Revolution, die Regierungsübernahme durch eine Arbeiterpartei mit anschließender Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, müsse nicht gewaltsam erfolgen, wie sie auf dem SPD-Parteitag 1899 darlegte, »[...] denn wir sind die letzten, die zu Gewaltmitteln greifen, die eine brutale Revolution herbeiwünschen können. Aber solche Dinge hängen nicht von uns ab, sondern von unseren Gegnern [...], und die Frage der Form, in der wir zur Herrschaft gelangen, müssen wir vollständig ausscheiden; das sind Fragen der Umstände, über die wir heute nicht prophezeien können.« ²⁸

Ein basisdemokratisches Konzept der proletarischen Massenbewegung

»Die Massen in der sozialistischen Partei bzw. die Massen in der Arbeiterbewegung entscheiden über den Kurs zum Sozialismus, nicht die Führer, die den Proletariern lediglich den großen Rahmen und stimulierende kurz- und mittelfristige Zielsetzungen vorzugeben haben.« So meine Charakterisierung von Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis in einer 2001 veröffentlichten Studie. ²⁹ Dieses basisdemokratische Leitmotiv Luxemburgs zieht sich durch alle ihre Reden und Schriften, besonders deutlich seit ihrer Kritik von 1904 am ultrazentralistischen Parteikonzept Lenins, und prägt alle ihre Äußerungen bis zum Sparta-

25 Ebenda. S. 434.

26 Ebenda. S. 400f.

27 Ebenda. S. 435.

28 Ebenda. S. 571.

29 Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – Demokratische Sozialistin oder Bolschewistin? S. 411.

kusprogramm vom 14. Dezember 1918 und den letzten Zeitungsaufsätzen in der »Roten Fahne« im Januar 1919.

Unmittelbar nach der russischen Revolution von 1905/06, an der sie selbst für einige Monate teilgenommen hatte, propagierte Rosa Luxemburg die Anwendung des Massenstreiks in den politischen Kämpfen in Deutschland, vor allem zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts im Königreich Preußen. 1910 verlangte sie von der Parteiführung, die politische Forderung nach Errichtung der Republik in die Agitation der Partei aufzunehmen und zu vertreten.³⁰ Damit fand eine stark offensive Note in Luxemburgs politische Konzeption Eingang, die im deutlichen Gegensatz zu der immer vorsichtiger und passiver werdenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes stand, wie der polnische Historiker Feliks Tych 1994 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Beijing hervorgehoben hat.³¹

Luxemburgs basisdemokratisches Konzept für die Rolle der proletarischen Massen prägt nicht nur ihre Massenstreikbroschüre von 1906 und viele Zeitungsartikel der Vorkriegszeit,³² sondern auch die weiteren Arbeiten in der Kriegs- und Revolutionszeit. In der im Frühjahr 1915 verfassten Broschüre »Die Krise der Sozialdemokratie«, wegen des Belagerungszustandes illegal unter dem Verfasser-Pseudonym »Junius« erschienen und deshalb als »Junius-Broschüre« bekannt geworden, analysierte sie die sozialdemokratische Politik der ersten Kriegsmonte: Mögliche Aufrufe zum Massenstreik und zur Dienstverweigerung der Soldaten bei Kriegsausbruch hielt sie in der gegebenen Situation für verfehlt. Denn »große Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteiinstanzen inszeniert.« Aufgabe der sozialdemokratischen Führer sei es, »*die politische Losung, die Klarheit*

30 Rosa Luxemburg: Zeit der Aussaat [1910]. In: GW 2. S. 124ff., 301f.; siehe auch: dies.: Die Theorie und die Praxis [1910]. In: Ebenda. S. 379–387.

31 Feliks Tych: Die Revolution von 1905–1907. Zur Entwicklung der politischen Philosophie Rosa Luxemburgs. In: Theodor Bergmann u. a.: Die Freiheit der Andersdenkenden. S. 81f.

32 Siehe z. B. Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften [1906]. In: GW 2. S. 143, 146; siehe auch: dies.: Was weiter? [1910]. In: Ebenda. S. 299.

über die politischen Aufgaben und Interessen des Proletariats im Kriege« zu geben.³³ Deshalb hätte sich die SPD nach Kriegsausbruch gegen die Beschneidung der freiheitlichen Rechte durch den Belagerungszustand wenden und die Republik fordern müssen.³⁴ Noch unmittelbar vor der deutschen Novemberrevolution 1918 propagierte Luxemburg in einem Artikel im illegal herausgegebenen Spartakusbrief Nr. 12 vom Oktober 1918 erneut die Republik, und zwar als »erste Etappe« der proletarischen Revolution.³⁵

In der sozialdemokratischen Partei hatte es in der Zeit des späten Kaiserreichs keine Festlegung auf die Staatsform gegeben, in der der Sozialismus verwirklicht werden sollte.³⁶ Auch genoss der Parlamentarismus wegen der im Kaiserreich eingeschränkten Rechte der Volksvertretung und der Machtlosigkeit der SPD-Reichstagsfraktion trotz hoher Mandatszahl kein uneingeschränktes Ansehen. Dennoch erwarteten die führenden Sozialdemokraten die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in erster Linie auf der Grundlage einer von der sozialdemokratischen Partei errungenen Mehrheit in einer Republik. Dies war auch die Auffassung Rosa Luxemburgs bis Oktober 1918.

Doch die rasche Etablierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland in den revolutionären Novembertagen 1918 stellte für Rosa Luxemburg eine Art Volksentscheid, ein eindeutiges Votum der Massen, für die Ablösung der halbabsolutistischen Staatsform (die erst in den letzten Oktobertagen 1918 etwas demokratisiert worden war) durch das Räteystem dar.³⁷ Auch in den Städten und Regionen ohne Einfluss von USPD und der Spartakusgruppe wurden Arbeiter- und Soldatenräte, und zwar unter Führung der Mehrheitssozialdemokraten, gegründet.³⁸ In

33 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie [1916]. In: GW 4. S. 148, S. 149.

34 Ebenda. S. 135, 147.

35 Ebenda. S. 396.

36 Susanne Miller: Das Problem der Freiheit. S. 262f., 269.

37 In diesem Sinne: Rosa Luxemburg: Eberts Mamelucken [1918]. In: GW 4. S. 466.

38 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919. Frankfurt a. M. / Berlin /Wien 1978 [erweiterte Taschenbuchausgabe des

einem raschen revolutionären Prozess, an dem also die zögerlichen Mehrheitssozialdemokraten ebenfalls voll beteiligt waren, hatte das Proletariat im Rahmen einer neuen Staatsform, dem Räteystem, die politische Macht ergriffen und sollte sie nach Luxemburgs Meinung nicht sofort wieder bei Wahlen zur Nationalversammlung zur Disposition stellen, sondern nunmehr für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft gebrauchen. Luxemburg knüpfte damit an ihre alten Forderungen aus der Vorkriegszeit an, dass die Sozialdemokratie konsequent die Macht anstreben, übernehmen und für die Realisierung des Sozialismus nutzen sollte. Diese Linie war schon auf dem Parteitag vom Oktober 1891, also schon vor Eintritt Luxemburgs in die SPD, als Richtschnur für die deutsche Sozialdemokratie in einer Resolution festgelegt worden, in der es hieß, »daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß«. ³⁹ Damit hielt sich Luxemburg auch in der Frage der Machtübernahme durchaus im Rahmen der Beschluslage in der SPD.

In dem von Rosa Luxemburg verfassten und am 14. Dezember 1918 veröffentlichten Programm des Spartakusbundes, das auf dem Gründungsparteitag zum Jahreswechsel 1918/19 als Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands angenommen wurde, finden wir die alten Programm- und Argumentationspunkte der Sozialdemokratie wieder, darunter – wie im Erfurter SPD-Programm von 1891 – die »Enteignung von Grund und Boden aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe [...] Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik [...] Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens« als eine wichtige Grundlage für die sozialistische Gesellschaft. ⁴⁰

erstmals 1962 veröffentlichten Standardwerks]. S. 80, 85, 88–113; ders.: Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19. In: Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Hrsg. von Eberhard Kolb. Köln 1972. S. 165–184.

³⁹ August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 3. Reden und Schriften Oktober 1890 bis Dezember 1895. Endredaktion: Anneliese Beske und Eckhard Müller. München u. a. 1995. S. 93.

⁴⁰ Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? [1918]. In: GW 4. S. 447.

Luxemburg betonte sehr prägnant für die Phase der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Mitgestaltung durch die Arbeiterschaft: Die »wirtschaftliche Umwälzung« könne nicht durch die »nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung« eingeführt werden, sondern »sich nur als ein von der großen proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen.«⁴¹ Die revolutionären Delegierten auf allen Ebenen sollten jederzeit durch die Gremien oder Wählerinnen und Wähler zurückberufen und ersetzt werden können.⁴² In den Betrieben sollten die Arbeiter »die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.«⁴³ Arbeiter- und Soldatenräte sollten von der obersten Regierungs- bis zur untersten Gemeindeebene »alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen.«⁴⁴ Die letztere Forderung war als Grundsatz auch im sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1891 enthalten. Dort hieß es: »Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben.«⁴⁵ Mit ihrer Forderung nach der Aufrechterhaltung des Rätensystems befanden sich Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde keinesfalls in der politischen Isolierung. »Die Institution der Räte ... war [nach dem 9. November 1918] innerhalb weniger Monate tatsächlich zur politischen Zielvorstellung einer beachtlichen Massenbewegung geworden«, wie der Historiker Eberhard Kolb 1972 feststellt.⁴⁶ Nicht nur der Spartakusbund (die spätere KPD) und die USPD, sondern auch weite Teile der SPD-Mitgliedschaft genauso wie einige wenige linke bürgerliche Politiker hielten die Räte für ein geeignetes Instrument zur Kontrolle und Ablösung der alten antidemokratischen Machteliten aus der Kaiserzeit – vor allem in der staatlichen Verwaltung und im Heer – und

41 Ebenda. S. 442.

42 Ebenda. S. 446.

43 Ebenda. S. 443.

44 Ebenda. S. 442.

45 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. S. 85.

46 Eberhard Kolb: Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie. S. 165.

damit zur grundlegenden Demokratisierung der Gesellschaft.⁴⁷ Es war das schwerwiegende, sich in der weiteren deutschen Geschichte verhängnisvoll auswirkende Versäumnis der mehrheitssozialdemokratischen Führung, dass sie trotz des Drängens aus breiten Bereichen der Arbeiterschaft und vieler Vorschläge aus den eigenen Reihen die im Rätssystem liegenden Demokratisierungsmöglichkeiten – wenigstens in Form einer zeitlich begrenzten Räteherrschaft oder als Mischsystem von Parlament und Räten – vollständig ungenutzt ließ.⁴⁸

Rosa Luxemburgs basisdemokratisches Konzept bedingte ihr eindeutiges Bekenntnis zum Mehrheitsprinzip im Rätssystem, wie sie es prägnant im Spartakusbund-Programm von Mitte Dezember 1918 formulierte: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«⁴⁹ Die revolutionäre Gewalt sollte nur defensiv zur Abwehr des konterrevolutionären Terrors angewandt werden.⁵⁰ Damit lehnte Luxemburg im Unterschied zu den Bolschewiki eine Minderheitenherrschaft innerhalb des Rätensystems und eine Unterdrückung der Andersdenkenden ab und vertrat eine ausgeprägte Basisdemokratie mit Meinungsfreiheit für alle Proletarier.

Zwar distanzierte sich Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD von der SPD-Politik seit dem Erfurter Programm von 1891 und kennzeichnete die deutsche Sozialdemokratie der Kaiserzeit in einer überspitzten und widersprüchlichen Polemik als rein reformistisch, ohne den Willen zur revolutionären Machtübernahme.⁵¹ Doch betrachtet man

47 Walter Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil I. In: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Hrsg. von Helga Grebing. Essen 2000. S. 273, Anm. 42.

48 Eberhard Kolb: Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie. S. 179–182.

49 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: GW 4. S. 448.

50 Ebenda. S. 443–445.

51 Dies.: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. In: Ebenda. S. 486–494.

Luxemburgs bis 1919 vertretene politische Konzeption sowohl insgesamt wie im einzelnen, so bleibt sie dabei durchaus im Rahmen der sozialdemokratischen Programmatik aus der Zeit vor 1914, wenn auch auf dem äußersten linken Flügel. Dies kam auch bei den Beratungen zur Namensgebung für die neue Partei zum Ausdruck. Denn auf einer Vorkonferenz zum Gründungsparteitag am 29. Dezember 1918 »wandten sich Rosa Luxemburg und Jogiches heftig dagegen,« die Bezeichnung »Kommunistische Partei« wie in Russland zu verwenden, und traten stattdessen für den Namen »Sozialistische Partei« ein.⁵²

Die besondere Charakteristik von Luxemburgs Konzept besteht – im Unterschied sowohl zu dem bürokratischen der SPD wie zu dem ultrazentralistischen der Bolschewiki – in einer stark basisdemokratischen Orientierung. Gerade diese grundsätzliche konsequente freiheitliche Überzeugung Rosa Luxemburgs hat entscheidend dazu beigetragen, dass trotz ihrer politischen Erfolglosigkeit ihr Schicksal und ihr Werk bis in die heutige Zeit nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in vielen Ländern der Welt große Beachtung findet.

52 Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale In: Internationale Pressekorrespondenz. Wien. 4. Jg. (1924). Nr. 28. 29. Februar 1924. S. 306.

2. Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der bolschewistischen Revolutionspolitik in Russland¹

Das im September 1918 verfasste Manuskript Rosa Luxemburgs über die Russische Revolution mit scharfer Kritik an der bolschewistischen Politik war nach der Entstehung mehrere Jahre der Öffentlichkeit vollständig unbekannt geblieben.² Die Publizierung durch Paul Levi zur Jahreswende 1921/22 stellte eine politische Sensation dar. Die Mitbegründerin und Ikone der Kommunistischen Partei Deutschlands hatte in prägnanten Formulierungen die Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewiki als nicht vereinbar mit den sozialistischen Grundsätzen angegriffen, auch wenn sie gleichzeitig den Mut der russischen Genossen hervorhob, eine sozialistische Revolution gewagt zu haben. Levi war in den Monaten der deutschen Revolution ein enger Vertrauter Luxemburgs und seit März 1919 Vorsitzender der KPD. Wegen seiner Differenzen mit den führenden deutschen und russischen Genossen trat er im Februar 1921 zurück. Im April 1921 wurde er wegen seiner öffentlichen Kritik an dem von der KPD-Führung unter Druck von Komintern-Vertretern angezettelten Märzaufstand im mitteldeutschen Industriegebiet aus der Partei

- 1 Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referates, gehalten auf der Rosa Luxemburg Konferenz an der Wuhan University in Wuhan, China, am 20./21. März 2006. Veröffentlicht in leicht abweichenden Fassungen in: HEBAI ACADEMIC JOURNAL. Hebai Xuekan. 2006.3 [ISSN 1003-7071]. S. 10–13; Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen[der Ruhr-Universität Bochum]. [Klartext Verlag Essen]. 36/2006. S. 115–125.
- 2 Eine detaillierte Rezeptionsgeschichte, siehe: Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart. In: BzG. Berlin. 33 (1991). H. 4. S. 435–452.

ausgeschlossen. Jetzt nutzte Levi die Ausführungen Luxemburgs als Argumentationshilfe in seiner Auseinandersetzung mit der Leitung der deutschen und russischen Kommunisten. Demgegenüber behaupteten Luxemburgs alte Parteifreunde Clara Zetkin und Adolf Warski in der hitzigen Kontroverse, dass Luxemburg ihre kritische Haltung gegenüber der bolschewistischen Politik in der Zeit zwischen der Novemberrevolution 1918 und ihrer Ermordung im Januar 1919 weitgehend aufgegeben hätte.³

Seit jener Auseinandersetzung von 1922 standen Luxemburgs kritische Äußerungen gegen Lenins Parteikonzept und gegen die bolschewistische Revolutionspolitik mehrfach im Mittelpunkt politischer und geschichtswissenschaftlicher Debatten, sowohl innerhalb wie außerhalb der kommunistischen Bewegung. Einen besonderen Akzent setzte Stalin 1931, als er die Auffassungen Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger als »halbmenschewistisch« verurteilte. Der »Luxemburgismus« – der Begriff war schon 1925 geprägt worden – wurde nicht mehr allein als eine ideologische Abweichung angesehen, die zu einer Parteistrafe oder zum Parteiausschluss führen konnte, sondern als ein Verbrechen, das in der

3 Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg. Hrsg. und eingeleitet von Paul Levi. o. O. [Berlin] 1922; Text des Manuskripts wiedergegeben nach der Fotokopie des Originals. In: GW 4. S. 332–365; Adolf Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution. Hamburg 1922; Clara Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution. Hamburg 1922; Klaus Kinner: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD. Berlin 1982. S. 60f.; Peter Nettle: Rosa Luxemburg. Köln / Berlin 1965. S. 752–755, auch S. 680–682; Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen, geringfügig veränderte Taschenbuchausgabe. Frankfurt a. M. / Berlin 1986. S. 169–176. Mit dem Schwerpunkt Levi-Zetkin: Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie. Essen 2003. S. 236–238, 252–267, 274f. Mit dem Schwerpunkt Radek-Levi: Jean François Fayet: Karl Radek (1885–1939). Biographie politique. Bern u. a. 2004. S. 352f., 359–396.

Sowjetunion häufig die Verbannung in den GULAG oder die Todesstrafe nach sich zog.

Die negative Bewertung Rosa Luxemburgs setzte sich nach der Gründung der DDR fort. Der ersten Publikation im Jahre 1951 mit einer Auswahl von Rosa Luxemburgs Werken wurden die abwertenden Stellungnahmen Stalins und Thälmanns vorangestellt und in der ebenfalls 1951 erschienenen Rosa-Luxemburg-Biographie des SED-Chefideologen Fred Oelßner erfolgte nach den stalinschen Bewertungskriterien eine ausgesprochene Abkanzelerung der sozialistischen Theoretikerin. Ende der 1960er und in den 1970er Jahren versachlichte sich die Rosa-Luxemburg-Forschung in der DDR, wie sich an der Herausgabe ihrer Gesammelten Werke und ihrer Gesammelten Briefe und der darin enthaltenen Publikation des Manuskriptes über die Russische Revolution, aber auch an den parteioffiziellen Ansprachen auf den jährlichen Gedenkfeiern zeigte.

Während DDR-Historiker wie Annelies Laschitza und Günter Radczun Rosa Luxemburgs Werke in Richtung einer Bolschewiki freundlichen Haltung interpretierten, ohne die Unterschiede zu verschweigen, betonten westliche Forscher wie Peter Nettel, Ossip K. Flechtheim und Hermann Weber stärker die freiheitlich menschliche Akzentuierung der von ihr vertretenen Form von Sozialismus und ihre Kritik an den Bolschewiki.⁴ Erstaunlicherweise sind es neuerdings gerade westdeutsche

4 Jakow Drabkin: Rosa Luxemburg und die Kommunistische Internationale. In: Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998–2000). Hrsg. von Narihiko Ito / Annelies Laschitza / Ottokar Luban. Berlin 2002. S. 138–143; Gilbert Badia: Rosa-Luxemburg-Rezeption im 20. Jahrhundert. In: Ebenda. S. 174–190; Klaus Kinner: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern. In: Ebenda. S. 191–200; siehe Nr. 3 dieses Bandes der »Grünen Reihe«; Hermann Weber: Rosa Luxemburg zwischen Ost und West: Instrumentalisierung im Kalten Krieg bis 1990. In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum]. [Klartext Verlag Essen], Nr. 29 (2003). S. 7–18; Annelies Laschitza / Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt a. M. 1971; Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): Einführung zu: Rosa Luxemburg:

Publizisten und Historiker, die – teilweise in polemisch-unwissenschaftlicher Form – Rosa Luxemburg wieder mehr in die Nähe der Bolschewiki rücken.⁵

Doch nachdem der Kalte Krieg vorbei ist und die meisten relevanten Archive in den früheren kommunistischen Staaten den Forschern frei zugänglich sind, ist es an der Zeit, die Kritik Rosa Luxemburgs an Lenin und den Bolschewiki anhand neu erschlossener Archivalien genauer zu analysieren und differenziert darzustellen. Dabei wird zu verdeutlichen sein, dass Luxemburgs Kritik nicht tagespolitisch bedingt war, sondern dass ihr Ausgangspunkt in der basisdemokratischen Konzeption einer sozialistischen Bewegung bestand und sich bereits frühzeitig in ihren Reden und Schriften niederschlug.

1904: »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« und 1911: »Zur Lage in der russischen Sozialdemokratie (Credo)«

Schon in Luxemburgs 1904 erschienenem Aufsatz »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« wurden die grundsätzlichen Unterschiede zwischen ihrer basisdemokratischen Position und Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept deutlich. Sie wandte sich entschieden gegen Lenins Auffassung, nach der »das Zentralkomitee als der eigentli-

Politische Schriften. Frankfurt am Main 1968. S. 5–46; Hermann Weber: Einleitung. In: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung. Hrsg. und eingel. von Hermann Weber. Berlin 1993. S. 9–48.

- 5 Polemisch: Manfred Scharrer: »Freiheit ist immer ...«. Die Legende von Karl und Rosa. Berlin 2002; sehr sachlich: Bernd Faulenbach: Rosa Luxemburg als Mythos? Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie. In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum].[Klartext Verlag Essen] . Nr. 29 (2003). S. 75–88; Hinweise auf vorangegangene Polemiken in: Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – Demokratische Sozialistin oder Bolschewistin? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001. Berlin 2001. S. 409–411.

che aktive Kern der Partei, alle übrigen Organisationen lediglich als seine ausführenden Organe« erscheinen.⁶ Demgegenüber betonte Luxemburg die Bedeutung der proletarischen Massen: »Die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.«⁷ Für Luxemburg wird die Kreativität der Massen durch die ultrazentralistische Parteiorganisation gehemmt, die »nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen« ist. Die Organisation ist somit »hauptsächlich auf die *Kontrolle* der Parteitätigkeit und nicht auf ihre *Befruchtung*, auf die *Einengung* und nicht auf die *Entfaltung*, auf die *Schurigelung* und nicht auf die *Zusammenziehung* der Bewegung« ausgerichtet.⁸ Und Luxemburg schließt ihre Ausführungen mit der prägnanten, in den späteren Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung vielfach zitierten Formulierung: »Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ›Zentralkomitees‹.«⁹

1911 bekräftigte sie diese kritische Haltung im Rahmen eines Plädoyers für die Aufrechterhaltung der Einheit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, der Luxemburgs Partei, die SDKPiL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen), zusammen mit den Bolschewiki, mehreren Gruppen der Menschewiki, Anhängern Trotzki, dem Jüdischen Bund und weiteren sozialistischen Gruppen angehörte.¹⁰ In diesem längeren Manuskript kritisierte sie »die für die Partei gefährliche Neigung Lenins, komplizierte Probleme und Schwierigkeiten in

6 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie [1904]. In: GW 1/2. S. 425f.

7 Ebenda. S. 427.

8 Ebenda. S. 433f.

9 Ebenda. S. 444.

10 Rosa Luxemburg: Zur Lage in der russischen Sozialdemokratie (Credo) [1911]. In: Feliks Tych: Ein unveröffentlichtes Manuskript von Rosa Luxemburg zur Lage in der russischen Sozialdemokratie. In: IWK. 27 (1991). H. 3. S. 339–343 (Einleitung von F. Tych). S. 344–357.

der Parteientwicklung in Russland mechanisch, gewissermaßen mit Faust und Messer zu erledigen«. ¹¹ Sie warf dabei Lenin vor, den Schwerpunkt der politischen Arbeit auf den innerparteilichen Streit zu legen, den Ausschluss von innerparteilichen Gegnern ohne vorherigen Diskussionsprozess zu betreiben, und trat selbst für eine Klärung im intensiven Meinungsaustausch mit dem Ziel der ideologischen Klarheit und Geschlossenheit sowie des entschlossenen Kampfes gegen die Reaktion in Russland ein. ¹²

In Richtung Menschewiki konstatierte Luxemburg für sich und die SDKPiL »eine wahre Kluft im prinzipiellen Verständnis der gesamten proletarischen Taktik im russischen Reich«. ¹³ In Bezug auf die Bolschewiki fühlte sich Luxemburg auf Grund der Erfahrungen mit ihnen in der ersten russischen Revolution von 1905/06 und in den Folgejahren in ihrer Kritik von 1904 bestätigt und sah weiterhin die Notwendigkeit, »entschieden gegen den Organisationszentrismus Lenins und seiner Freunde aufzutreten, weil sie der Bewegung des Proletariats dadurch eine revolutionäre Richtung sichern wollten, daß sie die Partei rein mechanisch in die Windeln einer geistigen Diktatur des zentralen Vorstandes wickelten«. ¹⁴

1906: »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«

Rosa Luxemburg befand sich mit ihrer Konzeption von der Rolle der proletarischen Massen und der sozialistischen Partei – wie aus ihrer Ende 1906 publizierten Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« ersichtlich wird – auch im Gegensatz zu der seit 1906 immer stärker hervortretenden bürokratischen Haltung der Führung der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften.

11 Ebenda. S. 350f.

12 Ebenda. S. 351f.

13 Ebenda. S. 349.

14 Ebenda. S. 350.

Als Schlussfolgerung aus ihren persönlichen Erfahrungen als Teilnehmerin der ersten russischen Revolution von 1905/06 hob Luxemburg die Bedeutung von Massenaktionen, insbesondere die des Massenstreiks, hervor. Dabei dürfe die sozialdemokratische Partei nicht passiv auf das Eintreten von Massenaktionen, auf revolutionäre Ereignisse warten, sondern müsse die politische Führung übernehmen und immer »der Entwicklung der Dinge *vorauslaufen*, sie zu *beschleunigen* suchen«. Vorrangig sei nicht die technisch-organisatorische Vorbereitung oder eine plötzlich herausgegebene Streikparole, sondern die systematische, auf einen längeren Zeitraum hin angelegte revolutionäre Agitation.¹⁵ Dabei spiele, wie die Erfahrung in Russland gezeigt habe, die Spontaneität der Massen eine bedeutende Rolle.¹⁶ Die Massenaktionen könnten nur Erfolg haben, wenn sie »zu einer wirklichen *Volksbewegung* werden, d. h. die breitesten Schichten des Proletariats mit in den Kampf ziehen«. ¹⁷ Dies könne nicht durch eine »künstlich arrangierte einmalige Demonstration des städtischen Proletariats«, nicht durch »eine bloß aus Disziplin und nach dem Taktstock eines Parteivorstandes« angeordnete Aktion erreicht werden. »Allein eine wirkliche, aus revolutionärer Situation geborene, kräftige und rücksichtslose Kampffraktion des Industrieproletariats müßte sicher auf tieferliegende Schichten zurückwirken und gerade alle diejenigen, die in normalen, ruhigen Zeiten abseits des gewerkschaftlichen Tageskampfes stehen, in einen stürmischen allgemeinen ökonomischen Kampf mitreißen.«¹⁸ Durch Parteitagsbeschlüsse allein ließen sich keine Massenaktionen herbeiführen, wenn nicht die geschichtliche Situation dafür reif sei.¹⁹

Auch wenn die Massenstreikbroschüre in erster Linie an die deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gerichtet ist, so bildet die darin enthaltene basisdemokratische Orientierung erneut einen starken Kontrast zu Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept. Gleichzeitig

15 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften [1906]. In: GW 2. S. 146.

16 Ebenda. S. 132.

17 Ebenda. S. 143.

18 Ebenda. S. 139.

19 Ebenda. S. 151.

taucht – wie der polnische Historiker Feliks Tych hervorgehoben hat²⁰ – als neues Element ihrer Konzeption von der Rolle der sozialdemokratischen Partei die Forderung einer kontinuierlichen aktiven agitatorischen Politik auf, mit dem Ziel einer Stimulierung von Massenaktionen bis zur revolutionären Erhebung.

1915: »Die Krise der Sozialdemokratie« (Junius-Broschüre)

In der im Frühjahr 1915 verfassten Broschüre »Die Krise der Sozialdemokratie«, die erstmals 1916 wegen des Belagerungszustandes illegal unter dem Verfasser-Pseudonym »Junius« erschien und deshalb als »Junius-Broschüre« bekannt geworden ist, analysierte Luxemburg die sozialdemokratische Politik der ersten Kriegsmonate und plädierte mit Verve für eine entschlossene sozialistische Friedenspolitik. Unter erneuter Ablehnung eines putschistischen Vorgehens bekräftigte sie ihre Überzeugung von der Rolle der Massen und der Parteiführung. Mögliche Aufrufe des SPD-Parteivorstandes zum Massenstreik und zur Dienstverweigerung der Soldaten hielt sie in der gegebenen Situation des Kriegsausbruchs und der ersten Kriegsmonate für verfehlt. Denn »[...] große Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteinstanzen inszeniert«. Aufgabe der sozialdemokratischen Führer sei es, »*die politische Losung, die Klarheit über die politischen Aufgaben und Interessen des Proletariats im Kriege*« zu geben.²¹ Deshalb hätte sich die SPD nach Kriegsausbruch gegen die Beschneidung der freiheitlichen Rechte unter dem Belagerungszustand wenden und die Republik fordern müssen.²² Dabei wirkt ihre Typisierung einer sozialistischen Massenbewegung wie die Vorausschau auf die deutsche Novemberrevolution von 1918: »Ob große Volkskundgebungen und Massenak-

20 Feliks Tych: Die Revolution von 1905–1907. Zur Entwicklung der politischen Philosophie Rosa Luxemburgs. In: Theodor Bergmann / Jürgen Rojahn / Fritz Weber (Hrsg.): Die Freiheit des Andersdenkenden. Hamburg 1995. S. 82.

21 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie [1915]. In: GW 4. S. 148f.

22 Ebenda. S. 135, 147.

tionen, sei es in dieser oder jener Form, wirklich stattfinden, darüber entscheidet die ganze Menge ökonomischer, politischer und psychischer Faktoren, die jeweilige Spannung der Klassengegensätze, der Grad der Aufklärung, die Reife der Kampf Stimmung der Massen, die unberechenbar sind und die keine Partei künstlich erzeugen kann ... Die geschichtliche Stunde heischt jedesmal die entsprechenden Formen der Volksbewegung und *schafft sich selbst neue*, improvisiert vorher unbekannte Kampfmittel, sichtet und bereichert das Arsenal des Volkes, unbekümmert um alle Vorschriften der Parteien.«²³

September/Oktober 1918: Das Manuskript über die Russische Revolution

Rosa Luxemburgs basisdemokratische Grundsätze bildeten auch den Ausgangspunkt für ihre Kritik an der bolschewistischen Revolutionspolitik, die sie eindrucksvoll in ihrem nicht ganz vollendeten Manuskript über die von den Bolschewiki bis Sommer 1918 praktizierte Revolutionspolitik formulierte. Für Luxemburg muss die Diktatur des Proletariats »das Werk der *Klasse* und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen ...«²⁴ Und sie bekräftigt immer wieder ihren Standpunkt von der notwendigen Teilhabe der breiten Massen am revolutionären Prozess: »Die ganze Volksmasse muß daran [an der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft] teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert. Unbedingte öffentliche Kontrolle [ist] notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreise der Beamten der neuen Regierung.«²⁵ Folgerichtig lehnt Luxemburg »die so reichliche Anwendung des Terrors durch die Räteregierung« ab, vor allem weil die Bolschewiki ihre Praxis des

23 Ebenda. S. 149.

24 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution [1918]. In: GW 4. S. 363.

25 Ebenda. S. 360.

Terrors »nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen [Proletariat] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen«. ²⁶ Konkreter konterrevolutionärer Widerstand (z. B. in Russland in Form eines Boykotts des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs, des Verwaltungsapparates durch bürgerliche Kräfte) kann und muss nach Luxemburg »durch Entziehung politischer Rechte, wirtschaftlicher Existenzmittel etc.« bekämpft werden, aber im Gegensatz zu den Bolschewiki spricht sie sich – gerade in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht – entschieden gegen »eine allgemeine Entrechtung ganzer breiter Schichten der Gesellschaft [...] als *allgemeine* Regel von *dauernder* Wirkung« aus. ²⁷ Wie schon in ihrer Schrift »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« von 1904 fürchtet sie im Falle einer Einschränkung der demokratischen Rechte die Unterdrückung der Kreativität der Volksmassen, deren schöpferische Kraft für die Verwirklichung einer sozialistischen Politik und erst recht für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unbedingt erforderlich ist. ²⁸ Diese demokratische Grundüberzeugung steht im scharfen Kontrast zu Lenins Partei- und Staatskonzept und zeigt sich immer wieder in vielen Reden und Schriften Rosa Luxemburgs von 1904 bis zum Manuskript über die russische Revolution 1918 und darüber hinaus bis zu ihrem im Dezember 1918 verfassten Spartakus-Programm.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen verbleiben im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Konzeptionen Luxemburgs und Lenins drei wichtige Fragen: 1) Teilten die anderen Führungsmitglieder der Spartakusgruppe – ab 11. November 1918 Spartakusbund, ab 31. Dezember 1918 Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) – Rosa Luxemburgs Kritik an der bolschewistischen Revolutionspolitik? 2) Gab Luxemburg ihre kritische Haltung gegenüber den Bolschewiki nach der deutschen Novemberrevolution 1918 auf? 3) Bestand zwischen Luxemburg und den führenden Bolschewiki Feindschaft oder kritische Solidarität?

²⁶ Ebenda. S. 364, weitere Ausführungen zum Terror: S. 361f.

²⁷ Ebenda. S. 358.

²⁸ Ebenda. S. 356, 358, 363f.

Die Haltung der Spartakusführung zur Revolutionspolitik der Bolschewiki

Es ist wohl bekannt, dass Clara Zetkin und Franz Mehring im Sommer 1918 die Bolschewiki in mehreren öffentlichen Stellungnahmen verteidigten.²⁹ Paul Levi widersprach im September und Oktober 1918 den Bolschewiki-kritischen Äußerungen Luxemburgs, während er in den 1920er Jahren ihre Argumente gegen die kommunistischen Führungen in Berlin und Moskau verwendete.³⁰ Karl Liebknecht schmuggelte im Sommer 1918 einen Kassiber mit Kritik an den russischen Genossen aus dem Zuchthaus, bat aber kurz darauf diese Sätze nicht zu veröffentlichen.³¹ Leo Jogiches, Luxemburgs langjähriger politischer Weggefährte und Leiter der illegalen Spartakuspropaganda im Weltkrieg, legte Ende November, Anfang Dezember 1918 einem polnischen Genossen die Differenzen zu den Bolschewiki sehr deutlich dar.³² Und Käthe Duncker, die im Kriege zeitweise ebenfalls die Spartakusgruppe leitete, drückte ihre Enttäuschung über die Politik der Bolschewiki mit den Worten aus: »Die Sache der Bolsch[ewiki] muß man ja als verloren betrachten. Die Mittel, durch die sie sich zu halten suchen, beweisen, daß sie verloren sind. Nicht als ob ich ihnen moralische Vorwürfe machen wollte, aber ein System, das sich nur dadurch halten kann, daß es den Terror als Prinzip erklärt; ein System, bei dem Unbeteiligte als Geiseln erschossen werden, das kann sich nicht halten, das trägt den Todeskeim in sich. Ihr Wille war der beste, aber die Verhältnisse sind stärker als sie, sie haben

29 Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin 1994. S. 158–161; Offenes Schreiben Franz Mehrings vom 3. Juni 1918 an die Bolschewiki. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II. 1914–1945. Bd. 2: November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1957. S. 158–162.

30 Sybille Quack: Geistig frei. S.133–136, 169–176.

31 Karl Liebknecht an Sophie Liebknecht, 6. Juli 1918 und 12. August 1918. In: Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. IX. Mai 1915–15. Januar 1919. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1968. S. 545, 557.

32 RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 124. D. 539. Bl. 42 Rückseite.

sie gezwungen, das Gegenteil von dem zu tun, was sie eigentlich wollten.«³³ Wie die Spartakusführer sich intern äußerten, übermittelte Angelica Balabanova, die Sekretärin der linken Internationalen Sozialistischen Kommission, die während eines mehrtägigen Berlin-Aufenthaltes mit Mitgliedern der Spartakusführung gesprochen hatte, in einem Schreiben vom 19. Oktober 1918 an Lenin: »Die Frage des Terrors macht einige von ihnen betroffen, vor allem die Frage der Geiseln [Geislerschießungen].«³⁴ Diese Fakten zeigen deutlich, dass die Kritik an den Bolschewiki im Kreis der führenden Spartakusmitglieder weit verbreitet war.

Die Frage eines möglichen Meinungswechsels Rosa Luxemburgs

In der bereits erwähnten gegen Ende 1921 einsetzenden hitzigen Debatte stellte Clara Zetkin die Behauptung in den Raum, Luxemburg hätte ihre kritischen Einwände gegen die bolschewistische Politik nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis am 8. November 1918 weitgehend aufgegeben und deshalb auch keine Veröffentlichung ihres Manuskriptes über die russische Revolution gewünscht. Dies sei auch nach Luxemburgs Ermordung von Jogiches an Zetkin so weitergegeben worden.³⁵ Diese Aussage Zetkins hat bei genauerer Betrachtung wenig Relevanz. In den Revolutionswochen nach dem 9. November 1918 war an eine Veröffentlichung von Broschüren Rosa Luxemburgs nicht zu denken, da alle ihre Manuskripte aus der Gefängniszeit – bis auf die Korolenko-Arbeit – bei befreundeten Genossen in Breslau geblieben und auch Ende März 1919 noch immer nicht in Berlin eingetroffen waren.³⁶ Auch wegen der Pa-

33 Käte Duncker an Hermann Duncker, 15. September 1918. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 141. Bl. 147.

34 Angelica Balabanova an Lenin, 19. Oktober [1918]. In: RGASPI. Moskau. F. 5. Op. 3. D. 80. Bl. 2, Rückseite.

35 Tania Puschnerat: Clara Zetkin. S. 274f.

36 Mathilde Jacob an Clara Zetkin, 25. Januar 1919. In: Ottokar Luban: Mathilde Jacob – mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Siehe Beitrag 9 dieses Bandes. S. 224; Annelies Laschitza: Zum Umgang. S. 440 mit Anm. 37.

pierknappheit und der äußerst dünnen Personaldecke war an die Herausgabe von umfangreicheren Schriften der KPD zu jener Zeit nicht zu denken. Es erscheint deshalb unwahrscheinlich, dass überhaupt noch bis zu Jogiches' Ermordung Anfang März 1919 über die Frage diskutiert worden ist, welche Manuskripte nicht publiziert werden sollten. Zetkin selbst hat Rosa Luxemburg in den Revolutionswochen bis zur Ermordung am 15. Januar 1919 nicht mehr persönlich, nur einmal telefonisch gesprochen. Wenig wahrscheinlich ist auch, dass Jogiches – wie von Zetkin behauptet – gegen die Publizierung des Manuskriptes über die russische Revolution gewesen sein soll, da er Ende November, Anfang Dezember 1918 gegenüber dem polnischen Genossen Walecki »noch schroffer« als Luxemburg die Gegensätze zu den Bolschewiki hervorgehoben hatte.³⁷

In der politischen Debatte von 1922 berief sich Rosa Luxemburgs langjähriger polnischer Parteifreund Adolf Warski auf einen Brief Luxemburgs vom Dezember 1918, in dem sie angeblich ihre kritische Haltung gegenüber der bolschewistischen Revolutionspolitik in den meisten Punkten aufgegeben hätte, auch in Bezug auf den revolutionären Terror. Doch dieses, wie ein echtes Brieffragment wirkende Produkt, ist eine von Adolf Warski aus dem Gedächtnis wiedergegebene Version,³⁸ dessen Originaltext nie veröffentlicht worden ist, obwohl die zahl-

37 RGASPI. Moskau. F 495. Op. 124. D. 539. Bl. 42 Rückseite.

38 Warski (Adolf Warski: Luxemburg zu taktischen Problemen der Revolution. S. 6f.) erklärt die Herkunft des Briefes: »Ende November oder Anfang Dezember 1918 brachte mir ein deutscher Wehrmann aus Berlin einen kleinen polnisch geschriebenen Zettel von Rosa Luxemburg nach Warschau, in dem sie mir als Antwort auf meine Mitteilungen etwa folgendes [!!!] schrieb: [...(Es folgt der Brieftext)]«. Paul Frölich, der mit Warski insbesondere wegen der Herausgabe der Werke Luxemburgs im Kontakt gestanden hatte, erklärt dies deutlicher: »Warski zitiert aus dem Gedächtnis.« (Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Mit einem Nachwort von Iring Fetscher. 4. Ausg., Frankfurt a. M. 1973. S. 298 mit Anm. 25.) (Ders.: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Mit einem Nachwort von Klaus Kinner. Berlin 1990. S. 318, Anm. 1*). Der Brieftext ist auch – ohne Hinweis auf die Charakteristik des Schriftstückes – abgedruckt in: GB 6. S. 211. Ebenfalls ohne Einschränkungen eine Wiedergabe bei Peter Nettel: Rosa Luxemburg. S. 680f.

reichen parteioffiziellen Publikationen zur Geschichte der KPD seit den zwanziger Jahren reichlich Gelegenheit dazu geboten hätten. Sowohl für die Geschichtsforschung wie für eine seriöse politische Diskussion ist dieses angebliche Brieffragment vollständig wertlos und irrelevant. Es gibt jedoch eine anders lautende Aussage in dem bereits erwähnten handschriftlichen, undatierten Bericht des polnischen KPP-Gründungsmitgliedes Henryk Walecki. Er führte auf dem Rückweg aus dem Schweizer Exil nach Warschau Ende November oder Anfang Dezember 1918 in Berlin mehrfach Gespräche mit Rosa Luxemburg, wobei sie ihre kritische Distanz zu den Auffassungen der Bolschewiki zum Ausdruck brachte: »Sie betonte wieder die Scheidungsmomente in der Bauernfrage, der nationalen Frage, in der Frage des Terrors.«³⁹

Die Unterschiede zu den Bolschewiki kamen auch in aller Deutlichkeit in mehreren Passagen des von Luxemburg Mitte Dezember verfassten Programms »Was will der Spartakusbund?«, ab Ende Dezember 1918 Parteiprogramm der frisch gegründeten KPD, zum Ausdruck. Die revolutionäre Gewalt sollte unter einer sozialistischen Regierung nur defensiv zur Abwehr des konterrevolutionären Terrors angewendet werden.⁴⁰ Gleichzeitig legte sie ein eindeutiges Bekenntnis zum Mehrheitsprinzip im Räteystem ab: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«⁴¹ All diese Formulierungen Luxemburgs wirken wie eine Bekräftigung ihrer Kritik an der Politik der Bolschewiki, eine Kritik, wie sie in dem Manuskript zur russischen Revolution enthalten ist. Dies vermutete auch Paul Frölich, der spätere Rosa-Luxemburg-Biograph. Dieser war 1918 noch ein Anhänger Lenins, der auf dem KPD-Gründungsparteitag Ende Dezember 1918 gegen Luxemburgs Aussagen zum rein defensiven Charakter der revolutionären Gewalt und zum Mehrheitsprinzip protestierte, weil er

39 RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 124. D. 539. Bl. 41, Rückseite.

40 GW 4. S. 443–445.

41 Ebenda. S. 448.

darin eine versteckte Kritik an der bolschewistischen Politik sah.⁴² Wie diese Äußerungen und das Parteiprogramm zeigen, blieb Rosa Luxemburg auch in den hektischen Revolutionswochen 1918/19 bis zu ihrem Tode ihrer basisdemokratischen Überzeugung treu.

Gegnerschaft oder kritische Solidarität?

Rosa Luxemburg erkannte durchaus das Verdienst der Bolschewiki an, als erste Arbeiterpartei die Macht ergriffen zu haben, um eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Sie hoffte, dass eine erfolgreiche Revolution in Mittel- und Westeuropa oder zumindest in Deutschland, auf Grund der damit verbundenen außenpolitischen und militärischen Entlastung des sozialistischen Russlands, die falschen Methoden der russischen Genossen korrigieren würde. Dies brachte Luxemburg sowohl in ihrem Manuskript über die russische Revolution wie in ihrer Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag zum Ausdruck.⁴³ Doch auch wenn sie sich der schwierigen Situation bewusst war, in der sich die bolschewistische Regierung befand, sah sie die Notwendigkeit, die russischen Genossen an die – nach ihrer Meinung unbedingt einzuhaltenen – sozialistischen Freiheitsprinzipien zu erinnern, »[...] denn ganz zu schweigen, ist unmöglich«, wie sie im September 1918 aus dem Gefängnis an ihren polnischen Genossen Stefan Bratman-Brodowski schrieb.⁴⁴

Den Plänen Lenins zur Gründung einer Kommunistischen Internationale widersprachen Luxemburg und die KPD-Führung, weil diese Gründung erst erfolgen dürfte, wenn die sozialistische Parteien in Europa eine Massenbasis gewonnen hätten wie die Partei in Russland.⁴⁵ Nichtsdestotrotz kooperierten Rosa Luxemburg und ihre engeren Gesinnungs-

42 Diskussionsbeitrag von Paul Frölich. In: Hermann Weber (Hrsg.): Die Gründung der KPD. S. 202–203.

43 GW 4. S. 341, 365, 496.

44 Rosa Luxemburg an Stefan Bratman-Brodowski, 3. September 1918. In: GB 6. S. 206–208, Zitat: S. 207.

45 RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 124. D. 539. Bl. 42, Rückseite (handgeschriebener Bericht H. Waleckis in deutscher Sprache).

genossen mit den Bolschewiki. Mitte Dezember 1918 wurde ein langjähriger Vertrauensmann der Spartakusführung, der Kulturhistoriker Eduard Fuchs, mit einem Brief Rosa Luxemburgs und mündlichen Botschaften über die Lage in Deutschland sowie über die Auffassungen und politischen Aktivitäten des Spartakusbundes auf den beschwerlichen Weg nach Moskau zu Lenin geschickt.⁴⁶ Leo Jogiches, der nach der Ermordung Luxemburgs die KPD-Führung übernommen hatte, setzte diesen Kontakt fort, berichtete in einem Brief von Anfang Februar 1919 an Lenin und die Parteileitung der Bolschewiki über die Situation in der deutschen Arbeiterbewegung und bat, nachdem bereits Eduard Fuchs Geld aus Russland für die deutschen Kommunisten mitgebracht hatte, um weitere finanzielle Unterstützung.⁴⁷ Dem Wunsch Lenins nach Zustimmung zur Gründung der Kommunistischen Internationale entsprach die KPD-Führung dennoch nicht. Vielmehr beschloss die KPD-Zentrale, ihr Mitglied Hugo Eberlein mit dem gebundenen Mandat nach Moskau zu schicken, gegen die Neugründung zu stimmen.⁴⁸ Die deutschen Kommunisten bewahrten also ihre Eigenständigkeit.

Luxemburg und die Spartakusführung teilten mit den Bolschewiki das gemeinsame Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, übten aber schärfste Kritik an der Art, wie dieses Ziel in Russland verwirklicht werden sollte. Für diese kritische Haltung der Spartakusführung zur bolschewistischen Revolutionspolitik bei gleichzeitiger Übereinstimmung im angestrebten Endziel fand Leo Jogiches in einem Brief an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918 eine prägnante Formulierung: Das »*sozialistische* Russland« sei »zwar ein *krüppliches*, aber immerhin doch *unser* Kind.«⁴⁹

46 Rosa Luxemburg an W. I. Lenin, 20. Dezember [1918]. In: GB 6. S. 212.

47 Leo Jogiches an W. I. Lenin, 4. Februar 1919. In: Ruth Stoljarowa: Vor 80 Jahren wurde Leo Jogiches ermordet. Vier unbekannte oder vergessene Dokumente aus den Jahre 1917–1919. In: BzG. 40 (1998). H. 4. S. 65–82, hier: S. 72–74.

48 Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale. In: Internationale Pressekorrespondenz. Wien. 4 (1924). Nr. 28. 29. Februar 1924. S. 306.

49 Leo Jogiches an Sophie Liebknecht, 7. September 1918. In: Feliks Tych / Ottokar Luban: Die Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki. Ein Kasiber Leo Jogiches' aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918. In: IWK. 33 (1997). H. 1. S. 92–102, hier: S. 100.

Schlussbemerkungen

Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Partei- und Revolutionskonzept lag – bei gleicher Zielsetzung einer sozialistischen Gesellschaft – eine fundamental unterschiedliche Auffassung über den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu Grunde. Für Luxemburg konnte die sozialistische Gesellschaft nur in einem längeren Prozess unter ständiger intensiver Mitwirkung der Arbeiterschaft, mit voller politischer Freiheit für alle Proletarierinnen und Proletarier, ohne Unterdrückung abweichender Meinungen realisiert werden. Dies war für sie die unabdingbare Voraussetzung, um ein Höchstmaß an aktiver und kreativer Teilnahme der Arbeiterklasse bei der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft zu sichern. Eine Gesellschaft, die im Endzustand die gleichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger garantieren sollte.

Es war eine Tragödie für die Arbeiterbewegung (möglicherweise auch für die europäische Geschichte), dass der Mord an Rosa Luxemburg und an vielen ihrer Mitstreiter/innen durch die reaktionären Freikorpsstruppen die Möglichkeiten für eine basisdemokratische Entwicklung der kommunistischen Parteien entscheidend schwächte. Die Frage »Luxemburg oder Stalin«? wie der zugespitzt formulierte Titel einer kommentierten Dokumentation über die KPD und die Kommunistische Internationale im Jahre 1928 lautet,⁵⁰ wurde zugunsten des Stalinismus, und damit des stalinschen Terrorismus und Imperialismus, beantwortet. Das gerade in jüngster Zeit im politischen und geschichtswissenschaftlichen Raum wieder angestiegene weltweite Interesse am Schicksal und am Werk Rosa Luxemburgs zeigt, dass die von ihr formulierten Ideen eines strikt freiheitlichen und menschlichen Sozialismus als ein politisches Zukunftsmodell noch immer einen starken Einfluss auf die Menschen am Anfang des 21. Jahrhunderts ausüben.

50 Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation. Hrsg. von Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas und Klaus Kinner. Berlin 2003.

3. »Das gefährliche Wort«. Die Stellung der SED zu Rosa Luxemburg¹

Bis zum Ende der DDR berief sich die durch eine Vereinigung von KPD und SPD in Ostdeutschland entstandene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) auf vielen Gedenkveranstaltungen sowie in fachhistorischen Publikationen ihres Parteiinstituts darauf, im Sinne Rosa Luxemburgs und ihrer Mitstreiter Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin zu handeln, wie dies beispielsweise in einem Leitartikel des »Neuen Deutschland« vom 15. Januar 1969 zum Ausdruck kam: »Wir haben in 20 Jahren [des Bestehens der DDR] das klare Vermächtnis von Karl [Liebknecht] und Rosa [Luxemburg] erfüllt.« Mit diesem Anspruch handelte sich allerdings die SED eine Menge Probleme ein. Denn die Vorstellungen Rosa Luxemburgs über eine sozialistische Partei und ihre Politik, vor allem ihr Demokratiebegriff, standen im krassen Gegensatz zu dem der leninistischen Sozialistischen Einheitspartei.

Dies wurde besonders deutlich, als 1951 – also noch in der Stalin-Ära – anlässlich des 80. Geburtstages Rosa Luxemburgs an ihre Auffassungen nicht nur der Maßstab der leninschen Kritik, sondern auch der des berüchtigten Verdammungsurteils Stalins aus dem Jahre 1931 angelegt wurde. Hierin waren die deutschen Linken, hauptsächlich Luxemburg und ihr politischer Freundeskreis, wegen ihrer vor und während der Zeit

1 Überarbeitetes Referat, gehalten auf der Konferenz der »Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft« in Berlin am 9. Januar 1999. Veröffentlicht in leicht abweichenden Fassungen in: »Neues Deutschland.« Berlin-Ausgabe. 54. Jg. Nr. 7. vom 9./10. Januar 1999. S. 15; Narihiko Ito / Annelies Laschitza / Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998–2000). Berlin 2002. S.156–160.

des Ersten Weltkrieges von den der Bolschewiki abweichenden Meinungen als Halbenschewiki bezeichnet worden. In der zweibändigen Edition von 1951 mit mehreren »Ausgewählten Reden und Schriften« Rosa Luxemburgs wurden einige Aufsätze Lenins sowie die Stellungnahme Stalins vorangestellt, eine ungewöhnliche Form für eine Textpublikation. Der alte Kampfgefährte der KPD-Gründerin, Wilhelm Pieck, 1951 Staatspräsident der DDR, wies in dem kurzen Vorwort unter Voranstellung des bekannten Lenin-Zitats (Aufzählung der »falschen« Ansichten Rosa Luxemburgs, aber Kennzeichnung als »Adler der Revolution«) nur zusammenfassend auf die »Irrtümer« Rosa Luxemburgs hin, versäumte es aber nicht – wie in seinem ausführlicheren Aufsatz im »Neuen Deutschland« vom 4. März 1951 – durch Thälmann-Zitate aus dem Jahre 1932 die verderbliche Wirkung des Luxemburgismus, des Abweichertums vom Marxismus-Leninismus, anzusprechen.² Eine wesentlich schärfere Kritik an Rosa Luxemburgs von Lenin abweichenden Anschauungen – man könnte von einer Abkanzlung der sozialistischen Theoretikerin sprechen – übte der SED-Chefideologe Fred Oelßner in seiner ebenfalls 1951 erschienenen »Kritischen biographischen Skizze«, wobei sich Oelßner wie Pieck auch auf Stalin und Thälmann berief und die Gefahren des Luxemburgismus bis in die Gegenwart an die Wand malte, offensichtlich um damit ein Warnzeichen gegenüber allen vom Parteikurs abweichenden Meinungen zu setzen. Oelßner verstieg sich dabei sogar zu der Beschuldigung, Rosa Luxemburg würde mit ihrem Freiheitsbegriff der Konterrevolution Vorschub leisten: »Sie [Rosa Luxemburg] prägte das gefährliche Wort: ›Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden«, das in der Revolution unweigerlich zum Untergang führt, denn es bedeutet Freiheit für die Konterrevolution.«³

Nachdem 1967 die parteioffizielle »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« die Gemeinsamkeiten zwischen Rosa Luxemburg und den Bolschewiki herausgestrichen und die Meinungsverschiedenheiten

2 Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Ausgewählte Reden und Schriften. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck. Bd. 1. Berlin 1951. S. 5f.

3 Fred Oelßner: Rosa Luxemburg. Eine kritische Skizze. Berlin 1951. S. 124.

heruntergespielt hatte,⁴ brachten die fachhistorischen Veröffentlichungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zum 100. Geburtstag Rosa Luxemburgs – 1971 die Luxemburg-Biographie und 1970 bis 1975 die »Gesammelten Werke« – eine gegenüber 1951 wesentlich sachlichere Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburgs Demokratiebegriff. In der Luxemburg-Biographie von Annelies Laschitzka und Günter Radczun wurden die Auffassungen Rosa Luxemburgs zur Demokratie ausführlich dargestellt, teils in indirekten, aber auch vielfach in direkten Zitaten, und natürlich wurden sie anhand der leninschen Äußerungen oder anhand der historischen Entwicklungen, wie sie die Verfasser interpretierten, als falsch gekennzeichnet. Auf Grund des argumentativen Vorgehens konnten die Leser die Gedankengänge der Verfasser nachvollziehen und ggf. andere Schlussfolgerungen ziehen.⁵ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auf der Festveranstaltung des ZK der SED im Jahre 1971 das Politbüromitglied Albert Norden nur relativ kurz und allgemein – wieder unter Berufung auf Lenin – die »Irrtümer« Rosa Luxemburgs erwähnte, aber sehr ausführlich den »Mißbrauch« von Rosa Luxemburgs Schrift »Die russische Revolution« anprangerte und die Politik der SPD in der Bundesrepublik scharf angriff.⁶

Dies hatte jedoch keine negativen Auswirkungen auf die Rosa-Luxemburg-Forschung in der DDR. Denn im Band 4 der »Gesammelten Werke« Rosa Luxemburgs wurde 1974 mit dem Abdruck des Manuskripts zur russischen Revolution nach der Fotokopie des Originals den Lesern in der DDR der volle Wortlaut der Kritik an der Politik der Bolschewiki zugänglich gemacht,⁷ genauso wie schon vorher im Band 1/2 von 1970 die Kritik Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1904 an der

4 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3. Berlin 1966. S. 48ff.

5 Annelies Laschitzka / Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1971.

6 »Neues Deutschland (B)« vom 5. März 1971. S. 2f.

7 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1974. S. 332–365.

ultrazentralistischen Parteikonzeption von Lenin.⁸ Selbstverständlich wurde im Vorwort des Bandes 4 wie schon in der Biographie hervorgehoben, dass Rosa Luxemburg in ihren Auffassungen zu Fragen der Demokratie geirrt hätte. Doch auch hier wurde wie in der Biographie meist argumentativ vorgegangen.⁹

In der Folgezeit wiesen sowohl die vielen Gedenkartikel oder Gedenkreden zu den Jahrestagen der Geburt oder der Ermordung Rosa Luxemburgs als auch historische Arbeiten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung keinerlei Brisanz mehr auf. So wurde vom Historiker Heinz Wohlgemuth im »Neuen Deutschland« vom 5. März 1981 im Gedenkartikel mit der Überschrift »Zum 110.Geburtstag Rosa Luxemburgs – Adler der Revolution und Vorbild für Generationen« das Thema Demokratieverständnis kaum erwähnt. Im Vorwort des 1982 erschienenen ersten Bandes der »Gesammelten Briefe« wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Rosa Luxemburg und Lenin in den Fragen der »Partei neuen Typus«, des Bündnisses zwischen den revolutionären Arbeitern und den Bauern sowie der nationalen Selbstbestimmung stichwortartig aufgezählt, aber die Differenzen in den Punkten Demokratie und revolutionäre Gewalt gänzlich weggelassen.¹⁰

Und in den Ansprachen der SED-Politbüromitglieder Horst Dohlus bzw. Joachim Herrmann am 15. Januar 1979 bzw. am 15. Januar 1989 wurde ausschließlich auf die behauptete Verwirklichung der Ideen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in der DDR Bezug genommen.¹¹ Es macht den Eindruck, als ob in der breiten Öffentlichkeit die für die SED brisanten Punkte in der Programmatik Rosa Luxemburgs erst gar nicht erwähnt werden sollten.

8 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd.1/2. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1974. S. 422–444.

9 Siehe Vorwort von Günter Radczun vom März 1974. In: GW 4. S. 37–45.

10 Siehe Vorwort von Annelies Laschitzka und Günter Radczun. In: Rosa Luxemburg. Gesammelte Briefe. Bd. 1. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. 2. Aufl. Berlin 1984. S. 2.

11 »Neues Deutschland (B-Ausgabe)« vom 15. Januar 1979. S. 3 bzw. 16. Januar 1989. S. 3.

In der DDR-Geschichtsforschung wurde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sogar eine ausführliche direkte Auseinandersetzung mit den Interpretationen der westlichen Historiker und Politikwissenschaftler über das Werk Rosa Luxemburgs möglich. In dem relativ umfangreichen Aufsatz von 1986 »Rosa-Luxemburg-Edition und -Forschung in der DDR. Bilanz und Ausblick« ging Annelies Laschitza zum einen auf die Kontroversen um Rosa Luxemburg im kommunistischen Lager seit der Veröffentlichung des Manuskripts »Zur russischen Revolution« durch Paul Levi im Jahre 1922 ein. Zum anderen stellte sie, ausgehend von der Luxemburg-Biographie des englischen Sozialwissenschaftlers Peter Nettl, die Versuche westlicher Gesellschaftswissenschaftler dar, Rosa Luxemburg als eine zwischen der Sozialdemokratie und dem Bolschewismus stehende Sozialistin zu interpretieren. Selbstverständlich wurde diese Interpretation abgelehnt, wobei dies überwiegend in argumentativer, weniger in rein bewertender Form geschah.¹²

Es ist immer wieder in den verschiedensten Veröffentlichungen der SED die Behauptung aufgestellt worden, Rosa Luxemburg hätte sich in ihrem Demokratieverständnis nach dem 9. November 1918 den Auffassungen Lenins weitgehend angenähert oder vollständig angeschlossen. So wird im Standardwerk des IML von 1968 über die deutsche Novemberrevolution 1918 ohne jede Begründung die Aussage gemacht: »Aus der Gefängnishaft und damit aus der Isolierung befreit, korrigierte sie während der Novemberrevolution in allen grundsätzlichen Fragen ihre falschen Auffassungen.«¹³ In der Luxemburg-Biographie von 1971 wurde aus den Passagen des von Rosa Luxemburg im Dezember 1918 verfassten Spartakusprogramms über die revolutionäre Gewalt des Proletariats die Schlussfolgerung gezogen: »Hier war kein Platz mehr für die Illusion von der ›Freiheit als Freiheit des Andersdenkenden‹ als Maßstab sozialistischer Demokratie, wie sie sich noch im Breslauer Manus-

12 Annelies Laschitza: Rosa-Luxemburg-Edition und -Forschung in der DDR. Bilanz und Ausblick. In: BzG. Berlin 28 (1986). Nr. 4. S. 470–491.

13 Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1968. S. 58f.

kript [über die russische Revolution] findet.«¹⁴ Diese Interpretation ignoriert, dass nach dem von Rosa Luxemburg im Dezember 1918 abgefassten Spartakusprogramm die revolutionäre Gewalt des Proletariats ausdrücklich nur zur Abwehr des gegenrevolutionären Terrors der Bourgeoisie eingesetzt werden durfte, wobei das Proletariat die Mehrheit des Volkes repräsentierte.¹⁵

In einer analysierenden Gesamtbetrachtung der Programmatik Rosa Luxemburgs zum Thema Demokratie zeigt sich, dass Demokratie und Freiheit für Rosa Luxemburg keine abstrakten Begriffe darstellten, sondern dass ihnen sehr konkrete Vorstellungen über die Rolle der Massen und der Parteiführer zugrunde lagen, wie sie seit 1904 in einer Vielzahl ihrer Schriften und Reden für bestimmte politische Situationen ausführlich beschrieben hat. Die Diktatur des Proletariats musste »das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen ...«¹⁶ Die Parteiführung einer sozialistischen/sozialdemokratischen Partei sollte zwar in ihren kurz-, mittel- und langfristigen Zielsetzungen den Massen vorangehen, um das Bewusstsein für den Klassenkampf und die Notwendigkeit entsprechender Kampfmaßnahmen des Proletariats zu wecken bzw. zu schärfen, aber den Massen blieb – unter dauernder Kommunikation mit den Parteiführern – die endgültige Entscheidung über den Kurs der Partei vorbehalten. Dies bedingte für alle Phasen des Klassenkampfes, selbst für die Phase der erfolgreichen revolutionären Machtergreifung sowie für die Phase der Diktatur des Proletariats mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, eine vollständige Meinungsfreiheit zumindest für die Angehörigen des Proletariats. Die Übernahme der Regierungsgewalt durch die KPD würde nach Rosa Luxemburg nur »durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit

14 Annelies Laschitzka / Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin. S. 470f.

15 GW 4. S. 441f., 446. Hierzu ausführlich die Beiträge 1 und 2 dieses Bandes der »Grünen Reihe«.

16 GW 4. S. 363f.

der proletarischen Masse in *ganz* Deutschland« erfolgen.¹⁷ Eine Machtübernahme ohne die entsprechende breite Mehrheit im Proletariat wurde als putschistisch abgelehnt, wie dies Rosa Luxemburg bzw. ihr langjähriger Kampfgefährte Leo Jogiches am Ende des Januaraufstandes 1919 bzw. unmittelbar danach deutlich gemacht haben. Die revolutionäre Gewalt – Einschränkungen der Freiheitsrechte und Bestrafungen – hätte sich nur gegen die Propagierung, Vorbereitung und Ausführung des konterrevolutionären Terrors, der von Rosa Luxemburg allerdings mit Sicherheit erwartet wurde, gerichtet. Nur insofern wären die Freiheitsrechte eingeschränkt gewesen.

Wir alle wissen, dass die SED in der DDR die Prinzipien Rosa Luxemburgs in bezug auf Demokratie und Freiheit nicht verwirklicht hat. Symbolhaft dafür waren in der Endphase der DDR die massiven Repressionen gegen Bürgerrechtler, die mit Zitaten Rosa Luxemburgs auf ihren Transparenten an den offiziellen Gedenkdemonstrationen teilnehmen wollten.

Wenn die SED sich an Rosa Luxemburgs Demokratie-Vorstellungen orientiert hätte, wäre zuallererst nach dem »klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse«¹⁸ zu fragen gewesen. Dies war auf Grund der Entstehungsgeschichte der SED mit der Anbindung an die Sowjetunion nicht möglich, vielleicht ab Gorbatschow. Unabhängig von dieser fehlenden Grundlage, hätte die SED, wenn sie ihre Politik entsprechend den Auffassungen Rosa Luxemburgs gestaltet hätte, auf jegliche Unterdrückung von Meinungsäußerungen politisch Andersdenkender verzichten müssen, falls diese »Oppositionellen« sich nicht aktiv gegen die Verfassung der DDR betätigt hätten.

Rosa Luxemburg kann aber auch nicht als bloße Radikaldemokratin für das System der parlamentarischen Demokratie reklamiert werden, wie dies in den 60er und 70er Jahren in den westlichen Ländern versucht worden ist. Denn für die überzeugte Marxistin Rosa Luxemburg gehörten zur Demokratie unabdingbar sowohl die »Freiheit der Andersdenkenden« als auch die nur im harten Klassenkampf zu erstreitende sozia-

17 GW 4. S. 448 (Spartakus-KPD-Programm).

18 Ebenda.

listische Gesellschaft mit einer vollständigen wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung des Proletariats. Beides zusammen war bzw. ist weder in den früheren Ländern des sog. realen Sozialismus noch in den parlamentarisch regierten Ländern gegeben. Ob die Demokratie im Sinne Rosa Luxemburgs jemals Realität wird oder eine Utopie bleibt, wird die Zukunft zeigen.

4. Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Dezember 1918)¹

Die proletarischen Massen spielten in Rosa Luxemburgs Konzept zur Strategie und Taktik der sozialdemokratischen Partei eine herausragende Rolle, weil »jede große, entscheidende Bewegung nicht aus der Initiative der Handvoll Führer, sondern aus der Überzeugung und Entschlossenheit der Masse der Parteianhänger herrühren muß«. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Führung bestand nach Rosa Luxemburg in erster Linie darin, den Massen für den politischen Kampf einen Rahmen von lang-, mittel- und kurzfristigen Zielen zu geben, über deren Realisierung – auch über die Formen des Kampfes – die Massen selbst zu entscheiden hätten, wobei »die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie *unter* dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorausleitet ...« Insbesondere bei Massenaktionen und deren Vorbereitung bestünde für die Arbeiterführer die »Leitung nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Masse.«²

1 Überarbeitete und leicht gekürzte Fassung eines Referats, gehalten auf der wissenschaftlichen Konferenz des »Instituts für soziale Bewegungen« und der »Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft« vom 5.–8. September 2002 in Bochum. Veröffentlicht in leicht abweichender Fassung in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen[der Ruhr-Universität Bochum]. [Klartext Verlag Essen]. 29/2003. S. 19–30.

2 Rosa Luxemburg: Was weiter? In: GW 2. S. 299; dies.: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Ebenda. S. 133, 132; hierzu auch zusammenfassend: Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – Demokratische Sozialistin oder

Im Folgenden soll für die Zeit des Ersten Weltkrieges und der deutschen Novemberrevolution 1918 bis einschließlich Dezember 1918 untersucht werden, in welchem Ausmaß Rosa Luxemburg selbst Führung zu den proletarischen Massen³ hielt, in welchen Formen dies geschah und welche Konsequenzen sie daraus für ihre politische Auffassungen in einzelnen aktuellen Situationen zog.

Zur Ausgangslage vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Nachdem Rosa Luxemburg seit 1910 in der sozialdemokratischen Partei zunehmend in die Isolierung geraten war, gewann sie ab Ende 1913 durch ihre antimilitaristischen Äußerungen und vor allem durch die daraufhin gegen sie einsetzenden Repressionen des kaiserlichen Regimes wieder ein solches Prestige, das ihr Ansehen im Frühjahr und Sommer 1914 »seinen absoluten Höhepunkt bei den Parteimitgliedern erreicht« hatte, wie Dieter Groh in seiner detaillierten Analyse der Vorkriegs-SPD feststellt.⁴ Das verschaffte ihr, die bereits vorher eine der gefragtesten Referenten in der Partei war, eine Fülle von Einladungen zu öffentlichen und parteiinternen Veranstaltungen. Vor allem gelang es ihr wieder, Mehrheiten für das von ihr gewünschte offensive Vorgehen in der Massenstreikfrage zu gewinnen, auch wenn es wegen des Kriegsausbruchs im August 1914 doch nicht mehr zur Einleitung von Aktionen kam.⁵ Rosa Luxemburg konnte sich seit Beginn des Jahres 1914 bis

Bolschewistin? In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung. 2000/2001. Berlin 2001. S. 411–419.

- 3 Zur begrifflichen Erläuterung: Das in der Partei-Umgangssprache häufig verwendete Wort »Masse(n)« hatte keine fest umschriebenen Bedeutung, sondern wurde allgemein und auch von Rosa Luxemburg im Sinne einer großen Menge (mit der Tendenz zur Mehrheit) von Parteimitgliedern und Parteianhängern verwendet.
- 4 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1973. S. 561, ausführlich dazu: S. 540–543.
- 5 Ebenda. S. 553–573, insbes. S. 561–563.

August wieder auf fast allen Ebenen der sozialdemokratischen Partei, in der Presse und auf öffentlichen Versammlungen der SPD Gehör verschaffen und viel Zustimmung ernten, ganz gleich ob sie über das Thema Massenstreik oder Antimilitarismus sprach und schrieb. In dieser Zeit kann von einer besonders engen Verbindung Rosa Luxemburgs zu den proletarischen Massen gesprochen werden.

Die ersten Kriegsmonate (August 1914 – Februar 1915)

Mit Kriegsausbruch im August 1914 änderte sich die Situation schlagartig. Infolge des nunmehr verhängten Belagerungszustandes und der damit verbundenen Zensur durch die Militärbehörden war es für Rosa Luxemburg kaum noch möglich, ihre Aufsätze in Zeitungen zu publizieren. Öffentliche Versammlungen der Sozialdemokratie wurden von den Militärbehörden nicht oder nur unter strengen Auflagen genehmigt und hatten deshalb im ersten Kriegshalbjahr Seltenheitswert. Dagegen kam – nach einer Pause in der Phase der militärischen Großmobilisierung von August bis Anfang September 1914 – das Parteileben an der Basis mit parteiinternen Veranstaltungen wieder langsam in Gang. Rosa Luxemburg war nun wieder voll in der Parteiorganisation aktiv und hatte »von Morgen bis Abend Besuche, Besprechungen und Sitzungen«, wie sie ihre politischen Aktivitäten in einem Brief vom 1. November 1914 beschrieb.⁶ Zusammen mit ihrem politischen Freundeskreis (Franz Mehring, Julian Karski-Marchlewski, Clara Zetkin, Leo Jogiches, Ernst Meyer, Hermann und Käte Duncker, Wilhelm Pieck, Hugo Eberlein sowie Karl Liebknecht, der erst im Verlaufe des Monats August zu dieser Gruppe stieß) versuchte sie im Rahmen der durch den Belagerungszustand gezogenen engen Grenzen innerparteilich sowohl in Berlin wie auch überregional gegen die Politik der Kriegskreditbewilligung der SPD-Reichstagsfraktion anzugehen. Zu den Parteiveranstaltungen gehörten z. B. Versammlungen der Berliner Referentinnen und Referenten am 25. September und eine Konferenz der Funktionäre von Berlin-

6 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 1. November 1914. In: GB 5. S. 21.

Charlottenburg am 14., 18. und 21. Dezember 1914, auf denen R. Luxemburg als Diskussionsrednerin auftrat. Wie der rechte SPD-Reichstagsabgeordnete Eduard David ihr für die Charlottenburger Zusammenkünfte eingestand, erntete sie »mit ihrer Meisterleistung der feinen und groben Demagogie den stürmischsten Beifall«. Die von Liebknecht als zweitem Referenten (neben David) der Charlottenburger Funktionärskonferenz vorgelegte Resolution gegen die Kriegskreditbewilligung wurde von der Versammlung angenommen.⁷ Rosa Luxemburg selbst hielt als Referentin Ende Oktober bis Dezember 1914 im Rahmen der Arbeiterbildungsschule der Berliner SPD einen stark besuchten Kurs in Berlin-Neukölln zum Thema »Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus« ab. Dabei muß es auch zu kritischen Äußerungen über die neue regierungsfreundliche Politik der Parteimehrheit gekommen sein, weil auf einer Sitzung der Bildungsfunktionäre die Mahnung ausgesprochen wurde, die Parteistreitigkeiten auf solchen Veranstaltungen nicht zu behandeln.⁸ Da diese Veranstaltung parteiöffentlich war, erreichte Rosa Luxemburg hiermit eine relativ große Zahl von Mitgliedern. Weiterhin war sie als Vorstandsmitglied sowohl im Berliner Zentralvorstand (als Mitglied der Pressekommission) wie im Vorstand der wichtigen großen Wahlkreisorganisation von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg vertreten.

Nach einem mehr als zweiwöchigen Krankenhausaufenthalt (8.–24. Januar 1915) stieg Rosa Luxemburg wieder voll in die Parteiarbeit ein. Sie sprach am 10. Februar 1915 auf der Generalversammlung der SPD in Berlin-Charlottenburg und am 14. Februar 1915 auf der Kreiskonferenz der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisation von Niederbarnim

- 7 Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Düsseldorf 1966. S. 42 (25.9.1914), S. 84 (14., 18., 21.12.1914). Die Resolution ist abgedruckt in: DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917). S. 87f.
- 8 Rosa Luxemburg an Kostia Zetkin, 17. November 1914. In: GB 5. S. 26; LA Berlin. Rep. 30. Nr. 15807. Bl. 117, Rückseite (Programm der Arbeiterbildungsschule); Ebenda. Nr. 15830. Bl. 27, Rückseite (Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses vom 13.2.1915).

(nördliche und östliche Vororte Berlins).⁹ Hatte sie noch Mitte Oktober 1914 »unsere Lage hier innerhalb der Partei« als »sehr traurig« beurteilt, so war sie Anfang Februar 1915 wesentlich optimistischer: »Die Stimmung ist mit jedem Tag günstiger ...« Sie war zusammen mit ihren politischen Freunden mit der Herausgabe einer Zeitschrift beschäftigt, wollte Broschüren herstellen und verbreiten und erhoffte sich, damit Wirkung im Sinne der Gegner der Kriegskreditbewilligung zu erzielen.¹⁰ Angesichts der Vorgänge in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 2. bis 4. Februar 1915, wo Karl Liebknechts Separatvotum im Reichstag gegen die Kriegskredite verurteilt worden war, regte sich Rosa Luxemburg wegen der »Vorsicht und Rücksicht« der engeren Gesinnungsgenossen auf und hielt ein schnelles Handeln – »man müßte an die Arbeiter ein offenes Wort richten ...« – für erforderlich: »Jetzt schweigen und warten auf bessere Zeiten wäre ein Verbrechen und elende Feigheit.«¹¹

In den ersten Kriegsmonaten August bis Dezember 1914 waren ihre Artikel für die »Sozialdemokratische Korrespondenz«, einer von ihr, F. Mehring und Julian Karski-Marchlewski herausgegebenen Pressekorrespondenz, noch von Zurückhaltung geprägt.¹² Doch ermutigt durch die sich verstärkte artikulierende Opposition in der Berliner Sozialdemokratie gegen den regierungsfreundlichen Kurs von Parteivorstand und Reichstagsfraktion, richtete Rosa Luxemburg in einem in der ersten Februarhälfte 1915 geschriebenen Artikel »Der Wiederaufbau der Internationale« heftige Angriffe gegen den zu den gemäßigten Linken zählenden Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch und vor allem gegen den Cheftheoretiker des Parteivorstandes Karl Kautsky, mit dem sie seit 1910 politisch und persönlich zerstritten war. Kautsky habe »schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der »Partei-

9 Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996. S. 486f.

10 Rosa Luxemburg an Carl Moor, 12. Oktober 1914. In: GB 5. S. 16; Rosa Luxemburg an Kostia Zetkin, 9. Februar 1915. In: Ebenda. S. 42.

11 Rosa Luxemburg an Kostia Zetkin, wahrscheinlich 4. Februar 1915. In: Ebenda. S. 39f., 40.

12 Siehe GW 4. S. 6–17.

instanzen« degradiert« und würde jetzt die neue Theorie propagieren, dass die internationale Solidarität des Proletariats und der Klassenkampf nur für Friedenszeiten gelte. Es sei wichtig, nicht nur, wie es der SPD-Reichstagsabgeordnete Hoch getan hatte, die Wünsche eines Friedensprogramms vorzulegen, sondern die Taten zur Realisierung zu nennen. Die sozialistischen Parteien der kriegsführenden Länder müßten in den Parlamenten wie Liebknecht die Kriegskredite ablehnen.¹³

Die Zeitschrift »Die Internationale«, in der dieser Aufsatz Rosa Luxemburgs mit weiteren Arbeiten u. a. von Franz Mehring und Clara Zetkin erschien, konnte wegen der schwierigen Zensurbedingungen erst Mitte April 1915 ausgeliefert werden und sollte eigentlich die politische Plattform für den Kreis um Rosa Luxemburg bilden, wurde aber sofort unter Vorzensur der Militärbehörde gestellt, so dass die Herausgeber während der Kriegszeit kein weiteres Heft mehr publizierten. Die sich um Rosa Luxemburg formierende linksradikale Gruppierung nannte sich nunmehr nach dieser Zeitschrift zunächst Gruppe »Internationale«, bis sich ab Mitte 1916 nach ihrer illegal erscheinenden Zeitschrift »Spartacus« die Bezeichnung Spartakusgruppe einbürgerte. Der Name Gruppe »Internationale« war auch Programm: Entsprechend dem einstimmigen Beschluß der Sozialistischen Internationale von 1907 – bestätigt auf den Kongressen von 1910 und 1912 – setzte sich die linksradikale sozialdemokratische Gruppe auch während des Weltkrieges für eine konsequente oppositionelle, wenn möglich revolutionäre SPD-Politik ein.¹⁴

Eduard David, einer der Anführer der rechten Sozialdemokraten, wertete die Zeitschrift »Die Internationale« und den polemischen Artikel Rosa Luxemburgs als Zeichen der Abspaltung der Linksradikalen und der Zersplitterung des linken Parteiflügels: »Die [Luxemburg nahe

13 Ebenda. S. 20–32.

14 Der Kern des Beschlusses lautete: »Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.« Abgedruckt in: DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 3–8, hier: S. 3.

stehende] Opposition ist dabei so untaktisch, alles von sich abzustößen, was nicht ganz waschecht im Sinne der *R.L.* ist und auf Nation, Vaterlandsverteidigung usw. pfeift. Auch Kautsky, Hoch und andere Radikale werden schwer mitgenommen.«¹⁵ Rosa Luxemburg hatte in dem Augenblick, als sie einerseits ein Erstarken der oppositionellen Stimmung an der Parteibasis, andererseits aber eine Zurückhaltung bei den führenden Linken registrierte, sogleich mit einer scharfen Polemik versucht, die Entwicklung in ihrem Sinne voranzutreiben. Die Frage war, ob sie durch solch eine polarisierende Taktik die Mitglieder und Anhänger der sozialdemokratischen Partei, die Massen, für ihren radikalen Kurs gewinnen könnte.

Gefängniszeit und kurze Freiheit (Februar 1915 – Juli 1916)

Waren die wenigen Wochen zwischen dem Ende des Krankenhausaufenthaltes am 24. Januar und der zu diesem Zeitpunkt – 18. Februar 1915 – unerwarteten Inhaftierung zur Verbüßung der einjährigen Gefängnisstrafe für Rosa Luxemburg von Hektik geprägt (Parteiveranstaltungen, Vorbereitungen für die Zeitschrift), so bescherte ihr das Gefängnis Zeit und Ruhe, die sie für ihre schon früher angedachte »Studie über den Krieg«¹⁶ nutzte. In ihrer im April 1915 verfassten Broschüre »Die Krise der Sozialdemokratie« untersuchte sie in prägnanter Sprache, mit vielen Rückgriffen auf die allgemeine Geschichte und die Parteigeschichte, ohne Polemik gegen Einzelpersonen die Alternativen sozialdemokratischer Politik bei Kriegsausbruch und während des Krieges. Natürlich vertrat sie unter Zitierung des verstorbenen Parteiführers Wilhelm Liebknecht die Auffassung, dass schon der Ehre wegen eine Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag durch die SPD-Abgeordneten hätte erfolgen müssen. Doch gewinnt man insgesamt den Eindruck einer relativ realistischen Einschätzung der Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft. Diese Schrift, die wegen der Zensur nur illegal und mit den damit

15 Kriegstagebuch E. David. S. 120 (15. April 1915).

16 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 1. November 1914. In: GB 5. S. 21.

verbundenen Schwierigkeiten herausgegeben werden konnte, erschien erst Anfang 1916 in einer ersten und wegen der großen Nachfrage 1917 in einer zweiten Auflage.

Durch die Gefängnishaft vom 18. Februar 1915 bis 18. Februar 1916 hatte Rosa Luxemburg nicht nur jede Möglichkeit zu direkten Kontakten mit der Basis verloren, sondern es waren für sie auch die Informationsmöglichkeiten über Ereignisse und über die Stimmung in der sozialdemokratischen Bewegung außerordentlich begrenzt. Sie war angewiesen auf die Lektüre einer einzigen Zeitung, des »Tageblattes«,¹⁷ also einer bürgerlichen Zeitung, und auf illegal ins Gefängnis geschmuggelte Nachrichten.

Wie schlecht ihr Kenntnisstand war, zeigte sich an zwei Beispielen:

- So war Rosa Luxemburg überhaupt nicht darüber informiert, dass in dem Schweizer Ort Zimmerwald im September 1915 eine internationale Konferenz von sozialistischen Kriegsgegnern verschiedenster Schattierung stattfinden sollte. Sie erfuhr erst nach Abschluss dieser Zusammenkunft davon und machte dann ihrem Ärger darüber Luft, dass es nur zu gemäßigten Beschlüssen gekommen war.
- Im Dezember 1915 schätzte sie die Stimmung in der Berliner Parteiorganisation vollständig falsch ein und unternahm auf Grund dieser Fehleinschätzung erstmals den Versuch, mit ihren Anhängern auf der Grundlage radikaler Leitsätze sich deutlich als eigenständige innerparteiliche Gruppe darzustellen und die Führung der Opposition in Berlin und möglichst auch im Reich zu erringen.¹⁸

Höchstwahrscheinlich erhielt sie im Gefängnis entweder aus der Zeitung oder auf konspirativem Wege Informationen über die Entwicklung der Opposition in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und zwar in erster Linie auf den oberen Parteiebenen. Am deutlichsten sichtbar in der Öffentlichkeit und damit auch für Rosa Luxemburg waren solche Aktionen wie das von Karl Liebknecht initiierte Unterschriftenflugblatt vom 9. Juni 1915, eine Art Petition an die sozialdemokratische Parteiführung für die Rückkehr zur oppositionellen Politik der Vor-

17 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 1. Juli 1915. In: Ebenda. S. 66.

18 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 8. Dezember 1915. In: Ebenda. S. 92f.

kriegszeit, und ein inhaltlich ähnliches, wenn auch im Ton gemäßigtes Statement »Das Gebot der Stunde« in der »Leipziger Volkszeitung« von Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Hugo Haase (ebenfalls im Juni 1913) sowie vor allem die offene Ablehnung der Kriegskredite durch 20 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete im Dezember 1915.

Spätestens nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis am 18. Februar 1916 muss Rosa Luxemburg auch detaillierte Informationen über die oppositionellen Kräfte auf der unteren und mittleren Ebene erhalten haben. In den Berliner Wahlkreisen organisierten SPD-Funktionäre den Widerstand gegen die Politik der Parteimehrheit, wie aus verschiedenen Papieren im Nachlass des Funktionärs Fritz Ohlhof hervorgeht.¹⁹ Gleichzeitig kam es zu regelmäßigen informellen Treffen der führenden oppositionellen Berliner Sozialdemokraten, an denen auch Personen aus der Gruppe »Internationale« teilnahmen, bis sie im Februar 1916 – allerdings nur vorübergehend – aus diesem Oppositionskreis ausgeschlossen wurden. Die Gruppierung um Rosa Luxemburg war ein Teil dieser Berliner Oppositionskreise und nahm bis Februar 1916, als es zu einem Zerwürfnis mit den führenden gemäßigten Oppositionellen kam, regelmäßig an deren Zusammenkünften teil.

Wahrscheinlich in den letzten Monaten des Jahres 1915 kam es unter der Führung von Funktionären des Ortsvereins von Berlin-Neukölln zu gesonderten Besprechungen von aus allen Teilen Berlins und den Vororten stammenden Genossinnen und Genossen, die mit dem gemäßigten vorsichtigen Kurs der Berliner Opposition unzufrieden waren und ein energischeres Vorgehen gegen den Berliner Parteivorstand, der in dieser Zeit noch überwiegend mit Anhängern der Mehrheitsauffassungen besetzt war, sowie öffentliche Friedensaktionen forderten.²⁰ Unter dem Deckmantel einer Baugenossenschaft besprachen diese radikalen Sozialdemokraten aktuelle politische Themen wie die Streikbereitschaft in der Arbeiterschaft und gaben später bei bestimmten Fragen ihr Votum über den Kurs der Gruppe »Internationale« ab, z. B. im Sommer 1916 darüber, ob die »Arbeiterpolitik« aus Bremen oder »Der Kampf« aus Duisburg

19 SAPMO-BArch. NY 4092. Nr. 4. Bl. 1–17.

20 LA Berlin. A Pr. Br., Rep. 30. Berlin C. Nr. 15981. Bl. 288.

den eigenen Anhängern als legale Zeitung empfohlen werden sollte. Breiten Raum in diesen Diskussionen nahm die Kritik an den Gewerkschaften ein. Wenn man von der Dynamik dieser radikalen Genossinnen und Genossen in anderen Fragen wie beim Thema Beitragssperre ausgeht, so ist es wahrscheinlich, dass die Initiative zur Gründung dieses Kreises von der Basis her kam und nicht von den führenden Mitgliedern der Gruppe »Internationale«, die allerdings von Anfang an oder sehr bald zu diesen Sitzungen hinzugezogen wurden und mit den wichtigsten Teilnehmern im intensiven Kontakt standen. Dieser informelle innerparteiliche Diskussionskreis – eine radikale Basis-Opposition in der gemäßigten Opposition – fand im Verlaufe seines weiteren Bestehens, wie ein Teilnehmer berichtete, nicht immer ausreichenden Zuspruch, so dass aus Mangel an Besuchern die Sitzungen auch manchmal ausfielen.²¹

In den wenigen Monaten der Freiheit bis zu ihrer erneuten Inhaftierung am 10. Juli 1916 nahm Rosa Luxemburg wieder an den Parteisitzungen auf allen Ebenen, »die beinahe jede Woche zwei- bis dreimal« vorkamen und »üblicherweise bis 1 Uhr nachts« dauerten,²² und zusätzlich an vielen internen Besprechungen teil. Sie nahm die großartige Begrüßung bei ihrer Entlassung aus dem Gefängnis durch viele Genossinnen,²³ sowie die Zustimmung im internen linksradikalen Genossenkreis der »Baugenossenschaft«²⁴ und auf der Reichskonferenz der Anhänger der Gruppe »Internationale« am 19. März 1916 als Bestätigung ihres offensiven radikalen Kurses mit der Forderung der Beitragssperre. Doch trotz einer monatelangen intensiven innerparteilichen Polemik der Gruppe »Internationale« um Rosa Luxemburg gegen die gemäßigte Opposition in der Berliner SPD und trotz »einer oratorisch glänzenden und überaus geschickt aufgebauten Rede«²⁵ blieb Rosa Luxemburg auf

21 BA Berlin. R 3003 [Oberreichsanwalt beim Reichsgericht]. C 87/17. Bd. 1. Bl. 47f., 55–57; Bd. 2. Bl. 38–40.

22 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 30. April 1916. In: GB 5. S. 115.

23 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 25. Februar 1916. In: Ebenda. S. 101.

24 Käte Duncker an Hermann Duncker, 22. März 1916. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr.133. Bl. 231.

25 Hugo Haase an Wilhelm Dittmann, 26. Juni 1916. In: AsD. Bonn. Nachlass Wilhelm Dittmann. Kasette II. Bl. 3.

der Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung am 25. Juni 1916 sowohl mit ihren Anträgen wie bei den Personalentscheidungen vollständig in der Minderheit. Für den Berliner Sitz im Parteiausschuss erhielt sie lediglich 68 Stimmen gegenüber 262 für den Vertreter der gemäßigten Opposition, den Reichstagsabgeordneten Arthur Stadthagen. Ihren Antrag auf Beitragssperre, der bei Annahme einen sofortigen Ausschluss der Opposition bedeutet hätte, ließ sie aber rechtzeitig fallen, als sie merkte, dass er keine Mehrheit gefunden hätte. Ihr neuer Antrag, die Gesamtopposition solle eigene Konferenzen einberufen und sich zur Abwehr von Maßnahmen der Mehrheit organisieren, wurde eindeutig abgelehnt.

Auch auf Grund dieser Erfahrung widersetzte sie sich im weiteren Verlauf des Krieges allen Bestrebungen aus ihrer radikalen Anhängerschaft, eine eigene linkssozialistische Partei zu gründen, weil sie ihre Gruppierung nicht von den Massen isolieren und in einer politisch ohnmächtigen Sekte wiederfinden wollte.²⁶ Vielmehr versuchte sie mit den anderen Führern ihrer Gruppe die SPD bzw. später die USPD zu einer offensiven Oppositionspolitik mit Massenaktionen gegen den Krieg zu drängen. Dieser sich seit Beginn des Jahres 1916 abspielende interne Machtkampf innerhalb der sozialdemokratischen Gesamtopposition hatte für die Gruppe »Internationale« jedoch auch ein positives Ergebnis: Die vorher fast nur in Funktionärskreisen bekannte Gruppierung erreichte nunmehr, unterstützt durch die ab Februar 1916 mit »Spartacus« unterzeichneten Mitteilungen – zunächst hektographiert, ab September 1916 gedruckt herausgegeben – als Spartakusgruppe einen relativ großen Bekanntheitsgrad in der Partei.

Kennzeichnend für die Politik Rosa Luxemburgs in diesen Monaten vom Dezember 1915 bis Juni 1916, aber auch später in der Revolutionszeit vom 9. November 1918 bis zum Januaraufstand 1919 in Berlin war die Überschätzung des radikalen Potentials in den Massen. Es gehörte zu ihren grundsätzlichen strategischen Auffassungen, dass eine sozialisti-

26 Rosa Luxemburg: Offene Briefe an Gesinnungsfreunde, 6. Januar 1917. In: GW 4. S. 232–236; dies.: Rückblick auf die Gothaer Konferenz, 25. Mai 1917. In: Ebenda. S. 270–274.

sche Partei, für die die Spartakusgruppe sozusagen stellvertretend handelte, mit ihren propagierten Zielsetzungen vorangehen müsste, um mit einer entschiedenen Agitation Mehrheiten für ihre Auffassungen mit anschließenden Massenaktionen zu erreichen. So richtig dies ist, so sehr birgt dies die Gefahr, bei Überschätzung der Aktionsbereitschaft der Arbeiterschaft den Kontakt zu den proletarischen Massen zu verlieren. In der Frage der Beitragssperre und der Gründung einer linksradikalen Partei hat Rosa Luxemburg Mitte 1916 noch zu einem realistischen Standpunkt zurückgefunden.

Schutzhaft (Juli 1918 – November 1918)

Die Schutzhaft Rosa Luxemburgs vom 10. Juli 1916 bis 8. November 1918 brachte erneut eine starke Isolierung mit sich. Zwar konnte Rosa Luxemburg in Form von illegalen Botschaften, die konspirativ bei den monatlichen Besuchen oder mit Büchersendungen übermittelt wurden, viele unzensurierte Informationen erhalten. Diese waren aber gefiltert und entsprachen in erster Linie der Auffassung Leo Jogiches'. Dieser stand zwar andauernd im Kontakt mit den radikalen Berliner Genossinnen und Genossen der »Baugenossenschaft«, hielt die Verbindung zu den Anhängern der Spartakusgruppe im Reich und leitete vom Sommer 1916 bis zu seiner Verhaftung Ende März 1918 die Herausgabe und den Vertrieb der Flugschriften. Doch war Jogiches wegen des Mitarbeitermangels infolge von Verhaftungen und Einberufungen und seiner zeitweisen depressiven Verstimmungen immer wieder in Zeitnot, so daß die Nachrichten häufig auf sich warten ließen. Der Informationsaustausch war also oft zögerlich und stark eingeschränkt. Beispielsweise konnte Rosa Luxemburg über die Beteiligung der Spartakusgruppe am Januarstreik 1918 erst nachträglich informiert werden, wie wir einem später beschlagnahmten Bericht entnehmen können. Dabei gelang es Leo Jogiches mit großem taktischen Geschick, bei der Vorbereitung und Durchführung des Januarstreiks 1918 von Seiten der Spartakusgruppe einigen Einfluss auszuüben.

Doch immer wieder war diese politische Gruppierung auf Grund der mehrfachen, sowohl die Führung wie die aktive Anhängerschaft treffen-

den Verhaftungswellen von Mai bis Oktober 1917 und von Ende März bis Mitte Oktober 1918 praktisch nicht existent. Sogar die Herausgabe der Spartakusflugschriften war in diesen Zeiten auf ein Minimum gesunken. Das in der Geschichtsschreibung immer unterschätzte Ausmaß an Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Spartakusgruppe und die übrigen linksradikalen Kräfte, trug dazu bei, dass Rosa Luxemburg insbesondere 1918 wenig Informationen austauschen konnte und ihre Gruppierung ohne jegliches organisatorisches Gerüst in die Tage der Novemberrevolution gehen musste.

Im revolutionären Berlin (10. November 1918 – 15. Januar 1919)

Nach der Revolution war es der Spartakusgruppe erstmals möglich, ihre politischen Ziele auf eigenen Versammlungen und mit einer eigenen Zeitung legal zu propagieren. Zwar gab sich die Führung auf einer Sitzung am 11. November 1918 ein ehrgeiziges Programm und mit der die Eigenständigkeit betonenden Bezeichnung »Spartakusbund« einen leicht veränderten Namen. Doch für die Verwirklichung der Arbeitsaufgaben waren die personellen Voraussetzungen denkbar schlecht, weil die Reihen der Spartakusanhänger in Berlin durch die Repressionen der Kriegszeit stark dezimiert worden waren. Auch die Herausgabe einer eigenen Zeitung brachte allergrößte Schwierigkeiten mit sich. Die im Zuge der Revolution okkupierte Redaktion im Scherl Verlag, in dem am 9. und 10. November 1918 statt des »Berliner Lokalanzeigers« die »Rote Fahne« herauskam, konnte nicht gehalten werden. Über eine Woche lang verbrachten Rosa Luxemburg und die Spartakusführung mit der zeitaufwendigen und Energie kostenden Suche nach einem Verlag mit Druckerei für die eigene Zeitung, bis die »Rote Fahne« endlich am 18. November 1918 wieder erscheinen konnte, wegen der Papierknappheit auch nur mit einer Ausgabe am Tag und nur mit vier Seiten, dagegen die USPD-Zeitung »Die Freiheit« – genauso wie das traditionsreiche Organ der Mehrheitssozialdemokraten »Vorwärts« – mit einer Morgen- und Abendausgabe und mit größerem Seitenumfang. Wegen der Personalknappheit in der Redaktion wäre ein größerer Umfang für die »Rote Fahne« auch überhaupt nicht möglich gewesen. Für Rosa Luxemburg

brachte die Übernahme der Chefredaktion eine vollständige Überlastung mit sich, wie von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezeugt wird und wie sie selbst es auch in ihren Briefen beklagt.

Nunmehr gab es öffentliche Versammlungen des Spartakusbundes und – eine zweifellos gute Idee – Treffen der Leser der »Roten Fahne«, die natürlich zur Mitgliederwerbung für den Spartakusbund dienen sollten. Doch die Erfolge blieben äußerst bescheiden. Nach der Gründung der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 war die Parteiorganisation der KPD in Berlin, aber auch in anderen Orten des Reiches nur rudimentär vorhanden.

Rosa Luxemburg konnte wegen ihrer Inanspruchnahme durch die Redaktionstätigkeit nur selten auf Versammlungen auftreten und war überwiegend auf die Berichte der anderen Mitglieder der Spartakusführung angewiesen. Wie schon 1916 überschätzte sie wiederum maßlos die Stimmung in der Arbeiterschaft zu Gunsten des Spartakusbundes. So meinte sie am 29. November 1918 in einem Brief an Clara Zetkin, dass führende USPD-Mitglieder wie »Däumig, Eichhorn usw. behaupten, ganz auf unserem Boden zu stehen, ebenso Ledebour, Zietz, Kurt Rosenfeld und – die Massen!«²⁷ Doch ist es vollständig unerklärlich, auf Grund welcher Informationen R. Luxemburg zu diesem Zeitpunkt annehmen konnte, dass die Massen, die nach Leo Jogiches' Urteil am 11. November 1918 noch auf Seiten der Mehrheitssozialdemokraten standen,²⁸ unterdessen zur Position des Spartakusbundes gewechselt haben sollten. Es hatten in Berlin lediglich einige wenige vom Spartakusbund veranstaltete Versammlungen stattgefunden, auf denen den Spartakusrednern zwar zugejubelt worden war. Aber eine erfahrene Politikerin hätte daraus niemals den Schluss auf eine allgemeine große Unterstützung in der Arbeiterschaft ziehen dürfen. Hier waren offensichtlich bei R. Luxemburg revolutionäre Ungeduld und Wunschdenken eine unheilvolle Allianz eingegangen.

27 GB 5. S. 420.

28 Leo Jogiches an August Thalheimer, 11. November 1918. In: SAPMO-BArch. SgY 17 V 253/1. Bl. 85–87, hier: Bl. 86.

Auf Grund dieser Fehleinschätzung hielt sie erneut die Zeit dafür gekommen, die Führung auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung zu übernehmen, veröffentlichte am 14. Dezember 1918 in der »Roten Fahne« das Programm »Was will der Spartakusbund?« und stellte am 15. Dezember 1918 auf der Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung der USPD den Antrag auf Ausscheiden der USPD aus der Regierung, also aus dem Rat der Volksbeauftragten, auf Ablehnung der Nationalversammlung, auf die sofortige vollständige Machtübernahme durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die Einberufung eines USPD-Parteitag. Doch Rosa Luxemburgs Resolution erhielt nur 29 Prozent der Delegiertenstimmen gegenüber 71 Prozent für den Antrag von Rudolf Hilferding, der ein Verbleiben der USPD-Vertreter in der gemeinsamen Revolutionsregierung mit den Mehrheitssozialdemokraten, eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und einen USPD-Parteitag erst nach den Parlamentswahlen befürwortete. Dieses Meinungsbild war nicht etwa auf die Delegierten der USPD beschränkt, sondern entsprach der Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft. Denn bei der am 14. Dezember stattfindenden Wahl der Berliner Arbeiterratsdelegierten für den Reichsrätekongress erhielt die SPD – zur Überraschung aller politisch Informierten – mit 11 Delegierten wesentlich mehr Zuspruch als die USPD mit 7 Delegierten. Es ist deshalb unverständlich, dass Rosa Luxemburg – wie der »Roten Fahne« zu entnehmen ist –, offenbar mit einer linken Mehrheit auf dem am 16. Dezember in Berlin beginnenden Reichsrätekongress rechnete und deshalb enttäuscht die Delegierten wegen ihrer Entscheidung für die Nationalversammlung nach der Tagung als »Eberts Mamelucken« beschimpfte.²⁹

R. Luxemburg und die Spartakusführung hatten Mitte Dezember 1918 die tatsächliche Meinung der Delegierten der proletarischen Massen auf Berliner und Reichsebene zur Kenntnis nehmen müssen und waren damit auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt worden. Die Spartakusführer hätten weiterhin innerhalb der USPD, deren Mitglieder und Anhänger teilweise schon zum Spartakusbund tendieren, beharrlich für ihre Auffassungen werben müssen, um letztendlich – vor allem bei einer

29 Rosa Luxemburg: Eberts Mamelucken. In: GW 4. S. 464–467.

sich beschleunigenden revolutionären Entwicklung – eine Mehrheit zu gewinnen. Dieses Vorgehen versprach den größten Einfluss auf die Massen. Dagegen bedeutete eine Abspaltung die wahrscheinliche Isolierung, insbesondere da dies die zweite Spaltung in der Arbeiterschaft innerhalb von zwei Jahren darstellte. Mit ähnlichen Argumenten hatte sich R. Luxemburg in der Kriegszeit gegen die von ihren Anhängern kommende Forderung nach Gründung einer linksradikalen Partei gewandt.³⁰ Mit der Entscheidung für die Gründung einer dritten sozialistischen Partei, der KPD, gaben die Spartakusführer dem Druck einer verschwindend kleinen Minderheit in der Arbeiterschaft, dem Aktivistenkreis in ihrer eigenen Anhängerschaft, nach und entschieden sich gegen die Massen.

30 Siehe oben, Anmerkung 26.

5. Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit¹

»Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen ...

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«

*Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?
(Die Rote Fahne. Nr. 29. 14.12.1918).²*

»Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal

1 Wesentlich erweiterte und korrigierte Fassung des Referates »Rosa Luxemburg and the Berlin Workers' Uprising in January 1919«, vorgetragen auf der Tagung der »Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft« am 2. Mai 1998 in Chicago. Veröffentlicht in leicht unterschiedlichen Fassungen in: IWK. 35. Jg. (1999). H. 2. S. 176–207; Supplement der Zeitschrift Sozialismus. Hamburg. 1/2001; Revolutionary History. Volume 8. No. 4 [London 2004]. S. 19–45.

2 GW 4. S. 445, 450. Als Programm der KPD auf dem Gründungsparteitag vom 30.12.1918 bis 1.1.1919 angenommen.

herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben.«

Aufruf der Reichsregierung [Rat der Volksbeauftragten] an die Bevölkerung Berlins vom 8.1.1919.³

Wie ein roter Faden zieht sich durch Rosa Luxemburgs Schriften – insbesondere seit 1906 – die Überzeugung, dass die proletarischen Massen über den Kurs des revolutionären Kampfes immer selbst zu entscheiden haben und dass ihre Führer lediglich die sozialistischen Ziele vorschlagen und dabei eine vorwärtstreibende, stimulierende Funktion wahrnehmen.⁴ Hat nun Rosa Luxemburg ihre noch im Spartakusprogramm vom Dezember 1918 vertretene demokratische Position, nur mit der eindeutigen Zustimmung einer breiten Mehrheit der Arbeitermassen die Regierungsgewalt zu übernehmen, im Verlaufe des Januaraufstandes 1919 verlassen, wie dies Manfred Scharrer 1985 im Rahmen einer detaillierten Untersuchung sowie in seiner neueren pamphletartig unwissenschaftlichen biographischen Arbeit behauptet?⁵ War Rosa Luxemburg eine demokratische Sozialistin, die den Mehrheitswillen der Arbeiterschaft respektierte, auch wenn er nicht ihren Auffassungen entsprach? Oder war sie die »blutige Rosa«, die eine Gewaltherrschaft mit Hilfe einer Minderheit des Proletariats anstrebte? – Der folgende Aufsatz konzentriert sich unter Heranziehung neu erschlossener Archivali-

3 Gerhard A. Ritter / Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. Dokumente, erw. und überarb. Auflage [Taschenbuch]. Frankfurt a.M. 1983. S. 184.

4 Vgl. Feliks Tych: Die Revolution von 1905–1907. Zur Entwicklung der politischen Philosophie Rosa Luxemburgs. In: Theodor Bergmann / Jürgen Rojahn/Fritz Weber (Hrsg.): Die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburg und das Problem der Demokratie. Hamburg 1995. S.79–86, hier: S. 84f.; ebenda: Jürgen Rojahn: Parlamentarismus-Kritik und demokratisches Ideal. Wies Rosa Luxemburg einen »dritten Weg«? S. 11–27, hier: S. 16–24.

5 Manfred Scharrer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. 2. verb. Aufl. Stuttgart 1985. S. 195–220; ders.: »Freiheit ist immer«. Die Legende von Rosa & Karl. Berlin 2002, insbesondere S. 155ff.

en auf das Verhalten Rosa Luxemburgs und der weiteren KPD-Führer im Arbeiteraufstand vom Januar 1919 in Berlin, wobei andere Aspekte der politischen Entwicklung jener Tage vernachlässigt werden.⁶

Die Phase der Zurückhaltung (4. bis 6. Januar 1919)

Nichts deutete für die Abonnenten der »Roten Fahne«, dem Zentralorgan der KPD (Spartakusbund), am 5. Januar 1919 darauf hin, dass die Führung der KPD in den nächsten Tagen den entscheidenden Kampf der revolutionären linken Kräfte gegen die nur noch aus Mehrheitssozialdemokraten bestehende Ebert-Scheidemann-Regierung beabsichtigte. In dieser Sonntagsausgabe wurde zwar auf Seite 1 sowohl in der Überschrift als auch in einer relativ kurzen Nachricht von einer halben Spalte die Absetzung des der USPD angehörenden Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn durch die nach dem Austritt der USPD-Vertreter nur

6 Hierzu verweise ich auf die einschlägige Literatur: Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Autorenkollektiv. Wissenschaftliche Leitung: Horst Naumann. Berlin 1968. S. 120–131, 307–322, 325–330; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919. Erw. Ausgabe. Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1978. S. 223–243; Detlef Lehnert: Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte in der politischen Publizistik von SPD und USPD. Frankfurt a. M. / New York 1983. S. 225–249; Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920. Düsseldorf 1978. S. 225–236; David W. Morgan. The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party. 1917–1922. Ithaca and London 1975. S. 212–218; William A. Pelz. The Spartakusbund and the German Working Class Movement 1914–1919. Lewiston, N.Y. / Queenston, Ont. 1987. S. 209–227; Manfred Scharrer: Die Spaltung. S. 195–220; Eric Waldman: The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement. A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice. Milwaukee 1958; Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1918 bis 1924. 2. völlig durchg. und korr. Aufl. Berlin 1985. S. 120–131.

noch mit Mehrheitssozialdemokraten besetzte preußische Regierung gemeldet und die Arbeiterschaft zu energischen Maßnahmen gegen »diese dreiste Provokation« aufgefordert, aber der Leitartikel war unter dem Titel »Henkersknechte des Zechenkapitals« einem wirtschaftspolitischen Thema gewidmet.

Was in der Geschichtsschreibung bisher nicht Erwähnung gefunden hat: In einer nicht besonders als Extra-Ausgabe gekennzeichneten zweiten Auflage der gleichen Nummer beherrschte ein graphisch äußerst wirkungsvoll gestalteter Aufruf die gesamte Breite der Titelseite. Diese Aufforderung zur Massendemonstration am Sonntagmittag zwei Uhr gegen die Absetzung Eichhorns war gemeinsam unterzeichnet von den Berliner »Revolutionären Obleuten« – das waren die linken Betriebsvertrauensleute der Berliner Großbetriebe –, dem Zentralvorstand der Berliner USPD und der KPD-Zentrale. Im übrigen stimmte diese Extra-Auflage, die wahrscheinlich erst am späten Sonntagvormittag ausgeliefert worden war, mit der ursprünglichen Ausgabe inhaltlich überein. Offensichtlich hatten Rosa Luxemburg und die anderen Journalisten der »Roten Fahne« bis zum Redaktionsschluss der üblichen Sonntagsausgabe am Sonnabend gegen 18 oder spätestens 20 Uhr nicht mit solch einer Resolution gegen die Absetzung Eichhorns gerechnet, ein deutliches Indiz, dass die KPD-Führung zu diesem Zeitpunkt nicht an eine direkte Konfrontation der revolutionären Linken mit der Ebert-Scheidemann-Regierung, geschweige denn an eine bewaffnete Auseinandersetzung, gedacht hatte.

Selbst am Montag, dem 6. Januar, nach der überraschend hohen Beteiligung an der Sonntagsdemonstration erweckte die »Rote Fahne« nicht den Eindruck eines Signals zur entscheidenden letzten Schlacht. Unter der Schlagzeile »Eichhorn bleibt« wurde stichwortartig in großen Buchstaben über die Ereignisse des 5. Januar informiert, um anschließend ausführlich darüber zu berichten. Der Aufruf zur Demonstration am 6. Januar um 11 Uhr, wieder unterzeichnet von den »Revolutionären Obleuten«, der Berliner USPD und der KPD-Zentrale, nahm lediglich eine halbe Spalte der Titelseite ein. Und der Kommentar befasste sich nicht etwa mit der Lage in Berlin, sondern unter der Überschrift »Arbeitslos« mit einem sozialpolitischen Thema. In den Ausgaben der »Roten Fahne« vom 5. und 6. Januar 1919 sind keinerlei Anzeichen für die Absicht

der KPD-Führung zu entdecken, den bewaffneten Kampf der revolutionären linken Kräfte um die Regierungsgewalt zu beginnen. Wie schon in den vorangegangenen Wochen nutzte die »Rote Fahne« allerdings diese Gelegenheit zur schärfsten Kritik an der – wie die Spartakusführung dies sah – konterrevolutionären Politik der Mehrheitssozialdemokraten.

Nach Paul Levi hatte auf einer Sitzung der KPD-Zentrale am Abend des 4. Januar 1919 völlige Übereinstimmung geherrscht, »daß es sinnlos sei, die »Regierung« anzustreben: eine auf das *damalige* Proletariat gestützte Regierung hätte 14 Tage zu leben gehabt, länger nicht. Infolgedessen waren die Mitglieder der Zentrale darüber einig, daß alle Forderungen vermieden werden müßten, die den Sturz der damaligen Regierung mit Notwendigkeit zur Folge haben müßten.« Die Forderungen »Rücknahme der Abberufung Eichhorns, Entwaffnung der gegenrevolutionären Truppen [...], Bewaffnung des Proletariats« sollten nicht zwangsläufig zum Regierungsumsturz führen, selbst nicht die letzte Forderung »Bewaffnung des Proletariats«, da die Ebert-Scheidemann-Regierung unter den Arbeitern »einen nicht unbeträchtlichen Anhang hatte.«⁷ Nach einem Erinnerungsbericht des in Berlin weilenden Emisjärs der bolschewistischen Regierung Karl Radek antwortete Rosa Luxemburg auf seine Frage nach dem Ziel der von der KPD-Führung mitgetragenen Massenaktion: »[...] der Streik sei ein Proteststreik. Wir wollten sehen, was Ebert wagte, wie die Arbeiter in der Provinz auf die Ereignisse in Berlin reagierten; dann würden wir sehen«. Karl Liebknecht hingegen vertraute Radek an, dass er zwar keine rein kommunistische Regierung, aber eine Regierung des USPD-Führers Georg Ledebour mit Unterstützung der »Revolutionären Obleute« für möglich hielt.⁸

7 [Paul Levi:] Georg Ledebour, die Revolution und die Anderen. In: Die Rote Fahne. Berlin. 14. Januar 1920. Im gleichen Sinne: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. Berlin 1929 [Reprint: Frankfurt a. M. 1970]. S. 282f.

8 Karl Radek: November – Eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen. In: Otto-Ernst Schüddekopf: Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahr 1919. In: Archiv für Sozialgeschichte. II. Bd. Hannover 1962. S. 137.

Offenbar war für den 4. Januar überhaupt keine formale Sitzung der KPD-Zentrale angesetzt gewesen, sondern das Thema »Reaktion auf die Eichhorn-Absetzung« wurde in der Redaktion der »Roten Fahne« diskutiert, deren Mitarbeiter wie Rosa Luxemburg (Chefredakteurin und zusammen mit Liebknecht Herausgeberin), Paul Levi, Ernst Meyer und August Thalheimer gleichzeitig Mitglieder der Zentrale waren. Zu diesem Kreis sind wahrscheinlich Genossen wie Radek und möglicherweise noch einige Zentralemitglieder wie Leo Jogiches, Käte und Hermann Duncker ohne formale Einladung hinzugekommen. In dieser informellen Gesprächsrunde wurden bestimmt keine Beschlüsse gefasst, sondern es mag sich im Laufe der Diskussion eine gewisse Tendenz zu einer gemeinsamen Beurteilung der Lage herauskristallisiert haben, in dem Sinne, wie sie Levi ein Jahr später dargestellt hat. Für eine offizielle Sitzung der KPD-Zentrale hätte man sicherlich einen Termin gewählt, der auch Liebknecht und Wilhelm Pieck, beide ebenfalls Mitglieder der Zentrale, die Teilnahme ermöglicht hätte. Doch diese berieten als KPD-Repräsentanten auf einer routinemäßigen Sitzung der »Revolutionären Obleute« über die Reaktion der Berliner Linken auf die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn, ohne Kenntnis von der Leitlinie der KPD-Zentrale zu haben – falls es diese überhaupt gab. Dabei setzte sich Pieck von Anfang an für einen Sturz der Ebert-Scheidemann-Regierung ein, Liebknecht erst nach dem Beschluss der »Revolutionären Obleute« am Sonntagabend.⁹

Fehlgeschlagene Putschaktionen

Aufschlussreiche, bisher unbekannte Einzelheiten über die Aktivitäten Piecks und vor allem über die Haltung der KPD-Zentrale in den Tagen des Januaraufstandes 1919 sowie über den Verlauf der Beratungen und Aktionen im Lager der Berliner revolutionären Linken bietet ein als Typuskript vorliegender detaillierter Bericht Piecks, im Frühjahr 1920

9 Siehe die anschließende detaillierte Darstellung in diesem Aufsatz. Ferner: Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie. Berlin 2007. S. 425–428.

verfasst und in späteren Jahren nur stark verkürzt und verändert publiziert.¹⁰ Nach dem Pieck-Manuskript kamen die »Revolutionären Obleute« bereits auf ihrer Sitzung am Abend des 4. Januar zu dem Schluss, dass sich der Kampf gegen die Absetzung Eichhorns wahrscheinlich zum Kampf um die Regierungsgewalt entwickeln würde. »Es war in der Versammlung eine äußerst entschlossene Stimmung vorhanden. Eichhorn sollte unter keinen Umständen von seinem Posten weichen. Man war sich aber auch darüber klar, dass die Regierung ihre Absicht [die Absetzung Eichhorns] mit allen Mitteln durchzuführen bestrebt sein werde und daß deshalb der Kampf um das Polizeipräsidium der Kampf um die Regierung selbst sei. Es brauchte zwar nicht so zu sein, aber daß

10 SAPMO-BArch. NY 4036. Nr. 384. Bl. 54-193 bzw. 195-325: »Zur Parteigeschichte der KPD, geschrieben von Wilhelm Pieck«. Lt. handschriftl. Zusatz (Bl. 195) für die Zeit vom 28.10.1918 bis 10.2.1920, zwei tagebuchartige maschinenschriftl. wortgleiche Manuskripte. In der Fassung auf Bl. 195-325, offensichtlich die erste Fassung, sind die damals – 1920 – noch lebenden Personen mit Zahlen bezeichnet, um bei Beschlagnahme des Manuskriptes durch die Polizei kein Material für Strafverfolgungen zu liefern. Für die vorliegende Studie wurde die Fassung von Bl. 54-193, in der die Zahlen durch die Personennamen ersetzt wurden, benutzt (im folgenden: Pieck-Manuskript [1920]). Ein weiteres Teil-Exemplar des Manuskriptes, das vor dem Januaraufstand 1919 endet (mit Zahlen statt Personennamen), befindet sich im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn. Nachlaß Paul Levi. Mappe 285/Box 142. Spätere gedruckte Versionen dieses Berichtes: Der 9. November in Berlin. Erinnerungen von Wilhelm Pieck. In: Die Rote Fahne. Berlin. 11. Jg. Nr. 265. 9.11.1928 ff., ab Nr. 272, 17.11.1928: Vor zehn Jahren. Erinnerungen von Wilhelm Pieck; ders.: Die Gründung der KPD. Erinnerungen an die Novemberrevolution. Berlin o. J. [wahrscheinlich 1929 – Hinweis in der »Roten Fahne«. 12. Jg. Nr.9. 11.1.1929. Beilage] (im folgenden: Pieck [1929]); ders.: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950. Bd. I. unveränderte 4. Aufl. Berlin 1954. S. 80–122 (1. Aufl. 1950); ders., Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. I. August 1904 bis Januar 1919. Berlin 1959. S. 412–483, letztere Version mit dem Zusatz: »Nach Tagebuchaufzeichnungen, 1920« (gemeint ist das tagebuchartige Manuskript von 1920), aber insbesondere für die Zeit des Januaraufstandes mit vielen im Text nicht gekennzeichneten Auslassungen.

es dazu kommen würde, lag auf der Hand.« Pieck wies in der Diskussion darauf hin, dass die Ebert-Scheidemann-Regierung die in der Umgebung Berlins stationierten Truppen bald zur Entwaffnung der Berliner Arbeiter einsetzen würde, und trat für ein sofortiges Losschlagen gegen die Ebert-Scheidemann-Regierung ein, »um sie zu überrumpeln. Nach den von der Matrosendivisionsleitung gemachten Zusicherungen sei Aussicht vorhanden, daß die Matrosen [d. h. die Volksmarinedivision], die Sicherheitswehren und einige Berliner Regimenter zu uns übergehen würden.«¹¹ Nach einem 1929 veröffentlichten Bericht Piecks ergänzte Liebknecht die Argumente Piecks »in die gleiche Richtung«.¹² Der Vertreter des Berliner USPD-Zentralvorstandes Paul Brühl überbrachte den »Revolutionären Obleuten« einen am selben Abend einstimmig gefassten Beschluss dieses Parteigremiums, »die Arbeiter aufzufordern, gegen die Regierung aufs schärfste vorzugehen, und gab sein Einverständnis mit den Ausführungen des Genossen Pieck«. Eine große Anzahl der Redner, darunter auch der USPD-Führer Georg Ledebour, sprach im gleichen Sinne. Nur Ernst Däumig, der die militärischen Planungen der Aufständischen für die Novemberrevolution 1918 in Berlin in der Hand gehabt hatte, warnte eindringlich vor einer Massenaktion mit dem Ziel eines Regierungsumsturzes, da diese Bestrebungen wegen des Fehlens jeglicher Planung auf Berliner und überregionaler Ebene nur mit einem Fiasko für die revolutionäre Linke enden könnten.¹³

In der einschlägigen Historiographie ist häufig auf die Unlogik des Auslösers für den Januaraufstand, die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn, hingewiesen worden: eigentlich hätte ein Rücktritt des der USPD angehörenden Polizeichefs nahe gelegen, nachdem die USPD-Volksbeauftragten am 29. Dezember 1918 – genauso wie wenige Tage später die USPD-Minister und -Staatssekretäre des preußischen Kabinetts – aus Protest gegen die Politik ihrer SPD-Kollegen aus der jeweiligen Regierung ausgeschieden waren, wobei dieser Schritt von den Lin-

11 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 108f.

12 Wilhelm Pieck: Die Gründung der KPD. Erinnerungen an die Novemberrevolution. S. 27.

13 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 110 (mit Zitat), Bl. 109.

ken in der USPD und dem Spartakusbund schon frühzeitig gefordert worden war.¹⁴

Doch eine Amtsaufgabe Eichhorns war von den Unabhängigen Sozialdemokraten nie verlangt worden. Er besaß ein hohes Ansehen bei den Berliner USPD-Mitgliedern, die ihn noch vor dem USPD-Vorsitzenden Hugo Haase auf Platz 1 der Berliner USPD-Kandidatenliste für die Wahlen zur Nationalversammlung gesetzt hatten. Bei dem Protest der Berliner Arbeiterschaft spielte m. E. auch eine Rolle, dass der Polizeipräsident als Beamter angesehen wurde, der nur im Falle offensichtlicher Dienstverfehlungen suspendiert werden konnte. Eichhorns Entlassung wurde als ehrenrührig, ungerechtfertigt und rein parteipolitisch bedingt empfunden. Gleichzeitig hatten sich infolge der bewaffneten Zusammenstöße am 6. und 24. Dezember 1918 in Berlin politische Spannungen aufgebaut, die durch das Ausbleiben von Reformmaßnahmen, z. B. Sozialisierung von Industriebereichen und Demokratisierung der Armee, verschärft wurden.

Die »Revolutionären Obleute« waren sich auf ihrer Sitzung am späten Sonnabend über die mögliche Resonanz eines Aufrufes zur Protestaktion unsicher, da die Arbeiterschaft wegen des Sonntags nicht direkt von ihren Vertrauensleuten instruiert und aus den Fabriken auf die Straße geführt, sondern nur über Zeitungen und über Flugblätter informiert werden konnte. Deshalb vertagten die Betriebsvertrauensleute an diesem späten Sonnabend die Frage eines sofortigen Regierungsumsturzes und riefen für den 5. Januar in den Zeitungen der USPD und der KPD lediglich zu einer Protestdemonstration auf. Möglicherweise wirkte als weiterer Grund für die Beschränkung auf eine bloße Protestaktion mit, dass der Leiter der Volksmarinedivision Heinrich Dorrenbach (dem im Laufe des 6. Januar die Matrosen das Vertrauen entzogen) es ablehnte, Matrosen zur sofortigen Verhaftung der Regierungsmitglieder in der Nacht vom 4. zum 5. Januar (!) bereitzustellen. Dieser von Pieck und einigen Betriebsvertrauensleuten im Auftrage der Versammlung verfolgte Plan wurde dann erst einmal aufgegeben, weil die »Revolutionä-

¹⁴ Hierzu z. B.: Manfred Scharrer: Die Spaltung, S. 197f.; Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 120.

ren Obleute« selbst dafür keine bewaffneten Kräfte zur Verfügung hatten.¹⁵

Ein chaotischer Aufstandsversuch

Die Protestdemonstration am Sonntag, dem 5. Januar, verlief unter massenhafter Beteiligung der Berliner Arbeiterschaft und unter großer Zurückhaltung der führenden linken Redner bei ihren Ansprachen, in denen extra aufgefordert wurde, »es mit der Demonstration an diesem Tage genug sein zu lassen und erneut am anderen Morgen wieder in der Siegesallee zu erscheinen ...« Dennoch besetzten einige Demonstranten ohne Anweisung der »Revolutionären Obleute« spontan die Gebäude des »Vorwärts« und einiger bürgerlicher Zeitungen.¹⁶

Während Rosa Luxemburg und die anderen Mitglieder der KPD-Zentrale diese Sonntagsaktion als eine der vielen linken Protestdemonstrationen gegen die Regierung ansahen und deshalb die Montagsausgabe der »Roten Fahne« sowohl in der Aufmachung des Aufrufs zum Massenstreik am selben Tag wie in der Berichterstattung über die Sonntagseignisse relativ zurückhaltend gestalteten, herrschte bei den »Revolutionären Obleuten« am Abend des 5. Januar eine euphorische Stimmung, in der mit überwältigender Mehrheit bei nur sechs Gegenstimmen – darunter der Führer der Massenaktionen im Weltkrieg Richard Müller – der Beschluss zur Ausrufung des Massenstreiks am 6. Januar mit dem Ziel eines Sturzes der Ebert-Scheidemann-Regierung gefasst wurde.¹⁷ Der äußerst kurz gehaltene Aufruf enthielt jedoch keine direkte Forderung zur Regierungsablösung.¹⁸

15 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 110, 111f.

16 Ebenda. Bl. 113.

17 Ebenda; Richard Müller. Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik. Berlin 1925. S. 32–34.

18 Text in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Reihe II: 1914–1945. Bd. 3. Januar 1919 – Mai 1919. Berlin 1958 (im folgenden: DuM. II. Bd. 3. Januar 1919-Mai 1919). S. 11.

In dem Pieck-Manuskript von 1920 wird nicht erwähnt, ob und in welchem Sinne sich Liebknecht auf dieser Sitzung der »Revolutionären Obleute« am Abend des 5. Januar 1919 geäußert hat. Nach Richard Müller trat Liebknecht erst für den Regierungsumsturz ein, nachdem auf der Sitzung der »Revolutionären Obleute« die – später sich als falsch herausstellenden – Nachrichten über eine Unterstützung der Berliner Truppen für die Aufständischen verbreitet worden waren. Liebknecht und Pieck, so berichtet Richard Müller, »stellten die schärfsten Forderungen auf und griffen jeden an, der es wagte, Bedenken vorzutragen«. ¹⁹ Nach eigenem Bekunden war Pieck einer der Wortführer für ein radikales, sogar putschistisches Vorgehen. Er entwickelte in den revolutionären Gremien immer wieder Initiativen. So wurde z. B. auf seinen Antrag ein »Revolutionsausschuss« mit 33 Mitgliedern gebildet, in dem Ledebour, Liebknecht und von den Obleuten Paul Scholze gemeinsam den Vorsitz wahrnahmen. Dieser »Revolutionsausschuss« beschloss in der ab 12 Uhr nachts stattfindenden Sitzung, »noch in der Nacht die Kabinettsmitglieder zu verhaften [...], die militärisch wichtigen Gebäude am Montag zu besetzen«, die Arbeiter zu bewaffnen und Kommissionen einzurichten. Zur Umsetzung dieser Beschlüsse reichte jedoch die Energie der Aufstandsleitung nicht mehr aus, und sie löste sich trotz des Protestes von Pieck gegen zwei Uhr nachts auf. ²⁰

Allerdings verhandelten anschließend in der Nacht Liebknecht und drei weitere Mitglieder des »Revolutionsausschusses« – darunter offensichtlich auch Pieck – mit dem Führer der Volksmarinedivision Dorrenbach. Dieser erklärte sich im Gegensatz zur vorangegangenen Nacht, wohl beeindruckt von der massiven Beteiligung der Arbeiter an der Sonntagsdemonstration, bereit, Matrosen zur Verhaftung der Regierungsmitglieder einzusetzen. Doch am nächsten Tag stellte sich heraus, dass keine Verhaftung erfolgt war, wobei unklar blieb, ob überhaupt ein Versuch unternommen worden war. ²¹ Der Beschluss des »Revolutionsausschusses« und der daraus resultierende Versuch einer Festnahme der

19 Richard Müller: Bürgerkrieg. S. 33, 35 (Zitat).

20 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 114.

21 Ebenda. Bl. 114f.

Regierungsmitglieder trug genauso wie der bereits im Ansatz stecken gebliebene Plan in der vorangegangenen Nacht²² den Charakter eines Putsches, weil noch vollständig unklar war, ob die Mehrheit der Berliner Arbeiter hinter den Aufständischen stehen würde. Weiterhin bestand trotz einiger positiver Einschätzungen Ungewissheit über die Haltung der in Berlin stationierten Soldatenformationen. Dennoch handelten Pieck und Liebknecht bei diesen Initiativen durchaus im Sinne einer großen Mehrheit der »Revolutionären Obleute«, die beabsichtigten, »mit einem glücklichen Handstreich [!] die Hauptpositionen zu nehmen und dadurch die Macht in die Hände des Proletariats zu bringen«, wie es der führende revolutionäre Obmann Heinrich Malzahn auf einer Sitzung der Berliner USPD-Arbeiterräte am 9. Januar 1919 formulierte.²³ Diese nicht realisierten Verhaftungspläne, sehr detailliert und glaubwürdig von Pieck geschildert, sind bis heute der Öffentlichkeit verborgen geblieben. Dagegen wurde eine schriftliche Erklärung vom 6. Januar über die Regierungsübernahme durch den »Revolutionsausschuss« allgemein bekannt, weil der nach Ende der Besetzung durch die Aufständischen wieder von den Mehrheitssozialdemokraten herausgegebene »Vorwärts« am 14. Januar 1919 ein Faksimile des mit den Unterschriften von Liebknecht und Paul Scholze versehenen Schriftstückes veröffentlichte.²⁴ Die zwei Vertreter des Spartakusbundes in den Aufstandsgremien Liebknecht und Pieck agierten an diesem Sonntag genauso wie am Sonnabend ohne Verbindung zu den übrigen Mitgliedern der KPD-Zentrale.²⁵

22 Siehe oben, S. 75f.

23 SAPMO-BArch. RY II 143. Nr. 2. Bl. 30-50: »Protokoll der Sitzung der auf dem Boden der USPD stehenden Arbeiterräte Berlins mit dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins am Donnerstag, dem 9. Januar 1919 im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses« [Maschinenschrift] sowie eine zweite Fassung dieser Sitzung in derselben Akte, Bl. 1-19: »Sitzung der Arbeiterräte der USP am 9. Januar 1919« (beide im folgenden: Prot. ARE USPD, 9.1.1919), hier: Bl. 31. Die Fassungen unterscheiden sich insofern, als die Redebeiträge unterschiedlich ausführlich protokolliert worden sind, ohne inhaltliche Veränderungen aufzuweisen.

24 Siehe unten, S. 80f.

25 Es ist nicht feststellbar, ob Liebknecht und Pieck am Sonnabend noch vor der Sitzung der Revolutionären Obleute mit den anderen Mitgliedern der KPD-Zentrale Kontakt hatten. (Vgl. dazu: oben, S. 72.)

Der 6. Januar sah eine der machtvollsten Massendemonstrationen der Berliner Arbeiterschaft in dieser Zeit. »Was am Montag in Berlin sich zeigte, war vielleicht die größte proletarische Massentat, die die Geschichte je gesehen hat ... Vom Roland zur Viktoria standen die Proletarier Kopf an Kopf. Bis weit hinein in den Tiergarten standen sie. Sie hatten ihre Waffen mitgebracht, sie ließen ihre roten Banner wehen.« Mit diesen Worten schilderte Levi ein Jahr später seinen Eindruck von dieser Aktion.²⁶ Es sah so aus, als ob die revolutionäre Linke in Berlin einen großen Triumph erzielt hätte und die Ebert-Scheidemann-Regierung sich angesichts dieser massenhaften Gegnerschaft nicht halten könnte.

Doch der »Revolutionsausschuss« war nicht fähig, diese günstige Lage auszunutzen. Die führenden Mitglieder waren damit beschäftigt, Reden vor den Demonstranten zu halten, vor allem aber damit, die Berliner Truppen für die Unterstützung der revolutionären Linken zu gewinnen. Die im Marstall verbliebenen Mitglieder des »Revolutionsausschusses« kamen nicht dazu, untereinander über die nächsten Maßnahmen zu beraten, da – so Pieck – »eine Unmenge von Delegationen, die Anweisungen haben wollten«, sie davon abhielten.²⁷ Ein Teilnehmer der Demonstrationen, der USPD-Arbeiterrat Stahlberg, gab auf einer parteiinternen Sitzung am 9. Januar eine aufschlussreiche Schilderung von den Massenaktionen am 6. und 7. Januar: »Die Massen riefen nach den Führern, um Direktiven zu weiteren Taten zu bekommen, doch die Führer waren nicht vorhanden, und jeder, der schreien konnte, kommandierte«. Und Stahlberg fasste seine Eindrücke mit den Worten zusammen: »Es war ein ganz wirres Durcheinander.«²⁸ Die in der USPD und KPD organisierten Demonstranten wurden aufgefordert, Waffen in

26 [Levi:] Georg Ledebour, die Revolution und die Anderen. Das Denkmal für die englische Königin Victoria stand südlich des Reichstagsgebäudes in der Nähe des Brandenburger Tores – Westseite. Mit dem Roland ist nicht der Roland am Märkischen Museum, sondern der damalige Rolandsbrunnen am Kemperplatz gemeint, der am südöstlichen Rand des Tiergartens gelegen war.

27 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 116, Bl. 118f.; Zitat: Bl. 119.

28 Prot. ARe USPD. 9.1.1919. Bl. 7, Bl. 38.

Empfang zu nehmen und sich für revolutionäre Aktionen bereitzuhalten. Doch da keine richtige Organisation zustande kam, entfernten sich viele bewaffnete Arbeiter und standen nicht mehr für Aufträge des »Revolutionsausschusses« zur Verfügung. Nach Piecks Aufzeichnungen »herrschte in dem Ausschuß noch keine klare Vorstellung, [...] wie die bewaffneten Arbeiter militärisch organisiert und sie zu bestimmten planmäßigen Aktionen geführt werden sollten ...«²⁹

Liebknechts »Putsch-Dokument«

Es wurden zur Besetzung von Regierungsgebäuden einige bewaffnete Trupps ausgesandt, die auf Initiative Piecks zu ihrer Legitimation eine maschinenschriftliche Erklärung des »Revolutionsausschusses« über die Absetzung der Ebert-Scheidemann-Regierung und über die vorläufige Übernahme der Macht durch das revolutionäre Gremium erhielten. Die alte Besetzung des Kriegsministeriums wollte das Gebäude nur dann den bewaffneten Revolutionären übergeben, wenn auf der vorgewiesenen Deklaration des »Revolutionsausschusses« die Unterschriften der Vorsitzenden vorgewiesen werden könnten. Deshalb holte er mit der Besetzung beauftragte Matrose Wilhelm Lemmgen als Anführer dieses revolutionären Trupps für die nur in Maschinschrift aufgeführten Namen der Vorsitzenden des »Revolutionsausschusses« Ledebour, Liebkecht und Scholze die Unterschriften ein, wobei Liebkecht auch für den abwesenden Ledebour unterschrieb.³⁰ Liebkecht, der einen großen Teil der Zeit mit Ansprachen an die Demonstranten beschäftigt war, hatte höchstwahrscheinlich mit der Entstehung der Erklärung nichts zu

²⁹ Pieck-Manuskript (1920). Bl. 116.

³⁰ Ebenda. Bl. 117 f.; Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950. Bd. I. S. 114f. In der letzteren Version Piecks wird hervorgehoben, dass die Erklärung zur Regierungsübernahme durch die revolutionäre Linke auf mehrfaches Verlangen von Deputationen verschiedener Regimenter zustande gekommen sei, während nach dem Manuskript von 1920 der Entschluss zur Abfassung dieser Erklärung auf Grund eigener Überlegungen der Revolutionäre erfolgt sein soll.

tun, wie aus der am 22. Januar 1919 gemachten Aussage Lemmgens hervorgeht: »Liebknecht las sich das Schriftstück längere Zeit durch. Ich hatte den Eindruck, daß es ihm neu sei.«³¹ Statt zu seinem bewaffneten Trupp vor dem Kriegsministerium ging Lemmgens, dem unterdessen Bedenken gekommen waren, mit dem unterschriebenen Dokument nach Hause und übergab es später einem Vertreter der SPD-Regierung.³²

Die Kritik an dieser Proklamation des Regierungsumsturzes und am Verhalten Liebknechts, wie sie unmittelbar nach dem Januaraufstand von Rosa Luxemburg und später auch von Historikern geäußert wurde, ist m. E. unberechtigt. Denn in der ersten Tageshälfte des 6. Januar, als die Erklärung formuliert und vervielfältigt wurde, sah es so aus, als ob die erdrückende Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft auf eine Ablösung der Regierung Ebert-Scheidemann drängte. Die beabsichtigte Übernahme der Regierung durch die Aufständischen und die Besetzung der Regierungsgebäude waren also kein Putsch, keine Aktion einer kleinen revolutionären Gruppe, sondern – wenn auch nur am Montag und Dienstag – der Ausfluss einer gewaltigen Massenbewegung der eindeutigen Mehrheit des Berliner Proletariats. Das heißt, diese Maßnahmen und auch die Erklärung zum Regierungsumsturz besaßen genauso wie der Regierungsumsturz am 9./10. November 1918 in Berlin ihre revolutionäre Legitimation.³³ Auch das Argument, eine Regierung Ledebour-Liebknecht-»Revolutionäre Obleute« in Berlin wäre auf die Reichshauptstadt und wenige Industriezentren begrenzt und damit isoliert geblieben, ist zwar richtig, aber nur aus der Retrospektive. Wie im November 1918, als die Informationen über die in der Arbeiterschaft vorhandene Bereitschaft zur revolutionären Erhebung in der Arbeiterschaft im Reich ä-

31 LA Berlin. A Rep. 358. Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin. Nr. 466 [Untersuchungsverfahren gegen Ledebour wegen Aufruhrs etc.]. Bd. I. Bl. 31.

32 Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919. Auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour. Berlin 1919. S. 298–307.

33 Vgl. hierzu: Manfred Scharrer: Die Spaltung. S. 213–215.

berst ungünstig lauteten,³⁴ aber der revolutionäre Funke dennoch zündete und in Windeseile von einem Ort zum anderen – erst ganz zuletzt nach Berlin – übersprang, hätte auch im Januar 1919 eine ähnliche Bewegung – diesmal mit dem Ausgangspunkt Berlin – entstehen und den größten Teil des Deutschen Reiches erfassen können. Die Aktion im Januar 1919 wurde erst zu einem Putsch, als deutlich wurde, dass ab Mittwoch, dem 8. Januar, die Masse des Berliner Proletariats nicht mehr hinter der Forderung nach einer gewaltsamen Regierungsablösung stand.

Erste Anzeichen für das Abflauen der revolutionären Stimmung

Eine große, vollständig unerwartete Enttäuschung bereiteten die Berliner Truppen der revolutionären Linken: alle in Berlin stationierten militärischen Formationen erklärten sich in der politischen Auseinandersetzung für neutral oder auf Seiten der Ebert-Scheidemann-Regierung. Sogar die Volksmarinedivision, die in den Weihnachtstagen 1918 nur dank der Hilfe der Berliner Arbeiter einen Angriff der Regierungstruppen erfolgreich abgewehrt hatte und deren Quartier, der Marstall, dem »Revolutionsausschuss« zunächst als Tagungsstätte diente, widerrief am späten Montagnachmittag die von ihrem Leiter Dorrenbach gegebene Unterstützung und drängte die Aufständischen sehr massiv aus dem Haus. Die »Revolutionären Obleute« »wurden [...] mit den größten Schimpfworten aus dem Marstall gewiesen«.³⁵

Ein weiteres Hindernis für die Beseitigung der mehrheitssozialdemokratischen Regierung bestand darin, dass die Mehrheitssozialdemokraten wie die Aufständischen ebenfalls den Generalstreik ausgerufen und ihre Anhänger in der Wilhelmstraße vor dem Reichskanzlerpalais ver-

34 Ottokar Luban: Rosa Luxemburg, Spartakus und die Massen. Vier Beispiele zur Taktik der Spartakusgruppe bzw. des Spartakusbundes. In: Theodor Bergmann / Wolfgang Haible (Hrsg.): Reform – Demokratie – Revolution. Zur Aktualität von Rosa Luxemburg. Supplement der Zeitschrift »Sozialismus«. Hamburg. 5/97. S. 13, 24–25.

35 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 119f.; Zitat: Bl. 120.

sammelt hatten. Obwohl die große Mehrheit der Arbeiter – Levi spricht von 200.000 Demonstranten³⁶ – gegen Ebert und Scheidemann demonstrierten, reichten einige tausend oder zehntausend mehrheitssozialdemokratische Anhänger auf den Straßen rund um das Reichskanzlerpalais aus, um die SPD-Regierung vor revolutionären Trupps zu schützen. Denn die Regierungsgegner wollten in ihrer großen Mehrheit ein Blutvergießen im Bruderkampf vermeiden. Dennoch kam es schon an diesem Montag an verschiedenen Stellen der Stadt zwischen unterdessen bewaffneten Regierungsanhängern und den aufständischen Arbeitern zu vereinzelt Schießereien mit Toten und Verwundeten.

Von der Volksmarinedivision aus dem Marstall hinausgeworfen, siedelte der »Revolutionsausschuss« am Montagnachmittag notgedrungen in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz über, wo die »Revolutionären Obleute« bereits einen Vorschlag der USPD-Führer Rudolf Breitscheid, Oscar Cohn, Wilhelm Dittmann, Karl Kautsky und Luise Zietz diskutierten, mit der mehrheitssozialdemokratischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Liebknecht und Pieck setzten sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Verhandlungsaufnahme ein, die jedoch mit 51 zu 10 Stimmen von den »Revolutionären Obleuten« gebilligt wurde.³⁷

Luxemburgs erste Reaktion auf die Massenbewegung

Am Montagabend bekam die Spartakus-Führung zum erstenmal seit Freitag oder Sonnabend wieder Verbindung mit ihren beiden Repräsentanten bei den »Revolutionären Obleuten«. Am Rande der Sitzung der jetzt im Polizeipräsidium tagenden Aufstandsführung – offensichtlich noch vor der Abstimmung über eine Verhandlungsaufnahme – konnten die Mitglieder der KPD-Zentrale Jogiches und Levi von Liebknecht und Pieck Einzelheiten über die seit Sonnabend im Kreise der Berliner revolutionären Linken erfolgten Beratungen erfahren und miteinander über die politische Situation beraten.³⁸ Nach der überwältigenden Beteili-

36 [Levi:] Georg Ledebour, die Revolution und die Anderen.

37 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 120f.

38 Ebenda. Bl. 121.

gung an der Massenaktion am Montag und auf Grund der von Liebknecht und Pieck erhaltenen Informationen, die Jogiches und Levi sicherlich sofort an Rosa Luxemburg und die anderen Redakteure weitergegeben haben, widmete sich die KPD-Führerin in einem Leitartikel »Was machen die Führer?« in der »Roten Fahne« vom 7. Januar, also am 6. Januar geschrieben, erstmals der spontanen Massenbewegung gegen die Regierung. Luxemburg stellte die Frage, ob die Führer das gleiche Ausmaß an revolutionärer Energie hätten wie die Massen, denen sie bescheinigte, revolutionär zu handeln. Gleichzeitig forderte sie die Aufstandsführung auf: »Den Massen, den revolutionstreuen Soldaten müssen klare und rasche Direktiven gegeben, ihrer Energie, ihrer Kampflust müssen die richtigen Ziele gewiesen werden.« Außer den Zielen »Gegenrevolution entwaffnen« und »Massen bewaffnen«, die bereits am 5. Januar in der »Roten Fahne« propagiert worden waren, wurde nunmehr das Ziel »alle Machtpositionen besetzen« verkündet, ein deutlicher Hinweis auf den Sturz der Ebert-Scheidemann-Regierung, ohne jedoch diese Forderung direkt auszusprechen.³⁹

Die zurückhaltende Form der Kritik an den Führern der revolutionären Linken ist darauf zurückzuführen, dass Rosa Luxemburg bei der Abfassung des Kommentars offensichtlich noch nichts von der Zustimmung der »Revolutionären Obleute« zur Verhandlungsaufnahme wusste. Denn in der KPD-Zeitung vom 7. Januar 1919 ist unter der Überschrift »Haase und Genossen ›vermitteln!‹« lediglich vom Vermittlungsangebot der zentralen USPD-Führung an die SPD-Vertreter und von Beratungen der »Revolutionären Obleute«, nicht aber von deren Zustimmung zum Vorschlag der Führer der Unabhängigen die Rede.

Am Dienstag, dem 7. Januar, fiel die Beteiligung an den Demonstrationen gegen die Ebert-Scheidemann-Regierung etwas geringer aus als am Vortag, war jedoch immer noch beeindruckend. Allerdings blieben die revolutionären Arbeiter wiederum »ohne jegliche Parolen und Direktiven«. Der »Revolutionsausschuss« kam um 11 Uhr vormittags zusammen, »wo aber nichts Wesentliches beschlossen wurde«. Die Verhandlungen einer von den »Revolutionären Obleuten« beauftragten

39 Der Leitartikel ist auch abgedruckt in: GW 4. S. 516–518.

Abordnung mit führenden USPD-Mitgliedern einerseits und den mehrheitssozialdemokratischen Führern andererseits kamen zu keinem Ergebnis, weil die Mehrheitssozialdemokraten als Vorbedingung für Abmachungen auf die Räumung der Zeitungsgebäude bestanden. Hierzu waren die »Revolutionären Obleute« nicht bereit, wollten die Verhandlungen aber fortgeführt wissen.⁴⁰

Im Laufe des Dienstagabends erfolgte die Besetzung weiterer Gebäude durch revolutionäre Arbeiter, wobei es unklar blieb, ob es sich um spontane oder vom »Revolutionsausschuss« angeordnete Aktionen handelte. Die Schießereien wurden zahlreicher. Es gab mehr Verwundete und Getötete als am Vortag. Am Abend des 7. Januar wurde die Druckerei der »Roten Fahne« von bewaffneten Trupps der Regierung für längere Zeit besetzt, so dass die bereits im Satz fertiggestellte Mittwochnummer der KPD-Zeitung nicht im vollen Umfang gedruckt, sondern nur noch eine einseitig bedruckte Ausgabe hergestellt werden konnte.

Luxemburgs Kurswechsel am 7. Januar: Sturz der SPD-Regierung!

Am Dienstagmittag kam es erstmals seit Beginn der Massenaktionen zu einer Sitzung der KPD-Zentrale mit Liebknecht und Pieck. »Die Genossen Luxemburg und Jogiches drängten auf eine entschlosseneren Kampfesführung [!] und klare Parolen.«⁴¹ Diese Besprechung der Spartakusführung mit ihren beiden Vertretern in den revolutionären Gremien am 7. Januar sowie das Drängen von Jogiches und Luxemburg auf ein entschiedeneres Vorgehen der Aufstandsführung sind bisher unbekannt geblieben. Offensichtlich wurde diese Sitzung der KPD-Zentrale in den veröffentlichten Berichten Piecks und Levis sowie in dem von der KPD 1929 herausgegebenen Werk über die Novemberrevolution⁴² immer unterschlagen, um die Legende von der Ablehnung des Regierungsumsturzes durch die Mehrheit der KPD-Zentrale und Rosa Luxemburg stricken

40 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 122f.; Zitate: Bl. 122.

41 Ebenda. Bl. 122.

42 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. S. 282–284.

zu können. Dass Rosa Luxemburg tatsächlich seit Dienstagmittag – 7. Januar – die Zeit zum Kampf um die Regierungsmacht gekommen ansah, ist ihrem Leitartikel »Versäumte Pflichten« vom 8. Januar,⁴³ geschrieben am 7. Januar, zu entnehmen. Mehrmals sprach Luxemburg die Notwendigkeit aus, zur Fortführung der Revolution, zur Verwirklichung des Sozialismus, müsse »die Regierung Ebert-Scheidemann hinweggeräumt [!] werden.« Sie müsse »mit ihrem Anhang [...] von der Macht vertrieben [!] werden«. Allerdings wandte sie sich deutlich gegen eine bloße Putschtaktik: »Die Regierung Ebert-Scheidemann hinwegräumen heißt nicht, ins Reichskanzlerpalais stürmen und die paar Leute verjagen oder festnehmen, es heißt vor allem, sämtliche tatsächliche Machtpositionen ergreifen und sie auch *festhalten und gebrauchen*«. ⁴⁴ Als Beispiele nannte sie dazu:

Erstens sollten die »Revolutionären Obleute« beim besetzten »Vorwärts« für eine »sofortige Redaktionsführung im Sinne der revolutionären Arbeiterschaft Berlins« sorgen, wobei Ledebour und Däumig aufgerufen wurden, als Redakteure mitzuwirken, denn die Linke in der USPD habe kein eigenes Organ.⁴⁵ Hintergrund dieses Vorschlages war ein Ersuchen der »Vorwärts«-Besatzung an die führenden KPD-Mitglieder, die Redaktion des revolutionären »Vorwärts« zu übernehmen, was abgelehnt wurde, »weil wir uns nicht zu sehr als Partei mit der Besetzung des »Vorwärts« verbinden wollten«. ⁴⁶

43 Auch abgedruckt in: GW 4. S. 519–522.

44 Rosa Luxemburg: Versäumte Pflichten. In: GW 4. S. 519f.

45 Ebenda. S. 520f.

46 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 122f.. Das Spartakusmitglied Eugen Leviné, das weder dem Mitarbeiterstab der »Roten Fahne« noch der KPD-Zentrale angehörte, aber in Verbindung mit der Führung stand, war wohl von den zur »Vorwärts«-Besatzung gehörenden Neuköllner Genossen um die Übernahme der Redaktion des besetzten »Vorwärts«, der in der Zeit des Januaraufstandes mit dem Untertitel »Zentralorgan der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins« erschien, gebeten worden. Die Spartakus-Organisation von Berlin-Neukölln hatte Leviné zum Jahresende 1918/19 auch als Delegierten zum KPD-Gründungsparteitag gesandt. Erst am vorletzten Tag der Besetzung wurde Wolfgang Fernbach, ein Wirtschafts- und Finanzjournalist, ebenfalls nicht an der »Roten Fahne« tätig, auf seinem eigenen

Zweitens sollte das besetzte Wolffsche Telegraphenbüro den Berliner Revolutionären für die Verbreitung der Informationen über die Lage in Berlin dienen, damit »ein geistiger Zusammenhang zwischen der Berliner Arbeiterschaft und der revolutionären Bewegung im ganzen Reiche hergestellt« wird, »ohne den die Revolution weder hier noch dort siegen kann ...«⁴⁷

Drittens dürften keine Verhandlungen mit der Regierung geführt werden, mit der man im schärfsten Kampfe stehe. »Diese Verhandlungen können ja nur zu zweierlei führen: entweder zu einem Kompromiß oder – was sicherer – bloß zu einer Verschleppung, die von den Ebert-Leuten ausgenutzt wird, um die brutalsten Gewaltmaßnahmen vorzubereiten.«⁴⁸

Viertens müsste den auf die Straße gerufenen Massen »klar und deutlich gesagt werden, was sie zu tun haben, oder mindestens, was vorgeht, was von Freund und Feind getan und geplant wird. In Zeiten der revolutionären Krise gehören die Massen selbstverständlich auf die Straße.« Dabei sollten diese revolutionären Arbeiter »über alles, was getan und gelassen wird, zur Entscheidung gerufen werden.« Als Thema für eine Entscheidungsfindung der Massen führte Luxemburg die Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierung an, die bestimmt eine schroffe Ablehnung durch die Demonstranten erfahren hätte. Gleichzeitig würde das Verbleiben der revolutionären Arbeiterschaft auf den Straßen als Warnung für die Feinde der Revolution dienen.⁴⁹

Wunsch von Jogiches zum »Vorwärts« geschickt. Fernbach gehörte zu den Parlamentären, die von den Regierungstruppen erschossen wurden. (Siehe Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914–1919. Hrsg. und eingeleitet von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann. In: IWK. 24. Jg. [1988]. H. 4. S. 495. Vgl. Manfred Scharrer: Die Spaltung. S. 198.) Höchstwahrscheinlich stießen die Mitglieder des Spartakusbundes Leviné, Karl Grubusch und Walter Haase (letztere in der Führung des »Roten Soldatenbundes«) – aus eigener Initiative oder auf Wunsch ihrer Basisorganisation – am Dienstag oder sogar erst am Mittwoch zur »Vorwärts«-Besetzung. (LA Berlin. A Rep. 358. Nr. 477 [Verfahren gegen »Vorwärts«-Besetzer] vor allem: Bl. 16, Bl. 20, Bl. 25.)

47 Rosa Luxemburg: Versäumte Pflichten. In: GW 4. S. 521.

48 Ebenda.

49 Ebenda.

Rhetorische Floskeln

Grundsätzlich erscheinen die ersten drei Punkte durchaus sinnvoll. Doch fehlten für die Personenvorschläge im ersten Punkt die Voraussetzungen, weil Däumig sich schon am Abend des 4. Januar gegen den Aufstandsversuch ausgesprochen hatte und Ledebour sich bereits seit dem Montagnachmittag an den Verhandlungsversuchen mit den Mehrheitssozialdemokraten beteiligte. (Dies zeigt auch, dass Luxemburg über die Sitzungen mit den »Revolutionären Obleuten« nur unzureichend informiert war.) Vollständig unpraktikabel war der zweite Teil des vierten Punktes mit der permanenten Vollversammlung des Berliner Proletariats. Dieser Vorschlag macht den Eindruck einer wirklichkeitsfernen rhetorischen Floskel. Unabhängig davon, dass Rosa Luxemburgs Vorschläge quantitativ und qualitativ ziemlich dürftig wirken, machen sie deutlich, dass ihr Schwerpunkt bei der Aufklärung, Aktivierung und fortlaufenden Einbeziehung der Massen liegt. Die Massen seien bereit, »jede revolutionäre Aktion zu unterstützen«. Die führenden Organe der revolutionären Kräfte dürften »kein Schwanken, keine Halbheit, sondern nur das Leitmotiv« kennen: »Nieder mit Ebert-Scheidemann!« Welche weiteren revolutionären Aktionen Rosa Luxemburg für erforderlich hielt, wurde im gesamten Leitartikel nicht gesagt, so dass der Leser, der der Aufforderung am Schluss von Luxemburgs Ausführungen »Redet nicht! Beratet nicht ewig! Unterhandelt nicht! Handelt!« nachkommen wollte, nicht mitgeteilt bekam, welche »tatsächliche[n] Machtpositionen« Luxemburg meinte, die zu ergreifen und zu gebrauchen wären.⁵⁰ Dieser Artikel macht den gleichen Eindruck, den der Abgesandte der bolschewistischen Regierung Karl Radek bei einem Besuch bei der KPD-Zeitung gewann: »Ich war selbst Zeuge, wie in der Redaktion der ›Roten Fahne‹ alte Genossen händeringend fragten, was von ihnen erwartet werde. Sie wurden mit leeren Phrasen abgespeist, weil man dort selbst auch nicht wußte, was man wollte.«⁵¹

50 Ebenda. S. 522.

51 Brief Karl Radeks vom 24. Januar 1919 an W. Lenin, G. Tschitscherin und J. Swerdlow (Übersetzung ins Deutsche: Dr. Gerd Kaiser). In: Ottokar Luban: Karl Radek im Januaraufstand 1919 in Berlin. Drei Dokumente. In: IWK. 36. Jg. (2000). H. 3. S. 378–384, hier S. 380 (Zitat).

Rückzug der KPD-Führung auf Raten

Am Mittwoch, dem 8. Januar, kam es nur noch zu kleineren Demonstrationen der revolutionären Arbeiter im Tiergarten sowie im Stadtzentrum und zu verstärkten Schießereien, die noch mehr Opfer als an den vorangegangenen Tagen forderten. Es erfolgte im verstärkten Maße eine Bewaffnung der Regierungsanhänger. In den Vororten wurden Regierungstruppen formiert. Die Versuche der USPD, in konkrete Verhandlungen mit den Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten zu kommen, dauerten den Tag über an. Der »Revolutionsausschuss« mit seinen 33 Mitgliedern beschloss im Laufe des Tages seine Auflösung und die Bildung eines militärischen Ausschusses mit lediglich 6 Mitgliedern – darunter Liebknecht und Pieck – und einem Kommandanten mit dem Hauptquartier in der nördlich des Alexanderplatzes gelegenen Bötzow-Brauerei, die auch als Kaserne für die aufständischen Arbeiter sowie als Waffendepot und Fuhrpark dienen sollte. Eine größere Effektivität der revolutionären Aktionen wurde dadurch nicht mehr bewirkt.⁵²

Schon am Mittwochmittag hatte eine Sitzung der KPD-Zentrale stattgefunden. »Eine klare Entscheidung, was angesichts der verlorenen [!] Situation zu unternehmen sei, wurde nicht gefaßt.«⁵³ Es sollte aber abends ein weiteres Treffen abgehalten werden, damit der mittags verhinderte Liebknecht teilnehmen konnte. Auf dieser Abendsitzung forderte Jogiches »kategorisch unseren Rücktritt aus dem militärischen Ausschuß und öffentliche Kritik an der ganzen Aktion. Rosa Luxemburg schloß sich dieser Forderung an, während Liebknecht dagegen sprach; er bezeichnete diesen Rücktritt in dieser Situation als ein feiges Zurückweichen vor den Schwierigkeiten. Er erklärte, sich einem solchen Beschluß unter keinen Umständen [!] fügen zu wollen.« Da diese drei Redner sehr lange Ausführungen gemacht hatten und die der Redaktion der »Roten Fahne« angehörenden Genossen die Sitzung verlassen mussten, verlangte Pieck eine Vertagung, um weiteren Mitgliedern der Zentrale die Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben. »Trotzdem wur-

52 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 124.

53 Ebenda.

de aber dem Antrag Jogiches entsprechend beschlossen, und in arger Verstimmung [!] gingen die Genossen auseinander.«⁵⁴

Als die Redakteure der »Roten Fahne« und die in der Zentrale arbeitenden Mitglieder sich anschließend vom Tagungsort zu den Büros aufmachten, hat es unter ihnen heftige Diskussionen über Liebknechts Ankündigung, dem Beschluss der Zentrale nicht zu folgen, gegeben, wie Levi zwei anderen Zeugen jener Ereignisse vom 8. bis 10. Januar 1919, nämlich Ernst Meyer und Wilhelm Pieck, auf einer Sitzung des Zentralausschusses der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands am 4. Mai 1921 ins Gedächtnis rief: »Sie erinnern sich, wie Karl Liebknecht widerspenstig war, und Sie erinnern sich, wie Leo Jogiches es war, der den Vorschlag machte, noch jetzt, in der Aktion, eine scharfe Erklärung an die ›Rote Fahne‹ zu senden, die von Karl Liebknecht deutlich abrückt, die erklären sollte: Karl Liebknecht vertritt den Spartakusbund nicht mehr bei den ›Revolutionären Obleuten‹. Sie wissen genau, wie ablehnend Rosa Luxemburg der Sache gegenüberstand, Sie wissen, wie scharf ihre Kritik war und gewesen wäre, in dem Augenblick, in dem die Aktion zu Ende war ... Und ich glaube, Genosse Pieck, Sie werden es auch wissen, daß die Genossin Rosa Luxemburg damals sogar den Gedanken hatte, es könne nicht mehr allzulange gehen mit Karl Liebknecht zusammen, so scharf war ihre Stellungnahme gegen Liebknecht und so scharf wäre ihre Stellungnahme gewesen, wenn ihr das Leben geblieben wäre.«⁵⁵ Für den Rückzug aus den Gremien der revolutionären Berliner Linken und damit aus dem Aufstand hatten sich am Abend des 8. Januar Rosa Luxemburg und vor allem Jogiches ausgesprochen. Diese Auffassung wurde nach dem Pieck-Manuskript offenbar von allen Führungsmitgliedern außer Liebknecht und Pieck geteilt.⁵⁶ In seinem Brief an die

54 Ebenda. Bl. 124f.

55 Protokoll der Sitzung. In: SAPMO-BArch. RY 1/I 2/1/8. Bl. 281, auf Mikrofilm FBS 239/11285; in leicht veränderter Fassung: Paul Levi: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion und die Kritik daran? Berlin 1921. S. 33f. Zu Liebknecht im Januaraufstand zusammenfassend: Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. S. 428–436.

56 Siehe oben, S. 89f. Pieck nennt in seinem Manuskript von 1920 (Bl. 124f.) Luxemburg und Jogiches als Befürworter eines Rückzuges, Liebknecht und

KPD-Zentrale vom 9. Januar nannte Radek die zur Führung gehörenden Spartakusmitglieder Levi sowie Käte und Hermann Duncker als Gegner einer weiteren Aufstandsbeteiligung.⁵⁷ Käte Duncker schrieb dazu in einem Brief vom 16. Januar 1919 an ihren Mann Hermann über ihre vorangegangenen Hafttage und ihre Äußerungen in einem Verhör: »Wie sehr wir beide die Dinge [den bewaffneten Aufstand] gemißbilligt u. dann abgeraten haben, kann man der Bande [den Vertretern der Strafverfolgungsbehörde] ja nicht sagen ...«⁵⁸

Ein letzter vergeblicher Versuch zur Aufstandsbelebung

Doch zur gleichen Zeit, in der sich diese fast zum Bruch führenden scharfen Auseinandersetzungen in der KPD-Führung abspielten, war die Stimmung im eigentlich auf Verhandlungen ausgerichteten Lager der USPD und der »Revolutionären Obleute« vollständig umgeschlagen. Zum einen waren die Verhandlungen mit den Mehrheitssozialdemokraten am Nachmittag des 8. Januar ergebnislos verlaufen. Zum anderen hatte die Regierung Ebert-Scheidemann unter dem Motto »Die Stunde der Abrechnung naht!« die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes angekündigt. »Im Einverständnis mit dem Oberkommandierenden Noske« hatte gleichzeitig eine »Arbeitsstelle Berliner Studenten« zur Meldung bei den Freiwilligen-Verbänden zum Kampf gegen die Aufständischen aufgefordert.⁵⁹ Dies brachte selbst den moderaten USPD-Vorsitzenden Hugo Haase so in Harnisch, dass er in einem Flugblatt die offensichtlich mit Zustimmung der Mehrheitssozialdemokraten erfolgende Bildung von Freiwilligen-Verbänden anprangerte und zum Widerstand aufrief: »Arbeiter, schart euch zusammen zur Abwehr gegen

Pieck als Gegner des Jogiches-Antrages, d. h., dass alle Mitglieder der KPD-Zentrale außer Liebknecht und Pieck für den Rückzug stimmten.

57 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. S. 282f.

58 SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 142. Bl. 2.

59 Gerhard A. Ritter / Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. S. 184f.; DuM. II. Bd. 3. Januar 1919–Mai 1919. S. 30.

die drohenden Gewalttaten der weißen Garde. Nieder mit ihrem Beschützer Noske! Nieder mit den arbeiterfeindlichen Regierungsmännern.« Die »Revolutionären Obleute« versahen Haases Text als gemeinsamen Appell der Berliner Linken auch mit dem Namen der KPD-Zentrale, obwohl Liebknecht und Pieck erst nach der Verabschiedung des Haase-Aufrufes in den späten Mittwochabendstunden zu diesem linken Kreis stießen und damit vom Spartakusbund zunächst niemand Kenntnis von diesem Text hatte, der in der Morgenausgabe der USPD-Zeitung »Die Freiheit« vom 9. Januar abgedruckt wurde, nicht aber in der »Roten Fahne«, weil dort der Text in der Redaktion zu spät eingetroffen war. Als – entgegen dem Beschluss der Spartakusführung – Liebknecht und Pieck nach der konfliktgeladenen Sitzung der KPD-Zentrale noch am späten Mittwochabend zur Sitzung der »Revolutionären Obleute« hinzukamen, hatte sich dort bereits in der mehrstündigen Diskussion eine große Mehrheit dafür herausgebildet, erneut zum Generalstreik und zur Intensivierung des bewaffneten Kampfes aufzufordern. Deshalb hatte Liebknecht keine Schwierigkeiten, die fast einmütige Akzeptanz des großen Kreises der führenden Berliner Linken für sein besonders scharfes, aggressives Flugblatt zu bekommen.⁶⁰

60 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 125; Prot. ARe USPD. 9.1.1919. Bl. 33. Texte der beiden Aufrufe in: DuM. II. Bd. 3. Januar 1919–Mai 1919. S. 31f. (Haase), S. 33-35 (Liebknecht). Die Angaben zur Autorenschaft nach Pieck-Manuskript (1920). Bl. 125, 126f. Im Pieck-Manuskript von 1920 (Bl. 126f.) scheinen die Ereignisse von Mittwoch- bis Freitagmittag in ihrer zeitlichen Abfolge etwas durcheinandergeraten zu sein, so dass es nicht möglich ist, die Aktivitäten Liebknechts und Piecks bei den Betriebsvertrauensleuten allein auf Grund des Pieck-Manuskriptes zeitlich genau zuzuordnen. Nach Pieck hat Liebknecht nach der Sitzung der KPD-Zentrale am Mittwoch an einer Versammlung der »Revolutionären Obleute« teilgenommen, dort scharf gegen die Tendenz zu weiteren Verhandlungen mit den Mehrheitssozialdemokraten argumentiert und angekündigt, keine weiteren Erklärungen der »Revolutionären Obleute« mehr mit zu unterzeichnen. Tatsächlich hatten sich diese Betriebsvertrauensleute zusammen mit der USPD am späten Mittwochabend einmütig für die Wiederaufnahme des Kampfes ausgesprochen und ein entsprechendes Flugblatt von Liebknecht akzeptiert, allerdings am Freitagvormittag erneut die Verhandlungsversuche wiederaufgenommen (siehe S. 93f.). Die Distanzierung Liebknechts von

Durch den Kurswechsel der »Revolutionären Obleute« und der Berliner USPD in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag waren sowohl der Beschluss der KPD-Zentrale vom Mittwochabend wie die Erwägungen einer Distanzierung von Liebknecht innerhalb von Stunden für die Spartakusführung – auf jeden Fall für Rosa Luxemburg – gegenstandslos geworden, und die Fortsetzung der Mitarbeit der beiden KPD-Vertreter in den revolutionären Gremien war wieder voll akzeptiert. Dass dies nicht aus äußerlichen Gründen, um Meinungsverschiedenheiten zu kaschieren, sondern vielmehr aus voller Überzeugung geschah, sieht man daran, dass nicht nur der Liebknecht-Text am Nachmittag des 9. Januar in einer Extra-Ausgabe der »Roten Fahne« abgedruckt wurde,⁶¹ sondern dass die Redaktion in dem Leitartikel der »Roten Fahne« vom 10. Januar »Der Todeskampf der Ebert-Scheidemann«, geschrieben am 9. Januar, im gleichen Sinn wie der Liebknecht-Aufruf den Eindruck erweckte, als ob man in die letzte Phase der Revolution eintrete und der Sieg nahe bevorstehe. Es kann also überhaupt keine Rede davon sein, dass die weitere Mitarbeit Liebknechts und Piecks in den revolutionären Gremien am Donnerstag einschließlich Freitagvormittag sich entgegen dem Willen der übrigen KPD-Führer und Rosa Luxemburgs vollzogen habe, wie es Levi und Pieck sowie die KPD später behaupteten.⁶² Höchstwahrscheinlich hat es am Donnerstag direkte Gespräche zwischen Liebknecht und/oder Pieck einerseits sowie Rosa Luxemburg und weiteren Zentralemitgliedern andererseits gegeben, da die beiden KPD-Vertreter bei den »Revolutionären Obleuten« sicherlich Wert darauf legten, das Einschwenken der übrigen Linken auf die entschiedene Spartakusposition, wie sie in der Zustimmung zu dem von Liebknecht verfassten Aufruf deutlich geworden war, im persönlichen Gespräch mit den anderen führenden KPD-Genossen zu erläutern und damit die Fortsetzung ihrer Mitarbeit bei den »Revolutionären Obleuten« als gerechtfertigt darzu-

den anderen revolutionären Linken müsste also im Laufe des Freitags erfolgen sein.

61 Siehe die Notiz auf S. 1 der »Roten Fahne« vom 10. Januar 1919 mit der Überschrift »Auf zum Generalstreik!«.

62 [Levi:] Georg Ledebour, die Revolution und die Anderen; Pieck (1929). S. 116; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. S. 282–284.

stellen.⁶³ Wie konnte in dieser Situation jemand aus der KPD-Führung auf einen Rückzug aus der Aufstandsführung bestehen?

Die von den »Revolutionären Obleuten« beabsichtigte Massenverbreitung der beiden Aufrufe mit je einer Million war bis Donnerstagabend nicht realisiert worden,⁶⁴ so dass nur die beiden linken Zeitungen »Die Freiheit« bzw. die Extra-Ausgabe der »Roten Fahne« – beide in einer relativ niedrigen Auflage – am 9. Januar zur Verbreitung der Texte dienen konnten. Als Flugblatt wurde der Liebknecht-Text sogar erst am Freitagmittag – 10. Januar – von der noch immer besetzten »Vorwärts«-Druckerei ausgeliefert, viel zu spät, um noch irgendeine Wirkung haben zu können, falls dies überhaupt von der am Donnerstag und Freitag vorherrschenden Stimmung in der Arbeiterschaft her – Einigungsbewegung und Beendigung des Bruderkampfes – möglich gewesen wäre.⁶⁵

Tatsächlich kam die Massenbewegung am Freitag, dem 10. Januar, entgegen den Hoffnungen der revolutionären Linken nicht wieder in Schwung, die militärische Lage entwickelte sich eindeutig zum Vorteil der Regierung, und die »Revolutionären Obleute« und die USPD versuchten erneut, Verhandlungen mit den Mehrheitssozialdemokraten zu führen. »Am Abend [des 10. Januar] fand dann eine Sitzung der [KPD-]Zentrale [...] statt, bei der dann mit Zustimmung von Liebknecht der Beschluß gefaßt wurde, die gemeinsamen Aktionen mit den Obleuten abzurechnen und uns nur noch zu informatorischen Zwecken an deren Sitzungen zu beteiligen. Den Obleuten sollte ein entsprechendes Schreiben zugesandt werden, das – datiert auf den 10. Januar 1919 – erst in der ›Roten Fahne‹ vom 13. Januar 1919 veröffentlicht wurde.«⁶⁶ Im Pieck-

63 Im Bericht eines »ständigen Begleiter[s]« Liebknechts, eines ihm als Schutz und Bote zur Seite gestellten junger Genossen, ist von der Teilnahme Liebknechts an Sitzungen am Donnerstag, dem 9. Januar, in der KPD-Zentrale sowie am anderen Ort mit Rosa Luxemburg und weiteren Personen die Rede. (Liebknechts letzte Tage. Geschildert und herausgegeben von seinem ständigen Begleiter. Berlin 1919, ohne Seitennumerierung.)

64 Prot. ARe USPD. 9.1.1919. Bl. 3, Bl. 33.

65 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 125, 126f.; Prot. ARe USPD 9.1.1919. Bl. 3f., Bl. 33f. Zur Einigungsbewegung: siehe unten, S. 96f.

66 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 128f.; Zitat: Bl. 128.

Manuskript von 1920 wird offen gelassen, ob Pieck selbst und/oder Liebknecht am Freitag, dem 10. Januar – wie zwei Tage zuvor – in der Diskussion noch gegen den Beschluss der KPD-Zentrale argumentiert haben. »Da auch die ›Revolutionären Obleute‹ sich immer mehr in das Fahrwasser der USP-Führer drängen ließen, so wurde es Liebknecht erleichtert, dem Verlangen von Rosa und Leo nachzugeben.« So Pieck in einem Bericht vom Juni 1921.⁶⁷ Angesichts der erneuten Aufnahme von Verhandlungen durch die USPD-Vertreter sahen die beiden KPD-Repräsentanten wohl selbst keinen Sinn mehr darin, in den Gremien der revolutionären Linken zu verbleiben. Das KPD-Schreiben vom 10. Januar 1919 konnte den Betriebsvertrauensleuten wegen der revolutionären Wirren nicht einmal zugestellt werden, wie im Vorspann zur Veröffentlichung in der »Roten Fahne« am 13. Januar erklärt wurde.⁶⁸ Der Rückzug der KPD-Führung aus der Aufstandsleitung und die damit verbundene indirekte Distanzierung von einer Fortführung der revolutionären Aktion blieben damit zunächst sowohl den Adressaten wie auch der Arbeiterschaft vollständig unbekannt. Doch für die politische Entwicklung dieser Tage war dies ohne jeglichen Belang. Die verspätete Publizierung dieser Erklärung der KPD-Zentrale fand in der Öffentlichkeit überhaupt keine Resonanz. Die Arbeiter – insbesondere die führenden Vertreter der »Revolutionären Obleute« und der Berliner USPD – hatten jetzt angesichts der Besetzung Berlins durch die Regierungstruppen und der Verfolgung aller Linken ganz andere Sorgen.

67 W[ilhelm P]ieck]: Zwei Geschichtsklitterer. In: Die Rote Fahne. Berlin. IV. Jg. Nr. 253. 7.6.1921 (Morgenausgabe). S. 3.

68 Vermutlich wurde der Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit – unterzeichnet von den »Revolutionären Obleuten« sowie vom Zentralvorstand der USPD von Groß-Berlin – am 12. Januar als Flugblatt verteilt. Die Veröffentlichung des Schreibens der KPD-Zentrale vom 10. Januar in der »Roten Fahne« am 13. Januar erfolgte wohl in erster Linie, um damit eine Erklärung für das Fehlen der KPD-Unterschrift zu geben und den Eindruck zu vermeiden, die Spartakusführer hätten sich stillschweigend aus dem Kampf zurückgezogen. (Text des kurzen Aufrufes der Obleute und der Berliner USPD in: Richard Müller: Bürgerkrieg, S. 229; Die Freiheit. Berlin. Jg.2. Nr. 24. 14.1.1919. Morgenausgabe. S. 1: »Wiederaufnahme der Arbeit«.)

Rosa Luxemburgs Ablehnung der Einigungsbewegung in den Betrieben

Seit Mittwoch, dem 8. Januar, hatten Regierungstruppen einige besetzte Gebäude zurückgewinnen und vor allem den Druck bzw. Vertrieb der »Roten Fahne« und der revolutionären Flugblätter behindern, verhindern oder verzögern können.⁶⁹ Gleichzeitig hatte die massenhafte Verbreitung von Regierungsflugblättern begonnen.⁷⁰ Selbst wenn die Flugblätter der Aufständischen rechtzeitig im Verlaufe des 9. Januar hätten verteilt werden können, wäre es mehr als fraglich gewesen, ob die Arbeiter dem Aufruf zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf gefolgt wären. Denn eine Reihe von Berliner USPD-Arbeiterräten berichtete auf einer Sitzung am 9. Januar von der großen Streikmüdigkeit in den Betrieben und plädierte für einen Abbruch der Aktion.⁷¹

Vor allem hatte sich seit dem 9. Januar aus den Fabriken heraus eine Massenbewegung mit einer neuen Zielsetzung entwickelt und war beständig im Wachsen begriffen. Auf sozialistischer Grundlage sollte eine Einigung zwischen den »einfachen« Mitgliedern von SPD, USPD sowie KPD und dadurch eine Beendigung des Blutvergießens ohne die belasteten Führer erreicht werden. Die Einigungsbewegung umfasste in Berlin mehr als 200.000 Arbeiter und breitete sich auf andere industrielle Zentren in Deutschland aus. In Betriebsversammlungen wurden meist auf paritätischer Grundlage – je ein Drittel Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten – Arbeiterdelegationen gewählt, die zum mehrheitssozialdemokratischen Zentralrat, zur USPD, zu den »Revolutionären Obleuten« und zu Liebknecht entsandt wurden und den Rücktritt der Regierung und aller Führer der sozialistischen Parteien verlangten, um den Bruderkampf in Berlin zu stoppen. Auf allen Ebenen sollte die Verwaltung von paritätisch zusammengesetzten Arbeiterkomitees übernommen werden. Weiterhin wurde eine Vereinigung der drei sozialistischen Parteien und eine Neuwahl der Arbeiterräte gefordert. Während die USPD diese spontane Massenbewegung voll unterstützte,

69 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 124, Bl. 127.

70 Richard Müller: Bürgerkrieg. S. 59.

71 Prot. ARe USPD. 9.1.1919, Bl. 5, Bl. 17, Bl. 36, Bl. 39, Bl. 48f.

lehnten sowohl die Mehrheitssozialdemokraten wie die KPD-Führung die Ziele dieser von der Basis ausgehenden Strömung ab.⁷² Wie stark diese Bewegung sogar bis in die Mitgliedschaft der Mehrheitssozialdemokratie hinein wirkte, zeigte sich an den fast einstimmig, d. h. sogar mit Unterstützung der meisten SPD-Delegierten (!), angenommenen zwei Resolutionen in der Vollversammlung der Groß-Berliner kommunalen Arbeiterräte am 10. Januar, mit denen der Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Richtungen gefordert wurde.⁷³

Für Rosa Luxemburg war der »Schrei nach Einheit«, wie die USPD-Zeitung »Die Freiheit« dieses Verlangen aus der Arbeiterschaft wirkungsvoll als Schlagzeile ihrer Abendausgabe vom 9. Januar herstellte, keine natürlich legitimierte Massenbewegung, sondern eine auf Grund des Einflusses der USPD fehlgeleitete Reaktion der Berliner Arbeiterschaft auf die mangelhafte Führung des revolutionären Kampfes. So deutete die KPD-Agitorin im Leitartikel »Das Versagen der Führer« am 11. Januar⁷⁴ die Entstehung dieser Bestrebungen und führte mit der Charakterisierung der USPD als eines »verwesenden Leichnams« die schärfsten Angriffe gegen die Unabhängigen und die »Revolutionären Obleute«. Die eigenen Vorschläge blieben wieder nur allgemein und unkonkret wie in den Tagen zuvor: »Klarheit, schärfster, rücksichtsloser Kampf allen Vertuschungs-, Vermittlungs-, Versumpfungsversuchen gegenüber, Zusammenballung der revolutionären Energie der Massen und Schaffung entsprechender Organe zu ihrer Führung im Kampfe – das sind die brennendsten Aufgaben der nächsten Periode ...« Sowohl in diesem Leitartikel als auch in einem weiteren Kommentar vom 11. Januar mit der Überschrift »Sumpfgase« versuchte die Spartakusfüh-

72 Pieck-Manuskript (1920). Bl. 125f.; Eberhard Kolb: Arbeiterräte. S. 235–237; David M. Morgan: The Socialist Left. S. 217.

73 Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom I. Reichsrätekongreß bis zum Generalstreikbeschuß am 3. März 1919. Hrsg. und bearb. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz, Gaby Huch und Ingo Materna. Berlin 1997. S. 183f., 200f.

74 Auch abgedruckt in: GW 4. S. 523–526.

rung, allein die USPD für das Scheitern des Aufstandes verantwortlich zu machen, und bezeichnete die Beseitigung dieser Partei – wieder in den schrillsten Tönen – als Voraussetzung für die Fortführung des revolutionären Kampfes: »Die Befreiung der Massen von der Führung der U.S.P., die Verscharrung dieser Kadaver [!]: das ist von nun ab die unumgängliche Vorbedingung für die revolutionäre Aktionsfähigkeit des Proletariats, das ist die nächste Etappe des Kampfes.«⁷⁵ Diese Konzentration auf die härteste Kritik gegenüber der USPD-Führung gehört in die Reihe ähnlicher Episoden der Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit dem Parteizentrum der Sozialdemokratie seit 1910, ob es sich vor dem Weltkrieg um den Massenstreik, in den ersten Kriegsjahren um die Bekämpfung der Burgfriedenspolitik oder vom 10. November bis Ende Dezember 1918 um die Zusammenarbeit der USPD mit den Mehrheitssozialdemokraten handelte. Fixiert auf diese alten Muster ihrer Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, wollte und konnte sie nicht akzeptieren, dass es sich bei dem Einigungsverlangen um eine originäre Basisbewegung handelte, und ihr war dadurch der Blick dafür verstellt, dass eine Unterstützung dieser Basisbewegung durch die KPD in der damaligen Situation die besten Chancen für die relative Erhaltung der revolutionären Energie der Massen geboten hätte: die Beendigung des bewaffneten Kampfes mit einer populären Parole, den Gewinn eines höheren moralischen Ansehens und eines größeren politischen Einflusses für die KPD, damit ein Abstreifen der Rolle des Sündenbocks und Außenseiters, vor allem bessere Möglichkeiten, mit klaren sozialistischen Zielen die Massen zu beeinflussen. Doch nicht einmal die Tatsache, dass die Mehrheitssozialdemokraten die Einigungsbewegung ebenfalls ablehnten, brachte sie dazu, die eigene Position zu überdenken. Vor allem hätte Rosa Luxemburg entsprechend ihren Prinzipien den Willen der Massen beachten oder zumindest ernsthaft auf die politischen Inhalte und Möglichkeiten hin überprüfen müssen, statt sie von vornherein in Bausch und Bogen abzulehnen. Denn ein gemeinsames Vorgehen der Basis bei der Realisierung sozialistischer Ziele ohne die bisherigen Parteiführer war eigentlich im Sinne Luxem-

75 Die Rote Fahne. Berlin. 11. Januar 1919. S. 2: Sumpfgase.

burgs. Doch ihre Vorurteile versperrten ihr den Blick für die Möglichkeiten dieser spontanen Massenbewegung.

Die illusionären Tendenzen der Rosa Luxemburg

Nachdem die revolutionäre Erhebung offensichtlich nicht mehr von der Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft getragen wurde und den Charakter eines Putsches angenommen hatte, entschied sich die KPD-Zentrale auf der organisatorischen Ebene entsprechend ihren demokratischen Prinzipien am 10. Januar für einen Rückzug ihrer Vertreter aus der Aufstandsführung, die dort nur noch mit Beobachterstatus anwesend sein sollten.

Doch die Agitation der »Roten Fahne« machte weiterhin einen ganz anderen Eindruck. In ihrer Ausgabe vom 12. Januar, geschrieben am 11. Januar, wurde unter der kennzeichnenden Überschrift »Und dennoch siegt die Revolution!« die Eroberung des »Vorwärts«-Gebäudes durch die Regierungstruppen und der militärische Sieg der Regierung Ebert-Scheidemann kommentiert: Obwohl der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann für sie nicht mehr aktuell war, sah sie ihn dennoch als in absehbarer Zeit fast zwangsläufig eintretendes Ereignis: Denn die Ebert-Scheidemann könnten »nur noch eine letzte kurze [!] Galgenfrist ihrer auf Leichen errichteten Regierungsherrlichkeit von der Bourgeoisie Gnade genießen, um dann doch ins Nichts hinab[zu]tauchen unter dem einmütigen Schrei der Arbeitermassen des ganzen Reiches: *Nieder mit Ebert-Scheidemann!*« Dass dies nicht nur als tröstende, zweckoptimistische Agitation gedacht war, sondern den illusionären Erwartungen der Spartakusführerin entsprach, ist einem zeitgleichen Brief Rosa Luxemburgs an Clara Zetkin vom 11. Januar zu entnehmen. Trotz des eindeutig verlorenen Kampfes hoffte sie noch immer: »[...] wenn die Dinge so weiter verlaufen wie bisher, erscheint es sehr fraglich [!], ob es überhaupt [!] zu Wahlen und zur Nationalversammlung kommt.«⁷⁶

Wie wenig diese Einschätzung der Massenstimmung zutraf, sollte sich schon acht Tage später bei den Wahlen zur Nationalversammlung

herausstellen. Obwohl es zu Beginn des Januaraufstandes so ausgesehen hatte, als ob eine große Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft zumindest mittelfristig auf Seiten der revolutionären Linken stehen würde, erzielte am 19. Januar – gefördert durch die massive Pressekampagne gegen die gesamte revolutionäre Linke – die SPD in Berlin mit 36,4 Prozent einen deutlichen Vorsprung vor der USPD, die nur 27,6 Prozent erreichte (bei Nichtbeteiligung der KPD an den Wahlen).⁷⁷ Solche illusionären, realitätsfernen Einschätzungen der Massenstimmung waren bei Rosa Luxemburg schon früher zu beobachten gewesen, wie z. B. zum Jahreswechsel 1915/16 und im Dezember 1918, als sie jedesmal glaubte, die Mehrheit der Berliner Parteiorganisation würde ihrem radikalen Kurs zustimmen.⁷⁸

Radeks vergebliche Intervention

Der sich in Berlin seit Beginn des Aufstandes verborgen haltende Emis­sär der russischen Regierung Karl Radek sandte der KPD-Zentrale am 9. Januar ein Schreiben, in dem er die deutschen Genossen aufforderte, zum Rückzug aus dem Kampf um die Regierungsgewalt aufzurufen. Man hätte sich angesichts der Kräfteverhältnisse auf eine reine Protestaktion gegen die Absetzung Eichhorns beschränken müssen. Die Fortsetzung des Kampfes würde von der Ebert-Scheidemann-Regierung nur zur Zerschlagung des revolutionären Potentials in der Berliner Arbeiterschaft genutzt werden.⁷⁹ Doch Rosa Luxemburgs Antwort war ablehnend: Die KPD-Zentrale erwartete, dass die »Revolutionären Obleute« und die linke USPD einen Kompromiss mit der Ebert-Scheidemann-Regierung eingehen, dann den Kampf abbrechen und damit den »Schwarzen Peter« für die Beendigung des Kampfes übernehmen würden.⁸⁰ Auch aus grundsätzlichen Erwägungen lehnte Rosa Luxemburg einen

77 Susanne Miller: Die Bürde der Macht. S. 452.

78 Ottokar Luban: Rosa Luxemburg, Spartakus und die Massen. S. 21f.

79 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. S. 282f.

80 Karl Radek an V. Lenin, G. Cicerin und J. Sverdlov, 24. Januar 1919. In: IWK. 36. Jg. (2000). H. 3. S. 380; Karl Radek: November. S.138.

Appell zum Abbruch des Kampfes ab. Denn für sie konnte – wie sie im Leitartikel »Kartenhäuser« in der »Roten Fahne« vom 13. Januar ausführte⁸¹ – eine revolutionäre Entwicklung niemals rückwärts verlaufen. Zum Zeitpunkt des Erhalts des Radek-Briefes konnte dessen Aufforderung schon deshalb keinen Anklang finden – zumindest nicht bei Rosa Luxemburg und wahrscheinlich auch nicht bei weiteren KPD-Führern – , weil für die kurze Zeit von Donnerstagmorgen bis Freitagvormittag – 9./10. Januar – wegen des gemeinsamen Aufrufes aller linken Kräfte zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf Aussichten auf eine Wiederbelebung der revolutionären Massenbewegung zu bestehen schienen. Möglicherweise gab es sogar ab dem 9. Januar 1919 einen Dissens zwischen der zur Illusion neigenden Rosa Luxemburg und dem realistischen Jogiches, der am Mittwoch, dem 8. Januar, den Antrag zum Rückzug Liebknechts und Piecks aus den revolutionären Gremien massiv durchgesetzt hatte und für den der Januaraufstand im Verlauf dieser Woche den »Charakter eines Putsches« angenommen hatte.⁸²

Auch die anderen revolutionären Linken taten sich mit dem Abbruch des Kampfes äußerst schwer: So plädierte am Donnerstagabend, dem 9. Januar, auf einer Sitzung der Berliner USPD-Arbeiterräte selbst der von Anfang an als Gegner des Aufstandsversuchs wirkende Ernst Däumig, 1918 einer der Hauptinitiatoren der Novemberrevolution in Berlin, dafür, nicht den Kampf abzubrechen, sondern abzuwarten, ob die teils schon in Umlauf gebrachten, teils in den Druck gegebenen Flugblätter mit einem erneuten Aufruf zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf Anklang in der Berliner Arbeiterschaft finden würden.⁸³ Der Abbruch des Generalstreiks in Berlin wurde dann erst am 13. Januar in einem von den »Revolutionären Obleuten« und dem Zentralvorstand der Berliner USPD unterzeichneten Flugblatt verkündet.⁸⁴

81 Auch abgedruckt in: GW 4. S. 527–530, hier: S. 529.

82 Leo Jogiches an W. I. Lenin, 4. Februar 1919. In: Ruth Stoljarowa, Vor 80 Jahren wurde Leo Jogiches ermordet. Vier unbekannte Dokumente aus den Jahren 1917–1919. In: BzG. 40. Jg. H. 4 (1998). S. 72.

83 Prot. ARe USPD. 9.1.1919. Bl. 19, Bl. 50.

84 Text des kurzen Aufrufes in: Richard Müller. Bürgerkrieg. S. 229; Die Freiheit. Berlin. Jg.2. Nr. 24. 14.1.1919 (Morgenausgabe). S. 1: Wiederaufnahme der Arbeit.

Rosa Luxemburgs Bilanz des Januaraufstandes

Bereits auf der Flucht vor den Regierungstruppen, nach mehreren Quartierwechseln sich in Wohnungen von Genossen verborgen haltend, stellte Rosa Luxemburg in der »Roten Fahne« vom 14. Januar, geschrieben am 13. Januar, in einem umfangreichen Kommentar unter dem Titel »Die Ordnung herrscht in Berlin!«⁸⁵, dem letzten Leitartikel vor ihrer Ermordung, ihre Interpretation der Ereignisse des Berliner Januaraufstandes 1919 dar:

Dass »ein *dauernder* Sieg der Revolution in diesem Zusammenstoß nicht möglich war«, habe schon »die politische Unreife der Soldatenmasse, die sich immer noch von ihren Offizieren zu volksfeindlichen gegenrevolutionären Zwecken mißbrauchen läßt«, gezeigt. Die Unreife der Soldaten sei allerdings »nur ein Symptom der allgemeinen Unreife der deutschen Revolution« gewesen.⁸⁶ Die Isolation der Berliner revolutionären Bewegung von der Provinz und die fehlende Absprache mit der Arbeiterschaft in den industriellen Zentren des Reiches stellten weitere fehlende Voraussetzungen dar. Das Versagen der Führer sei nur die eine Seite des Scheiterns dieser Massenaktion gewesen. Aus ihrer marxistischen Sicht hob sie als Hauptgrund für das Fehlen der revolutionären Reife hervor, dass vor allem »die wirtschaftlichen Kämpfe, die eigentliche vulkanische Quelle, die den revolutionären Klassenkampf fortlaufend speist, erst im Anfangsstadium begriffen« wären. »Aus alledem ergibt sich, daß auf einen endgültigen, dauernden Sieg in diesem Augenblick noch nicht gerechnet werden konnte.« Dennoch sei es »*Ehrensache* der Revolution« gewesen, sich gegen die Absetzung Eichhorns »mit aller Energie« zu wehren.⁸⁷

Entsprechend einem der »großen historischen Gesetze der Revolution« stelle sich das »Grundproblem«: Einerseits tauche in »*dieser* Revolution der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann als des ersten Hin-

85 Auch abgedruckt in: GW 4. S. 531–536. Wegen der erheblichen Länge dieses Leitartikels wird im folgenden auf die Seitenzahl des Abdrucks in den »Gesammelten Werken« Bezug genommen.

86 Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin. In: Ebenda. S. 532f.

87 Ebenda. S. 533.

dernisses für den Sieg des Sozialismus« notwendigerweise immer wieder auf und andererseits seien die Voraussetzungen für die Realisierung dafür nicht gegeben. Aus diesem Widerspruch heraus müsste es in der Anfangsphase der Revolution »*formal*« zu einer Niederlage kommen,⁸⁸ »[...] aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen gerade Bürgschaft auf Bürgschaft des künftigen Endsieges.«⁸⁹

Diese Haltung kennzeichnet der Rosa-Luxemburg-Biograph Peter Nettl mit den Worten: »Die historische Perspektive ist in Augenblicken der Niederlage die typische Zuflucht intellektueller Eliten. Freilich konnten sich Führer, die vom Sieg auf weite Sicht überzeugt waren, wirklich mit dem Gedanken trösten, daß die gegenwärtige Niederlage dazu beitragen könne, das nächste Mal mehr zu erreichen.«⁹⁰ Während Nettl ähnlich wie Gilbert Badia anhand des ihm vorliegenden Quellenmaterials eine detaillierte kritische Analyse der Haltung Rosa Luxemburgs in der Zeit des Januaraufstandes 1919 vornimmt,⁹¹ wird in den anderen wissenschaftlichen Rosa-Luxemburg-Biographien weitgehend darauf verzichtet.⁹²

M. E. stellt diese Bilanz Rosa Luxemburgs über den Januaraufstand ein Dokument der Selbsttäuschung, der Ratlosigkeit und der Flucht in ein fast vollständig deterministisches Geschichtsbild dar, wobei jegliche Andeutung selbstkritischer Analyse fehlt. Als ob sie nicht selbst in den

88 Ebenda. S. 534.

89 Ebenda. S. 535.

90 Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Köln / Berlin 1967. S. 729.

91 Ebenda. S. 723–733. Gilbert Badia: Rosa Luxemburg. Journaliste, Polémiste, Révolutionnaire. Paris 1975. S. 383–388.

92 Annelies Laschitza / Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt a. M. 1971. S. 500f.; Elzbieta Ettinger: Rosa Luxemburg. Ein Leben. Bonn 1990. S.294f.; Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. 1. Aufl. Berlin 1996. S. 617–620. Dies gilt im übertragenen Sinne auch für die Karl-Liebknecht-Biographien von Heinz Wohlgemuth (Karl Liebkecht. Eine Biographie. 1. Aufl. Berlin 1973. S. 466–469) und – teilweise – von Helmut Trotnow (Karl Liebkecht. Eine politische Biographie. Köln 1980. S. 284–291), nicht für die differenzierte detaillierte Darstellung von Annelies Laschitza (Annelies Laschitza: Die Liebkechts. S. 426–436.).

Tagen vom 7. bis 11. Januar mit der Möglichkeit eines Erfolges der Massenbewegung bzw. mit einem Wiederaufflammen gerechnet und dementsprechend in der »Roten Fahne« die Agitation gestaltet hätte, vertrat sie in diesem am 13. Januar verfassten Rückblick unvermittelt den Standpunkt, der Kampf gegen die Ebert-Scheidemann-Regierung sei auf Grund der historischen Gegebenheiten von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.

Als einen Grund für die Aufnahme des Kampfes – trotz der historisch bedingten Aussichtslosigkeit – verwandte sie den Begriff »Ehrensache«, so als ob es sich um einen nicht vermeidbaren, moralisch zwangsläufigen Ehrenhändel zwischen zwei bürgerlichen oder junkerlichen Rivalen gehandelt hätte, nur dass bei der Januaraktion nicht zwei Duellanten, sondern viele Aufständische ihr Leben einsetzten und verloren. Und dies für einen Kampf der – nach diesem letzten Leitartikel – zwangsläufig keine Aussichten auf Erfolg hatte. Als einen weiteren allgemeinen Grund für die Aktion gegen die Regierung Ebert-Scheidemann führte Luxemburg eine – wie sie es sieht – historische Gesetzmäßigkeit an, die die Aufnahme des Kampfes um die Beseitigung der mehrheitssozialdemokratischen Regierung trotz der Aussichtslosigkeit und der vorhersehbaren Niederlagen immer wieder notwendig mache. Es bleibt bei diesem vorherbestimmten Geschichtsablauf unklar, welchen Einfluss die Führer und die Massen überhaupt noch auf den Verlauf einer revolutionären Entwicklung ausüben. Mit dieser Begründung wird jede revolutionäre Führung aus ihrer Verantwortung gegenüber den von ihr beeinflussten proletarischen Massen befreit. Die mehrfach im Leitartikel gebrauchte Floskel vom zwangsläufigen Endsieg nach einer Reihe von Niederlagen entspricht der traditionellen Rhetorik der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit und der marxistischen Geschichtsauffassung. Doch bei Luxemburg hatten die revolutionären Führer offensichtlich nur die Aufgabe, die proletarischen Massen immer wieder in den Endkampf um die Macht im Staat zu führen, auch wenn die historische Situation für eine Revolution noch nicht reif war. Es fehlt jeder Hinweis auf abgestufte Formen und Ziele des Kampfes und damit jegliche taktische Flexibilität. Diese Haltung bedeutet aber m. E., wie dies auch Radek in seinem Brief an die KPD-Zentrale vom 9. Januar hervorhob, dass das Ausbluten des

revolutionären Proletariats programmiert war.⁹³ Luxemburg kehrte im Grundsatz zu dem in der Vorkriegssozialdemokratie vorherrschenden deterministischen Geschichtsbild zurück, das sie selbst auf Grund ihrer Erfahrungen in der russischen Revolution von 1905/06 zugunsten einer Betonung der dynamisierenden Wirkung von Massenaktionen aufgegeben hatte.⁹⁴ Irgendwelche konkreten Kritikpunkte zur Berliner Aufstandsbewegung vom Januar 1919 und zum Verhalten der KPD-Führer sowie eventuelle Verbesserungsvorschläge waren im Leitartikel vom 14. Januar nicht zu finden.

Hatte in den meisten früheren Artikeln wie in der »Roten Fahne« vom 11. Januar das »Versagen der Führer« noch im Vordergrund gestanden, so nahm dieses Thema in ihrem letzten Aufsatz nicht einmal 1 Prozent des Inhaltes ein. Dazu wurde nur kurz festgestellt: »Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muß von den Massen und aus den Massen heraus neugeschaffen werden.« Damit ist wohl die Neuwahl der Arbeiterräte gemeint, ohne dass in diesem Artikel die Forderung konkret genannt wird, wobei erneut das demokratische Prinzip deutlich wird: nicht die Führer, sondern die Massen haben die Entscheidungskompetenz: »Die Massen sind das Entscheidende [...], sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird.« Und anschließend verband Luxemburg die Hervorhebung der Rolle der Massen mit dem deterministischen Geschichtsbild des Leitartikels: »Die Massen waren auf der Höhe, sie haben diese »Niederlage« zu einem Glied jener historischen Niederlagen gestaltet, die der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus sind. Und darum wird aus dieser »Niederlage« der künftige Sieg erblühen.«⁹⁵ Rosa Luxemburg blieb auch in ihrer letzten schriftlichen Arbeit dem demokratischen Prinzip treu,

93 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. S. 282f.

94 Während in der Vorkriegszeit das sog. marxistische Zentrum auf Grund des deterministischen Geschichtsbildes eine passiv-abwartende Haltung (»Attentismus«) einnahm, vertritt Luxemburg im Januar-Aufstand trotz der gesetzmäßig zu erwartenden Niederlage ein permanent offensives »Endkampf«-Verhalten.

95 Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin. In: GW 4. S. 536.

den Massen die Entscheidung über die Verwirklichung des Sozialismus zu überlassen.

Legenden von links und rechts

Mit ihrem letzten Leitartikel legte Luxemburg einen Grundstein für die von der KPD gepflegte Legende über den Januaraufstand, wie sie ein Jahr später – mit Variationen – besonders deutlich von Paul Levi formuliert wurde: die Steigerung der Massenaktionen hätte im Januaraufstand 1919 nicht den Stand erreicht, dass nach Auffassung der Spartakusführung eine Regierungsübernahme angezeigt gewesen sei. »In nicht einem Augenblicke [!] war die Lage so, daß sich denken ließ, die Regierung zu stürzen, was heißen soll, selbst die Macht zu ergreifen.« Die dem entgegengesetzten Auffassungen und Handlungen der KPD-Genossen in den revolutionären Gremien – gemeint sind Liebknecht und Pieck – hätte sich die Mehrheit der Zentrale nie zu eigen gemacht, sondern intern deutlich ihren Widerspruch geäußert.⁹⁶

Gegenüber dieser Darstellung der Haltung der KPD-Zentrale ergibt sich bei genauer Auswertung der Quellen – insbesondere des neu erschlossenen Pieck-Manuskripts in Verbindung mit der von Rosa Luxemburg gestalteten Agitation in der »Roten Fahne« – ein wesentlich differenzierteres Bild: die KPD-Führung um Rosa Luxemburg erwartete zunächst nach dem Bekanntwerden der Entlassung Eichhorns keine aufstandsartige Massenbewegung. Luxemburg rechnete am Sonnabend, dem 4. Januar, offensichtlich nicht einmal mit einer Protestaktion am Sonntag, dem 5. Januar. Diese zurückhaltende Tendenz in der KPD-Führung

96 [Levi:] Georg Ledebour, die Revolution und die Anderen; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. S. 282f. Wahrscheinlich hatte Levi am 9. Januar nur wenig Kontakt zu Rosa Luxemburg und den anderen Spartakusführern, da er an diesem Donnerstag und am Freitag viel Zeit mit Radek verbrachte. (Radek: November. S. 138.) Levi war deshalb nicht oder nur wenig über das erneute Zusammengehen mit den »Revolutionären Obleuten« und der USPD und die Akzeptierung des Verbleibens Liebknechts und Piecks in den Aufstandsgremien durch die KPD-Zentrale informiert.

blieb bis Dienstagmittag bestehen. Erst als am Montag und Dienstag die Massendemonstrationen gegen die Regierung Ebert-Scheidemann riesige Ausmaße annahmen, schien für Luxemburg und die anderen führenden KPD-Mitglieder der Wille der Massen eindeutig für einen Regierungsumsturz zu sprechen. Deshalb drängten Jogiches und Luxemburg am Dienstagmittag – 7. Januar – bei Liebknecht und Pieck auf ein energischeres Vorgehen der Aufstandsleitung. Erst jetzt forderte die »Rote Fahne« offen die Ablösung der Regierung Ebert-Scheidemann. Doch schon am nächsten Tag vollführte die Spartakusführung mit ihrem Beschluss vom Mittwochabend – 8. Januar –, Liebknecht und Pieck aus den Gremien der revolutionären Linken – und damit aus dem Kampf –, zurückzuziehen, eine vollständige Kehrtwende. Der Grund dafür lag darin, dass die Massenbewegung an diesem Tag abgeflaut war und die revolutionäre Linke trotz des Widerstandes der Kommunisten vollständig auf Verhandlungen mit den Mehrheitssozialdemokraten zur Beendigung des Konflikts zu setzen schien. Doch dieser Beschluss der KPD-Zentrale zum Rückzug wurde nicht nur von Liebknecht und Pieck ignoriert, sondern am folgenden Tag bis Freitagvormittag von Rosa Luxemburg und wahrscheinlich auch von den meisten Mitgliedern der Zentrale als gegenstandslos betrachtet, weil die »Revolutionären Obleute« und die USPD die Verhandlungsversuche mit den Mehrheitssozialdemokraten beendeten und auf der Grundlage eines von Liebknecht konzipierten kämpferischen Flugblattes erneut zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf aufriefen. Da sich die übrigen revolutionären Linken nun vollständig im Sinne der Spartakusführung verhielten, konnte die KPD-Zentrale nicht abseits stehen, vor allem weil am Donnerstag, dem 9. Januar, angesichts der erneuten Kampfbereitschaft der »Revolutionären Obleute« und der Berliner USPD-Führung für Rosa Luxemburg und die meisten Spartakusführer ein Wiederaufleben der Massenbewegung durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen schien. Dies war allerdings eine illusionäre Erwartung, da angesichts der sich unterdessen zugunsten der Regierung entwickelnden militärischen Kräfteverhältnisse und der Kampfmüdigkeit der Berliner Arbeiterschaft die Aussichtslosigkeit des Aufstandes erkennbar war.

Wie die einzelnen KPD-Führer in dieser Situation die Aussichten für die Fortsetzung des bewaffneten Aufstandes einschätzten, ist nur unzu-

reichend bekannt. Levi und das Ehepaar Käte und Hermann Duncker haben genauso wie der Vertreter der Bolschewiki Karl Radek eine Beteiligung der KPD am Aufstandsversuch mit dem Ziel eines Regierungsumsturzes – zumindest ab Mittwochabend – abgelehnt. Dagegen sah Rosa Luxemburg – wie die Agitation der »Roten Fahne« vom 9. bis 12. Januar klar zeigt – die Möglichkeit eines erneuten Aufflammens des revolutionären Feuers. Ihre illusionären Tendenzen verleiteten sie sogar, noch nach der militärischen Niederwerfung des Aufstandes auf einen Erfolg der revolutionären Bewegung in absehbarer Zeit zu hoffen, wie ihr Brief an Clara Zetkin vom 11. Januar verdeutlicht.

Die Diskrepanz zwischen der in späteren Jahren von den beteiligten KPD-Führern Levi und Pieck sowie in der parteioffiziellen Darstellung veröffentlichten Version über die Ablehnung des Regierungsumsturzes durch Luxemburg – den bisher einzigen Quellen über die Vorgänge innerhalb der Spartakuszentrale – und der seit dem 8. Januar die revolutionäre Beseitigung der Ebert-Scheidemann-Regierung propagierenden Agitation der »Roten Fahne« ist von Historikern wie zuletzt von Manfred Scharrer als Doppelzüngigkeit gekennzeichnet worden.⁹⁷ Dieser Widerspruch kann durch die vorliegende, auf neu erschlossene Archivalien beruhende Analyse als aufgeklärt betrachtet werden.

Liebknecht als parteiinterner Sündenbock

Wie sich aus einem bisher unbekanntem – nur als beglaubigte Abschrift erhalten gebliebenen – Vermerk des Staatsanwalts beim Landgericht I in Berlin vom 21. Januar (!) 1919 ergibt, versuchte ein Mitglied der KPD-Führung bereits unmittelbar nach dem Januaraufstand bei der Strafverfolgungsbehörde klarzustellen, dass »sämtliche Mitglieder der Zentrale des Spartakusbundes mit alleiniger Ausnahme von Karl Liebknecht [...] mit der am 6ten Januar 1919 einsetzenden Putschtaktik nicht einverstanden gewesen« wären. »Die leitenden Kreise der Spartakusbewegung seien sich vollkommen darüber klar gewesen, daß sie die Regierungsge-

97 Manfred Scharrer: Die Spaltung. S. 200f.

walt erst dann an sich reißen könnten, wenn sie die Massen hinter sich hätten. Das sei aber bis jetzt nicht der Fall.« Gleichzeitig wurde vom Spartakusvertreter betont, die »einsetzende Aufruhrbewegung sei *ausgegangen von den revolutionären Obleuten der Großbetriebe* [in] Groß-Berlin, mit denen Karl Liebknecht tagelang unausgesetzt verhandelt hätte, ohne daß er eine andere leitende Persönlichkeit des Spartakusbundes hinzugezogen« habe. Die KPD-Zentrale hätte die von Liebknecht und Scholze unterschriebene Erklärung zur Regierungsübernahme erst aus dem »Vorwärts« vom 14. Januar 1919 kennen gelernt. Der Aufstand habe nur zu einem Bruderkrieg in Berlin führen können, »bei dem der Spartakusbewegung nicht die geringste Aussicht auf einen Erfolg beschieden gewesen wäre.« Für die KPD-Führung sei klar gewesen, dass die Ebert-Scheidemann-Regierung wegen der loyalen Truppen in der Umgebung Berlins von vornherein militärisch überlegen gewesen sei. Während Ledebour noch ausdrücklich entlastet wird, erfolgt eine scharfe Distanzierung gegenüber Liebknecht: »Man habe in leitenden Spartakuskreisen schon darüber gesprochen, daß Liebknecht nach dem als sicher vorausgesehenen Niederbruch der Aufruhrbewegung aus seiner leitenden Stellung in der kommunistischen Partei entfernt werden müsse.« Bei der »in der Spartakusbewegung an hervorragender Stelle stehenden Persönlichkeit«, die dem Staatsanwalt diese Auffassungen mitgeteilt hat, handelt es sich wahrscheinlich um Paul Levi, der vom 13. bis 24. oder 25. Januar 1919 inhaftiert und offensichtlich von einem Untersuchungsrichter vernommen worden war. Als erfahrener Rechtsanwalt verstand er es, auf sein Gegenüber glaubwürdig zu wirken und gezielt seine Entlastungsargumente zugunsten der KPD-Führung – wenn auch zu Lasten des ermordeten Karl Liebknecht, bei gleichzeitigem Schweigen über die Beteiligung Piecks – mit Geschick vorzubringen.⁹⁸ Natürlich war der Versuch Levis, die öffentliche Verurteilung der KPD-Führung als maßgeblichen Träger der Aufstandsbewegung abzuwenden und

98 LA Berlin A Rep. 358. Nr. 466. Bd. V. Bl. 8. Beglaubigte Abschrift: Vermerk ohne Namen des Staatsanwalts. Außer Levi waren noch die Zentralemitglieder Hugo Eberlein und Leo Jogiches (beide für wenige Tage) sowie Käthe Duncker und Ernst Meyer inhaftiert.

die »Revolutionären Obleute« als die tatsächlichen Hauptverantwortlichen zu benennen, mehr als legitim. Doch irgendwelche Effekte auf die Handlungsweise der Strafverfolgungsbehörden oder gar auf die Regierung scheint Levis Entlastungsversuch nicht gehabt zu haben. Bemerkenswert an dieser Episode ist, dass Levi schon unmittelbar nach dem gescheiterten Aufstand versuchte, die historisch unrichtige Version einer generellen Ablehnung des Regierungsumsturzes durch die KPD-Führung zu verbreiten.

Dass die Abneigung gegenüber Liebknecht am Ende des Januaraufstandes in den Kreisen der Spartakusführung tatsächlich stark verbreitet war, geht aus einer Bemerkung Mathilde Jacobs in ihrem Schreiben an Clara Zetkin vom 25. Januar 1919 hervor: »Mein Haß gegen Karl [Liebknecht] ist begründet. Es ist bei mir Gefühlssache ... Es hassen ihn unsere Besten [!].« Da unmittelbar vor der Niederschrift des Briefes ein längeres Gespräch mit Jogiches stattgefunden hatte, muss sich der zuletzt zitierte Satz auf Aussagen von Jogiches beziehen,⁹⁹ der nach kurzer Inhaftierung schon wieder einige Tage in Freiheit war und in Kontakt mit den anderen Zentralemitgliedern stand. Der in dieser Zeit aufgenommenen Ablehnung Liebknechts durch seine Spartakusgenossen lag ein Gemenge verschiedener Faktoren zu Grunde: seine Unterschrift unter der Erklärung zur Regierungsübernahme vom 6. Januar, die den Zentralemitgliedern bis zur Veröffentlichung im »Vorwärts« am 14. Januar unbekannt geblieben war; der Unmut über seine Weigerung, den Beschluss der KPD-Zentrale vom 8. Januar zum Rückzug aus dem Kampf zu befolgen; sein Beharren auf ein gemeinsames konspiratives Quartier mit Rosa Luxemburg, damit verbunden die auffälligen Personenansammlungen in diesen Wohnungen bei Beratungen der Spartakuszentrale,¹⁰⁰ was zur Verhaftung der beiden am 15. Januar beigetragen hat. Der ermordete Liebknecht wurde von den überlebenden Kampfgenossen verantwortlich gemacht sowohl für die politischen Fehler der Linken während des Januaraufstandes – obwohl die anderen Zentralemitglieder

99 Vollständige Wiedergabe des Briefes auf den Seiten 221–226 dieses Bandes (Beitrag 9), hier: S. 222 (Gespräch mit Jogiches), S. 225 (Zitat).

100 Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden. S. 496.

daran ihren Anteil hatten – wie für den Tod Rosa Luxemburgs, da er in den letzten Lebenstagen ein ausgesprochen unvorsichtiges Verhalten an den Tag legte, wobei auch hier alle anderen Führungsmitglieder dies ohne Widerspruch hingenommen zu haben scheinen. In den relevanten biographischen und monographischen Darstellungen hat diese – sachlich weitgehend unberechtigte – politische und menschliche Antipathie der anderen Zentralemitglieder gegen Liebknecht keine Erwähnung gefunden, und die informierten damaligen KPD-Führer haben später nie – bis auf Levi¹⁰¹ – etwas öffentlich darüber verlauten lassen. Das Ansehen des ermordeten und damit zum Märtyrer gewordenen Parteigründers sollte nicht geschädigt werden.

Handlungsalternativen?

Doch welche tatsächlichen Handlungsalternativen hatte die KPD-Führung während des Januaraufstandes überhaupt? Nach dem Gründungsparteitag vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 begannen in Versammlungen der Berliner USPD-Ortsvereine die Abstimmungen über den Übertritt dieser Unterorganisationen zum Spartakusbund oder über Abspaltungen von Teilen der USPD-Mitgliedschaft in Richtung KPD. Eine kommunistische Parteiorganisation in Berlin existierte lediglich im Ansatz. Der »Rote Soldatenbund«, gleich nach der Novemberrevolution von der Spartakusführung ins Leben gerufen, war keine straffe Militärorganisation, sondern eine Propagandatruppe mit der Zielrichtung Soldaten und offensichtlich, wie die neutrale oder regierungstreue Berliner Garnison zu Beginn des Januaraufstandes bewies, ohne agitatorischen Erfolg. Insofern war die junge KPD überhaupt nicht in der Lage, über eine breite, gut organisierte Mitgliedschaft Einfluss auf die Aufstandsbewegung zu nehmen.

Die Einflussmöglichkeiten waren beschränkt zum einen auf die Agitation mit Hilfe der »Roten Fahne« und der Flugblätter, zum anderen

101 Siehe oben, S. 90.

auf die Mitwirkung der beiden Mitglieder der KPD-Zentrale Liebknecht und Pieck in den Gremien der Aufstandsführung. Die »Rote Fahne« hatte schon vor den Januarereignissen lediglich eine kleine Auflage¹⁰² und konnte seit Mittwoch, dem 8. Januar, wegen der beginnenden Kämpfe nur noch in reduzierter Anzahl erscheinen. Es ist deshalb fraglich, ob die Agitation der KPD-Zeitung – jedenfalls ab Mittwoch – sowie der wenigen Spartakusflugblätter überhaupt noch einen größeren Teil der Berliner Arbeiterschaft erreichte, abgesehen davon, dass die besonders scharfe, aggressive Tonart bei den meisten Arbeitern, die in großer Zahl der Einigungslosung anhängen, keinen Anklang fand. Im »Revolutionsausschuss«, der Aufstandsleitung, stellte die KPD-Zentrale zwei Mitglieder von 33 und mit Liebknecht einen der drei Vorsitzenden. Pieck entwickelte einige Initiativen, fand aber nicht genug aktive und kompetente Mitkämpfer in der Aufstandsführung. Die Linken mit entsprechender Erfahrung in der Organisierung von Massenaktionen während des Krieges und in den Novembertagen 1918 wie Richard Müller und Ernst Däumig und ihr engerer Freundeskreis sprachen sich gegen einen Kampf um die Regierungsgewalt aus und beteiligten sich überhaupt nicht oder nur halbherzig am Januaraufstand.¹⁰³ Selbst wenn Liebknecht und Pieck

102 LA Berlin. A Rep. 358. Nr. 466. Bd. VIX. Bl. 184: Aussage Ernst Meyers, Redakteur an der »Roten Fahne« und Mitglied der KPD-Zentrale, im Ledebour-Prozeß. Nach Werner Hirsch hat die Auflage anfänglich 15.000 betragen, sei schnell [keine Zeitangabe] auf 130.000 gestiegen und habe zu Beginn des Januaraufstandes 1919 200.000 betragen. (Werner Hirsch: 10 Jahre Geschichte der »Roten Fahne«. In: Die Rote Fahne. Berlin. 11. Jg. Nr. 273. 18.11.1928.) Dies könnte höchstens für die Tage vom 5. bis 7. Januar 1919 und vielleicht für die Extra-Ausgabe vom 9. Januar mit dem Liebknecht-Aufruf zutreffen, da vorher die knappe Papierzuteilung enge Grenzen setzte und ab 7. Januar abends der Druck durch die Regierungstruppen immer wieder beeinträchtigt wurde.

103 Richard Müller: Bürgerkrieg. S. 33f. Danach stimmten am späten Abend des 5. Januar 1919 R. Müller und fünf weitere führende Obleute – darunter Paul Eckert, Heinrich Malzahn, Paul Neuendorf, Oskar Rusch – gegen den Aufstandsplan. Däumig konnte wegen eines Fieberanfalls an dieser Sitzung nicht teilnehmen (Aussage R. Müllers am 31.3.1919. In: LA Berlin. A

von ihren eigenen Fähigkeiten her in der Lage und willens gewesen wären, die Kommandogewalt an sich zu reißen, hätten die sehr selbstbewussten und eigenständigen »Revolutionären Obleute« dies nicht zugelassen, erst recht nicht Georg Ledebour, einer der drei Vorsitzenden des »Revolutionsausschusses«, der in Liebknecht schon in der Kriegszeit den abzuwehrenden Konkurrenten um die Führungsposition des linken Flügels der Arbeiterbewegung gesehen hatte. Unter diesen Umständen war es vollständig unmöglich, die Organisationsstruktur für eine effektive Führung des Aufstandes aus dem Boden zu stampfen. Die Zentrale der KPD (Spartakusbund) war also überhaupt nicht in der Lage, einen entscheidenden Einfluss auf die Aufstandsführung und auf die Aufstandsbewegung zu nehmen.¹⁰⁴

Im Gegensatz zu diesen realen Kräfteverhältnissen und dem tatsächlichen Geschehen haben damals die gesamte bürgerliche und mehrheitssozialdemokratische Presse sowie die Regierung Ebert-Scheidemann – z. B. in ihrem Aufruf vom 8. Januar (siehe Vorspann dieses Aufsatzes) – unter dem Schlagwort »Spartakusaufstand« die Version verbreitet, es hätte sich um einen hauptsächlich vom Spartakusbund inszenierten und getragenen Umsturzversuch gehandelt, wie es beispielsweise die Mehrheitssozialdemokraten im Februar 1921 im Abschlußbericht eines seit März 1919 arbeitenden Untersuchungsausschusses des preußischen Landtages formuliert haben: »Der Spartakusbund und die ihm nahestehenden Kreise der Unabhängigen haben sofort nach Bildung der Revolutionsregierung Ebert-Haase auf den Bürgerkrieg hingearbeitet. Ihr Ziel war die Entfernung der Mehrheitssozialisten aus der Regierung durch den bewaffneten Aufstand, den sie sorgfältig und von langer Hand [!] vorberei-

Rep. 358. Nr. 466. Bd. I. Bl. 163), hatte sich aber schon am 4. Januar gegen revolutionäre Aktionen zu diesem Zeitpunkt ausgesprochen (siehe oben, S. 74) und diese Auffassung auch auf der Sitzung der Berliner USPD-Arbeiterräte am 9. Januar 1919 vertreten (Prot. ARe USPD. 9.1.1919. Bl. 13f., 43-45).

104 Zum Thema der realen Einflussmöglichkeit der KPD wird der Verfasser im Rahmen einer Monographie über die Vor- und Gründungsgeschichte der KPD (Spartakusbund), August 1914 bis Januar 1919, eine eingehende Analyse vorlegen.

teten.«¹⁰⁵ Das Herausstellen von Spartakus als Verursacher aller Unruhen im Land stempelte die linksradikale Partei und ihre Führer und Mitglieder als Schreckgespenst und Sündenbock ab, eine Entwicklung, die bereits unmittelbar nach dem 9. November 1918 begonnen hatte.

Rosa Luxemburgs konstante demokratische Grundhaltung

Diese im politischen Tageskampf entstandene falsche Darstellung der Rolle des Spartakusbundes im Januaraufstand 1919 ist in der neueren relevanten Historiographie wie zuletzt 1985 bei Heinrich August Winkler revidiert worden: »Die Berliner Januarunruhen von 1919 tragen den Namen ‚Spartakusaufstand‘, der ihnen auch heute noch gelegentlich verliehen wird, zu Unrecht.« Die KPD-Zentrale habe den Regierungsumsturz keineswegs geplant, sondern im Rahmen der Erhebung eines Teils der Berliner Arbeiterschaft hätten die Anhänger der »Revolutionären Obleute« und KPD die revolutionäre Beseitigung der mehrheitssozialdemokratischen Regierung gefordert.¹⁰⁶

Wie in der vorliegenden Studie detailliert dargestellt, hatte die KPD-Zentrale zunächst keine Absicht und nicht einmal die Erwartung eines Aufstandes gegen die Ebert-Scheidemann-Regierung. Ganz anders dagegen sahen dies bereits vor der ersten Demonstration am 5. Januar einige der »Revolutionären Obleute« und der KPD-Vertreter Pieck, nach der unerwartet starken Beteiligung an dieser Massenversammlung am 5. Januar dann auch die überwiegende Mehrheit der Betriebsvertrauensleute einschließlich Pieck und Liebknecht: mit einer handstreichartigen Verhaftungsaktion sollte die mehrheitssozialdemokratische Regierung beseitigt werden, bevor klar geworden war, ob die Majorität der Berliner Arbeiterschaft hinter den Forderungen der revolutionären Linken stand. Dies hatte eindeutig den Charakter einer putschistischen

105 Gerhard A. Ritter / Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. S. 196.

106 Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 120–130, 122 (Zitat). Ähnlich: Susanne Miller: Die Bürde der Macht. S. 225–231, insbes. S. 231.

Maßnahme, die niemals im Sinne Rosa Luxemburgs gewesen wäre. Dazu schilderte später Levi ihre Reaktion, als sie am 14. Januar von der vom 6. Januar stammenden, auch von Liebknecht unterschriebenen Erklärung des »Revolutionsausschusses« über die Absetzung der Ebert-Scheidemann-Regierung¹⁰⁷ Kenntnis bekam: »Keiner der Anwesenden wird die Szene vergessen, als Rosa Luxemburg Karl Liebknecht das Dokument vorhielt, das gezeichnet war: ›Die provisorische Regierung Ledebour, Liebknecht, Scholze‹. Sie frug ihn nur: ›Karl, ist das unser Programm?‹ Der Rest war Schweigen.«¹⁰⁸ Erst jetzt – mit dem Abstand einiger Tage seit dem Fehlschlagen des Aufstandes – hatte nunmehr wahrscheinlich auch für sie die ganze Aktion, wie Jogiches zwei Wochen später in einem Brief an Lenin seine eigene Beurteilung formuliert, den »Charakter eines Putsches« angenommen.¹⁰⁹ Für Rosa Luxemburg durfte die Ablösung der mehrheitssozialdemokratischen Regierung durch eine sozialistische Regierung nicht als Aktion einer kleinen Schar von Revolutionären erfolgen – und so sah die Episode mit der von Liebknecht unterschriebenen Regierungsübernahme für sie am 14. Januar im Rückblick auf den fehlgeschlagenen Aufstand aus –, sondern musste das Ergebnis des eindeutigen Drängens einer breiten proletarischen Massenbewegung sein. Dies betonte sie auch in diesen Januartagen 1919 in der »Roten Fahne« immer wieder. Die Spartakusführerin wurde niemals zur »blutigen Rosa«, nie zu einer putschistischen oder gar terroristischen Politikerin, sondern Rosa Luxemburg hat ihre demokratischen Grundsätze – auf dem Boden des Rätessystems, nicht der

107 Siehe oben, S. 80f.

108 Paul Levi: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis. In: Leipziger Volkszeitung. Jg.30. Nr. 12. 15.1.1929. Diese Episode muss sich am 14. Januar 1919 abgespielt haben, als der wieder von den Mehrheitssozialdemokraten herausgegebene »Vorwärts« die Erklärung als Faksimileabdruck brachte. Levi kann also selbst nicht Augenzeuge gewesen sein, da er bereits am 13. Januar 1919 verhaftet worden war. Radek gibt in seinem 1924 veröffentlichten Erinnerungsbericht eine ähnliche, ihm von Levi übermittelte Version wieder. (Karl Radek: November. S. 138.) Offensichtlich war dieser Vorfall intern allen KPD-Führern bekannt geworden.

109 Siehe oben, Fußnote 82.

parlamentarischen Demokratie – während des Januaraufstandes 1919 voll aufrechterhalten.

Stand das demokratische Prinzip der bei der Mehrheit der Massen liegenden Entscheidungskompetenz für Rosa Luxemburg als Voraussetzung politischen Handelns fest, so ist doch zu fragen, welche Kampfformen und welche Kampfziele die Spartakusführerin dem Proletariat während des Januaraufstandes vorschlug und ob sie aus der Arbeiterschaft kommende eigenständige Entwicklungen, die in Richtung Sozialismus gingen, aufgreifen konnte. Vorschläge für die Führung des Kampfes fehlten weitgehend in ihren Zeitungsartikeln oder waren vollständig unrealistisch wie der Punkt einer permanent auf den Straßen bleibenden Vollversammlung der Berliner revolutionären Arbeiter. Die KPD-Führerin machte den Eindruck einer »ratlosen Rosa«. Umso radikaler war sie in der Propagierung des Aufstandsziels. Ab Mittwoch, dem 8. Januar, bis einschließlich Sonntag, dem 12. Januar, also sogar mehrere Tage nach der militärischen Niederlage der Aufständischen, verbreitete sie in der »Roten Fahne« die Illusion eines erreichbaren Sturzes der mehrheitssozialdemokratischen Regierung. Als einziges Zwischenziel und als Voraussetzung dieses Umsturzes wurde mit allerschärfster Polemik die Zerschlagung der USPD verkündet. Mit diesen schrillen Propagandatönen erreichte sie nur den besonders radikalen Teil der Massen, damit lediglich eine verschwindend kleine Minderheit, die sich in ihrer putschistischen Taktik – unter Ignorierung der demokratischen Grundsätze in Luxemburgs Argumentation – bestärkt und bestätigt empfand. Die große Mehrheit des Berliner Proletariats stand dieser Art der Luxemburgischen Agitation äußerst fern, auf jeden Fall ab dem 8. Januar, als die Parole von der Einigung der »einfachen« Mitglieder aller proletarischen Parteien mit dem Ziel einer Beendigung des Bruderkampfes und der Realisierung einer sozialistischen Politik großen Anklang in der Arbeiterschaft Berlins, aber auch in anderen industriellen Zentren Deutschlands fand. Die Fixierung auf ihre langjährigen Auseinandersetzungen mit dem Zentrum der Sozialdemokratie, also jetzt mit der USPD, und ihre illusionäre Verkennung des Bewusstseinsstandes der Massen führten zu einer verfehlten politischen Taktik und Zielsetzung der KPD-Führerin während dieser Januartage.

Höchstwahrscheinlich hätte sich Rosa Luxemburg während eines erneuten Gefängnisaufenthaltes, mit dem sie am 15. Januar 1919 bei ihrer Festnahme wohl rechnete, in einer Broschüre intensiver mit dem Verhalten der revolutionären Linken während des Januaraufstandes 1919 beschäftigt und vielleicht sogar die eigene Haltung und die ihrer Partei einer kritischen Analyse unterzogen. Doch die Mörder ließen ihr keine Zeit dafür.

6. Rosa Luxemburgs Engagement für den politischen Massenstreik. Zwei bisher unveröffentlichte parteiinterne Ansprachen vom Sommer 1913¹

Es ist viel zu wenig bekannt, dass die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland während der Zeit des Kaiserreichs bis 1918 einer intensiven Beobachtung durch die Politische Polizei ausgesetzt war. Mit Hilfe von Spitzeln wurde versucht, an interne Informationen über den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess zu kommen. Öffentliche SPD-Versammlungen wurden überwacht, eventuell vom anwesenden Polizeibeamten abgebrochen, wenn er die Äußerungen des Referenten oder der Diskussionsredner für ungesetzlich hielt. Der überwachende Polizist verfasste ein ausführliches Protokoll, meist anhand seiner stenografischen Aufzeichnungen. Dies geht beispielsweise aus dem Polizeibericht mit einer Rede Rosa Luxemburgs am 14. November 1905 in Hamburg zum Thema Massenstreik hervor. Dieses Referat ist fast wörtlich in den Polizeiakten der Stadt Hamburg erhalten geblieben. Ulla Plener hat dieses Dokument zusammen mit Zeitungsberichten über diese Veranstaltung publiziert.²

Auch in den Akten der Politischen Polizei in Berlin existieren genaue Berichte über eine Reihe von Veranstaltungen der SPD, nicht nur von

- 1 Überarbeitete Fassung eines Referates, gehalten auf der Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft am 1./2. April 2007 in Tokio. Veröffentlicht in leicht unterschiedlicher Fassung in: IWK. 42. Jg. (2006). H.4 [tatsächliche Publikation: Sommer 2008]. S. 176–207.
- 2 Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution 1905. Rede, nach einem Spitzelbericht. Eingeleitet von Ulla Plener. In: UTOPIE kreativ. Berlin. H. 171 (Januar 2005). S. 55–66.

öffentlichen Versammlungen, sondern sogar von parteiinternen Treffen wie von einer Reihe von Sitzungen des zentralen Parteivorstandes und von inoffiziellen Zusammenkünften. Wie diese Informationen erlangt wurden, geht zu einem Teil aus einer Polizeiakte über »Spitzelsachen« hervor. Demnach sollen durch Angestellte im technischen Apparat des zentralen SPD-Parteibüros in der Lindenstraße in Berlin-Mitte parteiinterne Materialien an die Politische Polizei weitergegeben worden sein.³ In diesen Polizeidokumenten sind auch zwei bisher unveröffentlichte Ansprachen Rosa Luxemburgs enthalten. Es handelt sich erstens um eine erweiterte Parteivorstandssitzung Anfang August 1913⁴ und zweitens um eine vom Vorstand einberufene inoffizielle Konferenz am Rande des SPD-Parteitages in Jena, wahrscheinlich am 19. oder 20. September 1913, mit ca. 100 Delegierten, darunter viele führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie ausländische Parteitagsgäste⁵. Auf beiden Parteiveranstaltungen wurde »Der Massenstreik« als zentrales Thema diskutiert, wobei neben anderen Genossen auch Rosa Luxemburg zu Wort kam, im Parteivorstand mit einem längeren Diskussionsbeitrag und in Jena mit einem ausführlichen Referat.⁶

3 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15944 (Akte »das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der Polizei, Spitzelsachen, 1889–1918«). Hier vor allem Bl. 167.

4 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15908 (Akte betr. »den politischen Massenstreik und den soziald[emokratischen] Generalstreik«. Bd.1. 1910–1913). Bl. 237–248, Rückseite (gesamtes Protokoll). Bl. 245–246 (Diskussionsbeitrag von Rosa Luxemburg). In dem Polizeibericht vom 7. August 1913 mit dem Protokoll wird kein Datum der Vorstandssitzung angegeben. Die Sitzung müsste vor dem 3. August stattgefunden haben, da Luxemburg vom 3. bis 8. August zu Besuch bei Clara Zetkin in Stuttgart weilte. (Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie. Berlin 1996. S. 423, 224.)

5 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15909 (Akte betr. »den politischen Massenstreik und den soziald[emokratischen] Generalstreik«. Bd. 2. 1913). Bl. 190–206 (gesamtes Protokoll einschließlich Ankündigung des Berichtes durch den Polizeibeamten). Bl. 193–197 (Referat Rosa Luxemburgs).

6 In Rosa Luxemburgs Briefen ist nichts über diese Sitzungen zu finden. Das muss nichts besagen, weil nicht jede Parteiveranstaltung, an der sie teilgenommen hatte, von ihr erwähnt wurde.

Die Situation in der SPD im Sommer 1913

Luxemburg gehörte bereits seit dem Ausbruch der Revolution in Russland im Jahre 1905 zu den aktivsten Befürwortern der Anwendung des Massenstreiks in Deutschland.⁷ Nachdem sie im damals zum russischen Zarenreich gehörenden Warschau einige Monate selbst an der Aufstandsbewegung mitgewirkt hatte, begründete sie in ihrer Ende 1906 herausgegebenen Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«⁸ nochmals ausführlich die besondere Bedeutung dieses offensiven Mittels im proletarischen Klassenkampf.

Im Sommer 1913 wurde die Diskussion in der deutschen Sozialdemokratie um die Anwendung des Massenstreiks erneut entfacht. Nachdem die SPD im Sommer 1913 bei den Wahlen zum preußischen Landtag zwar einen erheblichen Stimmengewinn, aber wegen des undemokratischen Dreiklassenwahlrechts nur eine Steigerung von 8 auf 10 Mandate erzielte, sprach sich sogar der führende Vertreter des rechten Flügels, der Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank aus Baden, für den Massenstreik zur Er kämpfung des gleichen Wahlrechts in Preußen aus. Der SPD-Parteivorstand und die Gewerkschaftsführung mussten befürchten, dass auf dem im September 1913 stattfindenden Parteitag in Jena radikale Beschlüsse zum Massenstreik verabschiedet werden könnten. Um ein Ventil für die in der Mitgliedschaft und bei vielen Funktionären vorhandene Unzufriedenheit über die Passivität der Parteiführung zu schaffen, bot der Parteivorstand in mehreren internen Veranstaltungen die Gelegenheit zur Aussprache.⁹

7 Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, S. 224ff.

8 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: GW 2. S. 93–170.

9 Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M. u. a. 1973. S. 463–503, 477 (zu Ludwig Frank), S. 492–496 (zur Taktik des SPD-Parteivorstandes bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteitages in Jena, September 1913).

Rosa Luxemburgs Stellungnahme im Parteivorstand Anfang August 1913

Anfang August 1913 behandelte der Parteivorstand das Thema »Massenstreik«. Außer den Vorstandsmitgliedern waren neben Gewerkschaftsführern, die dem politischen Massenstreik ablehnend gegenüber standen, prominente Parteimitglieder eingeladen, um Stellungnahmen abzugeben. Dazu gehörten u. a. der Cheftheoretiker Karl Kautsky, der damalige Leiter des SPD-Pressedienstes Emil Eichhorn sowie die Reichstagsabgeordneten Paul Lensch, Richard Fischer und Daniel Stücklen sowie Rosa Luxemburg als führende linke Vertreterin des Massenstreiksgedankens.¹⁰

Luxemburg unterzog zunächst die Politik der Gewerkschaftsführung einer scharfen Kritik: »Das Fühlen und Denken mit der Masse ist den Gewerkschaftsführern abhanden gekommen.« An Beispielen versuchte Luxemburg aufzuzeigen, »wie fremd und erhaben unsere Gewerkschaftsführer der Masse und deren Aktion gegenüberstehen [im Original: »gegenübersteht« – O. L.]«. Diese kritischen Ausführungen Luxemburgs waren so ausführlich geraten, dass der Vorsitzende sie ermahnte, zum Thema Massenstreik zu kommen.¹¹

Luxemburg griff dann den »Vorwärts« an. In den Parteikämpfen versuche das Zentralorgan als »unparteiische Presse« aufzutreten, vermeide fundierte Stellungnahmen und verstärke »dadurch die Verwirrung und Unsicherheit«. An den Parteiführern vermisste Luxemburg »Entschlossenheit und Tatbereitschaft« und erwartete von den Massen, »sich selbst im gegebenen Moment an die Spitze zu stellen«. Sie schloss ihre Ansprache mit einem Appell an die führenden Genossinnen und Genossen: »Die Massen drängen zur Aktion, sie wünschen den Kampf. Sorgen Sie dafür, daß das Feuer, welches die Massen jetzt ergriffen hat, kein Strohfeuer bleibt. Lassen Sie die Kampfeslust der Arbeiterschaft nicht einschlafen, es würde uns nachher schwer fallen, die Massen wieder aufzurütteln.«¹²

Während Rosa Luxemburg auf dieser erweiterten Parteivorstandssitzung von Anfang August 1913 äußerst polemisch auftrat, gestaltete sie

10 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15908. Bl. 237.

11 Ebenda. Bl. 245, Bl. 245 Rückseite.

12 Ebenda. Bl. 245, Rückseite, Bl. 246.

ihr ausführliches Referat vor einem internen Kreis von Delegierten des Parteitagés in Jena (15. bis 21. September 1913) im dozierenden Stile eines betont sachlich gehaltenen Parteischulvortrages.

Luxemburgs Referat am Rande des Jenaer Parteitagés September 1913

Zunächst arbeitete Luxemburg den Unterschied zwischen dem Massenstreik als politischen Streik gegenüber den von den Gewerkschaften gegen die Arbeitgeber geführten Streiks heraus. »Der politische Streik berührt unmittelbar die Sozialdemokratie als politische Partei. Der andere Streik ist Sache der Gewerkschaften allein, obgleich unstreitbar jeder große ökonomische Streik auch das Staatsleben berührt und deshalb leicht in einen politischen umschlagen kann.«¹³

Luxemburg grenzte sich gegenüber putschistischen und syndikalistischen Auffassungen deutlich ab. Der politische Streik sei weder ein »Ersatzmittel für die parlamentarische oder politische Organisation« noch »eine Taktik, die ohne fortwährende Werbung, Propaganda und Organisation durch und für den parlamentarischen Kampf« die Arbeiterschaft »zur defensiven oder offensiven Aktion gegen die Regierung aufrufen könnte«.¹⁴ Die Referentin betonte die Bedeutung einer sozialistischen Organisation »in möglichst festen, gut und lange geschulten und disziplinierten Verbänden« als »das einzige Mittel, immer und überall die Bourgeoisie zu besiegen oder sich mit gutem Erfolg ihrer zu erwehren«.¹⁵ Dann wandte sich die Rednerin gegen die einseitige Festlegung auf ein einziges Kampfmittel: »Die Sozialdemokratie prophezeit nicht so utopistisch die Zukunft bis in Einzelheiten hinein. Aus dem Werdegang der Entwicklung selber sucht sie ihre Mittel hervor, ohne sie deshalb für ewig und einzig gültig zu erklären [...] weder die Genossenschaft allein, noch die Gewerkschaftsaktion allein, noch die parlamentarische Aktion [allein] kann den Kapitalismus besiegen ... Deshalb bedie-

13 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15909. Bl. 193.

14 Ebenda. Bl. 193, Bl. 193, Rückseite.

15 Ebenda. Bl. 193, Rückseite.

nen wir uns jedes Mal derjenigen Mittel, die uns im gegebenen Falle als die zweckmäßigsten erscheinen. Wir sind bereit und rechnen auf [sic!] die Möglichkeit, unsere jetzigen Waffen gegen andere vertauschen zu müssen.«¹⁶

Luxemburg wies auf die Vernetzung der Wirtschaftszweige in den einzelnen Ländern und international sowie der Staaten hin. Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter hätten zugenommen.¹⁷ Damit leitete Luxemburg vorsichtig zu dem Thema »Notwendigkeit des Massenstreiks« hin. Dieses Kampfmittel sei »dasjenige, über das am meisten gesprochen wird und in verschiedenen Ländern zur Anwendung gekommen ist. Gleichviel wie unser Urteil über dieses Mittel an sich lautet, die Tatsache, dass wir durch das Wachsen des Kampfes gezwungen wurden, dessen Anwendung in Erwägung zu ziehen, muß einen jeden mit Freude erfüllen. Das Wachsen des Kampfes kann nur das Zeichen entscheidenderer Schläge, das Näherkommen des Sieges sein. (Lebhafter Beifall)«¹⁸ Luxemburg wertete den politischen Streik als »ein extremes, ein *wenigstens noch zur Zeit gefährliches Mittel*«, weil es die Machtposition der Bourgeoisie in Gefahr bringe.¹⁹ Andere Machtmittel für das Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie wie der bewaffnete Aufstand, die Steuer- und die Militärdienstverweigerung scheiden aus. »Das *einzigste Mittel, das übrig bleibt, ist der politische Streik*.«²⁰ Luxemburg machte darauf aufmerksam, dass in nächster Zeit reaktionäre Maßnahmen des Staates einsetzen könnten: Die bestehenden Möglichkeiten für »*das allmähliche, gesetzmäßige Wachstum, das die Sozialdemokratie wünscht*«, durch »Gewerkschaft, Wahlrecht, Genossenschaft, sie können mit einem Male gesetzlich beseitigt werden ... *Was soll dann geschehen, wenn es kein Gewaltmittel [für das Proletariat] gibt? [...] Was tut ihr, wenn ihr dieses Mittel absolut verwerft?*«²¹ Wenn jemand glaube, »dass ein ausschlaggebender Teil der Bourgeoisie« zu deutli-

16 Ebenda. Bl. 194, Bl. 194, Rückseite.

17 Ebenda. Bl. 194, Rückseite, Bl. 195.

18 Ebenda. Bl. 195, Rückseite.

19 Ebenda. Bl. 195, Rückseite, Bl. 196.

20 Ebenda. Bl. 196.

21 Ebenda. Bl.196, Rückseite.

chen Kompromissen gegenüber der Sozialdemokratie bereit sei,²² dass keine tiefe Kluft »zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden« bestehe, so könne er den politischen Streik verwerfen. Doch »in allen Ländern hat die Reaktion das Wort ... Von einer Abschwächung der Klassengegensätze ist keine Rede, höchstens von einem Stehenbleiben auf einem toten Punkte.« Luxemburg konzidierte zwar die Möglichkeit, dass »ein Teil der Bourgeoisie [...] den Sozialismus als einzigen Ausweg aus den steigenden Nöten des Kapitalismus annimmt«.²³ Doch »vorläufig sehen wir das Entgegengesetzte, [...] im besonderen: Wachstum der reaktionären Ideen«. Luxemburg rechnete damit, »dass die Gegensätze sich noch verschärfen werden« und schloss ihre Rede mit den Sätzen: »Soweit ich dann urteilen kann, wird das Proletariat noch oft Gewalt wider Gewalt stellen müssen. Ich rate also dazu, in erster Linie unsere alte Taktik weiter zu befolgen, bei unseren Betrachtungen zu rechnen auf [sic!] den ungünstigsten Fall, das heißt auf die Verschärfung des Klassenkampfes, und daher auf [sic!] das Mittel des politischen Streiks wenigstens nicht deshalb zu verwerfen, weil die ökonomische Entwicklung uns schon von selber dahin führen werde, wo wir hingelangen wollen. (Lebhafter Beifall)«²⁴

Bemerkenswert an diesem offensichtlich gut vorbereiteten Referat Rosa Luxemburgs ist, dass sie sich jeglicher Angriffe auf die Partei- und Gewerkschaftsführungen enthielt und sehr zurückhaltend, teilweise sogar defensiv, argumentierte. Durch eine schlüssige sachliche Beweisführung versuchte Luxemburg, auch jene Parteigenossen für den Massenstreikgedanken zu gewinnen, die ihm skeptisch oder ablehnend gegenüber standen. Dies gelang Rosa Luxemburg offensichtlich mit dieser Rede im erheblichem Erfolg. Denn der Protokollführer vermerkte zum Schluss: »Der mit stellenweise lebhaften [sic!] Beifall aufgenommene Vortrag der Genossin Luxemburg dauerte 1¼ Stunde.«²⁵

Diese beiden bisher unveröffentlichten Ansprachen verdeutlichen die zwei Seiten der Politikerin Rosa Luxemburgs: Einerseits – wie in ihrem

22 Ebenda. Bl. 196, Rückseite, Bl. 197.

23 Ebenda. Bl. 197.

24 Ebenda. Bl. 197, Rückseite.

25 Ebenda.

Diskussionsbeitrag im erweiterten Parteivorstand - die polemische Rednerin und Journalistin, die sich teilweise in einer maßlosen Kritik verliert. Andererseits die wirkungsvolle Agitatorin und Publizistin, die – wie in der internen Konferenz der Parteitagsdelegierten – mit schlüssigen, auf die Mentalität der jeweiligen Zuhörerschaft oder des Leserkreises zugeschnittenen Argumenten erfolgreich zu überzeugen versteht, ohne auf griffige Formulierungen zu verzichten.²⁶

Während die Stimmung auf der internen Sitzung vor dem Parteitag mit Parteivorstand und ca. 100 Delegierten zugunsten Rosa Luxemburgs Auffassungen zu sein schien, hatte sie auf dem Parteitag selbst keinen Erfolg gegen die Parteiführung, deren unverbindlich und allgemein formulierte Massenstreikresolution mit 333 Stimmen eine deutliche Mehrheit erzielte, während für Luxemburgs Gegenantrag lediglich 142 Delegierte stimmten.²⁷ Es war für Rosa Luxemburg selbstverständlich, dass sie weiterhin für die Anwendung des Massenstreiks kämpfte. Im Juni 1914 konnte sie durch die Annahme ihres Antrages zum Massenstreik auf der Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung der SPD einen vorübergehenden Erfolg erzielen.²⁸ Durch den Ausbruch des Weltkrieges Anfang August 1914 wurde zunächst die Diskussion um den Massenstreik abgebrochen.

Doch bald waren es wieder Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde – Clara Zetkin, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Leo Jogiches –, die trotz schwerer staatlicher Repressionen als »Gruppe Internationale (Spartakusgruppe)« Massenaktionen zur Beendigung des Krieges und zur Einführung einer sozialistischen Demokratie propagierten. Ihre umfangreiche revolutionäre Antikriegsagitation in vielen illegalen Flug-

26 So schreibt ein paar Jahre später nach einer Auseinandersetzung auf der Verbandsgeneralversammlung der Groß-Berliner SPD-Organisation Hugo Haase, der Fraktionsvorsitzende der oppositionellen »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« im Reichstag, in einem Brief vom 25. Juni 1916 an Wilhelm Dittmann von »einer oratorisch glänzenden und überaus geschickt aufgebauten Rede« seiner Kontrahentin Rosa Luxemburg. (AsD. Bonn. Nachlaß Dittmann. Kassette II. Bl. 3.)

27 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. S. 495.

28 Ebenda. S. 561f.

schriften trug mit dazu bei, dass es – trotz schwerer staatlicher Repressionen – in Deutschland im April 1917 und im Januar 1918 zu Massendemonstrationen und im November 1918 zum Ausbruch der Revolution kam. Das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft konnte allerdings nicht erreicht werden. Doch das ist eine andere Geschichte.²⁹

²⁹ Vgl. Ottokar Luban: Rosa Luxemburg, Spartakus und die Massen. Vier Beispiele zur Taktik der Spartakusgruppe bzw. des Spartakusbundes. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus. Hamburg. 5/97. S. 11–27; ders.: Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit. Siehe Beitrag 5 dieses Bandes der »Grünen Reihe«. S. 67ff.

7. Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges¹

Der politische Massenstreik als Mittel zur Erkämpfung demokratischer Rechte wurde in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg heftig diskutiert. Die Initialzündung dazu gaben die Massenaktionen im Rahmen der russischen Revolution von 1905/06. Rosa Luxemburg, die selbst einige Monate an der Bewegung in Russland teilgenommen hatte, gehörte sowohl in den Vorkriegsjahren wie während des Ersten Weltkrieges zu den aktivsten Verfechtern des politischen Massenstreiks.² In ihrer 1906 erschienenen Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« und in Zeitungsartikeln begründete sie ihre Auffassungen und agitierte dafür in

- 1 Vollständig überarbeitetes und stark erweitertes Manuskript eines Referats, gehalten am 25. Januar 2008 im Bildungsseminar der IG Metall in Berlin-Pichelssee. Veröffentlicht in leicht unterschiedlichen Fassungen in: »Frankfurter Rundschau« vom 01. Februar 2008 in der Rubrik »Dokumentation«, auch online verfügbar: Ottokar Luban: Brot und Frieden. Die mutigen Arbeiter von 1918. URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/dokumentation/?em_cnt=1281016&; Chaja Boebel / Lothar Wentzel (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918. Hamburg 2008. S. 11–26; Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum]. [Klartext Verlag Essen]. 40/2008. S. 25–41.
- 2 Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996, vor allem: S. 249–262, 334–337, 342–351; Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M. u. a. 1973, vor allem: S. 78f., 479.

den folgenden Jahren auf vielen Parteiveranstaltungen.³ 1907 wirkte sie auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale an der später auf den Konferenzen von Basel 1910 und Kopenhagen 1912 bestätigten Resolution mit, die die sozialdemokratischen Parteien im Falle des Ausbruchs eines Krieges verpflichtete, »für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«⁴

Erste Versuche zu Massenaktionen gegen den Krieg

Mit dem Kriegsausbruch und dem damit verbundenen Belagerungszustand waren zunächst alle Gedanken an Massenaktionen gegen die Politik der kaiserlichen Regierung, erst recht an politische Massenstreiks, illusorisch geworden. Denn die Gewerkschaften verzichteten für die Dauer des Krieges auf die Initiierung von Arbeitsniederlegungen, die unter dem verhängten Belagerungszustand als versuchter Landesverrat bestraft werden konnten, und arbeiteten auf allen Ebenen mit den Behörden zusammen. Auch die SPD-Mehrheit gab die vor Kriegsausbruch praktizierte prinzipielle Opposition gegen das halbabsolutistische Staatssystem auf, kooperierte im Rahmen der sog. »Burgfriedenspolitik« häufig mit der kaiserlichen Regierung und den bürgerlichen Parteien und bewilligte - entgegen allen Parteibeschlüssen und entgegen der Resolution der II. Internationale - im Reichstag alle Finanzmittel für den Krieg.⁵ Die in Opposition zu dieser Mehrheitspolitik stehenden Sozialdemokraten waren bis Ende 1915 in ihren örtlichen oder regionalen Bereichen

3 GW 2. S. 93–176, weiter (als Beispiel): S. 463–483.

4 DuM. II. Bd 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 5.

5 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974. S. 75ff.; Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung der KPD. Ein Überblick. 2. vollst. überarb. und erg. Aufl. Berlin 1978. S. 45ff. (beide auch für alle weiteren Ausführungen zur allgemeinen Parteigeschichte).

oder in den zentralen Parteigremien (Reichstagsfraktion, Parteiausschuss) weitgehend damit beschäftigt, teils durch informelle Kontakte, teils im parteioffiziellen Rahmen die Gegner der Kriegskreditbewilligung zu sammeln und weitere Anhänger zu gewinnen. Doch wurden oppositionelle Bestrebungen von den Militär- und Polizeibehörden behindert oder unterdrückt sowie vom Parteivorstand unter Berufung auf die Parteeinheit als parteischädlich verurteilt und möglichst unterbunden.

Die erste Äußerung eines bekannten sozialdemokratischen Politikers im Krieg über eine mögliche Massenstreikaktion stammt vom September 1915. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht schrieb an den Stuttgarter Jugendfunktionär Friedrich Notz: »Ich meine, wir müssten überlegen, ob und evtl. wie *Propaganda für einen Munitionsarbeiterstreik nach englisch-amerikanischem, russischem Muster und darüber hinaus für einen Antikriegs-Massenstreik zu machen wäre.*« Dabei hoffte er vor allem auf die steigende Kriegsmüdigkeit bei einem weiteren Winterfeldzug.⁶ Liebknecht hatte unter Bruch der Fraktionsdisziplin seit dem 2. Dezember 1914 im Reichstag zunächst allein, ab 1915 zusammen mit Otto Rühle gegen die Kriegskredite gestimmt, bis am 20. Dezember 1915 im Parlament weitere 18 SPD-Abgeordnete um den Parteivorsitzenden Hugo Haase ein Separatvotum abgaben, wobei diese Minderheit am 24. März 1916 auch den von der Regierung vorgelegten Notetat ablehnte, deshalb aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen wurde und zwangsläufig eine eigene Fraktion, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG oder AG), bildete, den Kern der im April 1917 gegründeten USPD.

Liebknecht war Ende August 1914 zum Kreis um Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring gestoßen, der vom ersten Kriegstag an gegen den Burgfriedenskurs der Parteimehrheit angekämpft hatte, sich nach der im April 1915 aus Zensurgründen lediglich ein einziges Mal erschienenen Zeitschrift *Die Internationale* »Gruppe Internationale«

6 Karl Liebknecht an Friedrich Notz, 22. September 1915. In: Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VIII. August 1914 bis April 1916. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1966. S. 317.

nannte und ab Mitte 1916 nach dem illegalen Periodikum *Spartacus* als »Spartakusgruppe« bekannt wurde. Unter Beteiligung weiterer Linksrädikaler aus dem Reich und unter Ausschaltung der gemäßigten SPD-Oppositionellen organisierte sich die Gruppe Internationale auf Konferenzen am 2. Januar und 16. März 1916 um Leitsätze, die den absoluten Vorrang der internationalen Beschlüsse beinhalteten und die Landesverteidigung ablehnten, und um ein Aktionsprogramm mit der Forderung nach Massenaktionen zur Herbeiführung von Frieden und Demokratie.⁷ Während die Konferenz der Gruppe Internationale nur die Propaganda zur Schaffung der Voraussetzungen für Massenaktionen forderte, sah Liebknecht – in vollständiger Verkennung der Massenstimmung – in einem Gespräch mit Hugo Haase am 31. März 1916 diese Voraussetzungen bereits als gegeben an: »[...] Veranstaltung von Straßendemonstrationen für sofortigen Frieden, Hungerrevolten und Arrangierung von Proteststreiks werden die Regierung schwächen. Was in England, Russland und Italien möglich ist, lässt sich bei uns mit Leichtigkeit [!] durchführen, wenn der Wille vorhanden ist ... Ein Generalstreik, der bei Ausbruch des Krieges wohl unmöglich war, lasse sich jetzt mit voller Sicherheit [!] durchführen.«⁸

Doch von den mehrfachen Versuchen zu Friedensdemonstrationen um die Jahreswende 1915/16 hatte nur eine in Berlin mit einigen tausend Teilnehmern einen kleinen Erfolg gebracht, aber noch keine Massenaktion.⁹ Nun bot sich als nächste Gelegenheit zu einer Massendemonstration für den Frieden der traditionsreiche 1. Mai an. Die Gruppe Internationale bereitete eine entsprechende Kundgebung mit eigenen Flugblättern vor. Da sie allein nur geringen Rückhalt in der Großberliner Parteiorga-

7 Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung. S. 126–142; Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1958. S. 138f., 141.

8 Zitiert in: Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung. S.146 (nach früherem Standort: Institut für Marxismus-Leninismus. Zentrales Parteiarchiv. Berlin. Jetzt: Bundesarchiv (BA) Berlin. St 8/3. Bl. 187, Rückseite).

9 Heinz Deutschland (Hrsg.): »Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten«. Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917. Bonn 2005. S. 35–38; Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung. S. 123f.

nisation besaß, versuchte sie, die überwiegend zur SAG neigende Berliner Sozialdemokratie für die Teilnahme zu gewinnen. Doch deren informelle Anführer Georg Ledebour und Adolph Hoffmann lehnten ab. Denn die Gruppe Internationale hatte seit Anfang 1916 die gemäßigte Opposition (ab März SAG) am laufenden Band scharf angegriffen, war am 2. Januar und 16. März 1916 zu eigenen Konferenzen zusammengetreten und ohne Absprache mit der Berliner Gesamtoppositionsrunde auf den Konferenzen der Zimmerwalder Bewegung in der Schweiz mit den Leitsätzen aufgetreten.¹⁰ Das hatte die gemäßigte Opposition um Ledebour und Hoffmann veranlasst, die Gruppe Internationale von den seit Frühsommer 1915 bestehenden Zusammenkünften der Gesamtopposition in Berlin auszuschließen. Vor allem sah die Ledebour-Hoffmann-Gruppe nur geringe Erfolgsaussichten für die Mai-Aktion und befürchtete die Verhaftung von Demonstranten und damit unnötige Opfer sowie eine Schwächung des linken Lagers. Trotzdem versammelten sich am Abend des 1. Mai auf dem zentral gelegenen Potsdamer Platz in Berlin einige tausend Demonstranten, darunter viele Mitglieder der mit der Gruppe Internationale sympathisierenden und zusammenarbeitenden sozialdemokratischen Arbeiterjugend. Doch wurde ein großer Teil der Kundgebungsteilnehmer durch massiven Polizeieinsatz in die Nebenstraßen abgedrängt. Als Massenaktion war diese Demonstration nicht zu bezeichnen und insofern ein Misserfolg. Gleichzeitig bedeutete die Verhaftung des populären Karl Liebknecht für die Spartakusgruppe einen großen personellen Verlust. Liebknecht hatte seine Festnahme förmlich provoziert, als er aus der dicht mit Polizisten in Zivil durchsetzten Menschenmenge auf dem Potsdamer Platz laut ausrief: »Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!« Da außerdem noch viele Flugblätter in seinem häuslichen Arbeitszimmer von der Polizei beschlagnahmt

10 Horst Lademacher (Hrsg.): Die Zimmerwalder Bewegung. I. Protokolle. The Hague / Paris 1967. S. 289–295 (Bericht des Vertreters der Gruppe Internationale mit Verlesen der Leitsätze auf der Konferenz in Kienthal, Schweiz, 25. April 1916). Die Zimmerwalder Bewegung war eine informelle Vereinigung internationaler sozialistischer Kriegsgegner verschiedenster Couleur mit einem provisorischen Büro in Bern, später in Stockholm.

werden konnten, lieferte er selbst reichlich Belastungsmaterial für seine Verurteilung durch ein Kriegsgericht.¹¹

Die Spartakusgruppe entfaltete ab Juni 1916 zugunsten Liebknechts eine intensive Agitation mit von Rosa Luxemburg verfassten Flugblättern und rief zu Protestaktionen auf.¹² Doch dafür schien nach wie vor keine Stimmung vorhanden zu sein. Denn am 10. Juni 1916 meldete der Berliner Polizeipräsident noch, dass die »unter einem großen Teil der 220.000 Berliner Metallarbeiter entstandene Bewegung für einen Ausstand um der Lebensmittelfrage willen [...] durch das Eingreifen des Kriegsministeriums zum Stillstand gebracht worden« sei.¹³ Es sah so aus, als ob trotz der immer spürbarer werdenden Versorgungsengpässe und der sich verstärkenden Kriegsmüdigkeit keine Bereitschaft für größere Friedensaktionen in der Arbeiterschaft vorhanden war.

Der Liebknechtstreik am 28. Juni 1916

»Eine fast allgemeine Überraschung«¹⁴ – so der SAG-Vorsitzende Hugo Haase – stellte der Ausbruch des eintägigen Streiks in Berlin am 28. Juni 1916 mit 55.000 Beteiligten für die Führung der SAG, SPD und Gewerkschaften, aber auch für die Berliner Politische Polizei dar. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verließen aus Protest gegen den Liebknecht-Prozess ihre Rüstungsbetriebe und ein großer Teil demonstrierte an verschiede-

11 Heinz Wohlgemuth: Karl Liebknecht. Eine Biographie. Berlin 1973. S. 328–338; Helmut Trotnow: Karl Liebknecht. Eine politische Biographie. Köln 1980. S. 240–246; Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie. Berlin 2007. S. 300–312.

12 DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 386–389, 398–400 (Spartakusflugblätter).

13 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. 1914–1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. 1914 – 1918. Bearbeitet von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenschach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz. Weimar 1987. S. 130.

14 Hugo Haase an den Reichstagsabgeordneten Alfred Gottschalk, 9. Juli 1916. In: Ernst Haase: Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen. Berlin o. J. S. 124.

nen Stellen der Stadt, vor allem vor dem Kommandanturgericht. Bereits am Vorabend war es zu ähnlichen Kundgebungen gekommen. Am 29. und 30. Juni 1916 legten die Belegschaften weiterer Berliner Fabriken mit einer Beteiligung von jeweils fast 10.000 die Arbeit nieder, so dass eine Gesamtzahl von ca. 75.000 Streikenden erreicht wurde. Liebknecht stand am 28. Juni 1916 in erster Instanz als Anführer und Organisator der Friedenskundgebung vom 1. Mai 1916 vor dem Kriegsgericht, hatte dann am 23. August die Berufungsverhandlung und wurde am 4. November 1916 in der letzten Instanz zu 4 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt.¹⁵

Bei den vorhergehenden Aktionen in der einen oder anderen Stadt oder Region hatte es sich fast immer um einen Streik oder eine Demonstration wegen Lohn- oder Lebensmittelfragen gehandelt, so im Mai 1916 bei einem mehrtägigen größeren Streik in Braunschweig.¹⁶ Jetzt aber ging es in Berlin bei dem Sympathiestreik für Liebknecht, der wegen seines konsequenten antimilitaristischen Auftretens zur Symbolfigur für die Friedenssehnsucht der Bevölkerung geworden war, um die erste große Arbeitsniederlegung in Deutschland mit einem eindeutigen Bekenntnis für eine Friedenspolitik und damit um einen politischen Massenstreik. Zu kleineren Solidaritätsdemonstrationen für Liebknecht, also ebenfalls zu politischen Aktionen, kam es zur gleichen Zeit auch in Stuttgart und Bremen, weiterhin zu einem Streik von einigen tausend Arbeiterinnen und Arbeitern in Braunschweig.

Die Führungen von SPD und Gewerkschaften distanzieren sich von all diesen Aktionen und versuchten, weiteren politischen Streiks bei den Revisionsterminen des Liebknecht-Verfahrens entgegenzuwirken. In einem im »Vorwärts« veröffentlichten und auf 100.000 Flugblättern in Berlin verteilten Aufruf vom 25. Juli 1916 warnten sie die Arbeiterschaft »vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Generalstreikapostel« und verurteilten alle Mitwirkenden moralisch: »Wer das

15 Heinz Wohlgemuth: Karl Liebknecht. S. 332–344.

16 Friedhelm Boll: Massenbewegungen in Niedersachsen 1806–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover. Bonn 1981. S. 217–234.

putschistische Treiben [...] mitmacht [...] trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.«¹⁷ Für den SPD-Partei- und Reichstagsfraktionsvorsitzenden Philipp Scheidemann stellte dieser von der Basis in den Betrieben kommende Streik eine schwere Verletzung der Kompetenzfrage dar, wie er am 18. August auf der Sitzung des Parteiausschusses betonte: »Wenn wir Massenbewegungen machen, so muß das von der Organisation geschehen, Parteileitung, Generalkommission, Gewerkschaftsvorstände sind die Instanzen, die über Streiks in Gemeinschaft mit ihren Vertrauensleuten zu bestimmen haben, aber nicht anonyme erbärmliche Hetzer, die keine Spur von Verantwortungsgefühl haben und leider auch der Öffentlichkeit gegenüber keine Verantwortung tragen.«¹⁸

Als Verursacher dieser Massenaktion machte die Berliner Politische Polizei schnell die oppositionellen Betriebsvertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in Berlin aus und ließ ihren informellen Anführer, den Branchenleiter der Dreher Richard Müller, später in der Novemberrevolution 1918 Vorsitzender des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, erst einmal für mehrere Monate zur Armee einberufen.¹⁹ Richard Müller war ein Anhänger der Ideen Rosa Luxemburgs,²⁰ auch wenn er in konkreten Situationen – wie auch die anderen linken Obleute – eigenständig handelte und deshalb nicht zur Spartakusgruppe gehörte, allerdings mit ihr von Fall zu Fall zusammenarbeitete. Dieser Kreis von oppositionellen ehrenamtlichen Funktionären und Vertrauensleuten im Berliner Verband des DMV, später in der Novemberrevolution 1918 als »Revolutionäre Obleute« bekannt geworden, die alle in den Fabriken tätig und dort fest verankert waren, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen

17 Die Erklärung ist abgedruckt in: DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 423–425, Zitate: S. 425.

18 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921. Nachdrucke. Hrsg. von Dieter Dowe. Mit einer Einleitung von Friedhelm Boll sowie einem Personen- und Ortsregister von Horst-Peter Schulz. Bd. 1. Berlin / Bonn 1980 [Reprint]. S. 368 (Nach der Seitenzählung im Reprint.)

19 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. S. 136, 139.

20 Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. [Bd. I.] Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges. West-Berlin 1974 [Reprint, Originalausgabe 1924]. S. 72f., 141f.

Sitzungen zusammen gefunden. Obwohl die Zusammensetzung im Laufe des Krieges durchaus etwas wechselte, war dies eine verschworene Gemeinschaft, die auf der Grundlage der in den Betrieben üblichen Kollegialität und Solidarität handelte.²¹

Nach der Erinnerung Richard Müllers hatte die Spartakusgruppe zum 27. Juni, zum Vorabend des Liebknechtprozesses, zu einer Demonstration eingeladen. Da in den Fabriken eine starke Stimmung für eine Sympathieaktion zugunsten Liebknechts herrschte, wurden die »zuverlässigsten Obleute der Groß- und Mittelbetriebe [...] von der oppositionellen Gewerkschaftsleitung zur Beteiligung aufgefordert und auf der Demonstration zu einer geheimen Konferenz nach den Musiker-Festsälen gerufen.« Doch tauchten dort unerwartet viele Teilnehmer auf, so dass damit die Spitzelgefahr gegeben war und der Treffpunkt verlegt werden musste. Schließlich versammelten sich 30 Obleute in einem Lokal in der Sophienstraße in Berlin-Mitte. Als einziger Führer der Parteiopposition war Ledebour anwesend, der es aber ablehnte, sich zu äußern. So ergriff Müller die Initiative und forderte zur Arbeitsniederlegung am 28. Juni mit anschließender Demonstration zum Gerichtsgebäude auf, was die Anwesenden schweigend akzeptierten. »Der Umfang des Streiks wäre größer geworden, wenn alle Obleute der Konferenz am Vorabend [der Arbeitsniederlegungen] hätten beiwohnen können.«²²

21 Erwin Winkler: Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im Ersten Weltkrieg – Entstehung und Entwicklung bis 1917. Phil. Diss. 1964. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin, vor allem: S. 110–113, 167–169, 291; Dirk H. Müller: Gewerkschaften, Arbeiterausschüsse und Arbeiterräte in der Berliner Kriegsindustrie 1914–1918. In: Gunther Mai: Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918. Düsseldorf 1985. S.165–173; Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung. Berlin 1985. S. 265–307; Ralf Hoffrogge: Richard Müller – vom Gewerkschaftsfunktionär zum revolutionären Betriebsobmann. Magisterarbeit. Freie Universität Berlin. Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften. Friedrich Meinecke Institut. Sommersemester 2007. S. 21–24; soll noch 2008 gedruckt im Karl Dietz Verlag Berlin erscheinen.

22 Richard Müller: Vom Kaiserreich. S. 63, 64.

Einem von der Politischen Polizei abgefangenen Brief des der Spartakusführung angehörenden Franz Mehring an den Reichstagsabgeordneten Joseph Herzfeld von der SAG vom 13. August 1916 – bisher in der Forschung wenig beachtet – ist zu entnehmen, dass es einen Arbeitskreis mit je zwei Mitgliedern der Obleute (im Brief »das fragliche Komitee« genannt), der SAG und der Spartakusgruppe gab, der auf Initiative der Obleute eine erneute Arbeitsniederlegung zum Berufungstermin des Liebknechtprozesses am 23. August 1916 vorbereiten sollte. Mehring bot an, wie bei ähnlichen Gelegenheiten, ein Flugblatt abzufassen.²³ Offensichtlich hat es – entgegen der Aussage Richard Müllers²⁴ – zur Zeit der Liebknechtverfahren vom Juni bis November 1916 doch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den führenden Obleuten und den beiden Oppositionslagern gegeben, wobei die Zeitdauer und das Ausmaß der Kooperation nicht mehr feststellbar ist.

Der Liebknecht-Streik im Juni 1916 hatte mit den Berliner oppositionellen Betriebsvertrauensleuten einen weiteren politischen Akteur auf der linken Szene der Arbeiterbewegung wirkungsvoll in Erscheinung treten lassen. Der Impuls für den Liebknecht-Streik kam von der Basis in den Rüstungsbetrieben, wurde von den linken Obleuten aufgegriffen und an den Vertreter der SAG Georg Ledebour und an den Repräsentanten der Spartakusgruppe Franz Mehring herangetragen, um dann gemeinsam über die Massenaktion zu beraten. Die Spartakusgruppe steuerte ihre illegalen Flugschriften, die SAG die organisatorische Unterstützung durch die mehrheitlich oppositionell eingestellte Berliner SPD bei, die 1917 überwiegend zur USPD überging. Diese Koalition zwischen der gewerkschaftlichen Linken und den beiden Gruppierungen der sozialdemokratischen Parteilinken sollte noch bei weiteren politischen Massenaktionen in der Kriegs- und Revolutionszeit eine große Rolle spielen.

23 Franz Mehring an Joseph Herzfeld, 13. August 1916 (Abschrift). In: BA Berlin. R 07.01. Nr. 796. Bl. 74; Vernehmung Mehrings am 6. September 1916. In: Ebenda: Bl. 75; Franz Mehring: Militärische Schutzhaft. In: Rote Fahne. Berlin. 21. November 1918.

24 Richard Müller: Vom Kaiserreich. S. 66.

Zunächst einmal schien jedoch der Massenstreik am 28. Juni 1916 eine Episode zu bleiben. Denn alle Aufrufe zu weiteren Streiks und Demonstrationen zugunsten Liebknechts bei den Berufungsverhandlungen im August und November 1916 brachten keinen rechten Erfolg. Hierin zeigte sich der stark dämpfende Einfluss der bereits geschilderten Antistreikaufrufe von Partei- und Gewerkschaftsführung sowie die abschreckende Wirkung massiver Unterdrückungsmaßnahmen durch die Militärbehörde. Denn eine große Zahl von direkt oder indirekt am Streik Beteiligten war strafweise zur Armee einberufen worden. 29 linke Politiker und Gewerkschafter kamen in »Schutzhaft«, darunter am 8. Juli 1916 Rosa Luxemburg, die erst durch die Novemberrevolution 1918 befreit wurde, und am 12. August 1916 der 70jährige Parteihistoriker Franz Mehring, der trotz schlechten Gesundheitszustandes und dringender Appelle des Gefängnisarztes für 4 Monate im Gefängnis festgehalten wurde. Zum Ergebnis dieser scharfen Repressionen stellte die Berliner Politische Polizei zufrieden fest: »Die Angst vor Inhaftierung und dem bunten Rock [also der Einberufung] gibt den radikalen Hetzern keine rechte Gefolgschaft.«²⁵

Der Aprilstreik 1917

Im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre nahmen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gütern des täglichen Bedarfs schnell zu. Lebensmittelkarten wurden eingeführt, doch eine ausreichende Zuteilung konnte nicht gewährleistet werden, weil zeitweise nur 50 Prozent der Rationen in den Geschäften zu erhalten war. Häufiges stundenlanges Anstehen nach rationierten oder zusätzlichen Nahrungsmitteln, manchmal in tausendköpfigen Menschenschlangen, war notwendig. »Die ungenügende Lebensmittelversorgung war zweifellos eines der innenpolitisch brisantesten Probleme.«²⁶ Ab und zu kam es zu Protesten wegen des Nahrungsmittel-

25 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. S. 145, 149 (Zitat).

26 Gunther Mai: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg. 2. Aufl. [Taschenbuch]. München 1993. S. 114.

mangels und zu »Butter-Krawallen« mit Plünderungen von Geschäften. Doch insgesamt ertrug die Bevölkerung in den ersten Kriegsjahren den Mangel ohne größeren Protest, so dass selbst die Politische Polizei im Juli 1916 erstaunt feststellte: »Man muss es gesehen haben, wie in den Arbeitervierteln die Frauen oft stundenlang ruhig und still auf die ihnen zugewiesenen knappen Lebensmittelrationen warten und oft noch, ohne solche erhalten zu haben, wieder abziehen müssen.«²⁷

Nach einer miserablen Kartoffelernte im Herbst 1916 verschlechterte sich die Ernährungslage dramatisch. Die Kohlrübe musste als Hauptnahrungsmittel in allen Varianten herhalten. Brot wurde wegen Getreidemangels mit Stroh gestreckt. Ausreichend Fett und Fleisch konnten meist nur im Schleichhandel zu Preisen, die für den Normalverdiener nicht erschwinglich waren, beschafft werden.²⁸ In der sich in den städtischen Gebieten Richtung Hungersnot entwickelnden Versorgungssituation wurde am Ausgang des langen, harten »Kohlrübenwinters« 1916/17 die Ankündigung einer Senkung der Brotration für den 15. April zum Auslöser für einen Massenstreik in Berlin und Leipzig mit einer wesentlich höheren Beteiligung als im Juni 1916. Zusätzliche Impulse für Aktionen mag die Februarrevolution in Russland geliefert haben.

Vom 16. bis 18. April 1917 streikten in Berlin über 200.000 Personen und bildeten teilweise Demonstrationzüge in Richtung Innenstadt.²⁹ Die Streikenden beschränkten sich jedoch unter dem Einfluss der rechten Berliner DMV-Gewerkschaftsführer auf Forderungen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung. 25.000 setzten den Streik mit zusätzlichen politischen Forderungen nach Frieden ohne Annexionen, Demokratisierung und Aufhebung der politischen Repressionen fort. Jetzt ging die Militärbehörde ab dem 20. April mit dem bewährten

27 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. S. 149.

28 Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches 1871–1918. Frankfurt a. M. 1997. S. 458f.

29 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15839. Bl. 333. Zum gesamten Streikablauf: Richard Müller: Vom Kaiserreich. S. 78–88; Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Januar 1915 bis Oktober 1917. Bd. 2. 2. durchges. Aufl. Berlin 1970. S. 678–690 (unter überdimensionierter Hervorhebung der Spartakusgruppe); Susanne Miller: Burgfrieden. S. 293–296 (Leipzig und Berlin).

Mittel der strafweisen Einberufung gegen die Weiterstreikenden vor, »[...] einige tausend Arbeiter der vorseitig genannten [der weiterstreikenden] Werke [wurden] zum Heere eingezogen«. ³⁰ Der Streik hatte lediglich einen optischen Erfolg. Die Behörden nahmen die Beschwerden der Streikenden zur Kenntnis, und es wurden Kommissionen zur Lebensmittelverteilung gebildet. Eine wirkliche Besserung der Versorgungslage wurde damit nicht erzielt, wie selbst in den offiziellen Berichten des DMV beklagt wurde.

Träger der Berliner Massenaktion im April 1917 war erneut der Kreis der oppositionellen Obleute des DMV. Diese hatten am 12. April Werkstattversammlungen abgehalten, auf denen die meisten Belegschaften ihre Streikbereitschaft erklärt hatten. Deshalb konnte am 15. April auf einer Generalversammlung des Berliner DMV von den Obleuten erfolgreich das Streiksignal für den folgenden Tag gegeben werden. Die Verhaftung Richard Müllers zwei Tage vor Streikausbruch hatte die Aktion nicht aufhalten können. Allerdings war es durch die Ausschaltung des wortgewandten, durchsetzungsfähigen Anführers der Obleute dem rechten DMV-Bevollmächtigten Adolf Cohen möglich, die Streikziele auf die Lebensmittelfrage zu begrenzen. ³¹ Den Ausstand verhindern konnte er angesichts der herrschenden allgemeinen Proteststimmung nicht mehr. Jetzt zeigte sich, dass der informelle Kreis der oppositionellen Obleute eine breit verzweigte Basis mit einer Reihe von selbstbewussten Persönlichkeiten aufwies, die sich nicht von ihren Plänen abbringen ließen, sondern sich noch in ihren Aktionsplänen bestärkt fühlten und sofort die Entlassung Müllers aus dem Heer als vorrangige Streikforderung erhoben, ³² was ihnen allerdings von den Regierungsbehörden nur sehr vage zugesagt wurde. Dadurch, dass 25.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin weiterstreikten und nicht nur eine Verbesserung der Versorgung, sondern auch politische Forderungen wie »Völlige Freiheit in der politischen Entwicklung« sowie »Beendigung des Krieges ohne Anspruch

30 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. S. 201.

31 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15839. Bl. 333.

32 Polizeibericht [über die Generalversammlung des DMV Berlin] vom 15. April 1917. In: LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15838. Bl. 152f.

auf Entschädigungen und Eroberungen«³³ erhoben, bekam die Berliner Bewegung sogar noch den Charakter eines politischen Massenstreiks. »Die Brotfrage verschwand immer mehr hinter der Friedensfrage«, wie der USPD-Vorsitzende Hugo Haase in einem Brief vom 25. April 1917 feststellte.³⁴

Die Ohnmacht der führenden Vertreter der Gewerkschaften und der rechten Sozialdemokratie gegenüber der massiven Proteststimmung und unbedingten Aktionsbereitschaft in der Arbeiterschaft, die von den oppositionellen Obleuten aufgegriffen, unterstützt und in konkrete Handlungen umgesetzt wurde, kam auch in Stellungnahmen auf der Parteiausschusssitzung am 18./19. April deutlich zum Ausdruck. So berichtete der rechte Magdeburger SPD-Vertreter Hermann Beims, später Oberbürgermeister der Stadt, die im April 1917 10.000 Streikende verzeichnete, »dass weder die Leitung der Gewerkschaften noch der Partei irgendwelchen Einfluss hatten ... Es ist soweit gekommen, dass die Arbeiter sich sagen: Uns ist ganz schnuppe, was aus der Kiste wird, wir wollen Frieden haben, wir wollen essen, ganz gleich, wie der Krieg ausgeht.« Die Partei müsse etwas gegen die Streiks tun. »So kann es jedenfalls nicht weitergehen, dass irgendwelche unverantwortlichen Personen Briefe schreiben [Flugblätter verfassen und verteilen] und ganze Betriebe stilllegen. Wir müssen solche Dinge für die Zukunft verhindern.« In einer Resolution der Partei sollte, so Beims, »die Arbeiterschaft an ihre Pflicht gemahnt« werden.³⁵

Die Führungen von SPD und Gewerkschaften distanzieren sich dann auch vom Streik und warnten mit Argumenten wie im Juli 1916 eindringlich vor neuen Aktionen genauso wie Feldmarschall Hindenburg und der Chef des Kriegsammtes General Groener in einem Appell an die Bevölkerung. Die Generalkommission richtete zusammen mit den Rich-

33 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. S. 198.

34 Hugo Haase an den USPD-Reichstagsabgeordneten Alfred Gottschalk, 25. April 1917. In: Ernst Haase: Hugo Haase. Sein Leben. S. 143.

35 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921. S. 479–480 (nach der Seitenzählung im Reprint).

tungsgewerkschaften und Angestelltenverbänden sogar eine Art Ergebnisadresse an General Groener.³⁶

Im April war nicht nur in Berlin gestreikt worden. Zum ersten Mal hatte es auch eine überregionale Absprache gegeben, und zwar auf dem Gründungsparteitag der USPD vom 6. bis 8. April 1917. Deshalb kam es gleichzeitig mit der Berliner Massenaktion noch zu Arbeitsniederlegungen in Leipzig mit der beachtlichen Zahl von 30.000 Beteiligten, wobei hier vom ersten Streiktag an politische Forderungen nach Demokratisierung und nach einer Erklärung der Regierung zur Friedensbereitschaft »unter Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion« erhoben wurden,³⁷ sowie zu Streiks in Magdeburg und Kiel mit jeweils 10.000 Personen, außerdem zu kleinen Streiks in weiteren Städten. Damit waren zum ersten Mal während des Krieges überregional Massenstreiks ausgebrochen, von denen einige einen eindeutigen politischen Charakter aufwiesen.

Eine Zusammenarbeit der Spartakusgruppe mit den oppositionellen Obleuten sowie mit den aktiven Funktionären der gerade gegründeten USPD vor und während des Aprilstreiks in Berlin – ähnlich wie im Sommer 1916 bei den Liebkechtstreiks – geht aus den vorhandenen Quellen nur andeutungsweise hervor. Die Spartakusführung war in den Tagen vor der Aktion auf Grund der fehlgeschlagenen Ausstandsversuche im August und November 1916 skeptisch.³⁸ Umso stärker hob die Führung in ihrem Rundschreiben vom 22. April 1917 die beachtliche Beteiligung und ihre eigene Mitwirkung hervor: »Berlin hat soeben [...] einen Massenstreik von 300.000 Arbeitern erlebt [...] wir rechnen mit

36 Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hermann Weber, Klaus Tenfelde, Klaus Schönhoven. Bd. 1: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919. Bearbeitet von Klaus Schönhoven. Köln 1985. S. 348–350 (Hindenburg und Groener), S. 354–356 (Ergebnisadresse).

37 Kurt Schneider: Der politisch-ideologische Differenzierungsprozeß in der Leipziger Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges. Phil. Diss. Karl-Marx-Universität Leipzig 1964. S. 192; DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 612 (Zitat).

38 Käthe Duncker an Hermann Duncker, 15. April 1917. In: Heinz Deutschland: Briefwechsel Duncker. S. 123.

einem noch mächtigeren Ausbruch der Bewegung schon in den nächsten Wochen«. Ob es ein Zusammenwirken mit den Obleuten und der USPD sowie Kontakte zu den Betrieben gegeben hatte, wird nicht erwähnt. Nur die eigene Aktivität wird allgemein hervorgehoben: »In Berlin war unsere Organisation auf dem Posten.« Da anschließend lediglich konkret auf die Herausgabe dreier Flugblätter hingewiesen wird, scheint diese Agitation die Haupttätigkeit der Spartakusgruppe dargestellt zu haben.³⁹ Doch es gab in den Arbeiterräten der weiterstreikenden Betriebe mit den zum Kreis der oppositionellen Vertrauensleute gehörenden Metallarbeitern Paul Blumenthal, Bruno Peters und Paul Scholze mindestens drei Anhänger der Spartakusgruppe, die möglicherweise mitverantwortlich für die dort aufgestellten politischen Forderungen und die Verlängerung des Ausstandes waren, wobei unklar ist, ob sie – schon aus zeitlichen Gründen – während dieser Streiktage in Kontakt mit der Spartakusführung standen.⁴⁰

Die Leitung der Spartakusgruppe lobte in ihrem Rundschreiben vom 22. April 1917 auch die aktive Haltung der USPD-Abgeordneten Hugo Haase, Georg Ledebour, Ewald Vogtherr und Adolph Hoffmann, die nach Anforderung aus den Fabriken in Betriebsversammlungen zu den weiterstreikenden Belegschaften gesprochen und sie in ihren Anliegen

39 DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 622, 624. Während und am Ende des Streiks – wie im Spartakusbericht erwähnt – die Flugblätter »Der Kampf dauert fort« sowie »Die Lehren des großen Massenstreiks«, vorher wahrscheinlich »Arbeiterinnen und Arbeiter!« (Ebenda. S. 630–633) mit der allgemeinen Aufforderung zur revolutionären Erhebung zur Unterstützung der russischen Februarrevolution, unter Bezugnahme auf den Aufruf des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates vom 14. März 1917 »An die Völker der ganzen Welt«.

40 Zu Paul Blumenthal, Bruno Peters und ihre Verbindung zur Spartakusführung siehe Anm. 56. Dabei ist unklar, ob diese Verbindung schon im April 1917 bestanden hat. Zu ihrem aktiven Auftreten auf der Generalversammlung des DMV Berlin am 15. April 1917: LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15838. Bl. 152. Zu Peters' Rolle in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken: Ebenda: Bl. 570f. Zu Paul Scholze: Ebenda: Nr. 15839. Bl. 474.

bestärkt hatten.⁴¹ Ledebour begleitete eine gewählte Arbeiterdelegation ins Vorzimmer des Reichskanzlers, wo die Abordnung ihre Forderungen vortragen wollte, aber abgewiesen wurde.⁴² Zur USPD wird von der Spartakusführung als Leitlinie hervorgehoben, »dass wir getrennt von der A. G. [USPD] vorgehen, wobei wir der Bewegung voranmarschieren müssen, indem wir ihr einerseits die Ziele stecken, andererseits ihre Fehler kritisieren und sie vorwärtstreiben«. Für die Spartakusgruppe sei die Friedensfrage – im Gegensatz zu den Auffassungen der USPD – nur auf revolutionärem Wege zu lösen. Es ginge nicht mehr um die Forderung nach einer Verbesserung des Wahlrechts in den Bundesstaaten, Städten und Gemeinden. »Unsere Parole lautet: einheitliche demokratische deutsche Republik.«(!) Für den in nächster Zukunft erwarteten erneuten Ausbruch einer Massenbewegung – vor allem zum 1. Mai – setzte die Spartakusführung als Ziel: »Unsere Aufgabe ist, die Bewegung auf die Friedensfrage zu richten und zu deren Lösung auf revolutionärem Wege zu drängen.«⁴³ Ohne das Wort Arbeiterrat direkt zu verwenden, wird für die folgende Zeit – wie in den Flugblättern – eine »Massenkampforganisation« gefordert, »in der die bestehenden Organisationen die Triebkraft zu übernehmen haben«.⁴⁴

Wie im Sympathiestreik für Liebknecht im Juni 1916 waren die oppositionellen Obleute die Träger der mehrtägigen Berliner Massenaktion vom April 1917 mit einer beachtlichen Steigerung der Zahl den Streikenden in Berlin von 75.000 im Jahre 1916 auf ca. 200.000 im April 1917. Allerdings war es der rechten Berliner Gewerkschaftsführung – begünstigt durch die Ausschaltung Richard Müllers – gelungen, den Hauptstreik auf das Ernährungsproblem zu begrenzen. Die Spartakusgruppe hatte mit drei Flugblattausgaben die Streikenden, vor allem die Weiterstreikenden, ermutigt. Wahrscheinlich hatten Spartakusanhänger in den Streikleitungen der weiter im Ausstand verharrenden Betriebe, Obleute,

41 DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 624; Hugo Haase an Alfred Gottschalk, 23. April 1917, 24. Mai 1917. In: Ernst Haase: Hugo Haase. Sein Leben. S. 143f.

42 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15838. Bl. 456 mit Rückseite.

43 DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 622f.

44 Ebenda. S. 623f.

die im Kontakt mit der Spartakusführung standen, im Sinne der Spartakusforderungen gewirkt. Mit dem Auftreten der USPD-Abgeordneten als Redner in den weiterstreikenden Betrieben erfuhr die Bewegung einen wirkungsvollen politisch-moralischen Beistand. Die Unterstützung durch die Spartakusgruppe und die USPD trug dazu bei, dass die mit politischen Forderungen weiterstreikenden Berliner Betriebe – mit 25.000 Beteiligten fast so umfangreich wie in Leipzig – mehrere Tage länger durchhielten und dass die Berliner Bewegung den Charakter eines politischen Massenstreiks bekam.

Der Munitionsarbeiterstreik im Januar / Februar 1918

Die von Berlin ausgehende oppositionelle Friedensbewegung in der Arbeiterschaft, hauptsächlich repräsentiert durch linke Betriebsobleute, Spartakusgruppe und USPD, wurde nicht nur durch die Einberufungen unmittelbar in und nach dem Aprilstreik 1917, sondern in der Folgezeit durch weitere Ereignisse geschwächt. Die Spartakusgruppe büßte ihre Handlungsfähigkeit zwischen Mai und Oktober 1917 durch Aushebung ihrer Flugschriftenzentrale, durch Ausscheiden weiterer Führungspersönlichkeiten aus beruflichen Gründen (Käte Duncker und Ernst Meyer), durch scharfe Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Bremer Linksradiكالen, die die Gründung einer linksradikalen Partei verlangten, und durch den Verlust ihres Einflusses auf einen Teil der revolutionären Arbeiterjugend⁴⁵ weitgehend ein.

Bei den Obleuten waren die meisten Anführer, die sich exponiert hatten, wie Richard Müller (Einberufung) oder Bruno Peters (Schutzhaft) durch Maßnahmen der Militärbehörden zumindest noch einige Zeit ausgeschaltet. Dadurch, dass die Polizei für die weitere Kriegsdauer keine Verbandsversammlung des Berliner DMV mehr mit der satzungsmäßig fälligen Neuwahl des Bevollmächtigten für den Bezirk Berlin

45 Ottokar Luban: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zu Führung der Spartakusgruppe. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. XI. Hannover 1971. S. 185–223, hier insbes.: S. 210f.

genehmigte, wurde die wahrscheinliche Ablösung des rechten Amtsinhabers Adolf Cohen durch den Exponenten der linken Betriebsvertrauensleute Richard Müller unmöglich gemacht. Nicht nur, dass den Mitgliedern damit ihre innergewerkschaftlichen Rechte genommen wurden, sondern Cohen konnte seinen bremsenden Einfluss bei allen sich regenden Aktionsversuchen weiter ausüben. Außerdem wurde die zwischenbetriebliche Kommunikation wegen des Ausfalls dieser Versammlungen beeinträchtigt. Die oppositionellen Obleute veranstalteten deshalb verstärkt Betriebsfeste und Ausflüge, um den Zusammenhalt aufrechtzuerhalten.

Auf Reichsebene wirkten auf der 13. Generalversammlung des DMV vom 27. bis 30. Juni 1917 in Köln auch oppositionelle Obleute als Berliner Delegierte mit Richard Müller als Hauptsprecher bei dem Versuch der DMV-Linken um Robert Dißmann (Frankfurt/Main) mit, sich gegen die rechte Gewerkschaftsführung mit Sachanträgen durchzusetzen und im Falle eines Erfolges auch den rechten Vorsitzenden Alexander Schlicke abzulösen, der sich massiv gegen alle Streiks im Kriege ausgesprochen hatte. Doch die Opposition blieb bei den Anträgen mit 53 : 64 bzw. mit 44 : 73 in der Minderheit, stellte wegen der Aussichtslosigkeit keinen eigenen Kandidaten zur Vorsitzendenwahl, sondern 34 Delegierte enthielten sich dabei der Stimme.⁴⁶ Richard Müller verzeichnete als positives Ergebnis der Generalversammlung das Knüpfen neuer überregionaler Kontakte.

Doch die Initiative zu einem erneuten Massenstreik zum 15. August 1917 ging dann nicht von Berlin, sondern von linken USPD-Funktionären in Leipzig und Halle aus, die auch Vertreter der Bremer Linksradikalen hinzugezogen hatten, und erzielte mit 16.000 Streikenden in Halle und 11.000 in Braunschweig einen Achtungserfolg. Dagegen gab es in

46 Die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Köln a. Rh., abgehalten vom 27. bis 30. Juni 1917 im Fränkischen Hof. Stuttgart o. J. S. 77–80 (Redebeitrag R. Müller), S. 138 (Abstimmungen), S. 180 (Vorstandswahl). Die Delegierten Paul Eckert, Karl Koch, Otto Kraatz, Paul Tirpitz, Otto Tost und Max Urich sind auf Grund ihrer späteren Tätigkeit in Streik- und Revolutionsgremien mit Sicherheit zu den Berliner Obleuten zu rechnen (Präsenzliste, S. 3–7).

Leipzig und Bremen, deren Funktionäre führend an der Initiative beteiligt waren, nur eine geringe Beteiligung mit 1.600 bzw. 300 Personen.⁴⁷ Obwohl der wieder in einem Berliner Betrieb arbeitende Richard Müller 6.000 Exemplare des Streikaufrufs an seine Deckadresse zugesandt bekommen haben soll, hatten sich die Organisatoren aus Leipzig und Halle von Berlin, d. h. von den Obleuten, der USPD und der Spartakusgruppe, »von vornherein nichts versprochen«.⁴⁸ Tatsächlich gab es in Berlin im August 1917 keinerlei Streikregung. Ob dies der allgemeinen Stimmung – vor allem einer besseren Ernährungslage als im April – geschuldet war, oder ob die oppositionellen Obleute noch immer durch die auf den Aprilstreik folgenden Repressionen sowie durch die innergewerkschaftlichen Kämpfe geschwächt waren oder ob Richard Müller gekränkt war, weil er nicht frühzeitig von den Hauptorganisatoren zur zentralen Leitung hinzugezogen worden war, geht aus den vorhandenen Quellen nicht hervor.

Die Aktionsbereitschaft der zentralen USPD war nach dem Aprilstreik 1917 monatelang stark eingeschränkt. Untersuchungsverfahren beim Reichsgericht gegen die Abgeordneten, die im Aprilstreik 1917 auf Betriebsversammlungen in Berlin die Streikenden unterstützt hatten, übten einen einschüchternden Druck aus. Der organisatorische Neuaufbau nach der Gründung der USPD im April 1917 war zeitaufwendig und band die Kräfte, besonders da einige Bezirke und regionale Wahlvereine, die zu der Richtung der Bremer Linksradiكالen tendierten wie Stuttgart, sich monatelang nicht zum Anschluss an die USPD entschließen konnten. Besonders bedrohlich erschien der USPD-Führung ein Untersuchungsverfahren beim Reichsgericht gegen einige ihrer Funktionäre wie Luise Zietz wegen ihrer Verbindungen zu den Matrosen, die wegen der Marineunruhen im August 1917 inhaftiert bzw. verurteilt worden waren.

47 Autorenkollektiv / Willibald Gutsche: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd. 2. S. 695; Friedhelm Boll: Massenbewegungen. S. 246; Kurt Schneider: Differenzierungsprozeß. S. L; Volker Ullrich: Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Geschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg. 1914–1918. Bremen 1999. S. 120.

48 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. S. 218.

Am deutlichsten wird die Schwäche der deutschen, aber auch der internationalen Linken am Umgang mit dem Stockholmer Manifest. Bei einem Treffen im Rahmen der Zimmerwalder Bewegung, der Vereinigung sozialistischer Kriegsgegner aus verschiedenen Ländern, vom 5. bis 9. September 1917 in Stockholm, wurde ein Manifest mit der ausdrücklichen Aufforderung zum internationalen Massenstreik zur Erringung eines Friedensschlusses mit Unterstützung von Käthe Duncker (Spartakusgruppe) und Georg Ledebour (USPD) verabschiedet. Dagegen lehnte der USPD-Vorsitzende Hugo Haase wegen der strafrechtlichen Folgen für die Streikenden und wegen der nach seiner Meinung fehlenden Aktionsbereitschaft in der deutschen Arbeiterschaft die Resolution ab, erklärte aber für den Fall der Annahme seine loyale Unterstützung des Anliegens.⁴⁹ Da alle Beteiligten insgesamt die Stimmung des internationalen Proletariats für eine Aktion noch nicht für reif hielten, wurde die Publikation des Manifestes monatelang verschoben. Von der Spartakusgruppe wurde es Ende November, Anfang Dezember verbreitet.⁵⁰

Nach der russischen Oktoberrevolution mit der Machtübernahme durch die Bolschewiki am 7. November (neuer Kalender) in St. Petersburg und dem Dekret der neuen russischen Regierung mit einem Angebot über Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vom 8. November 1917 rief die USPD zu Sympathiedemonstrationen auf, hatte damit jedoch nur einen sehr begrenzten Erfolg. Denn erst einmal schien für die Bevölkerung eine baldiger Friede in Aussicht zu stehen. Umso enttäuschender für die deutsche Öffentlichkeit war es, als sich ab Ende Dezem-

49 Horst Lademacher: Die Zimmerwalder Bewegung. I. S. 456ff.

50 Interner Spartakusstreikbericht (höchstwahrscheinlich vom Spartakusführer Leo Jogiches für Rosa Luxemburg geschrieben, da ihr ansonsten unbekannter Deckname Maciej R. darin vorkommt), in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914–1945. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 2: November 1917 – Dezember 1918. Berlin 1957. S. 131. Zur Bedeutung des Stockholmer Manifestes für die Massenstreikbewegung in Deutschland, siehe: Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1975. S. 37f.

ber 1917 der Friedensschluss wegen der harten Haltung der kaiserlichen Regierung auf ungewisse Zeit verzögerte.

Richard Müller und ein weiterer Obmann Paul Blumenthal traten im November oder Dezember 1917 an den linken USPD-Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour sowie, getrennt davon, auch an den Spartakusführer Leo Jogiches heran, um zu beraten, wie man die zögerliche USPD-Reichstagsfraktion zu einem Streikaufruf bewegen könnte.⁵¹ Nach mehreren Sitzungen beschloss der USPD-Parteivorstand zusammen mit dem Beirat und der Reichstagsfraktion in Anwesenheit der Betriebsobleute, einen Aufruf mit den Namen aller USPD-Reichstagsabgeordneten als Unterzeichner im ganzen Reich zu verbreiten, in dem die Arbeiterschaft zum Handeln aufgefordert wurde, ohne dass das Wort Streik erwähnt wurde.⁵² Typisch für die Obleute war, dass sie hartnäckig und selbstbewusst bei den zunächst abblockenden USPD-Führern auf die Herausgabe eines Flugblattes der Partei zum Streik bestanden und sich dazu mit anderen Vertretern des linken Flügels (Ledebour, Jogiches) verbündeten. Als verstärkender Impuls mag die kurz vor Beginn der Arbeitsniederlegungen in Deutschland bekannt gewordene Nachricht über einen Massenstreik in Österreich gewirkt haben.

Der am 28. Januar 1918 in Berlin beginnende Massenstreik war wieder von den linken Betriebsobleuten organisiert, erfasste in der Reichshauptstadt ca. 400.000 Personen, rückte die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen in den Vordergrund und dauerte eine Woche. Die streikenden Betriebe entsandten pro 1.000 Beschäftigte einen Delegier-

51 Mündliche Befragung Paul Blumenthals durch den Verf. am 14. September 1969. Nach Barth haben Richard Müller, Blumenthal und Paul Eckert seit November 1917 mit dem USPD-Vorstand wegen eine Massenaktion verhandelt. Nur die Reichstagsabgeordneten Ledebour und Herzfeld hätten positiv reagiert. (Emil Barth: *Aus der Werkstatt der Revolution*. Berlin 1919. S. 22.)

52 Zum gesamten Streikverlauf: Richard Müller: *Vom Kaiserreich*. S. 100–111; Interner Spartakusstreikbericht. In: *DuM*. II. Bd. 2. November 1917 – Dezember 1918. S. 131–136; Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold: *Deutschland im Ersten Weltkrieg*. Bd. 3. November 1917 bis November 1918. 2. durchges. Aufl. Berlin 1970. S. 148–173; Susanne Miller: *Burgfrieden*. S. 371–381.

ten, so dass im Gewerkschaftshaus am 28. Januar ca. 500 Delegierte zusammenkamen, die Richard Müller zum Versammlungsleiter wählten. Er erklärte, dass dies ein rein politischer Streik sei und deshalb die Berliner Gewerkschaftsleitung nicht die Führung des Streiks übernehmen würde. Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte sich für neutral erklärt. Auf Antrag des USPD-Reichstagsabgeordneten Ledebour wurde die Bezeichnung »Arbeiterrat Groß-Berlin« für die Delegiertenversammlung übernommen. In den Aktionsausschuss, so die Bezeichnung für die Streikleitung, wurden eine Arbeiterin und 10 Arbeiter – meist dem Kreis der Obleute angehörend –, und je drei Vertreter der USPD- und MSPD-Führung entsandt. Die Forderungen umfassten zuallererst einen Frieden ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen, wobei Arbeitervertreter aller Länder zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollten, dann die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung des Vereinsrechts sowie der Meinungsfreiheit in Presse und auf Versammlungen, Unterlassung von Eingriffen der Militärbehörde in gewerkschaftliche Angelegenheiten (Versammlungsverbote), Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, Freilassung der politischen Gefangenen und »Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland«, zunächst in Preußen durch Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und »Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen«. ⁵³ Diese Forderungen, die vom Aktionsausschuss dem Reichskanzler vorgetragen werden sollten, zielten vor allem mit dem Punkt »Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland« auf eine Veränderung der halbabsolutistischen Staatsform und wiesen damit einen quasi revolutionären Charakter auf.

Die Militärbehörde ging sofort massiv gegen die Streikenden vor. Alle Versammlungen wurden verboten, so dass die Kommunikation zwischen Aktionsausschuss und Arbeiterrat stark beeinträchtigt wurde.

53 DuM. II. Bd. 2. November 1917 – Dezember 1918. S. 75. Die Forderungen wurden auch im SPD-Zentralorgan »Vorwärts« vom 29. Januar 1918 veröffentlicht, was zu einem mehrtägigen Verbot der Zeitung durch die Militärbehörde führte.

Viele Betriebe wurden unter militärische Leitung gestellt. Die Massenaktion nahm in Berlin zeitweise bürgerkriegsähnliche Formen bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei an. In Berlin-Charlottenburg und im Zentrum am Alexanderplatz wurden Barrikaden aus Straßenbahnwagen errichtet. Demonstranten wollten den wichtigen Straßenbahnverkehr lahm legen. Bei den Auseinandersetzungen wurde ein Polizist durch einen Schuss aus der Menge getötet. Diese Vorgänge wurden jedoch in der Presse heruntergespielt oder nicht erwähnt. Schließlich gab es eine Pressezensur durch die Militärbehörde. In anderen Städten und Regionen wie in München, Kiel, Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg, Fürth u. a. kam es ebenfalls zu größeren, meist nur dreitägigen, Arbeitsniederlegungen mit Forderungen nach Frieden und Demokratie, so dass der Streik insgesamt knapp 1 Million Personen erfasste. Die Massenaktion, ursprünglich als dreitägiger Demonstrationsstreik gedacht, dehnte sich in Berlin auf fast eine Woche aus. Die gewünschten Verhandlungen des Streikkomitees mit Regierungsvertretern kamen nicht zustande, da die Regierung sich weigerte, Arbeiterräte zu empfangen, sofern sie nicht Abgeordnete waren oder als Repräsentanten einer Gewerkschaft gelten konnten. Die staatlichen Repressionen gegen die Streikenden übertrafen noch die nach den früheren Arbeitsniederlegungen. Viele wurden von Kriegsgerichten im Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt. »Fast alle revolutionären Obleute wurden zum Kriegsdienst eingezogen, dazu noch Tausende am Streik Beteiligte.«⁵⁴ Alle erhielten in ihren Militärakten eine Vermerk über die

54 Richard Müller: Vom Kaiserreich. S. 111. Nach einem Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 15.2.1918 wurden in Berlin und den Vororten 3500 streikende Arbeiter strafweise eingezogen, davon 35 wieder als Soldaten zur Arbeit in ihre alte Fabrik geschickt, also letztere nicht an die Front, sondern nur mit Soldatenstatus und Sold statt Lohn. (BA Berlin. R 1501. Nr. 12255. Bl. 243.) Dort auch die Aussage: »Die vom Streik betroffenen Firmen waren aufgefordert worden, die Namen der Streikhetzer anzugeben.« Die Angabe von Emil Barth über 40.–50.000 zum Militär einberufene Streikteilnehmer (Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 23) ist wohl der Renommiersucht des Autors zuzuschreiben.

Streikbeteiligung.⁵⁵ Auch Richard Müller musste erneut strafweise zur Armee und kam erst im September 1918 als Reichstagskandidat der USPD für eine zum 15. Oktober angesetzte Nachwahl nach Berlin zurück. Ob die große Zahl von Einberufungen politisch aktiver Arbeiter maßgeblich zur revolutionären Zersetzung der Truppen beigetragen hat, wie sowohl von den Hauptbeteiligten wie auch von Historikern angenommen worden ist, bleibt Spekulation.

Die Massenaktion wurde von einer massiven Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – acht Flugblätter mit einer Auflage »von 25.000 – 100.000« mitvorbereitet und begleitet, wobei die notwendige Finanzierung zu einem beträchtlichen Teil von linksbürgerlichen Pazifisten (Bund »Neues Vaterland«) getragen wurde. Dagegen konnte die USPD außer dem in der Provinz hergestellten Aufruf der Reichstagsfraktion und den zwei gedruckten Mitteilungen des Aktionsausschusses nur ein eigenes Flugblatt herausgeben, dessen Druck von der Spartakusorganisation besorgt worden war.⁵⁶

Die Spartakusgruppe versuchte unter den Streikenden auch personell Einfluss auszuüben, wie Jogiches an Rosa Luxemburg berichtete: »Wir haben sofort mit einer anfangs kleineren Gruppe von Delegierten mit der Organisierung eines linken Flügels innerhalb des Arbeiter-[Rates] und später mit der Organisierung von Bezirken [...] begonnen. Unter den Delegierten des Rates soll eine ganze Menge unserer Leute gewesen sein, nur waren sie zersplittert, hatten keinen Aktionsplan und verschwanden in der Menge. Auch sind die meisten selbst unklar [!].« Da der Arbeiterrat nur einmal – am ersten Streiktag – zusammentrat konnten diese Versuche nicht fortgeführt werden.⁵⁷ Zwar erscheint der Bericht in Hinblick auf die organisatorische Zusammenfassung der eige-

55 Richard Müller: Vom Kaiserreich. S. 86f.; Susanne Miller: Burgfrieden. S. 377.

56 Interner Spartakusstreikbericht. In: DuM. II. Bd. 2. November 1917 – Dezember 1918. S. 136; siehe Beitrag 12 dieses Bandes der »Grünen Reihe«: Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe.

57 Interner Spartakusstreikbericht. In: DuM. II. Bd. 2. November 1917 – Dezember 1918. S. 135.

nen Anhänger während der Streikwoche geschönt, da von den Beteiligten später darüber nie etwas berichtet worden ist. Aber von einigen Spartakusanhängern wie Karl Gröhl (später: Karl Retzlaw), Bruno Peters, Hans Rakow, Jacob Walcher, Alfred Wagner ist bekannt, dass sie in ihren Betrieben zu den Anführern der Streikbewegung gehörten und Peters sowie Rakow auch dem Arbeiterrat angehörten, möglicherweise auch noch weitere von diesen Genannten.⁵⁸

Eine Zusammenarbeit des Spartakusführers Leo Jogiches mit den leitenden Obleuten Paul Blumenthal und Richard Müller bestand auf jeden Fall in den Monaten vor dem Streik bei dem Versuch, die USPD-Führung und Reichstagsfraktion zur Abgabe eines Streikaufrufes zu drängen. Denn die Spartakusgruppe konnte über ihre Mitglieder im erweiterten USPD-Vorstand Fritz Schnellbacher (Hanau), Fritz Rück (Stuttgart) und Fritz Heckert (Chemnitz) gemeinsam mit den Obleuten, die ebenfalls an den Vorstandssitzungen teilnahmen, erheblichen Druck ausüben. Die führenden Streikprotagonisten waren sich bewusst, dass ein Aufruf der USPD-Reichstagsfraktion - besonders überregional - eine besondere Wirkung haben würde, die durch bloße Mundpropaganda und eigene Flugblätter nicht erreicht werden konnte. Die Polemik des ab Februar 1918 wirkenden Nachfolgers des eingezogenen Richard Müller, des Klempners Emil Barth, gegen das Spartakusflugblatt »Am Montag, 28. Februar, beginnt der Massenstreik!« wegen der öffentlichen Ankündigung des Streikdatums liegt wohl in seinen Ressentiments gegen die Spartakusführung begründet.⁵⁹ Denn auf Grund der Diskussionen in den führenden Gremien der USPD und wegen der überregionalen Versendung des Aufrufes der USPD-Reichstagsfraktion waren die Streikpläne, wenn auch noch nicht das exakte Datum, allgemein bekannt. Auf

58 Zu Gröhl (Retzlaw): Karl Retzlaw: *Spartacus. Aufstieg und Niedergang eines Parteiarbeiters*. 4. neugefasste Aufl. Frankfurt [a. M.] 1976. S. 76–79; zu Peters: BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 17. Bl. 2, 9, 10, 11; zu Rakow: BA Berlin. R 3003. J 211/18. Nr. 1. Bl. 8, C 87/18, Nr. 1, Bl. 1 Rückseite; zu Wagner: Nachruf »Alfred Wagner †«. In: *Die Rote Fahne*. Berlin. Nr. 8. 21. 11.1918, S.4; zu Jacob Walcher: SAPMO-Barch. NY 4087. Nr. 12. unpubl. [Interview am 15.4.1958, S. 4].

59 Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 21.

jeden Fall bestand zwischen Spartakusführung und Obleuten vor dem Streik eine Zusammenarbeit, die wahrscheinlich während der Streikwoche fortgesetzt wurde, soweit die Hauptpersonen dazu überhaupt Zeit hatten. Genauso gab es eine Kooperation zwischen der Spartakusführung und der USPD, für die von der Spartakusorganisation der Druck einer Flugschrift übernommen wurde. Einerseits hob Jogiches positiv hervor, dass entgegen den Bestrebungen der Mehrheitssozialdemokraten, die die Ernährungsfrage in den Vordergrund stellen wollten, die USPD mit Hilfe der Arbeiterdelegierten im Aktionsausschuss »die politischen Forderungen in den Vordergrund« gerückt hatte. Andererseits kritisierte der Spartakusführer die mangelhafte Organisation der Massenaktion in Berlin durch die USPD und ihren wankelmütigen Kurs zwischen Demonstrationsstreik und revolutionärem Vorgehen. Eine eigene fest gefügte Spartakusorganisation war allerdings nicht vorhanden, um selbst diese Aufgaben zu übernehmen. Ihre Stärke war die illegale Flugschriftenagitation, die bei dieser Massenaktion voll zur Geltung kam. Wichtig für die erhebliche Ausdehnung des Januarstreiks, vor allem auch auf überregionaler Ebene, war die frühzeitige Einbindung der USPD. Wahrscheinlich liefen die meisten Kontakte bei der Ankündigung der Aktion und bei der Verbreitung des Aufrufes zur Streikauslösung über USPD-Kanäle und nicht über die der Obleute, so beispielsweise mit München, Schweinfurt und Aschaffenburg.⁶⁰

Die Beteiligung der Mehrheitssozialdemokratie war in erster Linie auf Druck der MSPD-Betriebsvertrauensleute (nicht zu verwechseln mit den linken oppositionellen Obleuten) erfolgt. Damit hätte eine breite Front für einen Verständigungsfrieden und die Demokratisierung des wilhelminischen Staates entstehen können, die zusammen mit den pazifistischen Geldgebern für die Flugschriften bis ins linksbürgerliche Lager gereicht hätte. Doch schnell zeigte sich die Halbherzigkeit der MSPD. In einer Stellungnahme führte der Parteivorsitzende Friedrich

⁶⁰ Kontakte während des Streiks zwischen Kurt Eisner in München und dem USPD-Mitglied und Spartakuspendensammler Julius Gerson in Berlin (siehe Beitrag 12. S. 293 mit Anm. 22), zu Schweinfurt und Aschaffenburg: LAB. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15841. Bl. 543f.

Ebert am 15. Februar 1918 aus: Die Teilnahme an den Streikgremien sei erfolgt, weil die Mehrheitssozialdemokraten von ihren Anhängern im Arbeiterrat dazu gedrängt worden seien. »Uns kam es darauf an, den Streik baldigst zu einem geregelten Abschluß zu bringen, zumal er seinen Demonstrationszweck bereits erfüllt hatte.« Die MSPD-Vertreter in der Streikleitung wollten nach Ebert auf eine Änderung der bereits vor ihrem Hinzukommen beschlossenen Forderungen (offensichtlich sind die politischen gemeint) und die Zusammensetzung des Aktionskomitees drängen, wären aber wegen des Verbots einer weiteren Tätigkeit durch die Behörden nicht mehr dazu gekommen.⁶¹ Inhaltlich bekannte sich Ebert zur Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und zu einem Verständigungsfrieden mit Russland, doch lehnte er zusammen mit seiner Fraktion den Diktatfrieden von Brest-Litowsk im Reichstag nicht ab, sondern die MSPD enthielt sich der Stimme. Sehr deutlich – wenn auch leicht verlegen – distanzierte sich der MSPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann vom Munitionsarbeiterstreik auf einem Treffen mit den bürgerlichen Parlamentskollegen im informellen Interfraktionellen Ausschuss am 5. Februar: »Der Str[eik] sei ihm selbst auch leid.«⁶² Zwei zum rechten Flügel gehörende einflussreiche sozialdemokratische Journalisten Ernst Heilmann und Curt Baake hatten während des Streiks sogar die Regierungsvertreter darin bestärkt, gegenüber den Streikenden eine harte, unnachgiebige Haltung zu zeigen.⁶³ Im Endergebnis entschied sich die Mehrheitssozialdemokratie für die Beibehaltung des bereits seit Monaten im informellen Interfraktionellen Ausschuss des Reichstages praktizierten Bündnisses mit den bürgerlichen Kräften.

Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase dagegen, auf der Stockholmer Konferenz der Zimmerwalder Bewegung im September 1917 noch ablehnend gegenüber Massenaktionen, zollte der deutschen Arbeiterschaft

61 DuM. II. Bd. 2. November 1917 – Dezember 1918. S. 116, 117 (Zitat).

62 Der Interfraktionelle Ausschuß. 1917/18. 2. Teil. Bearb. von Erich Matthias. Düsseldorf 1959. S. 197.

63 BA Berlin. R 1501. Nr. 13582. Bl. 152f. (Vermerk Deutelmoser vom 30. Januar 1918).

sowohl öffentlich im Reichstag⁶⁴ wie in einem Privatbrief vom 15. Februar 1918 seine Anerkennung: »Der politische Streik [vom Januar/Februar 1918] ist das größte Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, und er wird dadurch nicht verkleinert, dass er ohne greifbaren Erfolg abgeschlossen ist. Ein so starker Opfersinn und Idealismus ist sehr lange nicht zu beobachten gewesen. Nie ging in Deutschland eine Massenbewegung unter so schwierigen Umständen vor sich wie diese.«⁶⁵

Wenn auch die Streikergebnisse die Arbeiterschaft enttäuscht hatten, schwirrten Gerüchte über einen weiteren für Mitte März 1918 erwarteten Massenausstand durch die Betriebe. Der Spartakusführer Jogiches sammelte weiterhin Geld für die Flugschriftenagitation bei den linksbürgerlichen Pazifisten und versuchte eine programmatische Einigung und eine Absprache für ein gemeinsames Vorgehen bei zukünftigen Aktionen mit der Gruppe der Hamburger Linksradikalen zustande zu bekommen. Mit den Obleuten verhandelte er nach dem Januarstreik ebenfalls intensiv. Gleichzeitig versuchte Emil Barth in Hamburg auf Grund persönlicher Kontakte eine Zusammenarbeit der Linksradikalen und der USPD zustande zu bekommen.⁶⁶ Eine für künftige Massenaktionen wichtige enge Zusammenarbeit all dieser Gruppierungen schien realisierbar zu sein.

Als programmatische Grundlage für das gemeinsame Vorgehen sollte ein von der Spartakusführung vorgelegtes Aktionsprogramm dienen, das interessanterweise ziemlich genau der Struktur der Vorbereitung und des Ablaufs der von den Obleuten getragenen revolutionären Massenaktion im November 1918 in Berlin entspricht. Ein System von Arbeiter- und Soldatenräten von der Bezirks- über eine mittlere bis zur obersten Ebene, dem ausführenden Rat, sollte eingerichtet werden. Als

64 Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Frankfurt a. M. / Köln 1975. S. 108.

65 Hugo Haase an Elsa Haase, 15. Februar 1918. In: Ernst Haase: Hugo Haase. Sein Leben. S. 157f.

66 Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 30; BA Berlin. R 3003. C 30/118. Nr. 2. Bl. 43–45, Bl. 87 mit Rückseite, Bl. 112 mit Rückseite, Bl. 114f.; Ebenda: Nr.4. Bl. 7–8; Volker Ullrich: Vom Augusterlebnis. S. 106f.

Aufgaben werden angeführt: Die mündliche und schriftliche Agitation, die Ausschaltung der Reptilienpresse, die Bewaffnung der Arbeiter, um der Polizeigewalt entgegentreten zu können, die Ausrufung der Revolution und Proklamation einer Volksrepublik, Auflösung aller bestehenden Parlamente, dafür Errichtung einer nach freiem Wahlrecht gebildeten Konstituante (!), Ersetzung der bestehenden Regierung durch Volkskommissare.⁶⁷

Erstaunlicherweise ist das Programm selbst bei der Spartakusgruppe und den Hamburger Linksradikalen im späteren Verlauf des Jahres 1918 nicht mehr vorgelegt worden, auch nicht auf der gemeinsamen Oktoberkonferenz 1918, auf der eine wesentlich schwächere Resolution verabschiedet wurde. Offensichtlich war das Revolutionsprogramm vom März 1918 bei den Verhaftungen des Spartakusführers Leo Jogiches und seines Helferkreises am 24. März 1918 sowie der führenden Hamburger Linksradikalen im Februar und März 1918⁶⁸ bei den politisch Aktiven verloren gegangen und nur in den Akten der Strafverfolgungsbehörden erhalten geblieben.

Die Verhaftungsaktionen gegen den Helferkreis von Jogiches und die damit verbundenen intensiven Ermittlungen gegen alle Personen aus dem Umkreis der Inhaftierten schwächte die gesamte revolutionäre Friedensbewegung außerordentlich. Auch gegen die linksbürgerlichen Pazifisten wurde vorgegangen, so dass auch deren unterstützende Aktivitäten in der Folgezeit erheblich nachließen. Die Obleute mussten ebenfalls mit Verfolgungen rechnen, da Richard Müllers Nachfolger Emil Barth und die leitenden Obleute mehrfach mit dem Spartakusführer konferiert hatten. Da höchstwahrscheinlich aber nur Jogiches und der engere Kreis der Obleute beteiligt waren, konnten die Strafverfolgungsbehörden hierüber keine Kenntnis erlangen. Dagegen wurden Barths Besuche in Hamburg von der Politischen Polizei durch einen Spitzel in den Reihen der Hamburger Linksradikalen genau weiter gemeldet. Barth muss jedoch mit seinen Äußerungen auf den Sitzungen in Hamburg vorsichtig

67 DuM. II. Bd. 2. November 1917 – Dezember 1918. S. 137f. (Aktionsprogramm).

68 Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 30; Volker Ullrich: Vom Augusterlebnis. S. 106f.

gewesen sein und hat seine Verhandlungen höchstwahrscheinlich nur in Einzelgesprächen geführt, so dass er nicht weiter von der Polizei belähigt wurde.⁶⁹

*Der schwierige Weg zum revolutionären Massenstreik:
die Novemberrevolution 1918 in Berlin*

Aus den archivalischen Quellen geht nicht genau hervor, wie lange nach den Verfolgungsmaßnahmen von Ende März bis April die Agonie bei den revolutionären Kräften andauerte. Spätestens im Frühsommer haben die revolutionären Obleute begonnen, die nächste Massenaktion zu planen, diesmal nicht nur als politischer Massenstreik, sondern als eine von den Arbeitermassen getragene bewaffnete revolutionäre Erhebung zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Die Bewaffnung sollte in erster Linie für die Auseinandersetzungen mit der als absolut kaisertreu eingeschätzten Polizei dienen, möglichst schon mit abschreckender Wirkung, und den streikenden und demonstrierenden Arbeitern das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber der Polizei nehmen, die sie oft genug bei früheren Aktionen erfahren hatten. Bei den in Berlin stationierten Truppen hoffte man auf ein Überlaufen zu den Demonstranten. Diese Bewaffnung wurde als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen des Massenaufstandes angesehen. Unter der Führung von Barth und den bald hinzukommenden USPD-Politikern Ernst Däumig, dem amtierenden Parteisekretär, und dem schon bei früheren Aktionen sich in vorderster Front engagierenden Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour wurde – immer im Kontakt zu den Betrieben – versucht, wieder eine feste Organisation in den Berliner Fabriken aufzubauen und auch gute Kontakte zu den Städten und Regionen im Reich zu knüpfen. Der Aufstandsplan sah Demonstrationszüge von den Betrieben in den Vororten in Richtung Innenstadt vor, die alle von bewaffneten Arbeitern angeführt werden sollten, mit anschließender Besetzung aller wichtigen Regierungsgebäu-

69 Richard Müller: Vom Kaiserreich. S. 138; Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 30.

de.⁷⁰ Nach Aussage eines Waffenbeschaffers, des zum Kreis um Ledebour und dessen politischen Freund Wilhelm Brauser gehörenden jungen Kaufmannes Bruno Peggau, wurden viele Waffen und die Munition nicht nur in Berlin, sondern auch in Thüringen legal erworben. Das Geld wurde von privaten Sponsoren vorgestreckt. Deshalb blieb Peggau auch bei Ausbruch der Novemberrevolution auf einer Rechnung sitzen, weil Barth ihn nicht mehr bezahlte.⁷¹

Es sieht so aus, als ob die revolutionären Obleute wegen der Finanzierung der Waffenkäufe sich zunächst nach Holland wandten. Denn seit Anfang Juli 1918 versuchten die Abgesandten der Obleute Wilhelm Brauser und eine Frau Steinbring in Amsterdam bei einem Elsässer André Jung, der schon die Finanzierung der vom deutschen Sozialisten Carl Minster in Amsterdam herausgegebenen Wochenzeitung »Der Kampf« vermittelt hatte, große Summen für die Bewaffnung der Obleute zu erlangen. Hinter Jung, der wohl auch mit den holländischen Sozialisten um David Wijnkoop in Verbindung stand, steckte der französische Militärattaché in Den Haag General Boucabaille, der seiner Regierung eindringlich dazu riet, das Geld für die Bewaffnung der deutschen Revolutionäre zu bewilligen. Doch nach langwierigen intensiven Beratungen innerhalb der französischen Regierung – die Emissäre der Obleute wurden immer wieder vertröstet – wurde die Waffenfinanzierung Anfang November endgültig abgelehnt. Bereits Ende August hatte die Berliner Abgesandte Frau Steinbring lediglich 5.000 Mark nach Berlin mitnehmen können.⁷² Diese gesamte Episode hat in der deutschen Geschichtsschreibung bisher kaum Beachtung gefunden.⁷³

70 Ebenda. S. 32f.

71 Mündliche Befragung Bruno Peggaus am 17. Februar 1968 durch den Verfasser. Auch vor Gericht konnte sich Peggau aus formalen Gründen nicht durchsetzen (Urteil des Landgerichts [Berlin] I vom 3. Juni 1921. Az. 160426/19. Kopie des Gerichtsurteil im Besitz des Verfassers).

72 Jean-Claude Montant: *La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. L'exemple de quelques neutres européennes*, thèse pour le doctorat de l'État. Université de Paris I. Panthéon-Sorbonne 1988. S. 1479–1495.

73 Henning Köhler: Ein französischer Agentenbericht aus dem revolutionären Berlin vom Dezember 1918. In: *IWK*. Berlin. 16/August 1972. S. 50 (Die

Ein erster intensiverer Kontakt der Obleute zu Vertretern der Bolschewiki ist höchstwahrscheinlich nicht früher als Mitte September 1918 zustande gekommen. Der bolschewistische Repräsentant Pjetr Stučka besuchte als Referent eine parteiinterne USPD-Konferenz am 11. und 12. September 1918 und danach auch eine Sitzung der revolutionären Obleute unter dem Vorsitz von Emil Barth. Dort hätte er sich »bedeutend mehr zu Hause gefühlt als auf der Parteikonferenz«. ⁷⁴ Aus einem Funkspruch Joffes vom 15. Dezember 1918 ist zu entnehmen, dass Barth »bei einem namhaften Mitgliede der Kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin« eine »Summe von zwei Millionen« erbeten, aber von Joffe nicht in dieser Höhe bekommen hatte. ⁷⁵ Damit spielte Joffe in seiner öffentlichen Erklärung offensichtlich auf das Gespräch Barths mit Stučka an. Nach der Ausweisung der russischen Vertretung aus Berlin Anfang November sollen im Eisenbahnzug, den die ausgewiesenen russischen Botschaftsangehörigen benutzt hatten, 21 Waffenrechnungen aus der Zeit vom 21. September bis 31. Oktober über eine Gesamtsumme von 105.000 Mark aufgefunden worden sein. ⁷⁶ Offensichtlich war die Waffenfinanzierung über die russische Botschaft durch das Treffen zwischen Stučka und Barth zustande gekommen.

Der Mitte Oktober in Berlin weilende Wirtschaftsexperte Miljutin berichtete in einem Brief an Lenin über »einen illegalen ›Arbeiterrat‹, in dem 400.000 Arbeiter zusammen geschlossen sein sollen. Das ist eine bedeutende Angelegenheit. Es ist jedoch eigenartig: Die Spartakisten haben zu ihm fast keine Verbindung. Das trifft auch auf unsere Leute

einzig mir bekannte Erwähnung, im Gegensatz zu Montant allerdings ohne Quellenangabe).

74 Die deutschen unabhängigen Revolutionäre. In: Pravda. Nr. 255. 24.11.1918 (mit Zitat).

75 Funkspruch abgedruckt in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Bearbeitet von Dr. Herbert Michaelis und Dr. Ernst Schraepfer unter Mitwirkung von Dr. Günter Scheel. 2. Bd. Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs. o. O. o. J. [Berlin 1958?]. S. 535f.

76 Vermerk (Abschrift), gez. Solf, 1.12.1918 über die Waffenrechnungen. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes. Berlin. R 19594, unpubl.

zu.«⁷⁷ Lenin hatte seit Anfang Oktober auf eine Revolution in Deutschland gesetzt und den Botschafter Joffe erneut dringend zur Unterstützung – auch finanzieller Art – der deutschen Linken aufgefordert.⁷⁸ Doch konkret wird das Thema der Finanzierung von Waffen für die deutschen Revolutionäre von Joffe erstmals am 13. Oktober in einem persönlichen Brief an Lenin angesprochen, als er sich über die deutschen Linken beklagte: »Selbst für ihre Bewaffnung wollen sie nicht mehr nehmen, als sie schon genommen haben.« Joffe befürchtete deshalb, dass die Aufstandsvorbereitungen zu einem Stillstand kommen würden, besonders wenn die USPD konkrete Friedensaussichten erkennen würde.⁷⁹ Und am 19. Oktober schrieb er an Lenin über eine Sitzung der USPD, auf der die Obleute wegen des zu langsamen Fortgangs der Bewaffnung aus technisch-organisatorischen Gründen eine allgemeine Demonstration (also noch nicht im Rahmen des geplanten Aufstandes) ablehnten. Die Arbeiter wollten auf keinen Fall mehr unbewaffnet demonstrieren.⁸⁰ Höchstwahrscheinlich hat der USPD-Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Oscar Cohn, der juristische Beistand der Botschaft, die Transaktionen abgewickelt. Cohn, der wegen seiner unzuverlässigen Betreuung der von ihm verteidigten politischen Gefangenen berüchtigt war, mag diese Geldgeschäfte mit den Obleuten manchmal aus Schlampigkeit verzögert haben, so dass die Finanzierung nicht immer zügig genug abgewickelt werden konnte. Auf jeden Fall gab es aus konspirativen Gründen – außer beim Liebknecht-Empfang im Botschaftsgebäude am 24. Oktober unter Teilnahme Barths – keinen direkten Kontakt zwischen den revolutionären Obleuten und der russischen Botschaft.⁸¹

77 RGASPI. Moskau. F. 5. Op.1. D. 1204. Bl. 1.

78 Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Wende der Bolschewiki. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007. Berlin 2007. S. 180–200, hier insbesondere: S. 195.

79 Zitat in: Ebenda. S. 195. Original in: RGASPI. Moskau. F.5. Op. 1. D. 2134. Bl. 40 Rückseite (nicht 41 wie bei Vatlin irrtümlich angegeben).

80 Ebenda. Bl. 49.

81 Ottokar Luban: Karl Radek im Januaraufstand 1919 in Berlin. Drei Dokumente. In: IWK. Jg. 36 (2000). H. 3. S. 389f.; Feliks Tych / Ottokar Luban: Die

Die späte und wegen Cohn möglicherweise stockende Finanzierung mag – neben der Schwierigkeit des Ankaufs – mit dazu beigetragen haben, dass die Bewaffnung tatsächlich in den ersten Novembertagen noch nicht in dem von der Führung der revolutionären Obleute für erforderlich gehaltenen Maße realisiert worden war. Außerdem hatten – wie der Mitte September vorübergehend aus dem Amsterdamer Exil nach Berlin gekommene Wilhelm Pieck in einem Gespräch mit der Führung der Obleute erfuhr – die Aufstandsplaner die Aktion eigentlich erst für Januar 1919 ins Auge gefasst.⁸² So sinnvoll der Gedanke einer Bewaffnung der Demonstranten auch war, so schränkte das starre Festhalten an der ausreichenden Waffenversorgung – offensichtlich entsprechend dem Aufstandsplan Däumigs – die Handlungsfähigkeit der Obleute bei der Festlegung des Aufstandstermins in den ersten Novembertagen erheblich ein.

Hatten in den Wochen nach dem Januarstreik noch Gespräche zwischen dem Spartakusführer Jogiches und den leitenden Obleuten stattgefunden, die nach Barth keine Einigung gebracht hatten,⁸³ so scheint dieser Kontakt danach weitgehend abgebrochen gewesen sein. Mit der Verhaftung von Jogiches und seiner Helferguppe am 24. März 1918 wurde ein Großteil der illegalen Infrastruktur der Spartakusgruppe von der Politischen Polizei aufgedeckt. Hinzu kam der Abschreckungseffekt durch Vernehmungen vieler verdächtiger Genossinnen und Genossen. Mathilde Jacob, Jogiches' wichtigste Assistentin, die nicht in die Verhaftungswelle hineingeraten war, versuchte mühevoll, wieder Mitarbeiter für die Spartakuszentrale zu gewinnen. Anfang Mai 1918 stellte sich der gelernte Schmied und Arbeitersekretär Karl Schulz, 1921–1924 preußischer Landtagsabgeordneter der KPD, für die Leitung der illegalen Spartakusarbeit zur Verfügung.⁸⁴ Erst jetzt, Anfang Mai 1918, konnte der

Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki. Ein Kassiber Leo Jogiches' aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918. In: Ebenda. Jg. 33 (1997). H. 1. S. 94.

82 Jean-Claude Montant: La propagande. S. 1489.

83 Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 30.

84 Ottokar Luban: Die »innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen«. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-

Wiederaufbau der Spartakusorganisation in Angriff genommen werden. Doch bereits nach wenigen Monaten musste die Spartakusgruppe weitere schwere Rückschläge durch erneute Polizeimaßnahmen erleiden: Im Juni wurde die Spartakusdruckerei ausgehoben, der Drucker verhaftet und 6.000 Exemplare von *Spartacus* Nr. 9 wurden beschlagnahmt.⁸⁵ Am 15. August wurde der seit Anfang Mai mit dem Wiederaufbau der illegalen Spartakusorganisation beauftragte Karl Schulz (Deckname: Holz) zusammen mit zwei Helfern verhaftet, die in vorangegangenen Monaten noch die Spartakusflugblätter »Kameraden erwacht« und »Thesen der sozialistischen Revolution« sowie den Spartakusbrief Nr. 9 und 10 verbreitet hatten.⁸⁶ Das gesamte Adressenmaterial der Spartakusgruppe fiel der Politischen Polizei in die Hände.⁸⁷ Damit war der illegale Apparat der Spartakusgruppe erneut zerschlagen. Das Fehlen einer funktionsfähigen Spartakusorganisation beeinträchtigte ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten in den letzten knapp drei Monaten vor der deutschen Novemberrevolution ganz erheblich. Das hatte auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Spartakusgruppe zu den Obleuten. Wie Pieck Mitte September 1918 bei seinem kurzen illegalen Aufenthalt in Berlin von der Leitung der Obleute erfuhr, hatten diese die Kontakte zur Spartakusgruppe abgebrochen, weil letztere zu sehr den Verfolgungen durch die Polizei ausgesetzt war.⁸⁸ Die Spitzelgefahr war augenscheinlich zu groß. Deshalb schotteten sich die Obleute gegenüber den Spartakisten spätestens seit August, möglicherweise aber schon früher ab.

Zentrale. In: IWK. Berlin. Jg. 29 (1993). H. 4. S. 421–470, hier: S. 448 mit Anm. 162.

85 BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 2. Bl. 56.

86 BA Berlin. R 3003. J 638/18. Nr. 1. Bl. 1, Bl. 6.

87 Bericht der Politischen Polizei Berlin vom 28. September 1918. In: LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15842. Bl. 131.

88 Jean-Claude Montant: La propagande. S. 1489. Möglicherweise sind diese Verbindungen bereits – wie in Hamburg zwischen oppositionellen Metallgewerkschaftlern und den Linksradikalen – im Mai 1918 abgebrochen worden, als die scharfe Beobachtung und die Bespitzelung durch die Politische Polizei nach mehrfachen Verhaftungswellen deutlich geworden war. (BA Berlin. R 3093. C 113/18. Nr. 4. Bl. 146; Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 30.)

Nach der Rückkehr Liebknechts aus dem Zuchthaus am 23. Oktober nahmen wieder Vertreter der Spartakusgruppe an den Sitzungen der revolutionären Obleute teil, dann nicht nur mit den bereits Sommer 1918 beteiligten USPD-Politikern Däumig und Ledebour, sondern auch mit der nunmehr ebenfalls hinzugezogenen USPD-Parteileitung. Erst gut zwei Wochen vor dem 9. November waren die in den vorangegangenen politischen Massenstreiks zusammenarbeitenden Kräfte des linken Lagers wieder bei der Vorbereitung einer revolutionären Massenaktion vereint.

Allerdings war die Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft Ende Oktober, Anfang November, für die revolutionären Politiker schwer einzuschätzen und eher negativ zu bewerten, was in der retrospektivischen Geschichtsschreibung meist vergessen wird. Der sowjetische Botschafter Joffe, der im dauernden Kontakt mit der Führung der Spartakusgruppe und USPD stand, sah bis Ende Oktober keine Revolutionsbereitschaft in Deutschland. So stellte Joffe in seinem Schreiben an Lenin vom 13. Oktober 1918 kein Anwachsen der revolutionären Stimmung fest und hielt Lenins Revolutionshoffnungen entgegen: »Sie überschätzen zweifellos die Nähe der deutschen Revolution.« Die Liberalisierungsmaßnahmen der deutschen Regierung und die Revolutionsdämpfung durch die Mehrheitssozialdemokraten hätten Wirkung erzielt, so dass nicht nur die MSPD, sondern auch das deutsche Proletariat gegen eine Revolution wären. »[...] und deshalb kann man auf die deutsche Revolution in nächster Zeit nicht hoffen.«⁸⁹ Die Unabhängigen waren für Joffe trotz eines revolutionären Aufrufes, den sie auf sein Drängen erlassen hatten, als Revolutionäre unzuverlässig, und er erwartete, dass sie die Revolution verraten würden.⁹⁰ Die Spartakusgruppe war trotz ihrer Schwäche seine einzige Hoffnung, vor allem für die Zeit nach der Freilassung Karl Liebknechts, des einzigen populären Führers. Auf Joffes Anregung hin wollte die Spartakusgruppe bei der Eröffnung der Reichstagssession Demonstrationen veranstalten. Dennoch blieb Joffe skeptisch: »Es ist ein Unglück, dass sie so schwach sind.«⁹¹ Noch am

89 RGASPI. Moskau. F. 5. Op.1. D. 2134. Bl. 40.

90 Ebenda. Bl. 41.

91 Ebenda. Bl. 41 Rückseite.

28. Oktober 1918 wiederholte er seine pessimistische Erwartung: »Je mehr ich die Ereignisse hier betrachte, umso mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die Revolution hier in Deutschland sich verspätet und auf jeden Fall eine Frage von Monaten ist.« Nur falls die nationale Verteidigung und eine Militärdiktatur ausgerufen werde, würde es schnell zur revolutionären Explosion kommen.⁹²

Diese nüchterne Einschätzung des russischen Botschafters war nicht nur die subjektive Sichtweise des Skeptikers Joffe, sondern sie entsprach durchaus der Realität, wie sie die aktiven deutschen Genossen aus nächster Nähe wahrnahmen: Bei der großen – natürlich polizeilich nicht genehmigten – Demonstration der Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter zum Empfang des aus dem Zuchthaus entlassenen Karl Liebknecht am 23. Oktober (also zweieinhalb Wochen vor Ausbruch der Revolution in der Hauptstadt) auf Berlins Prachtboulevard Unter den Linden gelang es der Polizei die Demonstranten auseinander zu treiben, was den mitdemonstrierenden, der Spartakusführung angehörenden Hermann Duncker im Brief an seine Tochter zu der verzweifelten Bemerkung veranlasste: »Aber die Schutzmannskette ist noch psychologisch [im Original: psychisch] völlig ungerissen.«⁹³ Und am 5. November, als trotz der sich von den Küstenorten ausbreitenden revolutionären Massenaktionen in anderen Teilen Deutschlands, trotz der Versammlungsverbote in Berlin und der Ausweisung der Russischen Botschaft keine Reaktion der Berliner Arbeiterschaft erfolgte, machte H. Duncker seiner Enttäuschung Luft: »Und was werden die Berliner tun? – Nichts! – Es kann einen Hund jammern.«⁹⁴ Ein anderer Spartakusführer, Paul Levi, musste deshalb am 5. November 1918 in einem Schreiben an Rosa Luxemburg resignierend feststellen, dass »uns ja augenblicklich jeder Mechanismus fehlt, der selbständig Massen in Bewegung setzen könnte ...« Zur Vergrößerung des Einflusses der Spartakusgruppe auf die Revolutionsvorbereitungen sollten weitere Spartakusmitglieder in das erweiterte Führungsgremium

92 Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation. Moskau. F. 04. M. 70. D. 990. Bl. 94f.

93 SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 155. Bl. 303, o. D.

94 Ebenda. Bl. 306, 5.11.1918.

der »Revolutionären Obleute«, den »Vollzugsrat«, entsandt werden, in dem die Spartakusgruppe erst seit Liebknechts Freilassung am 23. Oktober mitwirkte.⁹⁵ Die extreme personelle Schwäche der Spartakusgruppe in den Sommermonaten und ersten Herbstwochen infolge der staatlichen Verfolgungsmaßnahmen wirkte sich also noch bis in die unmittelbare Revolutionszeit aus.

Die »Revolutionären Obleute«, alle als Betriebsvertrauensleute in der Arbeiterschaft verankert und damit in genauer Kenntnis der Massenstimmung, lehnten noch am 2. November die revolutionäre Erhebung für den 4. November ab, weil sie dafür keine Stimmung in den Berliner Betrieben sahen.⁹⁶ Von der Leitung der »Revolutionären Obleute« wurden nach der Festsetzung des Aufstandsdatums 11. November Boten mit diesem Termin in die Provinz geschickt. Die meisten kamen mit der Nachricht zurück, dass keine Stimmung für eine revolutionäre Erhebung vorhanden sei.⁹⁷ Gleichzeitig mussten die revolutionären Linken in Berlin erleben, dass auch unter der Regierung des Prinzen Max von Baden in Berlin Polizei und Militär ihre Macht zur Unterdrückung von Massenaktionen noch ungebrochen ausüben konnten. Versammlungen der USPD am 7. November wurden verboten, die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen Berlins zu den übrigen Teilen Deutschlands unterbrochen. Revolutionäre Matrosen, die in den meisten Städten als Katalysatoren der revolutionären Bewegung wirkten, konnten nicht nach Berlin durchdringen bzw. sie wurden frühzeitig abgefangen und inhaftiert. Militär besetzte die Betriebe und alle strategisch wichtigen Punkte in der Stadt. Die Verhaftung des zu den Revolutionären gestoßenen Leutnant Walz am 3. November und des Strategen der Revolutionäre Ernst Däumig am 8. November mit der Beschlagnahme des Aufstandplanes hätte ebenfalls abschreckend auf die Revolutionäre wirken kön-

95 Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg, Juni 1917; 5. November 1918. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. XI. Hannover 1971. S. 239.

96 Tagebuchartige Aufzeichnungen Karl Liebknechts. In: Karl Liebkecht: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. IX. Berlin 1968. S. 582.

97 SAPMO-BArch. NY 4017. Nr. 11. Bl. 126.

nen.⁹⁸ Diesmal schienen die Behörden noch früher gegen die aufmüpfige Arbeiterschaft vorzugehen als bei der letzten Massenaktion, dem Januarstreik 1918. Gleichzeitig versuchte die Mehrheitssozialdemokratie mit Hilfe einer intensiven Pressekampagne die revolutionäre Stimmung in der Berliner Fabriken zu dämpfen und die Arbeiterschaft von einer Massenaktion abzuhalten.

Es war wieder die gleiche Situation wie bei den früheren politischen Massenstreiks: scharfe behördliche Repressionen und eine gegen die geplante Massenaktion geführte umfangreiche Agitation der Mehrheitssozialdemokratie und natürlich auch der bürgerlichen Presse. Doch als sich am 8. November die Nachricht einer Festnahme des Revolutionsplaners Ernst Däumig und – fälschlicherweise – anderer Revolutionsführer wie Richard Müller und Karl Liebknecht durch die Reichshauptstadt verbreitete, mussten die Obleute mit einer Verhaftungswelle rechnen, so dass ihr Anführer Emil Barth sowie – getrennt von ihm – Liebknecht und andere, improvisiert und abweichend vom eigentlichen Aktionstermin 11. November, Aufrufe zum Aufstand am 9. November herausgaben. Von zentraler Bedeutung war nun die planmäßige Vorbereitung des Aufstandes durch die »Revolutionären Obleute« insbesondere die Bewaffnung. Diese stärkte zum einen das Selbstbewusstsein der Aufständischen gegenüber der am 8. November und am Morgen des 9. in den Berliner Straßen noch deutlich sichtbaren Machtpräsenz des alten Regimes. Nicht nur die Verbreitung der zum Aufstand auffordernden Flugblätter, sondern auch die Waffenverteilung am Abend des 8. und am Morgen des 9. November gaben das eindeutige Signal zur revolutionären Erhebung. Die vielfach mit den Betriebsvertrauensleuten besprochenen Pläne sorgten nach der Ausgabe der Parole zum Losschlagen für ein relativ planmäßiges Vorgehen der Demonstrationzüge und gaben der Aktion für einige Stunden eine gewisse Ablaufstruktur. Die aus den

98 Ernst-Heinrich Schmidt: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*. Stuttgart 1981. S. 204f. (Schilderung des beschlagnahmten Aufstandsplans von Däumig). Schmidts äußerst materialreiche Monographie ist leider von den Historikern der Arbeiterbewegung wenig beachtet worden.

Fabriken in die Innenstadt ziehenden Demonstrationen zogen konnten die Soldaten in den Kasernen zum Anschluss an die Aufständischen bewegen. Einige öffentliche Gebäude – allerdings wohl nicht planmäßig genug – wie das wichtige Polizeipräsidium wurden von den Revolutionären übernommen, einige Regierungsbauten erst gegen Abend. Doch schon am Nachmittag des 9. November war klar: Die alten Mächte hatten abgedankt. Der erste Schritt des revolutionären Massenstreiks war erfolgreich gewesen.⁹⁹

Susanne Millers Kennzeichnung, der von der Berliner Arbeiterschaft getragenen revolutionären Erhebung als »Protestkundgebung [...], die ohne organisatorische Vorbereitung zustande kam«¹⁰⁰ trifft also sachlich keinesfalls zu. Widersprüchlich ist Heinrich August Winklers Darstellung der Ereignisse. Er berichtet einerseits, dass der mehrheitssozialdemokratische *Vorwärts* am Morgen des 9. November die Berliner Arbeiterschaft noch aufgerufen hätte, Geduld zu bewahren. Andererseits suggeriert Winkler, dass die Mehrheitssozialdemokratie den Ausbruch der Massenstreiks bewirkt habe. Denn Otto Wels hätte am 9. um 8.00 den Generalstreik ausgerufen, während der von Emil Barth verfasste Aufruf zum Generalstreik »in kleiner Auflage« nur »in einige Betriebe« hätte gelangen können.¹⁰¹ Von Winkler werden die durch die Straßen Berlins ins Stadtzentrum ziehenden Züge mit streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern, die eine Verbrüderung mit den kasernierten Soldaten erreichten und einige öffentliche Gebäude besetzten, überhaupt nicht erwähnt, als ob es sie gar nicht gegeben hätte. Nach Winkler war der Übergang der Naumburger Jäger zur Mehrheitssozialdemokratie und ihren Zielen, am frühen Vormittag des 9. durch eine Rede von Otto Wels in der Kaserne vor den Soldaten und Offizieren erreicht, entscheidend dafür,

99 Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. Bd. II. Die Novemberrevolution. Wien 1925. S. 9–17; Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 52–57.

100 Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920. Düsseldorf 1978. S. 81.

101 Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. 1918 bis 1914. 2. völlig durchges. und korr. Aufl. Bonn / Berlin 1985. S. 42, 43 mit Anm. 62 (dort zur zweiten Aussage der falsche Beleg: »R. Müller ...«).

dass der Reichskanzler Max von Baden seine Zuversicht verlor und der Kaiser seine Abdankung ankündigte. Alle weiteren Aktionen am 9. November spielen sich in der Darstellung von Winkler dann nur noch auf höchster politischer Ebene ab. Winkler übernimmt dabei die Version der Ereignisse von Wels und die offizielle Parteidarstellung der SPD, ohne anhand der vielfältigen zeitgenössischen Quellen diese einer Nachprüfung zu unterziehen.¹⁰²

Eine ähnliche Fehleinschätzung oder Unterschätzung des revolutionären Arbeiteraufstandes in Berlin findet sich in Eberhard Kolbs Standardwerk über die Arbeiterräte: »[...] die entscheidenden Ereignisse am 9. November in Berlin vollzogen sich ohne ihr Zutun [der Obleute] und nicht unter ihrer Führung«. Und: »Trotz aller ihrer Revolutionsvorbereitungen vollzog sich der Umsturz ohne ihre Initiative ...«¹⁰³ Dabei ist zweifellos zutreffend, dass nach dem im Laufe des späten Vormittags absehbaren Erfolg der Massenaktion die führenden Obleute genauso wie die führenden USPD- und Spartakusführer die politische Initiative den mehrheitssozialdemokratischen Parteiführern überließen – teils wegen unterlassener Planung für den Fall eines gelungenen revolutionären

102 Ebenda. S. 45ff., insbes.: S. 45f. Es ist fraglich, ob Wels bereits am frühen Vormittag vor Eintreffen der Revolutionszüge an der Kaserne war, wie Heinrich August Winkler auf Grund der Wels-Biographie von Hans J. L. Adolph andeutet. (Hans J. L. Adolph: *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939. Eine politische Biographie*. Berlin 1971. S. 77f.) Denn die erste Meldung über den Übergang eines Regiments traf erst um 11 Uhr im Kriegsministerium ein. Weitere Meldungen dieser Art folgten dann schlagartig. (Ernst-Heinrich Schmidt: *Heimatheer*. S. 335 mit Anm. 212, S. 337.) In der MSPD-Darstellung des 9. November haben allein ihre Vertreter den Massenstreik ausgerufen und ausgelöst. Die »Revolutionären Obleute« werden nicht erwähnt. (Siehe aus dem Vorstandsbericht für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 10. Juni 1919. In: *Ursachen und Folgen*. Bd. 2. S. 571f.)

103 Eberhard Kolb: *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*. Um ein Vorwort und einen bibliographischen Anhang erweiterte [Taschenbuch-]Ausgabe. Frankfurt a./M. / Berlin 1978. S. 62, 115. Zu den Vorgängen am 8./9./10. November in Berlin weiterhin: Jakow S. Drabkin: *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*. Berlin 1968. S. 144–159; Volker Ullrich: *Die nervöse Großmacht*. S. 569f.

Massenstreiks,¹⁰⁴ teils wegen fehlender Improvisierfähigkeit. Die Mehrheitssozialdemokraten, die noch am frühen Morgen des 9. November im *Vorwärts* mit einem Appell für Ruhe und Besonnenheit die Belegschaften in den Fabriken vom Streik abzuhalten versuchten,¹⁰⁵ vollzogen in den Vormittags- und Mittagsstunden erst nach Erhalt der Nachricht über den ab 9 Uhr einsetzenden Generalstreik mit den folgenden Massendemonstrationen in Richtung Innenstadt eine vollständige taktische Wende und ergriffen dann konkrete Schritte zur Machtübernahme in Verhandlungen mit dem Reichskanzler Max von Baden und den USPD-Vertretern. Voraussetzung dafür war allerdings, was Kolb und andere Historiker außer Betracht lassen, der hauptsächlich von den revolutionären Obleuten (mit Unterstützung der USPD und der Spartakusgruppe) getragene erfolgreiche revolutionäre Arbeiteraufstand, der ja gegen den intensiven Widerstand der MSPD und der meisten zeitgenössischen Medien und trotz des noch vom 6. bis 8. November sowie am Morgen des 9. November gezeigten massiven Machteinsatzes der Militärs zustande gekommen war.¹⁰⁶ Das geschichtswissenschaftliche Bild der deutschen Novemberrevolution 1918 bedarf dringend einer Aufarbeitung!

In allen Darstellungen über die Zeit des Ersten Weltkrieges, insbesondere in der Spezialstudie Jürgen Kockas »Klassengesellschaft im Krieg 1914–1919«, finden sich umfangreiche Ausführungen über die sich verschlechternde Volkstimmung, über sich verschärfende, zeitweise in

104 Emil Barth: Aus der Werkstatt. S. 35: Danach hatte sich Barth in den letzten Wochen vor der Revolution mehrfach vergeblich an Haase gewandt, um die Ansetzung einer Sitzung zum Thema »Pläne für die Zeit nach erfolgreicher Revolution« zu erreichen.

105 Heinrich-August Winkler: Von der Revolution. S. 42. Text des *Vorwärts*-Aufrufs vom 9.11.1918. In: Gerhard A. Ritter / Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente. Frankfurt a. M. 1983. S. 67.

106 Bis zum Eintreffen der Nachricht von der Obersten Heeresleitung über die Nichtverwendbarkeit der Fronttruppen für Unterdrückungsmaßnahmen in der Heimat hielt der preußische Kriegsminister am Morgen des 9. November die militärische Lage in der Reichshauptstadt noch für stabil und war überzeugt, eine aufständische Bewegung abwehren zu können. (Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer. S. 333–337.)

Richtung Hungersnot gehende Versorgungsengpässe, soziale und politische Spannungen, über die stetig wachsende Friedenssehnsucht.¹⁰⁷ Man wundert sich, dass es meist nur zu Lebensmittelkrawallen und Streiks für Lohnerhöhung und Ernährungsverbesserung gekommen ist und nicht zu größeren gesellschaftlichen Eruptionen. Doch die staatlichen Repressionen, die obrigkeitsstaatliche Mentalität, das dauernde Schüren von Siegeshoffnungen und einer nationalistischen Einstellung, unterstützt von fast der gesamten Presse, den Kirchen und sogar von den Mehrheitssozialdemokraten und den Gewerkschaften, haben dies über große Zeiträume des Krieges verhindert.

USPD sowie die Spartakusgruppe mit ihrer intensiven Flugschriftenagitation mit der Hauptautorin Rosa Luxemburg hatten versucht, trotz aller behördlichen Repressionen den Widerstand gegen den Krieg und das undemokratische Regierungssystem aufrecht zu erhalten. Doch erst die oppositionellen Betriebsvertrauensleute in der Metallindustrie haben als Kristallisationspunkte dafür gesorgt, dass das wellenartig anwachsende, zwischenzeitlich immer wieder abnehmende oppositionelle bis revolutionäre Potential in der Arbeiterschaft in Aktionen mündete. Mit dem Mittel des politischen Massenstreiks hat eine oppositionelle linke Basisbewegung in der Arbeiterschaft während des Krieges unter großen Opfern – trotz scharfer staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen und massiver Gegenpropaganda der Gewerkschafts- und MSPD-Führung – mehrfach deutlich ihre Stimme gegen den halbabsolutistischen Obrigkeitsstaat, für Frieden und Demokratie erhoben.

Die von den Küstenstädten Anfang November ausgehende, schnell die nord- und westdeutschen Städte erfassende spontane revolutionäre Bewegung war von den Matrosen ausgegangen und von ihnen ins Land getragen worden. Die die bisherige Regierungspolitik unterstützenden politischen Kräfte von den Konservativen bis zu den Mehrheitssozialdemokraten versuchten mit allen propagandistischen und militärischen Mitteln noch bis zum Morgen des 9. November, die Revolution von Berlin fernzuhalten. Es waren die »Revolutionären Obleute«, die diese

107 Hans-Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*. Göttingen 1973.

Absicht zunichte machten, indem sie kurzfristig für den 9. November zu dem eigentlich für den 11. November geplanten Aufstand aufriefen. Die von den »Revolutionären Obleuten« initiierte revolutionäre Erhebung hat wesentlich dazu beigetragen, die Voraussetzung für die Machtübernahme durch eine aus den beiden sozialdemokratischen Parteien bestehende Regierung zu schaffen. Es kam nun auf diese Politiker an, wie sie die ihnen mehr zugefallenen, als selbst errungenen Möglichkeiten zur Schaffung einer sozialen Demokratie nutzen würden.

8. Führung und Basis des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebnecht-Kreises (Spartakusgruppe), 1915–1918. Biographien und soziale Zusammensetzung¹

Es ist erstaunlich, dass bei den Forschungen zu Einzel- und Kollektivbiographien der deutschen Linken bisher ein wichtiger Archivfundus kaum genutzt worden ist, nämlich der Bestand R 3003 mit Akten des Oberreichsanwalts beim Reichsgericht im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde. Die in zahlreichen Untersuchungsverfahren politischen Charakters angefallenen Vernehmungsprotokolle und Polizeiberichte liefern reichhaltige und meist sehr zuverlässige biographische Informationen nicht nur zu den Funktionären des Führungsbereichs, sondern auch der mittleren und sogar der unteren Ebene. Damit werden – unter Hinzuziehung weiterer Quellen und im Abgleich mit ihnen² – Aussagen auch über

- 1 Überarbeitete Fassung eines Referates, gehalten auf der ITH-Konferenz in Linz, am 17. September 2005. Veröffentlicht in leicht abweichender Form ohne Anhang: Bruno Groppo / Berthold Unfried (Hrsg) [Im Auftrag der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH)]: Gesichter in der Menge. Kollektivbiographische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Wien 2006. S.121–131.
- 2 Hierzu gehören vor allem: a) Bestand Polizeipräsidium Berlin, neuerdings im Landesarchiv Berlin untergebracht, b) der Fonds 191 mit Akten des Preußischen Innenministeriums zur Sozialdemokratie im Russischen Staatlichen Archiv der sozialpolitischen Geschichte Moskau (RGASPI), als Mikrofilm im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, c) in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der

»einfache« Mitglieder ermöglicht, die in relevanten biographischen Lexika wie z. B. im 1970 in der DDR erschienenen Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie jüngst in dem Werk »Deutsche Kommunisten« von Hermann Weber und Andreas Herbst nur selten aufgeführt werden.³ Die Möglichkeiten, die die genannten Untersuchungsakten – unter Hinzuziehung weiterer Archivalien – bieten, sollen im folgenden anhand einer kleinen Studie zur sozialen Zusammensetzung der Berliner Spartakusgruppe im Ersten Weltkrieg, einschließlich ihrer Altersstruktur und ihrer politisch-gewerkschaftlichen Verankerung verdeutlicht werden.

Charakteristik der Spartakusgruppe

Die Gruppe »Internationale«, ab 1916 auch als Spartakusgruppe bekannt, war ein oppositioneller linksradikaler Kreis um Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Leo Jogiches, der sich im Ersten Weltkrieg in der deutschen Sozialdemokratie, zunächst in der SPD, später in der USPD, entsprechend den Vorkriegsbeschlüssen der internationalen sozialistischen Kongresse für die Beendigung des Krieges und die Erkämpfung der Demokratie durch Massenaktionen bis zur revolutionären Erhebung einsetzte.⁴ Dies geschah einerseits durch münd-

DDR im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (SAPMO-BArch) mehrere Nachlässe, u. a. NY 4445 (Käte und Hermann Duncker).

- 3 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus der SED. Berlin. 1970; Hermann Weber / Andreas Herbst. Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch. 1918 bis 1945. Berlin 2004.
- 4 Der Beschluss des Kongresses der Sozialistischen Internationale von 1907 – auf den beiden folgenden Vorkriegskongressen bekräftigt – verpflichtete die sozialistischen Parteien für den Fall des Ausbruchs eines Krieges, »die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.« Der Beschluss ist u. a. abgedruckt in: DuM. II. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 3–8, hier: S. 3.

liche Werbung auf Veranstaltungen der Partei und in kleinen Kreisen radikaler Genossen, andererseits durch eine umfangreiche illegale Flugschriftenagitation, die sich anfänglich hauptsächlich an die sozialdemokratischen Parteimitglieder, im Verlaufe der Kriegszeit zunehmend an die gesamte Arbeiterschaft richtete. Da die Gruppe »Internationale« oder Spartakusgruppe lediglich einen innerparteilichen Kreis darstellte, hatte sie weder einen Vorstand noch eine formale Mitgliedschaft. Jeder, der sich zu den in der illegalen Zeitschrift »Spartacus« propagierten Auffassungen bekannte, und vor allem jeder, der in irgend einer Form an der Verbreitung dieser linksradikalen Inhalte beteiligt war, kann als »Mitglied« der Gruppe betrachtet werden.

Die Führung der Spartakusgruppe

Der informelle Charakter der Gruppe und die auf Grund des Belagerungszustandes sich überwiegend illegal abspielenden politischen Aktivitäten haben nicht alle Führungsmitglieder bekannt werden lassen. So lag die zentrale Spartakusflugschriftenverbreitung – in enger Zusammenarbeit mit dem Leiter Jogiches – von Ende August 1916 an in den Händen der aus Württemberg nach Berlin übersiedelten Berta Thalheimer, bis sie schon kurz darauf im November 1916 verhaftet wurde. Nach der Verhaftung von Jogiches im Frühjahr 1918 hatte der als Soldat aus Helmstedt nach Berlin gekommene und im Mai 1918 desertierte Arbeitersekretär Karl Schulz, später preußischer KPD-Landtagsabgeordneter, bis zu seiner Verhaftung im August 1918 den zentralen Flugblattvertrieb übernommen.⁵ Auch der Finanz- und Wirtschaftsjournalist Wolfgang Fernbach ist als Mitglied der Spartakusführung anzusehen, da er nach Aussage der Jogiches-Assistentin Mathilde Jacob von Jogiches als Redakteur für die Spartakusbriefe vorgesehen war und nach Zeugnis seines Vaters bei der Organisation der Flugschriftenherstellung intensiv

5 BA Berlin. R 3003 [Oberreichsanwalt beim Reichsgericht]. C 85/16. 24 Bde [Berta Thalheimer]. J 638/1918. Nr.1 [Karl Schulz].

beteiligt gewesen sein soll.⁶ Paul Levi ist offensichtlich erst kurz vor Ausbruch der Novemberrevolution nach Berlin gezogen und kann deshalb erst von diesem Zeitpunkt an als Führungsmitglied betrachtet werden.⁷ Zur informellen Leitung der Spartakusgruppe während der Weltkriegszeit sind demnach außer den bekannten Mitgliedern Luxemburg, Zetkin, Liebnecht, Mehring, Jogiches, Julian Marchlewski (Karski) sowie Ernst Meyer, Käte und Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Wilhelm Pieck noch Berta Thalheimer und Karl Schulz sowie auch Wolfgang Fernbach und Paul Levi zuzurechnen, wobei wegen Einberufung zum Militär oder Inhaftierung oder wegen Krankheit fast alle diese Personen nur zeitweise bzw. mit eingeschränkten Möglichkeiten in der Spartakusführung mitwirkten.

Entstehung und Entwicklung der Berliner Spartakusbasis

In Groß-Berlin hatte die Spartakusgruppe nur in der Wahlkreisorganisation von Teltow-Beeskow-Storkow-(Berlin-)Charlottenburg und seinen Ortsvereinen wie in dem mitgliederstarken Neukölln großen Rückhalt, während in den anderen Groß-Berliner Wahlkreisen die gemäßigte Opposition um Georg Ledebour und Hugo Haase dominierte. Doch bildete sich innerhalb der Berliner Gesamtopposition ab Spätsommer 1915 eine Gruppierung von linksradikalen Berliner Genossinnen und Genossen heraus, die sich unter dem Deckmantel einer »Baugenossenschaft Ideal«

- 6 Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1918. Hrsg. u. eingeleitet von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann. In: IWK. 24.Jg. (1988). H. 4. S. 435-515, hier: S.486; The Family Chronicle of Eugen Fernbach. A Jewish Life in Berlin from Bismarck to Hitler. Edited and transferred by his grandson and great-grandson Hans and David Fernbach. London 1999. S. 102f.
- 7 »[...] ich werde so voraussichtlich für Ende dieser Woche für dauernd hierher [nach Berlin] übersiedeln.« Schreiben Paul Levis an Rosa Luxemburg, 5. November 1918. In: Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg (Juni 1917; 5. November 1918). In: Archiv für Sozialgeschichte. XI. Hannover 1971. S. 225-240, hier: S. 238.

regelmäßig konspirativ versammelte, aktuelle politische Themen diskutierte und ab Anfang 1916 mit Vertretern der Spartakusführung über den einzuschlagenden Kurs sowie über Aktionen und Flugschriftenverteilungen beriet.⁸ Die Initiative zur Gründung dieses Kreises ging höchstwahrscheinlich von der Basis aus und nicht von den führenden Mitgliedern der Gruppe »Internationale« (Spartakusgruppe), die allerdings sehr bald zu diesen Sitzungen hinzugezogen wurden und mit den wichtigsten Teilnehmern im intensiven Kontakt standen.

Von dieser Berliner Basis kommende Vorschläge wie Anfang 1916 die Beitragssperre griff die Führung der Gruppe »Internationale« auf und propagierte sie innerhalb der Gesamtopposition, ließ diese Forderung jedoch wieder fallen, als im Sommer 1916 dafür keine Mehrheit in der Berliner Parteiorganisation zu erlangen war. Dem Druck von der radikalen Basis auf Gründung einer eigenen linkssozialistischen Partei wurde von den führenden Spartakusmitgliedern zu keinem Zeitpunkt nachgegeben, sondern intensiv für ein Verbleiben in der SPD bzw. für einen Anschluss an die USPD geworben, um sich nicht in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu isolieren. Die Spartakusführer nahmen meist an den Sitzungen der »Baugenossenschaft« teil und arbeiteten mit deren Mitgliedern eng zusammen. Die Spartakusführung geriet allerdings dabei in Gefahr, die Meinung dieses radikal gesinnten kleinen Teils der organisierten Berliner Arbeiterschaft als in naher Zukunft mehrheitsfähig einzuschätzen, eine illusionäre Erwartung, die besonders zur Jahreswende 1915/16 zu einer verfehlten Taktik der Gruppe »Internationale« beitrug. Die Existenz der »Baugenossenschaft«, also eines regelmäßig zusammenkommenden Kreises von aktiven Spartakusanhängern aus verschiedenen Gegenden Groß-Berlins, und ihre Verbindung zur Spartakusführung waren bisher – außer jüngst vom Verfasser – in

8 Siehe zum folgenden: Ottokar Luban: Rosa Luxemburg, Spartakus und die Massen. Vier Beispiele zur Taktik der Spartakusgruppe bzw. des Spartakusbundes. In: Supplement Zeitschrift »Sozialismus«, 5/[19]97. S. 11–27, hier vor allem: S. 18; ders.: Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Dezember 1918). Siehe Beitrag 4 dieses Bandes der »Grünen Reihe«, S. 59ff.

den vielen Darstellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung nicht erwähnt worden, obwohl dafür deutliche Nachweise in den Untersuchungsakten des Oberreichsanwalts beim Reichsgericht vorlagen.⁹ Die »Baugenossenschaft« wechselte ihre Zusammensetzung im Laufe der Kriegsjahre und scheint auf Grund von Verhaftungen im Frühjahr und Sommer 1917 sowie nochmals im Frühjahr und Sommer 1918 nicht existiert zu haben.

Die Zusammensetzung der Berliner Spartakusbasis

Mit der Fragestellung nach der sozialen Zusammensetzung der Berliner Spartakusbasis und ihrer Verankerung in Partei und Gewerkschaft wurden in einer kleinen Studie¹⁰ – als eine Art Zufallsstichprobe – die biographischen Daten von ursprünglich 37 Personen (jetzt 46) verwendet, die bei verschiedenen Untersuchungsverfahren des Reichsgerichtes wegen versuchten Landesverrats als aktive Spartakusanhänger festgestellt worden waren, vor allem nach der Verhaftung des Spartakusführers Jogiches zusammen mit 15 Helfern am 24. März 1918.¹¹ Die Altersangaben wurden deshalb auf den Stichtag 24. März 1918 bezogen, wobei

9 Die Hinweise auf die »Baugenossenschaft« sind hauptsächlich in den Akten folgender Untersuchungsverfahren enthalten in: BA Berlin. R 3003. C 87/17 (4 Bde.). C 83/18 (18 Bde.).

10 In einer ersten Fassung mit mehreren von den Herausgebern zu verantwortenden Abschreibfehlern, die leider ohne Wissen des Autors bei einem Abdruck übernommen wurden: Ottokar Lubahn [sic!]: Die Berliner Basis der Spartakusgruppe (Herbst 1915 bis Oktober 1918). Soziale Zusammensetzung und Zusammenarbeit mit der Spartakusführung. In: Berlinische Monatsschrift. H. 9/1997; sowie in: Anmerkungen zur Geschichte Berlins und Brandenburgs. Ein Kolloquium. Ingo Materna zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Hans-Jürgen Mende. Berlin 1999. S. 107–113.

11 Hierzu wurden außer den bereits angegebenen Untersuchungsakten noch Materialien u. a. aus den folgenden Verfahren ausgewertet: BA Berlin. R 3003. C 23/16 (5 Bde.). C 85/16 (24 Bde.). C 47/16. Nr.7. J 883/17. C 87/18. J 211/18.

nicht in allen Fällen eine Zugehörigkeit zur »Baugenossenschaft«, aber auf jeden Fall eine illegale Tätigkeit für die Spartakusgruppe aus dieser oder einer anderen Quellen nachweisbar ist, z. B. die Verbreitung der illegalen Flugschriften oder der Versand in andere Orte oder die Übermittlung konspirativer Nachrichten oder Geldsendungen. Nicht erfasst werden konnten nichtaktive Anhänger der Spartakusgruppe, da das bloße Lesen der linksradikalen Publikationen nicht unbedingt als Zustimmung zu den politischen Zielen des Luxemburg-Liebkecht-Kreises interpretiert werden kann, wenn auch die Politische Polizei dies häufig so bewertete.

– Zur *Altersstruktur* (Stichtag: Frühjahr 1918) fällt auf, dass entgegen meinen Erwartungen bei den Spartakushelfern kein Übergewicht von jüngeren Menschen festzustellen ist. Vielmehr sind die älteren und mittleren Jahrgänge stark vertreten: Von den 46 Personen waren sechs zwischen 51 und 60 Jahren, 13 zwischen 41 und 50, 16 zwischen 31 und 40, nur neun zwischen 21 und 30, und zwei Personen waren unter 20. Hierzu in Verbindung steht die oft langjährige Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie. Allerdings muss angemerkt werden, dass die Verbindung der Spartakusführung zur revolutionären Arbeiterjugend auf einer anderen Schiene lief, wie weiter unten noch ausgeführt wird. Mitglieder aus der oppositionellen Arbeiterjugend gehörten der »Baugenossenschaft« zumindest Anfang 1918 nicht an.

– Die am häufigsten vertretene *Berufsgruppe* (unter Berücksichtigung sowohl der gelernten wie der ausgeübten Berufe) ist die der Handwerker und Arbeiter mit 28 Personen (13 Metallarbeiter, fünf Tischler, je ein Buchbinder, Glasmaler, Schuhmacher, Schneider, Wirtschafterin, plus 4 Hilfsarbeiter). Auffällig wirken noch die vier Selbständigen (ein Gärtnerbesitzer, ein Uhrmacher, gleichzeitig Goldwarenhändler, ein Druckereibesitzer, ein Schankwirt) und die drei Angehörigen der technischen Intelligenz (zwei Techniker / ein Ingenieur). Weiterhin sind vier Hausfrauen, zwei Verkäuferinnen, vier Krankenkassenangestellte und drei Gewerkschaftsangestellte, eine Bürogehilfin, ein Staatsangestellter und zwei Kaufleute sowie zwei Studenten und eine Schülerin in dieser Stichprobe vertreten.

- Beim *Familienstand* ist festzustellen, dass der größte Teil eine familiäre Bindung besitzt: 31 Verheiratete, davon 19 mit Kindern, nur sechs Ledige und zwei Verwitwete (sieben ohne Angaben).
- Auffallend zum Punkt *Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei* ist – entgegen meinen Erwartungen – die langjährige Mitgliedschaft bei einer größeren Zahl der Spartakusmitglieder: Bei 25 lag der Parteieintritt 1914 oder früher (sieben vor 1900, 10 zwischen 1900 und 1909, fünf zwischen 1910 und 1913, drei 1914 noch vor Beginn des Weltkrieges. In der Stichprobe waren neun parteilos oder ohne Angaben über die Parteimitgliedschaft und 12 ohne Angaben zum Eintrittsjahr.
- Unter den 46 zur Spartakusgruppe gehörenden Personen hatten während der Kriegszeit 32 Personen *Parteifunktionen* inne, in einigen Fällen Doppelfunktionen: Drei gehörten dem Vorstand von Groß-Berlin an, vier waren Vorstandsmitglieder eines Wahlkreisvereins (ein 2. Vorsitzender, drei Bezirksführer), sechs fungierten als 1. oder 2. Vorsitzende ihres jeweiligen Ortsvereins, 17 bekleideten andere Funktionen im Ortsvereinsvorstand, u. a. vier Kassierer, vier Schriftführer und sechs Bezirksführer, eine Beisitzerin. Die meisten dieser Funktionäre kamen aus Spartakushochburgen wie dem Ortsverein Berlin-Spandau (Teil von Liebnechts Reichstagswahlkreis) und der Wahlkreisorganisation von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, hier besonders aus den Großberliner Ortsvereinen von Neukölln, Schöneberg, Friedenau und Charlottenburg.
- Zu den *gewerkschaftlichen Verbindungen der Spartakusgruppe in Berlin* war bereits bekannt, dass neben dem unbedeutenden Verband der Kürschner die Berliner Geschäftsstelle des Verbandes der Handlungsgelhilfen einen Stützpunkt der radikalen Linken bildete. Aus den Untersuchungsakten und Gewerkschaftsunterlagen konnten zwei weitere wichtige Verbindungsstränge der Spartakusgruppe zu Gewerkschaftsorganisationen in Berlin festgestellt werden: Die Tischler Alfred Wagner und Max Zirkel, zwei wichtige Helfer von Leo Jogiches, waren von den Berliner Delegierten des Holzarbeiterverbandes in der Kriegszeit als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt worden und nutzten erfolgreich ihre Stellung in der Berliner Holzarbeiterorganisation, um Unterstützer für die Spartakusgruppe zu werben. Der Techniker Richard Rosenstiel, ehrenamtlicher [Bundes-]Vorsitzender des »Bundes der tech-

nisch-industriellen Beamten«, hat ebenfalls einige Kollegen seiner Organisation für die Spartakusarbeit gewonnen, darunter einen der Bundessekretäre seiner kleinen Gewerkschaft, nämlich den später kurzzeitig als Anführer des »Roten Soldatenbundes« hervorgetretenen Willi Budich sowie den Ingenieur Max Kühl. Vom Schriftführer im Hauptvorstand des Verbandes der Maschinisten und Heizer, dem Maschinenmeister Wilhelm Müller aus Berlin-Spandau, 1916 und wahrscheinlich auch 1917 führend am Versand der Spartakusflugschriften beteiligt, ist nicht bekannt, ob er unter seinen Kollegen erfolgreich für die Spartakusmitarbeit geworben hat. Dies gilt auch für den Krankenkassenangestellten Emil Krüger, der als Vertreter des Verbandes der Büroangestellten Deutschlands in die Branchenkommission der Krankenkassenangestellten in Berlin delegiert worden war. Pauline Pietzsch, zentrale Verbreiterin der Spartakusflugschriften in ihrem Betrieb, war Vertrauensperson des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ebenso in einer anderen Fabrik der Mechaniker Bruno Peters, der ein glühender Anhänger der von Leo Jogiches vertretenen politischen Ziele und seiner revolutionären Taktik war und während des Aprilstreiks 1917 und des Januarstreiks 1918 von seinen Kollegen in den Arbeiterrat gewählt wurde.

– Von den 14 *Frauen* innerhalb des untersuchten 46 köpfigen Berliner Spartakushelferkreises (wovon 2 besonders aktiv an der illegalen Arbeit beteiligt waren) ist nur von einer – Else Beck – bekannt, dass sie Funktionen in der sozialdemokratischen Berliner Frauenbewegung ausübte. Der Versuch der Spartakusführung, den Kreis der bereits 1915 zu Aktionen schreitenden linken Berliner Genossinnen um Mathilde Wurm für die Auffassungen der Gruppe »Internationale« zu gewinnen, scheiterte sowohl im März wie Ende 1916.¹² Die Mehrheit dieser führenden weiblichen Funktionäre verblieb bei der gemäßigten Opposition in der SPD bzw. USPD, auch wenn sie viele Antikriegsaktionen unterstützten.

– Dagegen war die *Verbindung zur oppositionellen sozialdemokratischen Berliner Arbeiterjugend* zumindest in der Zeit von 1915 bis 1917 sehr eng. Zwar scheinen in der »Baugenossenschaft« keine Repräsentanten der Berliner Arbeiterjugend mitgewirkt zu haben. Aber die Verbin-

12 Rosa Luxemburg an Mathilde Wurm, 28. Dezember 1916. In: GB 5. S. 150f.

dung lief einerseits – wie vom Verfasser detailliert dargestellt¹³ – aus konspirativen Gründen über Einzelkontakte zwischen bestimmten Spartakusführern und Führungspersönlichkeiten des linken Arbeiterjugendvereins Berlin und andererseits über einen regelmäßig in der Wohnung des Ehepaares Hermann und Käte Duncker zusammenkommenden Lesezirkel von vertrauenswürdigen linken Jugendlichen.¹⁴ Damit stand der Spartakusgruppe in der oppositionellen Arbeiterjugendbewegung sowohl in Berlin wie in anderen Gegenden des Reichs eine größere Helfergruppe zur Verfügung, die aber ihre geistige Eigenständigkeit trotz großer Bewunderung für die Spartakusführer immer bewahrte. Durch ein Verhaftungswelle in den Monaten ab September 1917 wurden besonders viele an der Antikriegsarbeit beteiligte Jugendgenossinnen und -genossen verhaftet bzw. strafweise an die Front geschickt, so dass diese Unterstützergruppe seit dieser Zeit zum überwiegenden Teil ausgeschaltet war.¹⁵ Die in den anschließenden Strafverfahren entstandenen Untersuchungsakten enthalten über viele Angehörige der revolutionären Arbeiterjugend ebenfalls reichhaltige biographische Angaben.¹⁶

Schlussfolgerungen

Insgesamt kann zur sozialen Zusammensetzung und zur politisch-gewerkschaftlichen Einbindung der Berliner Spartakushelfer gesagt werden: In der Gruppe der aktiven Berliner Spartakusanhänger befanden

13 Ottokar Luban: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe. In: Archiv für Sozialgeschichte. XI. Bd. Hannover 1971. S. 185–223.

14 Käte Duncker an Hermann Duncker, 21. August 1918. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 141. Bl. 102.

15 Siegfried Scholze: Die Entwicklung der revolutionären deutschen Arbeiterjugendbewegung von der Jenaer Osterkonferenz 1916 bis zum Internationalen Jugendtag im September 1916. Phil. Diss., Greifswald 1968 (2 Bde.); Ottokar Luban: Die Auswirkungen. S. 185–223.

16 Siehe z. B. BA Berlin, R 3003. C 147/17 sowie St 2/3 (Karl Plättner u. a.) und C 126/17 (Wella Henker u. a.).

sich keine Akademiker. Die Berufs- und Alterszusammensetzung war breit gestreut. Mehrere Personen aus dem Spartakushelferkreis waren Funktionäre in ihren örtlichen Parteiorganisationen, besaßen also die politische und menschliche Anerkennung ihrer Genossinnen und Genossen. Einige dieser Spartakusmitglieder bekleideten als Vertrauenspersonen ihrer Kolleginnen und Kollegen Spitzenpositionen in den Gewerkschaftsverbänden der Holzarbeiter, der technisch-industriellen Beamten sowie der Maschinisten und Heizer. Der in Berlin ansässigen, überwiegend aus Akademikern bestehenden Führung der Gruppe »Internationale« stand damit in der Reichshauptstadt eine aktive Helferschar zur Verfügung, die voll in der Partei- und Gewerkschaftsarbeit verankert war. Allerdings stellte die Anhängerschaft der Spartakusgruppe in der Groß-Berliner Parteiorganisation (zuerst SPD, später USPD) immer nur eine kleine Minderheit dar, wie verschiedene innerparteiliche Abstimmungen vom Sommer 1916 bis Dezember 1918 zeigten.

Im Gegensatz zur Basis bestand die Leitung der Spartakusgruppe überwiegend aus Intellektuellen, und zwar in einem Ausmaße wie kein anderer offizieller oder informeller Führungskreis in der Sozialdemokratie jener Zeit. Von den 15 in der Kriegszeit zur Spartakusführung gehörenden Personen waren sieben promovierte Akademiker, drei Akademiker ohne Abschluss und zwei Absolventinnen eines Lehrerinnenseminars, nur drei Facharbeiter, zwei davon unterdessen als Partei- bzw. Gewerkschaftsangestellte tätig.¹⁷ Dennoch handelte es sich hier nicht um eine Vereinigung von Theoretikern fern der Parteiorganisation und fern der Arbeiterschaft. Vielmehr besaßen die führenden Spartakusmitglieder auf Grund ihrer langjährigen aktiven Parteiarbeit – teilweise in Parteifunktionen oder als Parteiangestellte oder Parteijournalisten – eine Vielzahl von Verbindungen zu den Genossinnen und Genossen in Berlin und im Reich. Damit waren sie in das soziale Beziehungsgeflecht der sozialdemokratischen Bewegung voll eingebunden.

Weder die führenden Mitglieder der Gruppe »Internationale« (Spartakusgruppe) noch ihre aktiven Berliner Anhänger waren isolierte Außenseiter, sondern häufig langjährige Mitglieder in der sozialdemokrati-

17 Vgl. die biographischen Angaben im Anhang.

schen Bewegung z. T. mit Funktionen auf verschiedenen Organisations-ebenen der Partei und Gewerkschaft. Führung und Basis der Spartakusgruppe waren in den Arbeiterorganisationen und ihren Traditionen fest verwurzelt.

Hinzugefügt werden muss: Mit ihren politischen Auffassungen blieb die Spartakusgruppe in der Berliner Arbeiterbewegung allerdings nur eine kleine Minderheit, die – wenn man die in den Groß-Berliner Wahlkreisen plus Ortsverein Berlin-Spandau verkauften Spartakusbriefe als Maßstab nimmt – wahrscheinlich ungefähr 1.000 Personen, im Höchsthalle 2.000, umfasst haben mag, davon höchstens 100 bis 200 aktive Helferinnen und Helfer. Angesichts dieser geringen Personalressourcen und der immer wieder auftretenden Ausfälle durch Verhaftungen und strafweise Einberufungen zum Militär ist es erstaunlich, wie die Spartakusgruppe eine relativ intensive Flugblattverbreitung betreiben konnte, insbesondere vor und während der Massenstreiks im April 1917 und im Januar/Februar 1918 sowie in den Wochen vor der Novemberrevolution 1918.

Die eine Voraussetzung für diese bei weitem umfangreichste Flugblattagitatio auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie war das organisatorische Geschick einiger Spartakusführer, vor allem von Leo Jogiches, dem es gelang, für die Finanzierung des Flugschriftendrucks – außer aus Sammlungen in Arbeiterkreisen – beträchtliche Summen von den linken bürgerlichen Pazifisten zu erhalten. Die andere Voraussetzung war eine aktive Basis der Spartakusgruppe in Berlin. Ohne die Einsatz- und Opferbereitschaft der kleinen Schar von Spartakusmitgliedern in Berlin hätte die Spartakusführung keine politische Wirksamkeit in den Massenaktionen während des Weltkrieges und in der Vorrevolutionszeit erzielen können.

In dieser kleinen Studie nicht angesprochen ist das Thema der regionalen Gruppen mit den jeweiligen Führungspersönlichkeiten und ihren Helfern. Hierzu finden sich ebenfalls in den Reichsgerichtsakten reichhaltige biographische Angaben wie z. B. für Stuttgart und Württemberg sowie für Duisburg.¹⁸ Eine gründliche Auswertung der bisher wenig

18 BA. Berlin. R 3003. C 85/16. Nr.12 und 13 bzw. J 810/1918. Nr. 1.

genutzten Reichsgerichtsakten zusammen mit den lokalen Polizeiakten und diversen weiteren Materialien würde eine umfangreiche Erfassung der Namen und biographischen Daten von Spartakusmitgliedern und weiteren politisch aktiven linken Sozialdemokraten während des Ersten Weltkrieges ermöglichen. Hier gibt es noch ein weites Feld für biographische und kollektivbiographische Forschungen.

Anhang

A. Biographische Angaben zu Angehörigen der Berliner Spartakusbasis¹⁹

(Keine vollständigen Biographien; Stichtag für Altersangaben: 24.03.1918 – Alter in Jahren ohne Geburtsdatum, wenn nicht anders in Gerichts- und Polizeiakten angegeben.)

Erich Anspach, 23 J. (10.3.1895), Student, desertierter Soldat, im Sommer 1918 Helfer von Karl Schulz, dem damaligen Leiter der Spartakusflugblatttagitation

Else Beck, 27 J. (08.01.1891), Handlungsgehilfin, Stenotypistin, jetzt Angestellte bei der Berliner Verwaltungsstelle der Gewerkschaft »Verband der Handlungsgehilfen«, led., SPD, jetzt USPD, Bezirksführerin und Leiterin der Frauenarbeit im III. Wahlkreisverein Berlin, bis Frühjahr 1917 führend in der Berliner Arbeiterjugend aktiv

Hans Becker, 32 J. (27.12.1885), Mechaniker, led., SPD seit 1910, jetzt USPD, Bezirksführer Ortsverein Berlin-Neukölln

¹⁹ Abkürzungen: Alter in Jahren: J.; ledig: led.; verheiratet: verh.; Kind/Kinder: Ki.; Wahlkreisverein Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: TB; Verband der Groß-Berliner Wahlvereine und Umgegend: GB; Biogr. Lexikon, siehe Anm. 3.; Weber / Herbst, siehe Anm. 3.

Willi Budich, 27 J. (16.04.1890), Schlosser, Maschinentechner, led., ab 1912 Bundes-Sekretär der Gewerkschaft »Bund der technisch-industriellen Beamten« in Berlin, Soldat, nach Einsätzen an der Front seit August 1917 Schreiber der Garnisonsverwaltung in Berlin-Moabit, weiterhin Sekretär des Bundes mit 1/8 Gehalt, seit 1914 SPD, jetzt USPD (Biogr. Lexikon. S. 71f.; Weber / Herbst. S.130 f.)

Martha Busse, 36 J. (11.09.1881), Beitragskassiererin (Allgemeine Ortskrankenkasse), Witwe, SPD, jetzt USPD

Hedwig Duncker, 19 J. (12.8.1899), Schülerin, Bürohelferin, aktiv in der Berliner Arbeiterjugend, auch in Verbindung zu Karl Liebkecht

Otto Franke, 41 J. (15.9.1877), Maschinenbauer, Gewerkschaftsangehelliger (Deutscher Transportarbeiterverband), verh., 1 Ki., SPD seit 1892, jetzt USPD, Mitglied Pressekommission GB (für TB), im Sommer 1916 maßgeblich an der Spartakusflugblatttagitation beteiligt (Biogr. Lexikon. S. 136f.; Weber / Herbst, S. 216f.)

Karl Ganzer, 60 J. (16.12.1857), Krankenkassenhilfskassierer (Allg. Ortskrankenkasse), verh, 2 Ki., seit 1899 SPD, jetzt USPD, Schriftführer und Kassierer im 8. Bezirk Ortsverein Berlin-Spandau

Julius Gerson, 49 J. (28.07.1868), Kaufmann, Druckereibesitzer, verh., 2 Ki., SPD seit 1898, jetzt USPD

Philipp Gräf, 49 J. (26.07.1868), Schankwirt und Klempner, verh., SPD, jetzt USPD

Karl Gröhl (später Retzlaw), 22 J. (10.02.1896), Arbeiter (Schleifer in einer Munitionsfabrik), led., SPD, jetzt USPD, Streikführer in seiner Fabrik Januar 1918 (Weber / Herbst. S. 610f.)

Ferdinand Harder, 55 J. (08.05.1862), Kantinenhelfer, verh., SPD, jetzt USPD

Carl Fritz Hermann Hartmann, 50 J. (20.01.1868), Buchbinder, jetzt Redakteur (Beiblatt der Handlungsgehilfen-Zeitung »Der Filialleiter«), verh., 2 Ki., seit ca. 25 J. SPD, jetzt USPD, 1913 bis Januar 1918 Schriftführer Ortsverein Treptow-Baumschulenweg, jetzt – delegiert durch TB – in der Pressekommission GB, damit Mitglied im Vorstand von GB

Martha Jeetze, 49 J. (11.06.1868), Handlungsgehilfin, Wirtschafterin, Witwe, seit über 20 Jahren SPD, jetzt USPD

Käthe Kahlert, 16 J., Verkäuferin (im Schmuckgeschäft ihres Vaters), led.

Max Kahlert, 50 J. (20.04.1867), Uhrmacher / Goldwarenhändler, Selbständiger mit 2 Schmuckgeschäften, verh., 1 Ki., seit 30 Jahren SPD, jetzt USPD, Kassierer Ortsverein Berlin-Schöneberg, von TB für Agitationskommission GB gewählt, damit Vorstandsmitglied GB

Friedrich Koch, Mechaniker, 48 J., SPD, jetzt USPD, Vorsitzender und 1. Kassierer USPD-Ortswahlverein Neukölln

Wilhelm Köhnke, 54 J. (07.09.1863), Schuhmacher, verh., 5 Ki., seit 1910 SPD, jetzt USPD, Bezirksführer und (vertretungsweise) Bezirkskassierer im Ortsverein Berlin-Charlottenburg

Emil Krüger, 45 J. (13.11.1872), Notenstecher, jetzt Krankenkassenangestellter (Allgemeine Ortskrankenkasse), verh., langjährig SPD, jetzt USPD, bis Januar 1917 Pressekommission von GB, Bezirksführer und damit Vorstandsmitglied im II. Wahlkreisverein von GB, Mitglied der Branchenkommission der Kassenangestellten Berlin als Vertreter des Verbandes der Büroangestellten Deutschlands

Elisabeth Kühl, 37 J. (28.01.1881), Hausfrau, verh.

Max Kühl, 49 J. (01.12.1878), Ingenieur, verh., SPD seit 1914, jetzt USPD, Mitglied des »Bundes der technisch-industriellen Beamten“, dort in Opposition zur Mehrheit

Toni Lange, 38 J. (21.04.1879), Hausfrau, verh., 3 Ki., SPD, jetzt USPD

Elias Laub, 33 J. (10.01.1885), Kaufmann, Angestellter der Reichsstelle für Obst und Gemüse, verh., 1 Ki., seit 1907 SPD, jetzt USPD, Gruppenführer im Ortsverein Pankow

Susanne Leonhard, 23 J. (1895), verh., Mathematikstudentin, Kontoristin, im Sommer 1918 als Assistentin von Karl Schulz maßgeblich an der Spartakusflugblatttagitation beteiligt

Willy Leow, 31 J. (25.01.1887), Tischler, verh., 2 Ki., seit Jahren SPD, jetzt USPD, Mitglied Holzarbeiterverband (Weber / Herbst. S. 449)

Wilhelm Michalski, 36 J. (04.10.1881), Bürogehilfe und Stenotypist bei Rechtsanwälten, jetzt Krankenkassenangestellter (Bürogehilfe), verh., seit ca. 14 Jahren SPD, jetzt USPD, seit August 1916 Kassierer Ortsverein Berlin-Charlottenburg (Weber / Herbst. S. 505)

Wilhelm Müller, 36 J. (15.03.1882), Maschinenschlosser, jetzt Maschinenmeister, verh., seit 1905 SPD, jetzt USPD, bis Mitte 1917 als Schriftführer Mitglied des Hauptvorstandes im Verband der Heizer und Maschinisten

Otto Ohnesorge, 47 J. (04.11.1870), Buchbinder, verh., 2 Ki., seit 1900 SPD, jetzt USPD, seit 10 Jahren Bezirksführer in Berlin-Schöneberg

Bruno Peters, 34 (18.01.1884), Berlin, Schlosser, Mechaniker, verh., 2 Ki., seit 1908(09?) SPD, jetzt USPD, Schriftführer, seit Parteistreit (1916) 2. Vorsitzender des Ortsvereins Berlin-Charlottenburg bis Mai 1917, Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes in seiner Fabrik, während des Aprilstreiks 1917 und des Januarstreiks 1918 von seinen Kollegen in den Arbeiterrat gewählt (Weber / Herbst. S. 558)

Robert Pieser, 55 J. (26.06.1862), verh., 3 Ki., Gärtnereibesitzer, SPD seit über 10 Jahren, jetzt USPD, 1. Vorsitzender des Ortsvereins Berlin-Spandau, seit 1914 2. Vorsitzender (Weber / Herbst. S. 566)

Pauline Pietsch, 28 J., Metallarbeiterin, Vertrauensfrau des Metallarbeiterverbandes

Ferdinand Rahnenführer, 38 J. (18.12.1879), Hilfskasernenwärter Garnisonsverwaltung II Berlin-Moabit, verh., parteilos

Hans Rakow, 21 J. (16.9.1896), led., Werkzeugschleifer, SPD, jetzt USPD, 1917 Leiter des Jugendbildungsvereins Berlin-Neukölln, Streikführer Januar 1918 in seiner Fabrik

Anna Reez, 40 J. (19.03.1878), Hausfrau, verh., 1 Ki., SPD, jetzt USPD

Helene Richter, 26 J. (07.06.1891), Schneiderin, jetzt Lagerarbeiterin, led., seit 1911 SPD, jetzt USPD, Bezirksführerin im II. Wahlkreisverein Berlin

Walter Rosenberg, 31 J. (16.06.1886), Einrichter (Mechaniker), verh., 1 Ki., seit 1912 SPD, jetzt USPD, seit 2 Jahren 2. Vorsitzender des Ortsvereins Berlin-Friedenau

Richard Rosenstiel, 36 J. (20.09.1881), Techniker, verh., 1 Ki., SPD seit 1905 oder 06, jetzt USPD, Unterkassierer und Mitglied der Statutenkommission Ortsverein Berlin-Neukölln, ehrenamtlicher Mitvorsitzender der Gewerkschaft »Bund der technisch-industriellen Beamten«, dort in Opposition zur Vorstandsmehrheit

Ferdinand Schlater, 39 J., Glasmaler, SPD, jetzt USPD, Familienstand ohne Angabe, bis April 1917 1. Vorsitzender im USPD-Ortsverein Berlin-Schöneberg, jetzt Revisor

Max Schmidt, 40 J. (22.12.1877), Tischler, verh., 5 Ki., SPD, jetzt USPD

Friederike Sieg, 36 J. (16.02.1882), Aufwärterin, verh., 3 Ki., seit 6 Jahren SPD, jetzt USPD

Clara Thalheimer, 24 J. (28.03.1893), Fachverkäuferin (kaufm. Ang.), verh.

Johannes Uebe, 52 J. (24.06.1865), Schneider, verh., 2 Ki., seit März 1914 SPD, jetzt USPD, Schriftführer Ortsverein Berlin-Charlottenburg

Alfred Wagner, 41 J. (17.03.1877), Tischler, verh., langjährig SPD, jetzt USPD, Schriftführer Ortsverein Berlin-Charlottenburg bis 1916, als Vertreter der Berliner Organisation Beisitzer im zentralen Vorstand des Holzarbeiterverbandes, wegen Beteiligung am Januarstreik 1918 strafweise zum Heer einberufen

Paula Wagner, 45 J. (22.10.1872), Hausfrau, verh., SPD, jetzt USPD

Johann Wittenberg, 52 J. (16.03.1866), Tischler

Max Zirkel, 49 J. (04.05.1869), Tischlergeselle, seit Ende 1917 Gewerkschaftsbeamter, verh., 5 Ki., seit dem 17. Lebensjahr Mitglied SPD, seit 1917 USPD, vor dem Krieg Bezirksführer und 2 Jahre lang 1. Vorsitzender des Ortsvereins Berlin-Neukölln, seit Sommer 1916: 2. Vorsitzender in Neukölln und 2. Vorsitzender TB, seit Oktober 1917 als Vertreter der Berliner Organisation unbesoldeter Beisitzer im Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Ende 1917 von den Berliner Kollegen zum hauptamtlichen Gewerkschaftsangestellten in der Berliner Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes gewählt (Weber / Herbst. S. 900)

14 Frauen, 32 Männer

Altersstruktur

Unter 20:	2
21–30:	9
31–40:	16
41–50:	13
51–60:	6

Beruf

(Mehrfachnennungen wegen Berücksichtigung von gelerntem Beruf und ausgeübter Tätigkeit)

Gewerkschaftsangestellte: 5 (1 Stenotypistin, 1 Bundessekretär [Bund tech.-industr. Beamten], 1 Redakteur, 2 Beamte [Franke, Zirkel])
Angestellte der Allgemeinen Ortskrankenkasse: 4 (1 Beitragskassiererin, 1 Hilfskassierer, 1 Angestellter [ohne Spezifikation], 1 Bürogehilfe)
Angestellte im Staatsdienst: 1 (Reichsstelle für Obst und Gemüse)
Arbeiter/Handwerker: 24 (4 Mechaniker, 1 Klempner, 1 Notenstecher, 3 Schlosser/Maschinenschlosser, 2 Schleifer, 1 Maschinenbauer, 1 Wirt-schafterin, 1 Schuhmacher, 5 Tischler, 1 Maschinenmeister, 1 Buchbinder, 1 Glasmaler, 2 Schneider/Schneiderin)
Hilfsarbeiter: 4 (1 Metallarbeiterin, 1 Kantinenhelfer, 1 Hilfskasernen-wärter, 1 Aufwärterin, 1 Lagerarbeiterin)
Bürokräfte: 5 (2 Handlungsgehilfinnen, 1 Bürohelferin, 1 Stenotypist, 1 Kontoristin)
Studenten: 2
Schülerin: 1
Techniker: 2
Ingenieur: 1
Hausfrau: 4
Selbständige: 4 (1 Druckereibesitzer, 1 Schankwirt, 1 Goldwarenhändler/ Uhrmacher, 1 Gärtnereibesitzer)
Kaufmann: 2
Bürogehilfin: 1
Verkäuferin: 2

Familienstand

Ohne Angabe:	7
Led.:	6
Verh. ohne Ki.:	12
Verh. mit Ki.:	19
Verw.:	2

Mitgliedschaft in SPD/USPD

Parteilos/ohne Angaben: 9

Ohne genaue Angaben über Eintrittsjahr: 12

Eintritt 1914 vor Kriegsausbruch: 3

Eintritt zwischen 1910 und 1913: 5

Eintritt zwischen 1900 und 1909: 10

Eintritt vor 1900: 7

Parteifunktionen (Mehrfachnennungen)

Keine Mitgliedschaft: 2

Ohne oder keine Angaben: 16

Mitglied Vorstand Ortsverein: 17 (4 Bezirksführer, 1 Beauftragte für Frauenbildungsarbeit, 4 Schriftführer, 6 Kassierer, 1 Mitglied Statutenkommission, [1 Revisor])

Vorsitzende Ortsverein: 6 (2 1. Vorsitzende, 4 2. Vorsitzende)

Vorstand Wahlkreisverein: 3 Bezirksführer/in

Vorsitzender Wahlkreisverein: 1 2. Vorsitzender TB

Vorstand Verband der Groß-Berliner Wahlvereine und Umgegend: 5 (3 Mitglied Pressekommission, 1 Mitglied Agitationskommission, 1 Mitglied als 2. Vorsitzender TB)

Gewerkschaftsfunktionen

Bund der technisch-industriellen Beamten

(ehrenamtlicher) Mitvorsitzender: Rosenstiel, Bundessekretär: Budich

Verband der Heizer und Maschinisten

Schriftführer im Hauptvorstand: Wilhelm Müller

Verband der Holzarbeiter

Als Beisitzer von den Berliner Kollegen in den Hauptvorstand delegiert: zuerst Alfred Wagner, dann Max Zirkel. Letzterer wird von den Berliner Kollegen zum hauptamtlichen Angestellten der Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes gewählt und dann ernannt.

Branchenkommission der Krankenkassenangestellten Berlin

Emil Krüger, Mitglied als Vertreter des Verbandes der Büroangestellten Deutschlands

Verband der Metallarbeiter

Bruno Peters Vertrauensmann in seinem Betrieb

Pauline Pietsch Vertrauensfrau des Metallarbeiterverbandes

Transportarbeiterverband

Otto Franke 1901–1907 Bezirksleiter in Berlin, danach hauptamtlicher Angestellter der Bezirksstelle Berlin

B. Biographische Angaben zu den Angehörigen der Spartakusführung

(Keine vollständigen Biographien; Stichtag für Altersangaben: 24.03.1918)

Hugo Eberlein, 30 J. (04.05.1887), Lithograf, verh., 2 Ki., Vorsitzender Ortsverein Berlin-Mariendorf, 1916 Vorsitzender von TB, Vorstand GB

Dr. *Hermann Duncker*, 43 J. (24.05.1874), Dozent an der SPD-Parteischule, ab 1917 Angestellter Reichserfassungsstelle für Obst und Gemüse, verh., 3 Ki., Vorstand Ortsverein Berlin-Steglitz

Käte Duncker, 46 J. (23.05.1871), Lehrerin, Journalistin (»Gleichheit«), Referentin der Berliner SPD-Organisation, ab April 1917 Angestellte Reichserfassungsstelle für Obst und Gemüse, Hausfrau, verh., 3 Ki., Vorstand TB, Jugendausschuss und Frauenausschuss Groß-Berlin, Vorstand GB

Wolfgang Fernbach, 29 J. (31.01.1889), Studium der Medizin, später der Wirtschaftswissenschaften und modernen Sprachen in Genf und Berlin ohne Abschluss, Wirtschafts- und Finanzjournalist (»Die Bank« – keine Parteizeitung), verh., 2 Ki.

Dr. *Paul Levi*, 35 J. (11.03.1883), Rechtsanwalt, Journalist (»Sozialdemokrat«, Stuttgart), SPD-Stadtverordneter in Frankfurt am Main

Dr. *Karl Liebknecht*, 46 J. (13.08.1871), Rechtsanwalt, verh., 3 Ki., Abgeordneter des preußischen Landtages und des Reichstages bis zu seiner Verurteilung zu Zuchthaus im November 1916

Dr. *Rosa Luxemburg*, 48 J. (05.03.1870), Publizistin, Journalistin (Parteizeitungen), Dozentin an der SPD-Parteischule, led., Vorstand TB, Pressekommision und Vorstand GB,

Dr. *Ernst Meyer*, 30 J., (10.07.1887), Journalist (»Vorwärts«), verh., 2 Ki, Vorstand TB und Ortsverein Berlin-Steglitz

Dr. *Franz Mehring*, 71 J. (27.02.1847), Publizist, Journalist (»Leipziger Volkszeitung«, »Neue Zeit«), verh.

Dr. *Julian Marchlewski (Karski)*, Journalist (»Leipziger Volkszeitung« u.a. Parteizeitungen), 51 J. (17.05.1866), verh., 1 Ki.

Leo Jogiches, 50 J. (17.07.1867), Journalist (Polnische Parteipresse, »Spartacus«), led.

Wilhelm Pieck, 42 J. (03.01.1876), gelernter Tischler, Parteiangestellter (2. Sekretär der Zentralen Arbeiterbildungsschule der SPD), verh., 2 Ki., Vorstand TB

Karl Schulz, 33 J. (07.06.1884), gelernter Schmied, Gewerkschaftsangehelliger (Arbeitersekretär), Soldat (Mai 1918 desertiert), led.

Berta Thalheimer, 35 J. (17.03.1883), kurzes Studium der Nationalökonomie in Berlin ohne Abschluss, Journalistin (»Gleichheit«), led., vor 1914 Mitglied des SPD-Landesvorstandes in Württemberg, ab 1915 der (oppositionellen) Landeskommision Württembergs und deren Delegierte auf den Zimmerwalder Konferenzen

Clara Zetkin, 60 J. (05.07.1857), Lehrerin, Journalistin (»Gleichheit«), verh., 2 Ki., zentrale Kontrollkommission der SPD, Sekretärin des Frauensekretariats der Sozialistischen Internationale

Altersstruktur

21-30:	1
31-40:	5
41-50:	5
51-60:	2
61-70:	1
71-80:	1

Berufliche Ausbildung

Studium mit Abschluss:	7
Studium ohne Abschluss:	3
Lehrerinnenausbildung:	2
Handwerkerausbildung:	3

Beruf

(Mehrfachnennungen)

Journalist/in (Parteizeitungen):	9
Journalist (keine Parteizeitung):	1
Parteiangeh�rter:	3
Gewerkschaftsangeh�rter:	1
Angestellter im Staatsdienst:	2
(Reichserfassungsstelle für Obst und Gemüse)	
Rechtsanwalt:	2
Arbeiter :	3
Hausfrau:	1

Familienstand

Led.:	5
Verh. ohne Ki.:	1
Verh. mit Ki.:	9

Mitgliedschaft in SPD/USPD

Ohne Angaben:	2 (Fernbach, Jogiches)
Langjährige Mitgliedschaft:	13

Parteifunktionen

Mandate in Parlamenten: (Levi, Liebnecht, Mehring)	3
Mitglied Vorstand Ortsverein:	2
Vorsitzender Ortsverein:	1
Vorstand Wahlkreisverein:	3
Vorsitzender Wahlkreisverein:	1
Vorstand Verband der Groß-Berliner Wahlvereine und Umgegend:	4
Vorstand regionale Parteiorganisation (Württemberg):	1
Kontrollkommission Reichsebene:	1
Internationale Funktion:	1
Mehrfach auf SPD-Parteitag (Reichsebene):	5

9. Mathilde Jacob – mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Mit dem Text von 2 Briefen M. Jacobs an Clara Zetkin, Januar/März 1919¹

Sicherlich wäre das Leben der Mathilde Jacob kaum Gegenstand eines erfolgreichen essayistischen Buches und von fachwissenschaftlichen Untersuchungen geworden,² wenn die Titelheldin nicht zeitweilig mit dem

- 1 Wesentlich überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referates, gehalten auf der wissenschaftlichen Konferenz der »Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft« vom 11. bis 13. September 1998 in Tampere, Finnland. Veröffentlicht in unterschiedlichen Fassungen: [Kurzfassung] Narihiko Ito / Annelies Laschitzka / Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere. Berlin und Zürich (1998–2000). Berlin 2002. S. 119–122; Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 2002/III. Berlin. S. 110–128. [Dort mit dem vollständigen Text der einzigen öffentlichen Rede M. Jacobs.] Die beiden Briefe an Clara Zetkin sind dem folgenden Aufsatz des Verfassers entnommen: Ottokar Luban: Die »innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen«. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale. [Im Folgenden: Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs.] In: IWK. Jg. 29 (1993). H. 4. S. 421–470, hier: S. 452–455, 456f.
- 2 Heinz Knobloch: Meine liebste Mathilde. Die beste Freundin der Rosa Luxemburg. 5. erw. Aufl. Berlin 1994. (1. Aufl. Berlin 1985, neuerdings als Taschenbuch textlich unverändert wie die 5. Aufl. Frankfurt a. M. 1997); Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 421–470; ders.: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). Ergänzungen zu ihren politischen Biographien. In: IWK. 31. Jg. (1995). H. 3. S. 307–331.

politischen Wirken einer berühmten Politikerin, nämlich Rosa Luxemburg, im Zusammenhang gestanden und sich diese Verbindung in einer Vielzahl von Briefen niedergeschlagen hätte.³ Von M. Jacob selbst fehlten weitgehend die Spuren eines politischen Engagements, die üblicherweise von politisch wirkenden Publizisten oder Parteifunktionären hinterlassen werden, da sie nie eine offizielle Funktion in einer Partei ausgeübt hatte und von ihr – bis vor 11 Jahren – weder öffentliche noch private politische Meinungsäußerungen bekannt geworden waren. Kein Wunder, wenn Historiker und Publizisten früher annahmen, dass M. Jacob eigentlich eine unpolitische Person gewesen und nur durch ihre Bewunderung für Rosa Luxemburg in politische Aktivitäten hineingezogen worden sei.⁴

Erst in jüngster Zeit erschlossene Archivalien – vor allem der Briefwechsel M. Jacobs mit Clara Zetkin und Franz Mehring sowie Polizei- und Justizakten⁵ – ermöglichen es unterdessen, ein viel differenzierteres Bild von dieser äußerst bescheidenen, doch durchaus eigenständigen und initiativen klugen Frau zu zeichnen, die auf Grund ihres tiefen ethischen Engagements ihre großen organisatorischen Fähigkeiten in den Dienst der sozialistischen Arbeiterbewegung stellte. So wirkte M. Jacob in den Zeiten der durch die staatliche Unterdrückung verursachten erheblichen personellen Schwächung der Linken im Sommer 1918 sowie im Frühjahr 1919 im Führungskreis der Spartakusgruppe bzw. der KPD (Spartakusbund) weitgehend eigenverantwortlich und äußerst aktiv mit, ungeachtet der damit verbundenen Gefahren für ihre Freiheit und ihr

3 Rosa Luxemburg u. a.: Briefe an Mathilde Jacob (1913–1918). Hrsg. und mit einem Vorwort von Narihiko Ito. Tokio 1972; in erweiterter Fassung: Rosa Luxemburg: Ich umarme Sie in großer Sehnsucht. Briefe aus dem Gefängnis 1915–1918. [Hrsg. und] mit einem Vorwort versehen von Narihiko Ito. Berlin / Bonn 1980; Rosa Luxemburg im Gefängnis. Briefe und Dokumente aus den Jahren 1915–1918. Hrsg. und eingeleitet von Charlotte Beradt. Frankfurt a. M. 1973 (unverändert als Taschenbuchauflage Frankfurt a. M. 1987); GB 5.

4 Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Köln / Berlin 1967. S. 42; Rosa Luxemburg im Gefängnis. Briefe und Dokumente aus den Jahren 1915–1918. S. 10.

5 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs; ders.: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918).

Leben. Und im Dezember 1920 hielt M. Jacob sogar auf dem Vereinigungsparteitag der KPD und USPD Württembergs in Stuttgart ein bisher praktisch unbekannt gebliebenes – höchstwahrscheinlich ihr einziges – Referat.⁶ Im Rahmen einer biographischen Skizze soll anschließend der aktuelle Forschungsstand – ergänzt durch einige neu erschlossene Materialien – zusammenfassend dargestellt werden.

Das Hineinwachsen in den Kreis um Rosa Luxemburg

Als Rosa Luxemburg gemeinsam mit Julian Karski (Marchlewski) und Franz Mehring ab Dezember 1913 mit der Herausgabe einer Pressekorrespondenz – die »Sozialdemokratische Korrespondenz« – begann, übernahm M. Jacob die Schreib-, Vervielfältigungs- und Versandarbeiten.⁷ Die gelernte Buchhalterin und Stenotypistin betrieb seit 1907 im Berliner Stadtteil Moabit ein Schreibbüro, dessen Dienste einige bekannte Sozialdemokraten für ihre Pressekorrespondenzen gern in Anspruch nahmen, so Karl Liebknecht für sein ab 1907 erscheinendes »Russischen Bulletin«⁸, weiterhin ab 1911 Karl Radek für die »Weltpolitik«⁹ und 1914 August Thalheimer für die »Sozialdemokratische Korrespon-

6 Ottokar Luban: Mathilde Jacob – Mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Mit dem Text von M. Jacobs einziger öffentlicher Rede (19.12.1920). In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin. 2002/III. S. 123–125.

7 Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914–1919. Hrsg. und eingel. von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann. In: IWK. 24. Jg. (1988). H. 4. S. 441.

8 Hanna Papanek, Alexander Stein (Pseudonym: Viator) 1881–1948, Socialist Activist and Writer in Russia, Germany, and Exile: Biography and Bibliography. In: IWK. 30. Jg. (1994). H. 3. S. 347f.

9 Karl Radek: November – eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen. In: Otto-Ernst Schüddekopf: Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 2. Hannover 1962. S. 132. Die Ankündigung des Erscheinens in einem hektographierten Rundschreiben vom 1. Oktober 1911 mit der Originalunterschrift »Karl Radek« in: RGASPI. Moskau. F. 340. Op. 4. D. 222. Bl. 1.

denz für Auslandspolitik«. ¹⁰ Möglicherweise hatte ihr jüngerer Bruder Harry, ein aktiver sozialdemokratischer Gewerkschafter, die Kontakte – zumindest am Anfang – vermittelt. ¹¹ Es ist nicht bekannt, zu welchem Zeitpunkt die Stenotypistin Mitglied der SPD geworden ist. Ihre Mitgliedschaft bestätigte sie Anfang 1917 gegenüber einem Untersuchungsrichter. ¹²

Julian Karski, ein geschätzter Wirtschafts- und Finanzjournalist, zuletzt bis 1913 Redakteur an der »Leipziger Volkszeitung«, und Franz Mehring schickten ihre Artikel für die Pressekorrespondenz sowie auch die von R. Luxemburg verfassten Aufsätze entweder mit der Post an M. Jacob oder kamen zum Diktat ins Schreibbüro. Wie so oft bei kleinen Gewerbetreibenden und ihren Stammkunden entwickelten sich aus den geschäftlichen Beziehungen private Kontakte, und zwar zuerst zu F. Mehring und seiner Frau. ¹³ Die persönliche Bekanntschaft mit R. Luxemburg machte M. Jacob höchstwahrscheinlich erst ab Mitte September 1914, als die prominente Genossin ins Schreibbüro kam, um zwei ihrer Artikel aus der Pressekorrespondenz für eine Veröffentlichung in der SPD-Frauenzeitung »Die Gleichheit« leicht umzuarbeiten. M. Jacob datiert den Beginn der persönlichen Begegnung auf die Zeit einer von Oktober bis Dezember 1914 in Berlin-Neukölln abgehaltenen Vortrags-

10 »Sozialdemokratische Korrespondenz für Auslandspolitik«. Herausgeber: A. Thalheimer, Berlin. Das einzige bekannte Exemplar – Nr. 12 vom 23.5.1914 – befindet sich im Besitz von Frau Elisabeth Schöttle, Stuttgart (Schwieger-tochter von Berta Thalheimer, der Schwester A. Thalheimers). Aus Schreiben Franz Mehrings an Mathilde Jacob geht hervor, dass Thalheimer bei seinem Weggang aus Berlin zum Antritt eines Redakteurspostens in Braunschweig bei M. Jacob die Bezahlung von Rechnungen vergessen hatte (Hoover Institution on War, Revolution, and Peace, Archives, Stanford, Kalifornien, USA, Rosa Luxemburg - Mathilde Jacob Collection. Box 3. Folder 16, 18, 20: Schreiben Mehrings an M. Jacob vom 23.10., 15. (18.?)11., 23.11.1914). Die Tätigkeit M. Jacobs für August Thalheimer war bisher nicht bekannt.

11 Heinz Knobloch: Meine liebste Mathilde. S. 328.

12 Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). S. 314.

13 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 425f.

reihe R. Luxemburgs, an der die Stenotypistin teilnahm.¹⁴ Als sich R. Luxemburg im Januar 1915 ins Krankenhaus begeben musste, gehörte M. Jacob zu ihren Besuchern und war die Adressatin einer umfangreichen Liste von Anliegen. Und nach der Entlassung aus dem Krankenhaus besuchte die Schreibbüroinhaberin die wieder genesende R. Luxemburg in ihrer Wohnung.¹⁵ In dieser Zeit lernte die prominente Sozialistin die große Hilfsbereitschaft der früheren Buchhalterin schnell schätzen und vertraute voll ihrem Organisationstalent und ihrer Diskretion. Das hatte zur Folge, dass nach dem Antritt ihrer einjährigen Gefängnisstrafe am 18. Februar 1915 die inhaftierte Rosa Luxemburg den Auftrag für die regelmäßige Überbringung von Zusatzkost sowie von Büchern und Dingen des täglichen Lebens an M. Jacob erteilte. Vor allem war die zuverlässige und geschickte freiwillige Helferin für den illegalen Nachrichtenaustausch zwischen der von ihr verehrten Gefangenen und ihren in Freiheit verbliebenen politischen Freunden zuständig. Mitte März 1915 gehörte M. Jacob bei einem Hafturlaub R. Luxemburgs wie selbstverständlich schon zu dem Kreis der sich in der Wohnung der beurlaubten Gefangenen versammelnden politischen und persönlichen Freunde. Dabei war die Wertschätzung für die immer bescheiden bleibende Helferin im Kreis um Rosa Luxemburg allgemein, wie die Charakterisierung durch Luxemburgs Freundin Clara Zetkin in einem Brief an Karl Liebknecht von Anfang Mai 1915 verdeutlicht: »sie denkt an alles, sorgt für alles, tut alles: ein aufopfernder Prachtkerl!«.¹⁶

14 Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden. S. 443, 444. Hektographierte Artikel mit handschriftlichen redaktionellen Änderungen: »Der Philister und sein Sieg« und »Trümmer« aus der »Sozialdemokratischen Korrespondenz«. Nr. 100 vom 17. September 1914 bzw. Nr. 112 vom 30. Oktober 1914. In: Privatarchiv. Berlin. Fotokopien im Besitz des Verfassers. Zur Vortragsreihe: siehe Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 424, Anm. 16.

15 Briefe Rosa Luxemburgs an Mathilde Jacob vom Januar und Februar 1915. In: GB 5. S. 35, 36, 41.

16 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 423–231, Zitat: S. 425.

Mathilde Jacobs soziales Umfeld

Für M. Jacob – geboren am 8. März 1873 und damit im März 1915 Jahre 42 alt geworden – bedeutete die Aufnahme in den überwiegend aus Akademikern bestehenden Freundeskreis um Rosa Luxemburg eine soziale Emanzipation. Denn sie stammte aus einer verarmten kleinbürgerlichen Familie. Wie der Mathilde-Jacob-Biograph Heinz Knobloch durch sorgfältige Recherchen festgestellt hat, wurde M. Jacob als erstes von acht Kindern eines jüdischen Schlächters 1873 in Berlin geboren. Der Vater verlor infolge eines missglückten Hausbaus im Zentrum Berlins sein Vermögen, so dass die vielköpfige Familie schwere Jahre durchgemacht haben muss. M. Jacob hatte wahrscheinlich an einer privaten Handelsschule eine Ausbildung als Buchhalterin und Stenotypistin genossen. Anschließend hatte sie eine Reihe von Jahren unabhängig von der elterlichen Familie gelebt und als Buchhalterin gearbeitet. Danach übernahm die unverheiratete Sekretärin nach dem Tode des Vaters die Sorge um ihre Mutter und eröffnete 1907 in der Essener Straße 15 im Berliner Arbeiterviertel Moabit ein Schreib- und Übersetzungsbüro, wobei die Mutter und eine Schwester bei ihr wohnten. 1909 zog sie nur 100 Meter weiter in die Altonaer Straße 11, ins Berliner Hansaviertel, einem gutbürgerlichen Wohnquartier, rings um den Hansaplatz zwischen dem Tiergarten und der Spree gelegen, und lebte dort in einer im Gartenhaus gelegenen Wohnung samt Büro – mit einigen Unterbrechungen im Jahre 1919 und 1920 – bis zu ihrer Deportation ins Konzentrationslager Theresienstadt am 27. Juli 1942.¹⁷

Die unverheiratet gebliebene Mathilde Jacob wird als eine etwas herbe, ernste Frau beschrieben, die aber durchaus sehr kommunikationsfreudig war. Soweit aus den äußerst seltenen Aussagen über ihr Privatleben aus erhalten gebliebenen Korrespondenzen sowie aus Berichten zu entnehmen ist, beschränkten sich ihre persönlichen Beziehungen nicht auf die bloße geschäftliche und politische Ebene, sondern es bestanden und entwickelten sich auch viele weitergehende soziale und freundschaftliche Kontakte. Aus einem Brief Rosa Luxemburgs ist be-

17 Heinz Knobloch: *Meine liebste Mathilde*. S. 72, 84f., 91–93, 341, 343f., 349.

kennt, dass im Frühjahr 1915 ein junger Arzt die in der Wohnung der Schreibbüroinhaberin untergebrachte Katze Rosa Luxemburgs, die berühmte Mimi, für eine Fotoaufnahme festhalten musste. Weitere und nähere Aussagen über diesen Bekannten M. Jacobs sind nicht zu finden.¹⁸ Aus der Familienchronik Eugen Fernbachs geht hervor, dass M. Jacob mit Helene Bernstein, die ebenfalls aus einer jüdischen kleinbürgerlichen Familie stammte und in der Nähe in der Nähe des Hansaviertels in Berlin-Moabit in der Calvinstraße 10 wohnte, befreundet war. Deren Schwager Wolfgang Fernbach, einen Wirtschaftsjournalisten, konnte M. Jacob für die Mitarbeit in der Spartakusgruppe gewinnen.¹⁹

Selbst unter den erschwerten äußeren Bedingungen, als zu Beginn des Zweiten Weltkrieges der Kontakt von »Ariern« zu Juden schon unter Strafe stand, hielten langjährige politische und persönliche nichtjüdische Freunde zu ihr und besuchten sie.²⁰ Ein Bekenntnis zum Judentum oder eine Praktizierung der jüdischen Gebräuche ist in den Materialien über Mathilde Jacob nicht zu finden. Aber sie war keine Dissidentin, sondern bekannte sich in einer polizeilichen Vernehmung Anfang 1917 als mosaisch.²¹

18 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 10. April 1915. In: GB 5. S. 54.

19 The Family Chronicle of Eugen Fernbach (Berlin, 1853–1936). A Jewish Life in Berlin from Bismarck to Hitler. Edited and translated by his grandson and great-grandson Hans and David Fernbach. London 1999. S. 49, 102; Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden. S. 486.

20 Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Neukölln. H. 4 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin. Hrsg. Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin 1990. S. 69 (Aussage Elsa Winguths); mündl. Auskunft von Elsa Winguth an den Verfasser, 27.12.1968; Brief von Rolf Pabst (Freiburg/Breisgau) an Heinz Knobloch vom 22.01.2000 (Fotokopie); Brief von Rolf Pabst an den Verfasser vom 14.02.2000.

21 Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). S. 314; Heinz Knobloch: Meine liebste Mathilde. S. 344.

Mathilde Jacobs Mitarbeit in der Spartakusgruppe

M. Jacobs Mitwirkung in der Gruppe um Rosa Luxemburg beschränkte sich nicht auf die Nachrichtenübermittlung zwischen der Inhaftierten und deren Freunden. In Verbindung mit L. Jogiches war sie im Frühjahr 1915 an den technisch-organisatorischen Vorbereitungen für die Zeitschrift »Die Internationale« beteiligt,²² der ersten programmatischen Schrift des Kreises um R. Luxemburg im Ersten Weltkrieg. Bald darauf war die freiwillige Helferin auch für weitere Führungsmitglieder aktiv. Anfang Juni 1915 diente M. Jacobs Büro als eine von mehreren Anlaufadressen für das Unterschriftenflugblatt, einer von Liebknecht initiierten innerparteilichen Petition an den SPD-Parteivorstand gegen die Kriegskreditbewilligung.²³ Im Auftrage von Liebknecht besorgte M. Jacob im Sommer 1915 die Übermittlung von Geldmitteln – wahrscheinlich für Agitations- oder Unterstützungszwecke.²⁴ Spätestens ab September 1915 war Mehring derjenige aus der Führung der Gruppe »Internationale«, mit dem sie am meisten zusammenarbeitete, bis ab Februar 1916 R. Luxemburg nach ihrer Haftentlassung für die wenigen Monate in Freiheit wieder für M. Jacob im Vordergrund stand.

Der in der illegalen Arbeit erfahrene und immer misstrauische Konspirator Leo Jogiches, langjähriger Kampfgefährte R. Luxemburgs in der polnisch-russischen Sozialdemokratie, hatte aus der ersten politischen Zusammenarbeit mit M. Jacob im Frühjahr 1915 ein so großes Vertrauen gewonnen, dass er ihr als einziger Person im September 1915 nach einem Wohnungswechsel seine neue Adresse gab, um Nachrichten mit R. Luxemburg und Mehring austauschen zu können. Damit wirkte M.

22 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 425.

23 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus. Bd. VIII. August 1914 bis April 1916. Berlin 1966. S. 248. (Hektographiertes Schreiben vom 12. Juni 1915 mit Unterschrift und handschriftlichen Zusätzen Karl Liebknechts, Faksimile nach Seite 240.)

24 Schreiben von Dr. James Friedländer, Sozius in der Anwaltskanzlei der Gebrüder Theodor und Karl Liebknecht, vom 14. Juli 1915 an den sich als Armierungssoldaten an der Front aufhaltenden K. Liebknecht. In: SAPMO-BArch. NY 4001. Nr. 44. Bl. 131. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit K. Liebknecht während des Weltkrieges war bisher nicht bekannt gewesen.

Jacob spätestens ab September 1915 im Zentrum des Luxemburg-Liebnecht-Mehring-Kreises an der illegalen Arbeit dieser politischen Gruppierung mit.²⁵ 1915 geriet M. Jacob durch diese Aktivitäten auch erstmals ins Visier der Politischen Polizei, die bei ihr eine Haussuchung und die Beschlagnahme von Flugblättern vornahm.²⁶

Ziel des Kreises um Rosa Luxemburg war – entsprechend den Beschlüssen der Kongresse der Sozialistischen Internationale – die Propagierung von Massenaktionen gegen den Krieg. Dies wurde von den Strafverfolgungsbehörden als versuchter Landesverrat gewertet, so dass allen an dieser Agitation Beteiligten Inhaftierung, Verurteilung zu Gefängnis oder Zuchthaus, Schutzhaft oder bei den Männern strafweise Einberufung zur Truppe drohte. Die Haussuchung und Flugschriftenbeschlagnahme bei M. Jacob war sozusagen ein Warnschuss. Doch diese erste polizeiliche Maßnahme schreckte sie keineswegs ab, sondern sie setzte ihre rege Unterstützung der führenden Mitglieder des Luxemburg-Kreises unbeirrt fort.

Seit August 1916 – R. Luxemburg war am 10. Juli erneut verhaftet worden – wurde unter der Leitung von Jogiches die gesamte illegale Arbeit der »Gruppe Internationale« (Herausgabe von illegalen Flugschriften und ihre Verbreitung durch linksradikale Gruppen im ganzen Reich, Vorbereitung von Massenaktionen gegen den Krieg) intensiviert.²⁷ Jetzt hielt M. Jacob nicht nur erneut die Verbindung zur inhaftierten R. Luxemburg aufrecht, sondern sie war, wie sie in ihrem autobiographischen Bericht anschaulich beschreibt, fast täglich für Jogiches und die Spartakusgruppe tätig.²⁸ Durch Zufall ist ein zeitgenössisches Zeugnis dieser Zusammenarbeit erhalten geblieben: Das Original einer von Jogiches verfassten und an R. Luxemburg gerichteten längeren Botschaft vom Juli 1917, von M. Jacob teils mit der Maschine, teils mit der Hand geschrieben und von Jogiches handschriftlich ergänzt. Nach drei Seiten in Schreibmaschinenschrift kommt in der Handschrift von Leo Jogiches

25 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 425–432.

26 Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). S. 311.

27 Ebenda. S. 321.

28 Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden. S. 483.

ein kurzer Zusatz mit Grußformel. Unmittelbar daran schließt sich eine von L. Jogiches diktierte und von Mathilde Jacob mit der Hand geschriebene Textpassage an, die dann offensichtlich spontan so lang geraten ist, dass eine zusätzliche Seite benötigt und fast vollständig – von M. Jacob nach Diktat von Jogiches – beschrieben wird. Die Ergänzungen im Schreibmaschinentext sind teils in M. Jacobs, teils in Jogiches' Handschrift.²⁹ Die auf den vier Seiten des Originals enthaltenen Zahlen sind die Seitenzahlen eines Buches, in die der vorliegende Schreibtext durch Kennzeichnung einzelner Buchstaben punktiert wurde, beim Schreibmaschinentext in der Reihenfolge von den hinteren zu den vorderen Seiten. Dabei wurden auf den ersten Seiten keine Punktierungen vorgenommen, um bei der Durchsicht des Buches durch die Aufsichtsbeamten eine Entdeckung zu vermeiden.

Diese Nachricht an R. Luxemburg vom Juni 1917 in der Originalfassung ist die einzige erhaltene konspirative Mitteilung mit den Handschriften von Jogiches und M. Jacob. Denn aus Gründen der Konspiration war es geboten, solche Schreiben so schnell wie möglich zu vernichten, um sie nicht bei jederzeit drohenden Haussuchungen in die Hände der Polizei fallen zu lassen. Wir verdanken also die Überlieferung dieses

29 Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg (Juni 1917; 5. November 1918). In: Archiv für Sozialgeschichte. XI. Bd. Hannover 1971. S. 227–236. Hier der Text des Schreibens mit ausführlicher Kommentierung und einem Faksimile der Seite mit den beiden Handschriften. Das Original des Schreibens vom Juni 1917 befindet sich in einem Privatarchiv in Berlin, Fotokopien im Besitz des Verfassers. Erstveröffentlichung – ohne Kommentar – in: Sozialistische Politik und Wirtschaft. Jg. 2 (1924). Nr. 41 vom 2. Juli 1924. Das ist die von Paul Levi herausgegebene gedruckte Pressekorrespondenz, für deren Redaktion M. Jacob verantwortlich zeichnete.

In meiner Veröffentlichung von 1971 war die Handschriftenzuordnung für mich noch nicht möglich, da ich zu den in der DDR liegenden handschriftlichen Materialien der beiden Personen (Briefe M. Jacobs im Clara-Zetkin-Nachlass im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus; handschriftliche Notizen von Jogiches im Bestand Oberreichsanwalt beim Reichsgericht im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam) keinen Zugang bekam.

illegalen Schreibens einem groben Verstoß gegen die Regeln der Konspiration der ansonsten immer äußerst vorsichtigen M. Jacob.

Die laufende Zusammenarbeit mit Jogiches spiegelt sich auch in der Korrespondenz M. Jacobs mit C. Zetkin wider. Denn in den Briefen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges ist fast jedesmal von Jogiches die Rede, allerdings aus konspirativen Gründen immer unter Verwendung eines Tarnnamens wie »Mimis Vormund« oder »Frau Dr. Müller«. ³⁰

Anfang 1917 geriet M. Jacob als Verdächtige zum zweiten Mal in die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mitglieder der Spartakusgruppe wegen des illegalen Flugschriftenvertriebs, der als versuchter Landesverrat gewertet wurde. Ein Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hielt M. Jacob sogar für eine der zentralen Figuren dieses Kreises, schlug ihre polizeiliche Überwachung vor und leitete höchstpersönlich eine für M. Jacob ganz überraschend kommende Durchsuchung ihrer Büro- und Wohnräume. Er versuchte dabei, die selbständige Stenotypistin durch ein sofortiges Verhör zu überrumpeln, hatte mit dieser Einschüchterungsmethode aber keinen Erfolg, so dass die Ermittlungen gegen sie im Sande verliefen. ³¹

Die eigentliche Bewährungsprobe für M. Jacob kam Ende März 1918, als Jogiches mit seiner Berliner Helfergruppe verhaftet worden war. Auf Grund ihrer intensiven Zusammenarbeit mit Jogiches verfügte die Schreibbüroinhaberin von den in Freiheit gebliebenen Spartakusmitgliedern des Führungs- und engeren Helferkreises über das größte und aktuellste Informationspotential bezüglich der illegalen Aktivitäten wie z. B. über die Möglichkeiten zum Druck von Flugschriften und über die Verbindungen zu den einzelnen regionalen Gruppen mit den Deckadressen. Es ging nun darum, erneut ein Netz von Helfern zu knüpfen, damit die illegalen Flugschriften bald wieder herausgegeben und an möglichst vielen Orten verteilt werden konnten. Es gelang M. Jacob hierzu einige passiv gewordene Spartakusmitglieder wie den früheren Vorwärts-Redakteur Dr. Ernst Meyer sowie den Kunsthistoriker Eduard Fuchs zu aktivieren. Dennoch war diese Arbeit sehr mühselig und im

30 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 438.

31 Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). S. 309–315.

Sommer wiederholt von Rückschlägen durch Polizeimaßnahmen betroffen. Es war im starken Maße M. Jacobs Verdienst, wenn in den Monaten vor der Novemberrevolution 1918 die Verbindungen zwischen der stark dezimierten Berliner Spartakuszentrale und den örtlichen Gruppen nicht abrissen oder wiederhergestellt wurden und wenn die Flugblattagitatorik der Spartakusgruppe nicht vollständig zum Erliegen kam, sondern weiterbetrieben werden konnte – wenn auch nur auf kleiner Flamme. M. Jacob wusste – schon auf Grund der bei ihr 1915 und 1917 durchgeführten Haussuchungen und der verstärkt vorgenommenen Inhaftierungen, dass sie jederzeit in Untersuchungs- oder Sicherheitshaft genommen werden konnte, wenn bei ihr oder anderen Spartakusmitgliedern belastendes Material aufgefunden werden würde. Jedoch schränkte sie ihre illegale politische Tätigkeit trotz dieser Bedrohung nicht ein, sondern intensivierte sie in der Zeit von April bis Oktober 1918 noch erheblich. Obwohl sie spätestens ab September 1915 die aktivste und beständigste Helferson war, gelang es ihr, dank ihres geschickten konspirativen Verhaltens und sicherlich auch mit einem Quentchen Glück allen Strafverfolgungsmaßnahmen zu entgehen.³²

Im Frühjahr und Sommer 1918 war M. Jacob in so starkem Maße an der illegalen Arbeit im Zentrum der Spartakusgruppe involviert, dass man sie fast als Teil der stark dezimierten Spartakusführung bezeichnen könnte, wenn sie nicht auf Grund ihrer Bescheidenheit in den internen politischen Diskussionen auf eigene Beurteilungen verzichtet hätte. Hier hielt sie sich, wie ihren Briefen an C. Zetkin zu entnehmen ist, stark zurück, weil dies wohl nach ihrer Ansicht Angelegenheit der geschulten, erfahrenen Genossen war. Auf jeden Fall war M. Jacobs intensive Mitarbeit besonders in der Zeit des größten personellen Aderlasses durch Inhaftierungen in den Monaten vor der Novemberrevolution 1918 für die Fortsetzung der revolutionären Spartakusagitatorik von allergrößtem Wert.³³

32 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 444–448; ders.: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). S. 326–331.

33 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 448–450.

Aktivitäten in der Revolutionszeit (November 1918-Sommer 1919)

Das gerade in den letzten Kriegsmonaten besonders starke Engagement M. Jacobs in der Spartakusgruppe war natürlich eine unentgeltliche Tätigkeit, die häufig soviel Zeit beanspruchte, dass sie Schwierigkeiten bekam, ihre dem Gelderwerb dienenden normalen Büroarbeiten zu bewältigen. Kurze Zeit nach dem Umsturz am 9. November 1918 wurde sie als Sekretärin von Jogiches vollberuflich für diese politische Gruppierung tätig und band sich damit noch fester an den »Spartakusbund«, wie sich der Kreis um Luxemburg und Jogiches unterdessen nannte. Und, wie M. Jacobs briefliche Äußerungen gegenüber C. Zetkin zeigen, verschaffte ihr diese neue Aufgabe eine große Befriedigung.³⁴ Doch schon nach zwei Monaten kam es durch die politischen Ereignisse zu einem Ende der neuen Berufstätigkeit M. Jacobs. Damit verbunden waren die für sie bislang schwersten Schicksalsschläge, die Ermordung ihrer Freunde Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. In einem ergreifenden Brief an C. Zetkin vom 25.1.1919 kam der tiefe Schmerz der Sekretärin über den gewaltsamen Tod Rosa Luxemburgs eindrucksvoll zum Ausdruck: »[...] das Furchtbare ist Wahrheit, und der Verlust ist unbeschreiblich groß für uns alle. Rosa war ja für jeden der gebende Teil ... Seitdem habe ich fast nichts gegessen, und mein Kopf ist so wüst und leer, daß er im Moment nicht einmal mehr begreift, daß Rosa nicht mehr auf der Welt ist. Auch die entsetzliche Art des Todes und der ganze Schurkenstreich, den man noch dem geliebten Körper angetan hat, ist so furchtbar, daß ich ihn plötzlich nicht mehr fassen kann.« Obwohl sie von ihrer Trauer fast überwältigt wurde, war M. Jacob in der Lage, in diesem Schreiben an C. Zetkin eine Vielzahl anstehender sachlicher Themen anzusprechen. Bemerkenswert ist ihr im selben Brief mitgeteilter Entschluss, sich in der KPD-Organisation »einen Platz zu schaffen«, also eine Wahlfunktion zu übernehmen. Dieser Entschluss ist umso bemerkenswerter, weil sie im Januar 1919 die Pogromstimmung am eigenen Leibe erfahren hatte, als sie am Anfang ihrer mehrtägigen Haft für R. Luxemburg gehalten worden war, und damit wusste, dass sie nicht nur mit erneuter Inhaftierung,

34 Ebenda. S. 450f.

sondern mit der Möglichkeit einer Ermordung rechnen musste. Doch sie dachte nicht daran, ihre politische Betätigung zu reduzieren oder aufzugeben, sondern wollte sich aus tiefer Überzeugung noch stärker an die junge Partei und ihre Zielsetzung binden.³⁵ Der Tod des von ihr hochgeschätzten und verehrten Leo Jogiches am 10. März 1919 ging Mathilde Jacob ebenfalls sehr nahe: »Für mich ist Rosa jetzt erst wirklich nicht mehr da. Leo erschien mir stets so zu Rosa gehörig, daß ich mit ihm wie mit Rosa zu leben wähnte.« Gleichzeitig kam in ihrem Brief vom 12.3.1919 eine neue Art von Festigkeit zum Ausdruck: »Ich bin merkwürdig ruhig, und ich habe wenig Zeit, mich vom Schmerz überwältigen zu lassen.« Unter schwierigsten Umständen – wegen der Verfolgung der KPD-Mitglieder illegal lebend – organisierte Mathilde Jacob fast allein, nur mit juristischem Beistand von Theodor Liebknecht die Beisetzung ihres politischen Freundes.³⁶ In den folgenden Monaten agierte sie weitgehend selbständig, ohne Anlehnung an einen der verbliebenen kommunistischen Parteiführer. Sie war für die finanziellen Angelegenheiten der KPD-Zentrale zuständig, übte gegenüber C. Zetkin Kritik an der Parteiführung Paul Levis und machte Verbesserungsvorschläge.³⁷ Sie besaß das volle Vertrauen der KPD-Führung, die ihr die – angesichts der teilweisen Illegalität und häufigen Bespitzelung – besonders verantwortungsvolle Aufgabe der Prüfung aller sich im Büro der Partei-Zentrale anmeldenden Besucher übertrug.³⁸

Verwahrerin des Rosa-Luxemburg-Nachlasses

Schon in ihrem Brief an C. Zetkin vom 25.1.1919 war M. Jacobs Entschlossenheit zum Ausdruck gekommen, sich der Erhaltung des persönlichen und politischen Nachlasses von Rosa Luxemburg mit großer Intensität zu widmen. Obwohl Mitte der 1920er Jahre auf Wunsch der

35 Siehe die vollständige Wiedergabe des Briefes im Anhang.

36 Siehe die vollständige Wiedergabe des Briefes im Anhang.

37 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 457–460.

38 SAPMO-BArch. RY 1/I 2/3. Nr. 38. Bl. 97: Aufzeichnungen Wilhelm Piecks über die Vor- und Anfangsgeschichte der KPD, niedergeschrieben 1920.

Erben der Nachlass R. Luxemburgs der KPD zugesprochen wurde, blieben noch zahlreiche Papiere im Besitz von M. Jacob, darunter viele Abschriften von Briefen Rosa Luxemburgs und ihrer persönlichen und politischen Freunde sowie von ihren Verwandten, aber auch zahlreiche Originale, ebenfalls Korrespondenz M. Jacobs mit anderen Personen. Wie groß die gesamte Sammlung war, geht aus einem Schreiben vom 30. Juni 1933 an M. Jacob hervor, in dem die »Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G.« in Berlin, daran erinnert, dass noch »16 Kisten mit der Bezeichnung: RL« im Depot lagerten.³⁹ Wahrscheinlich bestand ein Teil dieser Materialien aus den Schriftstücken, die M. Jacob Ende Juni 1939 in Berlin unter konspirativen Umständen dem amerikanischen Wissenschaftler Prof. Ralph H. Lutz übergab, der sie als Botenschaftsgepäck in die USA schaffen ließ, wo sie heute im Archiv der »Hoover Institution on War, Revolution, and Peace« in Stanford, Kalifornien der Forschung frei zur Verfügung stehen.⁴⁰ Ein anderer Teil wurde an Fritz Winguth, den sie zusammen mit seiner Frau seit 1915 oder 1916 aus der Spartakusgruppe kannte, übergeben, darunter eine seltene – leider nicht ganz vollständige – Sammlung der von R. Luxemburg, F. Mehring und J. Karski herausgegebenen »Sozialdemokratischen Pressekorrespondenz« wie auch das bereits erwähnte Originalschreiben von Jogiches an R. Luxemburg vom Juni 1917. Diese Winguth-Sammlung befindet sich in Privatbesitz in Berlin, ein großer Teil davon neuerdings als Kopien im Archiv der Hoover Institution. Es gelang M. Jacob, eine Sammlung weiterer Materialien, vor allem die von ihr vorsorglich angefertigten Abschriften vieler Schreiben, auf illegalem Wege zu dem nach Paris exilierten Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Felix Weil zu übersenden, der sie Paul Frölich für seine Rosa-Luxemburg-Biographie zur Verfügung stellte. Diese Materialsammlung gelangte zunächst in die Buttinger-Bibliothek in New York⁴¹

39 Privatbesitz. Berlin. Fotokopie im Besitz des Verfassers.

40 Heinz Knobloch: *Meine liebste Mathilde*. S. 259–268.

41 Rosa Luxemburg u. a.: *Briefe an Mathilde Jacob (1913–1918)*. Hrsg. und mit einem Vorwort von Narihiko Ito. Tokio 1972. S.VII (Vorwort); Rosa Luxemburg: *Ich umarme Sie in großer Sehnsucht. Briefe aus dem Gefängnis 1915–1918*. [Hrsg. und] mit einem Vorwort versehen von Narihiko Ito. Berlin / Bonn 1980. S. 12 (Vorwort).

und befindet sich unterdessen im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Weiterhin wurden aus dem Besitz von M. Jacob und von R. Luxemburg stammende Bücher, die höchstwahrscheinlich den Großteil der 16 Kisten im Bankdepot ausmachten, noch an Freunde abgegeben, bevor M. Jacob 1942 ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert wurde. So erhielt Heinrich Pabst, den sie seit 1919 aus der Zusammenarbeit in der KPD (Spartakusbund) kannte, von ihr einige Exemplare, die sein Sohn später an die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung abgegeben hat.⁴² Ein weiterer Teil dieser Bibliothek lagerte später in einem Schuppen auf Fritz Winguths Grundstück in Birkenwerder bei Berlin und wurde erst – wie Heinz Knobloch zufällig erfahren hat – 1989 vom Staatlichen Antiquariat der DDR (ohne Kenntnis der Herkunft) auf den Markt geworfen und damit in alle Winde verstreut.⁴³

Wie weit die Anhänglichkeit Mathilde Jacobs gegenüber der toten Rosa Luxemburg und ihr Eifer bei der Bewahrung des Nachlasses ging, zeigte sich an der Art ihrer Vorgehensweise bei dem Versuch der Rückerglangung zweier von ihrer Freundin angefertigten Selbstporträts, eine bisher unbekannt gebliebene Episode. R. Luxemburg hatte noch in den letzten Kriegsmonaten eine aus dem Freundeskreis der Kautskys stammende junge Frau Martha – »Medi« – Urban, die später einen der Söhne von Karl und Luise Kautsky heiratete, ein Zimmer in ihrer Wohnung überlassen und diese Regelung auch während der Monate nach dem 9.11.1918 beibehalten, was bei Mathilde Jacob zu heftiger, aber über lange Zeit verborgen gehaltener Eifersucht führte. Dies ist von M. Jacob selbst in ihrem autobiographischen Bericht geschildert und als Grund dafür angegeben worden, dass sie im November 1918 die Sekretariatsaufgaben nicht bei Luxemburg, sondern bei Jogiches übernahm. Von »Medi« Urban oder ihrer älteren Schwester, die beide auch noch im Januar 1919 bei R. Luxemburg wohnten, waren aus einem Zimmer zwei Selbstporträts R. Luxemburgs mit der Begründung mitgenommen worden, sie hätte sie von R. Luxemburg geschenkt bekommen. Nachdem

42 Brief von Rolf Pabst an Heinz Knobloch vom 22.01.2000.

43 Mündliche Mitteilung von Heinz Knobloch an den Verfasser.

Clara Zetkins Versuche gescheitert waren, durch Beeinflussung Luise Kautskys das Bild zurückzuerhalten, wandte sich M. Jacob selbst an Luise Kautsky: »Liebe Frau Kautsky, ich erfahre teils durch Clara [Zetkin], teils durch Herrn Dr. [Kurt] Rosenfeld, daß Sie außerstande seien, uns wieder in den Besitz der aus Rosas Nachlaß unrechtmäßig genommenen Gemälde zu setzen. [...] Leo [Jogiches] [hatte] aber ausdrücklich bestimmt, daß die Bilder zusammen als Ganzes der Nachwelt erhalten bleiben sollten. Daß ich diesen Willen Leos zu [er]füllen bestrebt sein werde, und zwar mit allen Mitteln, die mir zu Gebote stehen, steht für mich unumstößlich fest. Ich halte es für selbstverständlich, daß die von Rosa gemalten Porträts zusammen aufbewahrt werden ... Der Grund dieses Schreibens ist folgender: Wir sind in Besitz von Briefen, welche Herr Prof. [Hans] Kautsky [Bruder von Karl Kautsky] wohl an Sie geschrieben hat, vielleicht auch von Ihnen an diesen. Wir haben sie nicht berührt, nachdem wir flüchtig festgestellt hatten, um was es sich handelt. Es ist keiner der Briefe gelesen worden, sie liegen wohlverwahrt an dritter Stelle.

Hält es Herr Prof. Kautsky [an den die Bilder offensichtlich unterdessen weitergegeben worden waren] für richtig, daß die Bilder nicht zurückgeliefert werden, so halten wir es für richtig, beliebigen Gebrauch von den Briefen zu machen ... Es tut mir leid, daß ich in der Wahl meiner Mittel nicht wählerisch sein kann, aber die Gegenpartei war es auch nicht.«⁴⁴ Solch einen Erpressungsversuch mit den zwischen Luise Kautsky und ihrem Schwager Hans ausgetauschten Liebesbriefen, die wohl Jahre zuvor den treuen Händen Rosa Luxemburgs anvertraut worden waren, hätte man Mathilde Jacob wohl nie zugetraut. Doch wenn es um den Nachlass R. Luxemburgs und den letzten Willen von Jogiches ging, überschritt M. Jacob die sonst von ihr sicherlich als Selbstverständlichkeit anerkannten moralischen Grenzen.

44 IISG. Amsterdam. Nachlaß Kautsky-Familie. Mappe 1117, unp., Abschrift, ca. Anfang Mai 1919.

Redakteurin bei Clara Zetkin

In den Monaten nach der Ermordung Luxemburgs musste M. Jacob in der meisten Zeit selbst das Leben einer illegal lebenden Politikerin führen, das sie vorher nur aus den Erzählungen der prominenten Genossinnen und Genossen kennen gelernt hatte. Sie organisierte viele Aufgaben der gezwungenermaßen im Verborgenen arbeitenden KPD-Führung und zog dabei zusammen mit Mitgliedern der Zentrale oder der Redaktion der »Roten Fahne« in der Hoffnung auf bessere und sicherere Bedingungen von einer Stadt zur anderen. Trotz des vollen Bewusstseins der Gefahr einer erneuten Inhaftierung oder sogar Ermordung kommt auch in diesen Monaten in allen bekannten Äußerungen M. Jacobs niemals der Gedanke zum Ausdruck, ihre politische Tätigkeit aufzugeben oder etwa nur zu reduzieren. Dieser Lebensabschnitt endete am 25. Juni 1919 abrupt mit der erneuten Inhaftierung M. Jacobs. Laut Schutzhaftbefehl hätte sie als enge Freundin Rosa Luxemburgs diese »bei *ihrer umstürzlerischen Tätigkeit unterstützt*«, und zwar mit den Zielen: »gewaltsame Beseitigung der rechtmäßigen Regierung und [...] Errichtung der Diktatur des Proletariats«. Die Inhaftierte dagegen sah – wohl zu Recht – den eigentlichen Grund ihrer Verhaftung in ihren hartnäckigen und erfolgreichen Bemühungen um die Freigabe der Anfang Juni 1919 aufgefundenen Leiche Rosa Luxemburgs.⁴⁵

Einige Zeit nach ihrer Freilassung Mitte September 1919 folgte Mathilde Jacob einer Einladung Clara Zetkins, für sie in der Nähe von Stuttgart als Sekretärin tätig zu werden. Höchstwahrscheinlich hatte die KPD-Führung dazu geraten, weil in Berlin angesichts des Vorgehens der Regierungstruppen Freiheit und Leben von Mathilde Jacob in Gefahr waren. Bald fiel M. Jacob die redaktionelle Hauptverantwortung in technisch-organisatorischer Hinsicht für die von Clara Zetkin herausgegebene Wochenzeitung »Die Kommunistin« zu. Diese Tätigkeit dauerte mindestens bis Dezember 1920. Da Clara Zetkin – wie ihre Schreiben an M. Jacob zeigen – spätestens ab Frühjahr 1920 häufig in Parteiangelegenheiten unterwegs war, konnte M. Jacob bei den redaktionell-organisato-

45 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 463.

rischen Arbeiten in weitgehender Selbständigkeit ihr organisatorisches Geschick zeigen und fand dafür von Clara Zetkin auch die verdiente Anerkennung.⁴⁶

Nur in einer ausgezeichneten Regionalstudie kurz erwähnt und ansonsten in der Geschichtsschreibung unbekannt geblieben ist das erste und höchstwahrscheinlich einzige öffentliche Auftreten Mathilde Jacobs am 19. Dezember 1920 auf dem Vereinigungsparteitag der Württembergischen USPD und KPD in Stuttgart.⁴⁷ Einem Zufall ist es zu verdanken, dass sogar ihr Vortragsmanuskript im Wortlaut abgedruckt worden ist. Nach dem Verhandlungsbericht stand der Punkt »Frauenfragen« bei der Eröffnung des Parteitages am 18. Dezember noch gar nicht auf der Tagesordnung. Ganz unvermittelt taucht zum Schluss der ausführlichen Schilderung der zweitägigen Delegiertenversammlung der Tagesordnungspunkt »Frauenfragen« auf: »Genossin Jakob [Mathilde Jacob] referiert dann über die *Frauenfrage*. Leider wurde die Wirkung des Referats durch die im Nebensaale abgehaltene Weihnachtsfeier gestört, und eine Diskussion konnte nicht mehr stattfinden, weil der Saal geräumt werden mußte. Es wurde daher beschlossen, das Referat im Wortlaut im ›Sozialdemokrat‹ zu veröffentlichen, die Frauenfrage als ersten Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen und die Kreisvorstände zu verpflichten, Genossen zu bestimmen, die die Frauenfrage sofort in Fluß bringen sollen.« Tatsächlich wurde in der Parteizeitung einige Tage später am 23.12.1920 unter der Überschrift »Die Arbeit der Frauen« das Manuskript vollständig abgedruckt.⁴⁸

46 Ebenda. S. 464f.

47 Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben. Eßlingen 1983. S. 335.

48 Der Sozialdemokrat. Stuttgart. Organ der Vereinigten kommunistischen Partei Württembergs, Sektion der Kommunistischen Internationale. 7. Jg. Nr.297. 20. Dezember 1920: Verhandlungsbericht; Ebenda. Nr. 300, 23. Dezember 1920. Beilage: Die Arbeit der Frauen. Referat der Genossin Jakob [Mathilde Jacob] auf dem Bezirksparteitag der V.K.P.D. Württemberg[s]. Auch meine anschließende Darstellung des Parteitages erfolgt nach diesen beiden Quellen. Der vollständige Wortlaut von M. Jacobs Referat wird wiedergegeben als Anhang in: Ottokar Luban: Mathilde Jacob: Mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin. Mit dem Text von M. Jacobs einziger öffentlicher

Für die Referentin M. Jacob muss dieser Vortrag ein grauenvolles Erlebnis gewesen sein. Es ist schon für einen erfahrenen Referenten schwierig, am Ende einer zweitägigen Konferenz noch die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu erreichen. Hier hatte die Vortragende ohne technische Hilfsmittel, die es damals noch nicht gab, gegen die Geräuschkulisse einer Weihnachtsfeier im Nachbarraum anzukämpfen, ein wahrscheinlich vergebliches Unterfangen, das M. Jacob den Mut zu weiteren Vorträgen genommen haben mag.

Die Frage ist, ob M. Jacob ihr Referat selbst erarbeitet oder nur einen von Clara Zetkin verfassten Text vorgetragen hat. Doch C. Zetkin hatte höchstwahrscheinlich überhaupt keine Zeit für die Ausarbeitung solch eines Manuskriptes. Denn als Reichstagsabgeordnete konnte sie wegen ihrer Teilnahme an der Reichstagsitzung erst zum zweiten Tag der Versammlung kommen und entschuldigte sich dafür, dass sie sich für ihren Vortrag zum Thema »Die politische Lage« nicht gründlich hatte vorbereiten können. Höchstwahrscheinlich war der Tagesordnungspunkt »Frauenfragen« und damit das Referat M. Jacobs vergessen worden, weil C. Zetkin nicht an den vorbereitenden Sitzungen zum Vereinigungsparteitag in Stuttgart teilgenommen hatte und M. Jacob den Spitzengremien der württembergischen KPD nicht angehörte. Bei ihrer Ankunft am zweiten Tag der Versammlung muss C. Zetkin die Unterlassung bemerkt und auf die Hinzufügung des Punktes »Frauenfragen« mit dem Referat M. Jacobs gedrungen haben. Schon dieser zeitliche Ablauf und der große Zeitmangel C. Zetkins spricht dafür, dass M. Jacob nur wenig Hilfe von ihrer Freundin für die Abfassung des Referates erhalten haben konnte. Sicherlich hat C. Zetkin mit sanftem Druck und aufmunterndem Zureden ihre Redakteurin zu dem Referat ermutigt und ihr möglicherweise mit ein paar stichwortartigen Anregungen zur Seite gestanden, aber nicht mehr. Auch die gesamte Wortwahl des Vortrages spricht dafür, dass nicht C. Zetkin, sondern M. Jacob die Verfasserin ist. Aus über einem Jahr Redakteurstätigkeit für C. Zetkins »Kommunistin« in Stuttgart hatte die frühere Stenotypistin genug Material für einen fun-

dierten Vortrag gefunden. Bemerkenswert ist die realistische Einschätzung der Lage in M. Jacobs Referat: Die große Masse der Frauen stünde der Kommunistischen Partei feindlich gegenüber. Und die Partei hätte sich bisher nicht genug und nicht ernsthaft um die Gewinnung der Frauen für den Kommunismus gekümmert.

Assistentin bei Paul Levi

Nachdem Mathilde Jacob Anfang 1921 wieder nach Berlin zurückgekehrt war, arbeitete sie die Jahre bis zu dessen Tode im Jahre 1930 für Paul Levi, der nach Jogiches' Tod im März 1919 bis Anfang 1921 den Parteivorsitz in der KPD innehatte, nach Rücktritt und schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war und sich später zum Exponenten des linken Flügels der SPD entwickelte. Die Stenotypistin begleitete nunmehr Levi auf seinem politischen und beruflichen Weg, sie zeichnete für die Redaktion der von Paul Levi herausgegebenen Periodika, zunächst die Zeitschrift »Unser Weg (Sowjet)«, später die Pressekorrespondenz »Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW)« und besorgte seine gesamte Korrespondenz.⁴⁹ Ohne dass ihr Name in den entsprechenden Druckschriften erschien, übernahm sie auch die technisch-organisatorischen Arbeiten bei der Herausgabe der von Paul Levi verfassten Broschüren wie z. B. 1922 Rosa Luxemburgs fragmentarischen Aufsatz »Die russische Revolution«.⁵⁰

Es ist mit das Verdienst M. Jacobs, die zu jenem Zeitpunkt den Nachlass R. Luxemburgs noch in Verwahrung hatte, dass diese wichtige Schrift der Spartakusführerin nicht in kommunistischen Parteiarchiven verschwand, sondern durch die Veröffentlichung Paul Levis im Rahmen seiner ab Ende 1920 stattfindenden Auseinandersetzungen mit der Führung der VKPD der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte.

49 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 466.

50 SAPMO-BArch. NY 4126. Nr. 013, 015-017. (Dieser Archivbestand enthält Kopien aus dem Nachlaß Paul Levi im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.)

Levi gewann mit M. Jacob eine zuverlässige, umsichtige Redakteurin, Assistentin und Sekretärin, die auf Grund ihrer Stuttgarter Erfahrungen mit den redaktionellen Angelegenheiten voll vertraut war, so dass die Nennung ihres Namens im Impressum der Korrespondenz für die Redaktion nicht eine bloße Formalität darstellte, sondern ihrer tatsächlichen Tätigkeit entsprach. Sie hatte bei diesen Arbeiten auch im starken Maße freie Hand, da Paul Levi als Reichstagsabgeordneter, gefragter Redner und stark beschäftigter Publizist höchstwahrscheinlich noch weniger Zeit hatte als Clara Zetkin, um die technisch-organisatorischen Fragen der Herausgabe der oben genannten Periodika im Auge zu behalten. Mit der Art ihres zunächst in der Spartakusgruppe ehrenamtlichen, später im Spartakusbund und in der KPD bzw. für Clara Zetkin und Paul Levi hauptberuflichen politischen Engagements und mit ihrem Organisationstalent stellte Mathilde Jacob ein Beispiel für die vielen persönlichen Helferinnen und Helfer von politischen Persönlichkeiten dar, die erst durch diese Unterstützung ihre volle Wirksamkeit entfalten können.

Nur noch zweimal erschien M. Jacobs Name in Zeitungen mit eigenen Beiträgen: Als sie – bereits aus der KPD ausgeschlossen – im August 1921 von der KPD angegriffen wurde, weil sie noch den Nachlass R. Luxemburgs in Verwahrung hatte, verteidigte sie sich mit einem beherzten Artikel in der USPD-Zeitung »Die Freiheit«.⁵¹ Anlässlich des 10. Jahrestages der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts steuerte M. Jacob für die entsprechende Gedenkseite in der »Leipziger Volkszeitung« einen kleinen Aufsatz mit der Schilderung einer Episode aus der Gefängniszeit R. Luxemburgs im Sommer 1916 bei.⁵² Doch den gesamten Bericht über ihre Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg und ihren Freunden, den sie schon 1919 oder 1920 begonnen hatte und für den sie 1932 noch immer Teilfragen zu klären versuchte, hat sie nie veröffentlichen lassen. Er wurde erst 1988 publiziert.⁵³

Nach dem Tode Levis im Jahre 1930 soll M. Jacob für die von Carl von Ossietzky herausgegebenen »Weltbühne« gearbeitet haben, deren leitende Mitarbeiter sie aus ihrer Zusammenarbeit mit Paul Levi kennen

51 Ottokar Luban: Zur Rolle Mathilde Jacobs. S. 468–470.

52 Ebenda. S. 468.

53 Siehe Anm. 7.

und schätzen gelernt haben mögen.⁵⁴ Für M. Jacob reichten in der Zeit der Weltwirtschaftskrise die Aufträge für ihr Schreibbüro höchstwahrscheinlich nicht mehr aus, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Mutter zu sichern, so dass solch ein Arbeitsplatz für sie von großer Hilfe war.

Als Opfer der nationalsozialistischen rassistischen Verfolgungen

Mit Beginn der Nazierrschaft war für M. Jacob als früheres Mitglied der SPD bzw. der KPD jede Möglichkeit einer politischen Betätigung oder einer Mithilfe bei politischen Gesinnungsgenossen unmöglich geworden und sie musste sich vollständig auf die Tätigkeit in ihrem Schreibbüro zurückziehen. Vor allem war sie als Jüdin den rassistischen Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Doch blieb sie noch bis kurz vor ihrer Deportation mit vielen ihrer alten Kampfgefährten, die häufig zu persönlichen Freunden geworden waren, wie den früheren Spartakusmitgliedern Fritz Winguth⁵⁵ und Heinrich Pabst⁵⁶ im Kontakt.

Es wäre sicher für M. Jacob ein Leichtes gewesen, unmittelbar nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur zu emigrieren. Aber vor allem wegen ihres hohen Alters zögerte sie mehrere Jahre. Erst sehr spät – ab 1938 –, als die nationalsozialistischen Machthaber die Entrechtung und Terrorisierung der jüdischen Mitbürger kontinuierlich gesteigert hatten, versuchte M. Jacob, über bereits in die USA emigrierte Verwandte des verstorbenen Paul Levi eine Ausreisemöglichkeit zu bekommen. Es ist ergreifend, anhand der verzweifelten Briefe M. Jacobs mitzerleben, wie sie versuchte, dem rassistischen Terror der Nazis zu

54 David Fernbach: Einleitung zu: Mathilde Jacob: Rosa Luxemburg. An Intimate Portrait. Translated by Hans Fernbach with an introduction by David Fernbach. London 2000. S. 18. Es handelt sich bei dem Haupttext um den Erinnerungsbericht von Mathilde Jacob (siehe Anm. 7).

55 Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg (Juni 1917; 5. November 1918). S. 226 mit Anm. 10.

56 Brief von Rolf Pabst an Heinz Knobloch vom 22.01.2000.

entkommen.⁵⁷ Spätestens seit 1939 unternahmen politische und persönliche Freunde in den USA unter Führung von Jenny Herz, der Schwester Paul Levis, und der internationalen Sozialistin Angelica Balabanoff vielerlei Anstrengungen, die Ausreise von M. Jacob zu erreichen, sammelten in den USA dafür zunächst 150 \$ und kamen später sogar auf 500 \$. J. Herz konnte noch bis Ende 1941 mit M. Jacob korrespondieren und überließ A. Balabanoff vorübergehend zur Information diese Briefe. Der Versuch, das Geld – mit Hilfe von erneut nach Europa reisenden Wissenschaftlern der Hoover Institution in Stanford direkt oder indirekt über eine Hilfsorganisation – an Mathilde Jacob weiterzusenden, hatte keinen Erfolg. Die erforderlichen 500 \$ kamen zu spät zusammen, als es schon längst keine Chance mehr für eine Ausreise gab. Als die ersten Nachkriegsmonate ohne Nachricht von M. Jacob vergangen waren, mussten die in die USA emigrierten Freunde damit rechnen, dass Mathilde Jacob wie viele andere von den Nazis in einem Konzentrationslager ermordet worden war. Voller Resignation und Trauer stellte die in den USA lebende Trude Winguth, eine Schwägerin Fritz Winguths, in einem Brief an Angelica Balabanoff vom 5. März 1946 fest: »Warum auch kam unsere Hilfsaktion so langsam vorwärts! Mathilde hatte so auf uns gebaut...«⁵⁸

In Deutschland hatte einer der politischen und persönlichen Freunde, Heinrich Pabst, kurz vor ihrer Deportation nach Theresienstadt am 27. Juli 1942 noch Mathilde Jacob den Vorschlag gemacht, in die Illegalität zu gehen. Doch sie wehrte mit Hinweis auf ihr hohes Alter von 69 Jahren ab und hoffte, dass das Ziel der Deportation nur eine Art Getto-Staat für Juden im Osten sein würde.⁵⁹ Als eines der vielen Opfer des Holocaust ist sie am 14.4.1943 im Alter von 70 Jahren nach fast einem Jahr qualvollen Lagerlebens im Konzentrationslager Theresienstadt umgekommen.⁶⁰ Das Leben und Sterben der Mathilde Jacob steht damit

57 Heinz Knobloch: Meine liebste Mathilde. S. 355–359.

58 Briefe von Angelica Balabanoff an Jenny Herz von 1939 bis 1942. In: AsD. Bonn. Nachlaß Paul Levi. Mappe 31; Zitat ebenda, Brief Mrs. William [Trude, Gertrud] Winguth an A. Balabanoff vom 05.03.1946.

59 Brief von Rolf Pabst an Heinz Knobloch vom 22.01.2000.

60 Heinz Knobloch: Meine liebste Mathilde. S. 352, 356–359.

symbolhaft für das leidvolle Schicksal unzähliger jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Erinnerungsstätte für Mathilde Jacob

Nachdem bereits 1988 auf Initiative Heinz Knoblochs eine Bezirksbücherei in Berlin-Hohenschönhausen nach Mathilde Jacob benannt worden war, erhielt die Schreibbüroinhaberin am 27. Januar 1997, über 50 Jahre nach ihrem Tode, eine besondere Ehrung: Der bis dahin namenlose Vorplatz des Rathauses Tiergarten – also des Teils Berlins, in dem M. Jacob von 1907 bis 1942 lebte – erhielt die Bezeichnung »Mathilde-Jacob-Platz« und an der Fassade des Gebäudes wurde eine Gedenktafel für M. Jacob enthüllt.

Im Vorfeld der Namensgebung kam es zu einer langwierigen politischen Auseinandersetzung zwischen der SPD und der Partei der Grünen einerseits, die beide für diese Ehrung eintraten, und der CDU andererseits, die die Benennung ablehnte. Begründung der CDU: M. Jacob sei Sekretärin R. Luxemburgs und Mitglied der KPD gewesen. Mit dieser Argumentation versuchte die CDU Unterschriften in einem Bürgerbegehren gegen die Namensgebung zu sammeln, fand aber damit zuwenig Anklang in der Bevölkerung. Denn SPD und Grüne bzw. das Bezirksamt informierten auf öffentlichen Veranstaltungen bzw. mit einer Ausstellung in den Rathausräumen und in den Schulen über das Leben und Wirken Mathilde Jacobs. Sogar die Akademie der Künste mit ihrem damaligen Präsidenten Walter Jens engagierte sich mit einer Veranstaltung für die Namensgebung. Diese politische Kontroverse fand nicht nur in der Berliner, sondern sogar in der überregionalen Presse (z. B. im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«) ihren Niederschlag. Das Fazit: Während bei vielen anderen Straßen- und Platzbenennungen zur Ehrung von Personen häufig nicht einmal die politisch Verantwortlichen richtig über die Namenspatronin oder den Namenspatron Bescheid wissen, war durch die politische Auseinandersetzung über den Mathilde-Jacob-Platz das Leben einer der Allgemeinheit weitgehend unbekannt gebliebenen politisch aktiven Frau vielen Bürgerinnen und Bürgern nahe gebracht worden.

Anhang

Brief Mathilde Jacobs an Clara Zetkin vom 25.1.1919⁶¹

Berlin [, den] 25. Januar 1919⁶²

Meine liebe, liebe, sehr verehrte Freundin,
heute bin ich aus meiner kurzen abenteuerlichen Haft entlassen worden. Obgleich ich meine alte Mutter zu Hause habe, so hatte ich beim Verlassen des Gefängnisses nur den Gedanken: du kannst jetzt nicht zu Rosa eilen, das Leben hat aufgehört für dich einen Inhalt zu haben. Ich hatte mich seit fünf Jahren gewöhnt, alles Schöne, was ich sah, für Rosa zu sehen und ihr darüber zu schreiben. Jeder Blick, jedes Wort, jeder Brief von Rosa gab mir Schwung zum Leben und Handeln. Ich lebte auch in meiner Zelle⁶³ ganz in Gedanken an Rosa, verstand ihr Martyrium in den letzten Jahren erst richtig einzuschätzen und erfuhr wie ein Blitz aus heiterem Himmel ganz zufällig das Schreckliche. Ich habe erst seit zwei Tagen wieder Zeitungen gelesen, so daß ich nicht einmal richtig orientiert bin. Aber so oder so, das Furchtbare ist Wahrheit und der Verlust ist unbeschreiblich groß für uns alle. Rosa war ja für jeden / [S. 2:] der gebende Teil. Und so wie Ihnen ergeht es auch mir, ich zermartere mir das Hirn mit Selbstvorwürfen. Gerade in den letzten vier Wochen wohnte bei Rosa ein Fräulein Urban, wohl eine Freundin von Hans [Diefenbach], der Rosa Liebe und Freundschaft entgegenbrachte. Das junge

61 SAPMO-BArch. NY 4005. Nr. 79. Bl. 19–23. Auf den Fotokopien sind auf einem Blatt immer zwei Seiten des Originals wiedergegeben, allerdings nicht in der richtigen Reihenfolge.

Meines Wissens ist Annelies Laschitzka bisher die einzige Historikerin, die diesen Brief und weitere aus dem Jahre 1919 von M. Jacob in Bezug auf das Thema des geistigen Nachlasses von Rosa Luxemburg – unter Zitierung von kurzen Passagen – ausgewertet hat. (Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart. In: BzG. 33.Jg.[1991]. Nr. 4. S. 435–452.)

62 Unter Ort und Datum steht in einer anderen Handschrift »M. Jacob«.

63 Gemeint ist M. Jacobs Haft im Januar 1919.

Mädchen bekam »mein Zimmer« in Südende und genoß das Glück als frei und unabhängig bei Rosa sein zu dürfen. Es wäre für mich auch noch Platz genug gewesen, und Rosa bat mich oft vergebens, zu ihr zu kommen. O wie ich das jetzt büßen muß! Aber meine Nerven waren so überreizt, daß ich Grund zu haben glaubte, die Nächte durchzuweinen⁶⁴ und dabei arbeitete ich tagsüber von 9 früh bis nachts um 12 Uhr, auch wohl mal länger. Als Rosa dann außerhalb des Hauses war, war ich natürlich wieder zur Stelle, um ihr die paar persönlichen Bequemlichkeiten zu verschaffen. Am Sonntag abend sprach ich sie zufällig eine knappe halbe Stunde allein, und ich mußte ihr sagen, wie leid mir alle meine Dummheiten täten. Rosa lachte ihr silberhelles Lachen und sagte, es sei gut, sich stets alles zu sagen, sie hätte nach Hanses [Diefenbach] Tod auch noch allerlei auf dem Herzen gehabt. Dann/ [S. 3:] nahm ich besonders zärtlichen Abschied von ihr. Am Montag früh wurde ich widerrechtlich durch einen Zufall aus der Pogromstimmung heraus verhaftet, und ich habe Rosa nicht mehr gesehen. Seitdem habe ich fast nichts gegessen, und mein Kopf ist so wüst und leer, daß er im Moment nicht einmal mehr begreift, daß Rosa nicht mehr auf der Welt ist. Auch die entsetzliche Art des Todes und der ganze Schurkenstreich, den man noch dem geliebten Körper angetan hat, ist so furchtbar, daß ich ihn plötzlich nicht mehr fassen kann. Ich weiß nur, daß er jeden Nerv in mir zur Rache anfeuert, auch weiß ich, daß die Geschichte selbst diese Greuelthaten der Ebert-Scheidemann rächen wird, nur weiß ich auch leider, daß diese Rache weiter über die Leichen unserer Besten schreiten wird.

Vorhin war Frau Dr. Müller [L. Jogiches]⁶⁵ bei mir. Ich ging ihren lieben Brief vom 18.⁶⁶ mit ihr durch. Im einzelnen werden alle Anfragen noch beantwortet werden. Die arme Frau [Frau Dr. Müller = L. Jogiches]

64 Siehe Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden. S. 494, 495 Anm.122, S. 497 Forts. von Anm.126.

65 Wegen der Verfolgungen der Mitglieder der jungen KPD geht M. Jacob wieder zum Gebrauch von Decknamen über.

66 Siehe: SAPMO-BArch. NY 4005. Nr. 79. Bl. 1-4, 9-16. Auch abgedruckt in: Clara Zetkin. Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. II. Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923. Berlin 1960. S. 71-74.

ist so verzweifelt, und mein armer Kopf/ [S. 4:] ist so dumm, daß ich jetzt nur wahllos zu Papier bringe, was ich gerade empfinde, nur um an Sie zu schreiben.

Morgen – Sonnabend – ist die Beerdigung der Opfer. Für Rosa steht neben Karl ein leerer Sarg. All das erfuhr ich erst durch Frau Dr. Müller. Wir beide wollen morgen zusammen gehen. Wir sind gute Freunde, und ich habe mir geschworen, mir diese Freundschaft täglich aufs Neue zu verdienen. Jetzt, wo ich nichts mehr für Rosa tun kann, will ich auch versuchen, mir in der Organisation einen Platz zu schaffen. Der Weg der Politik ist ein dornenvoller, und die Menschen, mit denen ich arbeiten muß, widern mich oft an. Ich sage mir dann stets, die Menschen sind ja nur so, weil sie die Verhältnisse so machen, folglich ist es eine heilige Pflicht, diese Verhältnisse zu bessern.

Wir hoffen, daß der literarische Nachlaß von Rosa herausgegeben werden kann. In Rosas Wohnung sollen zwar die Truppen arg/ [S. 5:] gehaust haben. Hoffentlich kann man den Nachlaß retten, Kurt [Rosenfeld]⁶⁷ wird wohl die Sache machen⁶⁸, und ich lasse mir nicht nehmen, alle meine Kraft für die Sache einzusetzen. Bitte stellen auch Sie alles zusammen, was Sie haben, Aufsätze aus der L.V. [Leipziger Volkszeitung] usw. usw. Ich glaube, fast alle Artikel aus der kurz vor dem Kriege von Rosa, Karski und Mehring herausgegebenen [Sozialdemokratischen] Korrespondenz zu haben. Dann will ich versuchen, Rosas Haft von der Barnimstraße ab bis zur Entlassung aus Breslau zu schildern mit den dazugehörigen Briefen resp. [respektive] eines Teils derselben.⁶⁹ Frau Dr. Müller will versuchen, durch Paula⁷⁰ Rosas Biographie schreiben zu

67 Dr. Kurt Rosenfeld (1877–1943), Rechtsanwalt, SPD, USPD, 1914 Verteidiger Rosa Luxemburgs, 1918/19 preußischer Justizminister, Reichstagsabgeordneter (1920–1932) der USPD bzw. der SPD.

68 Hier befindet sich die von Mathilde Jacob vorgenommene Markierung »xx«. Die dazugehörige Anmerkung von M. Jacob befindet sich auf Seite 9 ihres Schreibens, und zwar ganz am Schluss noch unterhalb ihrer Unterschrift.

69 Hier liegt der Ursprung für Mathilde Jacobs Erinnerungsbericht »Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914–1919« (siehe oben Anm. 7).

70 Höchstwahrscheinlich Paul Levi.

lassen. Mehring wäre berufen dazu, aber ihn wird uns der unerbittliche Tod in diesen Tagen rauben.⁷¹

Rosa übersetzte – um Geld zu verdienen, das sie ja nicht mehr gebrauchen kann – Kerolenko [Korolenko],/ [S. 6:] »Die Geschichte meines Zeitgenossen«. ⁷² Hierzu hat Rosa aus eigenem eine Einleitung gegeben, die ihr mindestens die Bewunderung aller Gebildeten sichert. Diese Einleitung ist ganz Rosa. Ich will dafür sorgen, daß der Verlag Paul Cassirer morgen ein Exemplar an Sie absendet.

Dann hat Rosa ihre »Antikritik«⁷³ fix und fertig, die während des Krieges keinen Verleger gefunden hat. Sie wollte einen zweiten Teil der Junius-Broschüre⁷⁴ herausgeben, im Geiste hatte sie die Disposition hierzu erschaffen. Alle Gefängnisarbeiten liegen noch in der Kiste, die ich noch aus Breslau erwarte. Ich hoffe, daß sie ankommen wird, und dann nehme ich sie natürlich unter meinen Schutz.

Ich hoffe, daß wir alles tun können, was wir uns vornehmen. Aber jetzt lebt man, oder man kann auch schon in der nächsten Stunde nicht mehr leben. Spartakus spielt die Rolle der gehetzten Juden in den Ritual-

71 Der fast 73jährige Franz Mehring war zur Zeit der Ermordung R. Luxemburgs und K. Liebknechts schwer krank. Durch die Aufregungen, die der Mord an seinen politischen und persönlichen Freunden bei ihm hervorriefen, verschlimmerte sich sein Gesundheitszustand sehr schnell, und er starb am 29.1.1919.

72 Die falsche Schreibweise »Kerolenko« so im Brief M. Jacobs. Wladimir Korolenko: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Aus dem Russischen übersetzt und mit einer Einleitung versehen von Rosa Luxemburg. Berlin [1919].

73 Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik. Leipzig 1921.

74 Junius (d. i. Rosa Luxemburg): Die Krise der Sozialdemokratie. Zürich 1916. Zunächst im Kriege wegen des Belagerungszustandes illegal gedruckte Broschüre gegen die Kriegskreditbewilligungs- und Burgfriedenspolitik der sozialdemokratischen Parteimehrheit. Deshalb konnte nur ein Pseudonym für den Namen der Verfasserin genommen werden. Der Druckort ist aus Gründen der Konspiration ebenfalls falsch angegeben. Auch in verschiedenen späteren Ausgaben und in Sammelwerken, z. B.: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd.4. August 1914 bis Januar 1919. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Redaktion unter Leitung von Günter Radczun. Berlin 1974. (5. Aufl. 1990). S. 51f.

/ [S. 7:] mordmärchen. Und die Bevölkerung Berlins lebt in einem Hexenkessel, wo Ebert-Scheidemann die Rolle des Satans mit unerhörtem Erfolg spielt. Der Teufel wird mit Beelzebub ausgetrieben werden, aber die Jagd geht über unsere Leichen.

Nur nebenbei: Bei den Haussuchungen wird hier unerhört gestohlen und in abenteuerlichster Weise. Auch bei mir haben sie alles Geld gestohlen, das ich besitze, so daß ich das Geld an Sie leider erst in den nächsten Tagen absenden kann. Die Sendung ist übrigens noch nicht angekommen. –

Ob die Frau des Dichters kommen soll, will Frau Müller mit C..... überlegen. Sie wagt ihr das Opfer nicht aufzubürden.⁷⁵ Darüber schreiben wir noch.

Die arme Sonja [Liebknecht, Frau von Karl Liebknecht] tut mir natürlich sehr, sehr leid. Ich habe sie aufrichtig gern. Nur schätze ich Karl [Liebknecht] seid [seit] langem nicht mehr, bitte,/[S. 8:] er steht nicht neben Rosa. Neben Rosa steht niemand, es sei denn Frau Dr. Müller und auch diese blickt bewundernd zu Rosa auf, ohne sie je erreicht zu haben, verzweifelt, daß sie nicht zu ersetzen ist.

Mein Haß gegen Karl [Liebknecht] ist begründet. Er [Es] ist bei mir Gefühlssache, aber mein Gefühl hat mich bei meiner politischen Unreife noch nicht betrogen. Es hassen ihn unsere Besten.⁷⁶ All das werden sie sofort mündlich verstehen, so sind Sie wohl darüber nicht im Bilde.

75 Jogiches [Frau Müller] will mit Costia Zetkin, dem Sohn Clara Zetkins [C.....] beraten, ob Clara Zetkin [die Frau des Dichters], trotz ihrer Krankheit nach Berlin kommen kann und soll. Konstantin (Kostia, Costia) Zetkin (1885–1980), Arzt, Freund Rosa Luxemburgs.

76 Karl Liebknecht hatte zu Beginn des Januaraufstandes in Berlin eine Erklärung über die Regierungsübernahme durch einen Revolutionärausschuss als Mitglied der neuen Regierung unterschrieben. Die Mehrheit der KPD-Zentrale lehnte diese Politik ab. (Paul Levi, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis. In: Leipziger Volkszeitung. 30. Jg. (1929). Nr. 12. 15.1.1929.) Ein weiterer Vorwurf M. Jacobs bezieht sich darauf, dass – trotz der Bitten M. Jacobs – K. Liebknecht, der nach dem Einmarsch der Freikorps-truppen in Berlin im Januar 1919 wie die meisten anderen bekannten KPD-Mitglieder verborgen leben musste, in den letzten Tagen vor seiner Ermor-

Daß Rosa Ihnen noch geantwortet hatte,⁷⁷ weiß ich. Ihren so berechtigten Schrei vom 13.⁷⁸ konnte ich nicht mehr übermitteln. Wir haben alle fahrlässig gehandelt, von der Schuld können wir uns nicht frei machen. Und Frau Dr. Müller [L. Jogiches] war just nicht da. Also hat sich das Schicksal vollzogen.

Gute Nacht, liebe, sehr verehrte Frau Zetkin. Ich weiß nicht, was ich geschrieben habe, aber ich wollte gern schreiben, es war mir ein/ [S. 9:] Bedürfnis. Ich danke Ihnen herzlichst für Ihre Freundschaft. Es ist so viel für mich, daß Sie sie mir geben. Ich erwidere sie Ihnen mit vollem Herzen und von ganzem Herzen. Geistig stehe ich so weit unter Ihnen, daß ich Ihnen da leider nichts bieten kann.

Bitte drücken Sie auch Costia die Hand von mir, obgleich ich ihn nicht kenne. Unsere Liebe zu Rosa aber verbindet uns ja alle.

Ihre
Ihnen sehr ergebene
Mathilde Jacob

xx ich meine nur die formalen juristischen Schritte, die er unternehmen soll.⁷⁹

dung sich nicht getrennt von Rosa Luxemburg ein anderes konspiratives Quartier nehmen wollte, weil er laufende Beratungen mit R. Luxemburg und anderen – unvorsichtigerweise die illegalen Wohnungen besuchenden – führenden Kommunisten für unbedingt erforderlich hielt. (Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden. S. 496, 498 Anm. 129.)

77 Rosa Luxemburgs an Clara Zetkin, 11. Januar 1919. In: GB. 5. S. 426f.

78 Mit Auslassungen abgedruckt in: Luise Dornemann: Clara. Zetkin. Leben und Wirken. 7. Aufl. Berlin 1979. S. 350.

79 Nach der von M. Jacob geschriebenen Anmerkung, die sich auf S. 5 des Briefes bezieht und noch unterhalb der Unterschrift steht, ist der Brief beendet.

*Brief Mathilde Jacobs an Clara Zetkin vom 12.3.1919*⁸⁰

[Berlin] »12. März 1919⁸¹

Clara, liebe, verehrte Freundin,
ich erhielt heute Ihr Telegramm, mein Eilbrief an Costia, der die traurige Antwort enthielt, war bereits am Abend vorher abgegangen. Es ist wieder ein ganz brutaler Mord. Für mich ist Rosa jetzt erst wirklich nicht mehr da, Leo erschien mir stets so zu Rosa gehörig, daß ich mit ihm wie mit Rosa zu leben wähnte. Ich bin merkwürdig ruhig und ich habe wenig Zeit, mich vom Schmerz überwältigen zu lassen. -

Die Leiche ist von der Militärbehörde noch nicht frei gegeben. Sobald dies geschehen, läßt Theo[dor Liebknecht]⁸² sie obduzieren, dann lassen wir die sterblichen Überreste Leos in einen Sarg legen und diesen begraben. Ich hoffe, man wird auf dem Friedrichsfelder Friedhof einen Platz neben den 32 Toten [des Januaraufstandes 1919] oder neben Singer-Liebknecht bekommen. Theo will für alles sorgen, nur verschleppt er ein/ [S. 2:] wenig, aber es kommt ja auf 1, 2 Tage mehr oder weniger auch nicht mehr an. Ich will morgen den Chorgesang bestellen und alles, was sonst nötig ist.

Nun muß doch jemand ein Paar Worte am Grabe sprechen. Paul [Levi] ist nicht da, er ist verreist – Gott sei Dank! Auch August [Thalheimer] erholt sich. Leo wurde aus seiner Wohnung geholt, Sie wissen, es war nichts mit ihm zu machen.⁸³ Und doch habe ich den Gedanken, er

80 SAPMO-BArch. NY 4005. Nr. 79. Bl. 61f. Annelies Laschitza nutzt (auch) diesen Brief für ihr Thema des Umganges – hier der Sicherung – von R. Luxemburgs geistigem Erbe und zitiert aus diesem Brief zwei Sätze. (Annelies Laschitza: Umgang mit Luxemburg. S. 440f.)

81 Unter dem Datum steht in einer anderen Handschrift: M. Jacob.

82 Dr. Theodor Liebknecht (1870–1948), Rechtsanwalt, Bruder von Karl Lieb-
knecht, SPD, USPD, 1921 preußischer Landtagsabgeordneter der USPD.

83 Trotz aller Bitten von M. Jacob blieb L. Jogiches in seiner der Polizei bekann-
ten Wohnung in Berlin-Neukölln. (Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg. S.
499f.)

gehörte so ganz zu Rosa, daß er ihr auch im Tode schnell nachfolgen mußte.

Ach so, die Grabrede, ich weiß so wenig von Leo, ich kam wie bei Rosa nie zu persönlicher Unterhaltung. Ich kann nur sein Wirken der letzten Jahre schildern. Könnten Sie nicht *sofort* über Leos Leben uns Details geben? Ich bat Theo am Grabe einige Worte zu sprechen. Er will es tun, bittet aber um Angaben. Wenn Sie sogleich antworten, so wird ihre Nachricht uns noch erreichen.

Regine⁸⁴ ist auch verhaftet, wie mir Theo sagte.

All Ihre Wünsche, die für Leo bestimmt waren, konnte ich noch nicht weitergeben. Benutzen Sie die freie Zeit, um sich zu erholen. Ich bitte Sie sehr darum. Ich drücke Ihnen fest die Hand.

Ihre

M. Jacob

84 Regina Ruben (1858-?), Lehrerin an einer Höheren Töchterschule, Hauslehrerin, Referentin, Übersetzerin, SPD, Spartakusgruppe in Berlin-Schöneberg, USPD, ab 1919 KPD, keine weiteren biographischen Daten bekannt.

10. Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe (1914-1919)¹

Die Persönlichkeit Clara Zetkins ist in einigen Biographien – insbesondere im Vergleich zu Rosa Luxemburg – von den Historikern mit negativen Attributen versehen worden. So schreibt Peter Nettle in seiner Rosa Luxemburg Biographie von den »geistigen Grenzen Zetkins, deren politische Urteile emotional gefärbt und oft geradezu sentimental waren«.² Die Clara Zetkin Biographin Tânia Puschnerat bezeichnet sie als »marxistische Theoretikerin epigonalen Ranges«, die »trotz ihrer exponierten Positionen und ihres hohen Kaderranges ... im Unterschied zu Rosa Luxemburg und Karl Kautsky jedoch eher den Durchschnittstypus der linken Politikerin, den der Basis näheren Parteisolddaten (repräsentierte)«.³ Demgegenüber hat Gilbert Badia wohl die ausgewogenste und differenzierteste Charakterisierung Clara Zetkins geliefert, indem er u. a. sowohl die eigenständige, entschiedene, prinzipientreue Haltung wie auch die argumentative, Dialog bereite, in schwierigen Situationen den politischen Diskurs mit den politischen Freundinnen und Freunden suchende Vorgehensweise herausgestellt hat.⁴ Diese Beurteilung Badias

- 1 Überarbeitete Fassung eines Referates, gehalten am 6. Juli 2007 auf dem Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung anlässlich des 150. Geburtstages Clara Zetkins in Berlin. Veröffentlicht in ähnlicher Fassung in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Berlin 2008. S. 79–85.
- 2 Peter Nettle: Rosa Luxemburg. Köln / Berlin 1965. S. 443.
- 3 Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Ein Biographie. Essen 2003.
- 4 Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin 1994. S. 289.

bestätigt sich, wenn man anhand einiger ihrer Briefe untersucht, auf welche Art und Weise sie in dem sich um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Leo Jogiches gebildeten politischen Freundeskreiskreis, ab April 1915 Gruppe Internationale, ab Mitte 1916 Spartakusgruppe genannt, mitwirkte und Einfluss auszuüben versuchte.

Als die Gruppierung um Rosa Luxemburg am Abend des 4. August 1914 ca. 300 Telegramme an linke Funktionäre schickte mit der Bitte, einer Protesterklärung gegen die Kriegskreditbewilligung durch die SPD-Reichstagsfraktion zuzustimmen, lehnte Clara Zetkin nach Beratung mit den linken Stuttgarter SPD-Funktionären Friedrich Westmeyer und Artur Crispian dies in einem Brief vom 5. August ab. Interessant ist ihr Hauptargument: »Wir müssen uns den breitesten Zusammenhang mit den Massen sichern. In der gegebenen Situation erscheint der Protest mehr als beau geste [schöne Geste] der Persönlichkeit wie als politische Aktion ... Es ist berechtigt und schön zu sagen: alles verloren, außer der Ehre. Wenn ich meinem Empfinden folgen wollte, so hätte ich mit tausend Freuden ein Ja telegraphiert. Aber wir müssen jetzt mehr als je kühl denken und handeln.«⁵

Trotz der Veröffentlichung dieses Briefes durch Jürgen Kuczynski im Jahre 1957 wird diese Stellungnahme Zetkins sowohl in den Biographien über Rosa Luxemburg von Peter Nettel (1967) und von Annelies Laschitzka (1996) nicht erwähnt, sondern der Bericht von Hugo Eberlein mit der irrtümlichen Angabe wiedergegeben, Clara Zetkin hätte als einzige Angeschriebene ihre Zustimmung zur Protesterklärung geschickt. In den Clara Zetkin Biographien wird das Schreiben vom 5. August 1914 nicht nur von Luise Dornemann,⁶ sondern erstaunlicherweise auch von Badia und Puschnerat vollständig übergangen, obwohl Zetkins Brief außer bei Kuczynski auch in Darstellungen zur Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg von Fritz Klein (1968) bzw. zur Vor- und Gründungsge-

5 Clara Zetkin an Rosa Luxemburg und Franz Mehring, 5. August 1914. In: Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse. Berlin 1957. S. 97f., Zitat: S. 98.

6 Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken. Berlin 1979.

schichte der KPD von Heinz Wohlgemuth (1968) zitiert bzw. erwähnt wird.⁷

Hatte sich Clara Zetkin einer Mitwirkung an der ersten Protestaktion des Rosa-Luxemburg-Kreises noch enthalten, so beteiligte sie sich in den folgenden ersten Kriegsmonaten bei zwei öffentlichen Aktivitäten des Luxemburg-Kreises: Mitte September 1914 an einer gemeinsamen Erklärung in sozialistischen Zeitungen des neutralen Auslandes, unterzeichnet von R. Luxemburg, K. Liebknecht, F. Mehring sowie Zetkin, und Ende Dezember 1914 an getrennten Schreiben dieser vier Linken zum Jahreswechsel an die englische Parteizeitung »Labour Leader«, jeweils mit einer – wegen des Belagerungszustandes vorsichtig formulierten - Distanzierung von der Politik der SPD-Parteiführung.⁸

Vor allem nutzte Clara Zetkin ihre Positionen als Chefredakteurin der »Gleichheit« und als Sekretärin des Frauensekretariats der Sozialistischen Internationale für eine Propagierung der linken Positionen. Trotz der in Stuttgart besonders streng gehandhabten Zensur agitierte sie in der »Gleichheit« gegen die Burgfriedenspolitik der SPD-Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes und organisierte unter den schwierigen Kriegsbedingungen trotz des Widerstandes der Parteiführungen eine internationale sozialistische Frauenkonferenz. Die ca. 30 Sozialistinnen aus Deutschland, Frankreich, England, Italien, den Niederlanden, Polen, Russland und der Schweiz verabschiedeten auf der Tagung in Bern vom 26. bis 28. März 1915 nach teils kontroverser Debatte eine Erklärung zur Lage in der internationalen Arbeiterbewegung auf der Basis der Vorkriegsbeschlüsse der Sozialistischen Internationale sowie ein Friedensmanifest.⁹ Damit war Dank der Initiative Clara Zetkins zum ersten Mal

7 Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd. 1. Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Berlin 1968. S. 460; Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1914 bis 1918. Überblick. Berlin 1968. S. 48.

8 DuM. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917. S. 31, 77–84.

9 Gilbert Badia: Clara Zetkin. S. 141–145; Einzelheiten zur Berner Konferenz siehe: Eckhard Müller: Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz im März 1915 in Bern. In: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit.

nach Kriegsausbruch ein internationales Treffen der Sozialdemokratie zustande gekommen, das auch Vertreterinnen der sich bekämpfenden Staaten einschloss, die sich zu einem gemeinsamen Bekenntnis zur Politik der Sozialistischen Internationale zusammen fanden und einen an alle Arbeiterinnen der kriegsführenden Staaten gerichteten Friedensappell beschlossen.

In der bisherigen Forschung nicht erwähnt wurde ihre Rolle als »Mutmacherin« für die Führung des Luxemburg-Kreises, z. B. im März 1915, als von dieser Gruppierung die Vorbereitung für die linksradikale theoretische Zeitschrift »Die Internationale« schon weit gediehen, aber durch die Einberufung Liebknechts als Armierungssoldat am 7. Februar und die Verhaftung Luxemburgs am 18. Februar 1915 stark beeinträchtigt worden war. Wie Zetkin am 13. März 1915 an Robert Grimm, den Redakteur der linken »Berliner Tagwacht« schrieb,¹⁰ nahm sie trotz Krankheit auf ihrem Weg nach Holland den Umweg über Berlin. »Es erwies sich, dass meine Anwesenheit in B[erlin] sehr nützlich war. Einmal, um genaue Information zu erhalten, dann, um das Bedrücktsein schneller zu überwinden. Ich vertrat die Auffassung, dass wir durch R[osa]s Verhaftung keinen unserer Pläne zerschmettern lassen durften. Gewiss wird ohne Rosa vieles weniger glänzend und schneidig sein, jedoch die Hauptsache bleibt, dass es gemacht wird. Unsere Losung muss sein: Nun erst recht! Besonders für Franz [Mehring] tat solche Entschlossenheit gut. Er hielt schon die ganze Zeitschrift [Die Internationale] für verloren.«

Zetkin informierte Grimm, dass am 14. März eine Konferenz der Opposition in Berlin zur Errichtung einer »Zentralstelle zur raschen und zuverlässigen Information« stattfinden solle, um »einen inneren Zusammenhalt zwischen den Genossen der verschiedenen Bezirke herbeizuführen, bei Vermeidung des Scheins, dass eine Sonderorganisation bestünde ... weil die Massen eine solche Zersplitterung nicht verstehen werden.« Dabei setzte sich Zetkin für eine programmatische Zusam-

Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin. Berlin 2008. S. 54–71.

10 IISG. Amsterdam. Sammlung Robert Grimm. Supplement I. Mappe N-Z, unpubl. Dieser Brief liegt meines Wissens bisher nicht gedruckt vor.

menfassung der Opposition ein mit einem einzigen Programmpunkt: »kämpfen für den Frieden, um die Kräfte des Proletariats wieder für den internationalen Klassenkampf frei zu setzen.«

Die Opposition in solchen Städten und Regionen wie Dresden, Hamburg, Niederrhein mit Düsseldorf dränge auf eine Zusammenfassung der Kräfte. Auch in Berlin wachse die Opposition in den Wahlkreisorganisationen. Zetkin lehnte unklare Positionen ab. »Es darf keine Verkleisterung und Vertuschung geben, wie sie so manches sanftlebende Fleisch gern hätte.«

Dieser Brief zeigt, wie Clara Zetkin, zu einer Zeit, als ihre Kräfte dazu noch reichten, schnell und situationsgerecht die Initiative ergreift, wie sie realistisch, entschieden und zugleich prinzipientreu die Lage beurteilt und entsprechend politisch handelt.

Obwohl Clara Zetkin im weit entfernten Stuttgart wohnte und arbeitete, hatte sie häufige briefliche und persönliche Kontakte zu ihrer Freundin Rosa Luxemburg und zu den weiteren engeren Gesinnungsgenossen dieses Kreises in Berlin, wohnte bei ihren Aufenthalten in der Reichshauptstadt bei Parteisitzungen (hauptsächlich der Kontrollkommission) stets bei Rosa, wie diese sie auch mehrfach in Stuttgart besuchte. Zuletzt besuchte Clara im Mai 1915 zusammen mit Mathilde Jacob Rosa im Berliner Gefängnis. Anfang Juni 1916 konnten sich die beiden Freundinnen bei einem mehrtägigen Besuch Rosas in Stuttgart zum letzten Mal persönlich austauschen.

Ab Ende Juli 1915 war Clara Zetkin für 2 ½ Monate inhaftiert und danach wegen der daraus resultierenden dauerhaften gesundheitlichen Schwächung in den Folgejahren in ihren Wirkungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt. In den Briefen Rosa Luxemburgs kommt während der Kriegs- und Revolutionszeit wiederholt die starke Besorgnis über den schlechten Gesundheitszustand Clara Zetkins zum Ausdruck.¹¹ Dass dies eine realistische Grundlage hatte, zeigen acht ärztliche Gutachten aus den Jahren 1916 bis 1918 in den Untersuchungsakten des Verfahrens gegen Clara Zetkin u. a., worin immer wieder die Verhand-

11 GB 5. S. 116 (30. April 1916), S. 128 (3. Juli 1916), S. 415 (14. November 1918), S. 419 (24. November 1918).

lungsunfähigkeit Zetkins wegen schwerer gesundheitlicher Beeinträchtigung bescheinigt wird.¹² Reisen nach Berlin waren ihr daher in diesen Jahren bis März 1919 nicht mehr möglich. Nachdem ab Sommer 1916 viele führende Spartakusmitglieder zeitweilig oder sogar bis Kriegsende inhaftiert oder zur Armee eingezogen und die verbleibenden Zentralemitglieder vollständig überlastet waren, kam ein ausführlicher offener politischer Gedankenaustausch mit Clara Zetkin über die nächsten Jahre - zumindest bis Frühjahr 1918, wahrscheinlich aber bis November 1918 - nicht mehr zustande. In ihren Briefen an Mathilde Jacob, die sie in regelmäßigen Schreiben, wegen der Briefzensur meist in einer konspirativen Tarnsprache, über die politische Sicht der Spartakusführung wenigstens andeutungsweise zu informieren versuchte, bat Zetkin immer wieder - vergeblich - um politische Stellungnahmen des Leiters der Spartakusgruppe Leo Jogiches.¹³ Obwohl sie gelegentlich von Helfern und Sympathisanten der Spartakusgruppe aus Berlin wie Sophie Liebknecht, Martha Rosenbaum und Eduard Fuchs besucht wurde, die Botschaften und unzensurierte Briefe vermittelten, fühlte sich Clara Zetkin im starken Maße isoliert.

Doch als sie im Sommer 1917 die Haltung der Spartakusführung zur Boykottierung einer internationalen sozialdemokratischen Friedenskonferenz in Stockholm vollständig missbilligte, nutzte sie die Gelegenheit, durch eine Vertrauensperson ihre Stellungnahme mit einem Schreiben vom 1. Juli 1917 an Franz Mehring nach Berlin mitzuschicken, um damit Einfluss auf die anderen Spartakusführer auszuüben.¹⁴ Sie kritisierte die Haltung der Spartakusführung, an dieser Konferenz auf keinen Fall teilzunehmen. Sie erwarte nichts von den Verhandlungen der Sozialdemokraten verschiedener Länder in der Art der Mehrheitssozialdemokraten bzw. der Unabhängigen. Dennoch hätten die Spartakusdelegierten

12 RGASPI. Moskau. F. 528. Op. 2. D. 360. Bl. 198, 199, 216f., 218, 228, 251, 253; F. 528. Op. 2. D. 362, Bl. 40f., 43.

13 Ottokar Luban: Die »innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen«. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale In: IWK. Jg. 29 (1993). H. 4. S. 434-436.

14 SAPMO-BArch. NY 4005. Nr. 90. Bl. 27-34 (Kopie vom Original), Bl. 21-26 (Klarschrift). Die folgenden Angaben nach der Klarschrift.

eine wichtige Aufgabe. »Unsere Vertreter müssten [...] der Opposition grundsätzliche Klarheit und Wucht geben, ihre Richtung & Ziel festhalten, ihr Rückgrat sein ... Wir müssen klären & vorantreiben, die ›reinliche Scheidung‹ zum inneren Abschluss bringen. Nicht wegen der Führenden oder richtiger: der Geschobenen. Nein, gewiss nicht! Sondern wegen der Massen, die mit den modernen Umlernern oder mit den zahmen Oppositionellen gehen. Lediglich auf die muss es uns ankommen, wenn wir politisch kämpfen & nicht propagieren wollen ... Ich finde unsere [Spartakus-]Freunde begehen den alten Fehler weiter, dem wir unsere bittere Erfahrung & Enttäuschung verdanken. Sie rechnen nicht mit der Psyche der Arbeitermassen, namentlich der deutschen Arbeitermassen, & diese Psyche ist auch ein geschichtlicher Faktor ... Die Ereignisse haben bewiesen, dass der Deutsche das passivste, unpolitischste aller ›sozialen Tiere‹ ist ... Aber gerade weil dem so ist, müssen wir mit einer langsamen, schmerzlichen Aufklärungs- & Erziehungsarbeit rechnen ... Je kleiner noch unsere Zahl & je geringer unsere Mittel, umso notwendiger, dass wir jede Gelegenheit nützen, um zu den Massen zu reden. Ich spreche gern von einer guten, sauberen Tribüne, womöglich rot drapiert, mit Tannengrün geschmückt. Aber der Ort macht nicht das Wort. Wenn es nicht anders sein kann, dann steige ich auf einen Misthaufen und harangiere [Rede halten] die Leute von dort.«¹⁵ Ich finde diese Worte Clara Zetkins sprechen für sich und benötigen keiner Erläuterung. Ob sie darauf eine Antwort erhalten hat, ist nicht bekannt. Aber Jogiches und Luxemburg blieben bei ihrer Haltung, an der »großen« Stockholmer Konferenz nicht teilzunehmen. Da die Konferenz nicht zustande kam, spielte diese Ablehnung nicht die geringste Rolle in der weiteren Diskussion. Dagegen beteiligte sich die Spartakusgruppe Anfang September 1917 mit 2 Delegierten (Käte Duncker und Eduard Fuchs) an der 3. Konferenz der Zimmerwalder Bewegung in Stockholm.

Ihre Eigenständigkeit bewies Clara Zetkin auch in ihrer Haltung zur Politik der bolschewistischen Regierung in Russland. In einer ausführlichen Stellungnahme an eine interne USPD-Reichskonferenz, die am 11. und 12. September 1918 in Berlin stattfand, äußerte sie einerseits ihre

15 Ebenda. Bl. 24–26.

persönliche, subjektive Ablehnung der Repressionspolitik der bolschewistischen Regierung, rechtfertigte aber andererseits die Maßnahmen der bolschewistischen Genossen – auch den »Massenterror« – mit den besonderen Schwierigkeiten im revolutionären Russland.¹⁶ Dagegen lehnten nicht nur Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, sondern auch weitere Mitglieder der Spartakusführung die Anwendung und Propagierung des revolutionären Terrors durch die bolschewistische Regierung ab, wie die Sekretärin der Internationalen Sozialistischen Kommission der Zimmerwalder Bewegung Angelica Balabanova nach einem Besuch in Berlin Mitte Oktober 1918 nach Moskau berichtete.¹⁷

Bei der Frage der Trennung der Spartakusgruppe von der USPD und der Gründung einer linksradikalen Partei spielte für Clara Zetkin nach dem 9. November 1918 nach wie vor die Aufrechterhaltung einer Verbindung zu den Massen die entscheidende Rolle. Im Brief vom 17. November 1918 an Rosa Luxemburg machte sie trotz des ehrlichen Wunsches nach einem intensiven Gedankenaustausch deutlich, dass sie ggf. auch eine Trennung von Rosa Luxemburg und den anderen Spartakusführern hätte in Kauf nehmen müssen, wenn diese sich zu einer sofortigen linksradikalen Parteigründung entschlossen hätten, wie dies August Thalheimer und Fritz Rück ihr irrtümlich gemeldet hatten. Zetkin präziserte gegenüber Luxemburg ihren Standpunkt: »Die Aufgabe der Internationalen [Spartakusgruppe] ist es, die Massen voranzutreiben zu grundsätzlicher Erkenntnis und revolutionärer Kühnheit. Mit der USP[D], soweit diese revolutionär auftritt, ohne sie und gegen sie, wenn sie darauf verzichtet ... Möglich, sogar wahrscheinlich, dass die Trennung unvermeidlich wird. Aber dann sollen wir sie vollziehen unter den Umständen, die unserer Einwirkung auf die Massen am günstigsten sind, Umstände, die die Trennung aus einer Frage mehr oder minder großer

16 Clara Zetkin: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden, und Briefe. Redaktion: Katja Haberkorn. Berlin 1977. S. 75–115, hier: S. 93f., 97f., 101; Bericht des Vertreters der Bolschewiki Stučka über die Konferenz. In: Prawda, Nr. 255. 24.11.1918. S. 1. Sp. 4–7; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1975. S. 41.

17 Siehe Beitrag 2 in diesem Band der »Grünen Reihe«, S. 26ff.

Organisationen zur Sache größerer proletarischer Massen machen würden [...] wir würden uns [im Falle einer sofortigen Trennung] bei unserer notorischen Schwäche an führenden Menschen und Mitteln den Zugang zu den Massen erheblich erschweren ... So bin ich der Ansicht, dass wir mit unbeugsamer grundsätzlicher Kritik zunächst in der USP[D] bleiben.«¹⁸ Charakteristisch für Zetkins Argumentation ist ihre Auffassung, die sich wie ein roter Faden durch alle ihre Briefe zieht, dass von dem jeweiligen politischen Bewusstseinsstand der proletarischen Massen ausgegangen werden muss, dass die Fühlung zu den Massen nicht verloren gehen darf und dass eine wahrscheinlich lang andauernde schwierige Aufklärung und Erziehung zum Sozialismus erforderlich sein wird.

In Bezug auf die Parteigründung teilten Rosa Luxemburg und die Spartakusführung Ende November, Anfang Dezember 1918 noch Clara Zetkins Meinung. Aber kurz vor Weihnachten 1918 entschloss sich die Zentrale des Spartakusbundes - wenn auch halbherzig und noch leicht schwankend - zur Gründung einer eigenen linkssozialistischen Partei. Offensichtlich ist Clara Zetkin über diesen Entschluss nicht vor der Gründungskonferenz informiert worden. Denn der Stuttgarter Teilnehmer des KPD-Gründungsparteitages Jacob Walcher erinnerte sich später: »Sie war mit Rosa und Leo der Meinung, dass die Gründung der KPD erst nach dem USPD-PT. [Parteitag] stattfinden solle. Aus Verärgerung über die Wahl des ungünstigen Zeitpunktes hielt sie sich formal einige Zeit fern. In der Sache war sie natürlich stets mit allen Gn. [Genossen] prinzipiell einig.«¹⁹ Walchers Aussage im letzten Satz muss insofern relativiert werden, als Zetkin in einem Brief von Anfang Januar 1919, der nicht erhalten geblieben ist und sich nur aus Luxemburgs Antwortschreiben vom 11. Januar 1919 erschließt, sowohl den Zeitpunkt

18 Clara Zetkin an Rosa Luxemburg, 17. November 1918. In: Hermann Weber: Zwischen kritischem und bürokratischem Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin. In: Archiv für Sozialgeschichte. XI. Bd. Hannover 1971. S. 433.

19 Jacob Walcher an Karl Bittel, 9. März 1966. In: SAPMO-BArch. NY 4127. Nr. 68. Bl. 269.

wie den Verlauf und die Ergebnisse der Gründungskonferenz schwer kritisiert haben muss.²⁰

Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Januar 1919 ließ diese Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund treten. Doch schloss sich Zetkin nicht der Ende Januar 1919 sich aus Teilen der lokalen USPD neu konstituierenden KPD-Gruppe in Stuttgart an, sondern verblieb in der USPD und wurde auf der Liste dieser Partei in den Landtag von Württemberg gewählt.²¹ Doch bereits am 29. Januar 1919 erklärte sie in eine Brief an Mathilde Jacob, dass sie sich auf dem nächsten USPD-Reichsparteitag von dieser Partei lossagen werde.²² Diesen Entschluss verwirklichte Clara Zetkin Anfang März auf dem Parteitag in Berlin, als sie in einer programmatischen Rede ihre Trennung von der Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie verkündete. Ob – wie verschiedentlich in der Sekundärliteratur ohne Anführung jeglichen Belegs angegeben²³ – dieses zweimonatige Verbleiben in der USPD in Absprache mit Leo Jogiches geschah, der die Führung der KPD nach der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts übernahm, lässt sich aus den vorhandenen zeitgenössischen Quellen nicht belegen, liegt aber durchaus nahe, da Jogiches wie Zetkin die KPD-Gründung für verfrüht hielt.²⁴

20 GB 5. S. 426–427.

21 Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben. Esslingen 1983. S. 200, 208.

22 SAPMO-BArch. NY 4005. Nr.79. Bl. 25 (Klarschrift).

23 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. II. Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923. Berlin 1960. S. XIII (Einleitung); Dieter Engelmann / Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922. Berlin 1993. S. 110; Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. S. 211.

24 Clara Zetkin an Lenin, 25. Januar 1921. In: Ruth Stoljarowa / Peter Schmalfuß (Hrsg.): Briefe Deutscher an Lenin. 1917–1923. Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung im Briefwechsel mit Lenin. Mit einem Anhang. Berlin 1990. S. 213; Einleitung von Hermann Weber. In: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED. Hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber. Berlin 1993. S. 34.

Es ist die Frage, ob Zetkin bei einem Umzug aus Stuttgart nach Berlin, den sie insbesondere nach dem 9. November 1918 mehrfach in Erwägung gezogen hatte, aber wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes nicht realisieren konnte, größeren Einfluss auf die Entscheidungen der Spartakusführung hätte ausüben können, und zwar sowohl in Bezug auf die Haltung zur Politik der Bolschewiki wie auch in der Frage einer linksradikalen Parteigründung. Das aber bleibt Spekulation.

11. Fanny Thomas-Jeziarska (1887–1945).

Von Rosa Luxemburg zu Gramsci, Stalin und August Thalheimer – Stationen einer internationalen Sozialistin

Der Name Fanny Jeziarska taucht in den Editionen der Briefe Rosa Luxemburgs sowie Karl Liebknechts und auch Clara Zetkins mehrmals als Adressatin von Schreiben dieser bekannten Sozialistinnen und Sozialisten auf. Doch enthalten diese Publikationen entweder überhaupt keine oder nur wenige und äußerst unvollständige, teilweise sogar unrichtige biographische Angaben zur Person F. Jeziarskas.¹

Wer war diese Fanny Jeziarska, deren Name – von drei Ausnahmen² abgesehen – im Laufe ihrer politischen Tätigkeit nie in der Öffentlich-

1 GB 5. S. 34, 58, 77, 81, 84, 109, 110, 352, 387, 411 (S.116: höchstwahrscheinlich ist mit Fr. J. Fanny Jeziarska gemeint). Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus, Bd. VIII, August 1914 bis April 1916, Berlin [Ost] 1966 (im folgenden: Karl Liebknecht: Ges. Reden u. Schriften. VIII). S. 332 f.. Tânia Ünlüdag: »Die Tragödie einer Kämpferin für die Arbeiterbewegung«? – Clara Zetkin 1928–1931. Eine ausgewählte Dokumentation. In: IWK. Jg.33 (1997). H.3. S.313–360 (im folgenden: Tânia Ünlüdag: Die Tragödie), hier: S. 348–353.

2 Für die folgenden Bände von Lenins Werken ist F. Jeziarska als eine der beiden Übersetzer angegeben: W. I. Lenin. Die Periode der »Iskra«. 1900–1902. Erster Halbband. Wien / Berlin 1928 (Sämtliche Werke. Bd. IV); W. I. Lenin. Die Periode der »Iskra«. 1900–1902. Zweiter Halbband. Wien / Berlin 1929 (Sämtliche Werke. Bd. IV/2). In der »Internationalen Presse-Korrespondenz«. Jg. 7 (1927) erscheint ihr Name als Verfasserin einiger Artikel (siehe unten, S. 262).

keit auftauchte, die aber mit vielen prominenten Sozialisten und Kommunisten wie Karl Liebknecht, Käthe und Hermann Duncker, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, James Thomas, Clara Zetkin, Angelo Tasca, Antonio Gramsci, Palmiro Togliatti, Jules Humbert-Droz, Dmitri S. Manuilski, Josef W. Stalin, Nikolai Bucharin, Clara Zetkin, Paul Frölich, August Thalheimer und Heinrich Brandler in Kontakt stand? Eine Frau, mit der Clara Zetkin 1931 »in diesen Wochen in Gedanken lange Gespräche« führte und der sie brieflich ihr Herz über ihre eigene schwierige Situation in der kommunistischen Bewegung, über die KPD-Politik und über die allgemeine politische Lage ausschüttete?³

Im Rahmen einer biographischen Skizze soll hier erstmals der ungewöhnliche Lebensweg dieser engagierten Sozialistin nachgezeichnet werden, wobei auf Grund der für einige Zeiträume unvollständigen Quellenlage Lücken bleiben. Der Verfasser hofft, dass dieser biographische Aufsatz den Anstoß für eine umfassende Biographie gibt, in der diese Lücken von einem anderen Wissenschaftler oder von einer anderen Wissenschaftlerin weitgehend geschlossen werden können.

Zwei ganz unterschiedliche Politiker haben ihren persönlichen Eindruck wiedergegeben, den sie von Fanny Jeziarska gewonnen hatten. Zum einen der sozialdemokratische Finanzexperte und Bankier Hugo Simon, zu dessen persönlichen und politischen Freundeskreis vor 1914 und im Ersten Weltkrieg sie gehörte, zum anderen das führende Mitglied der Partito Comunista Italiano (PCI) Giuseppe Berti, der sie als Verbindungsfrau der Komintern zur italienischen KP-Führung in der ersten Hälfte der 1920er Jahre kennen gelernt hatte. »Ohne eigentlich schön zu sein, gewann sie unsere Herzen sofort durch ihre kühne und edle Haltung. Das Bestechendste aber an ihr war ihr helles, fröhliches Lachen, wenn man mit ihr scherzte, und der Ernst und die Sorge in ihrem Gesicht, wenn es sich um das Schicksal ihrer Freunde in Rußland handelte, die inmitten der revolutionären Strömung standen ... Fanja also war Bolschewikin im Gegensatz zu [dem Menschewiken Alexander] Stein. »Er ist ein weicher Stein«, sagte sie einmal zu uns, »aber um den Zarismus zu zertreten, bedarf es harter Steine. Ihr wißt hier nicht,

3 Tânia Ünlüdag: Die Tragödie. S. 348–353, Zitat: S. 351.

ihr könnt es von hier auch nicht verstehen, was Rußland ist und was es für die Welt bedeuten wird, wenn die Revolution einmal siegen wird.« Und daß sie siegen wird, das war ihr fester unerschütterlicher Glaube.« So der sozialdemokratische Politiker Hugo Simon, in der Revolutionszeit 1918/19 für die USPD kurze Zeit als preußischer Finanzminister tätig, in einem 1941 niedergeschriebenen autobiographischen Roman.⁴

Eine ähnlich schwärmerische Beschreibung gibt der italienische Kommunist Giuseppe Berti: »Fanny Jezierska war eine Frau von ungewöhnlichen Fähigkeiten und von einer geschliffenen moralischen Gradlinigkeit. Wer sie gekannt hat, wird einen unvergeßlichen Eindruck behalten.«⁵

Ihr Lebensweg bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Fanny Jezierska wurde am 7. Oktober 1887 als Tochter eines jüdischen Kaufmannes in Grajewo, einer Stadt im Osten des damals von Rußland okkupierten Teils Polens geboren.⁶ Sie wird später immer als Polin

- 4 Maschinenschriftliches Manuskript »Seidenraupen« von Hugo Simon. In: Archiv der Hamburger Arbeitsstelle für Exilliteratur. Universität Hamburg. S. 1133. Es ist bemerkenswert, dass H. Simon der Beschreibung F. Jezierskas (wie auch der russischen Emigrantin Alexandra Kollontai und Alexander Stein) einen ähnlich breiten Raum einräumt wie der von prominenten Zeitgenossen wie Karl Kautsky, Karl Liebknecht, Eduard Fuchs, Rudolf Hilferding, Rudolf Breitscheid, Leo Kestenberg, Paul Cassirer, Harry Graf Keßler u. a.
- 5 I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. Documenti inediti de l'Archivio Angelo Tasca. Curati e presentati da Giuseppe Berti. In: Annali [Feltrinelli Editore Milano]. 8. Jg. (1966). S. 260 (Zwischentext von G. Berti). Für die Übersetzungen aus dem Italienischen danke ich Dott. ssa Carla Migliorati, Rom, und Dr. Gernot Wapler, Berlin. Dank für den Hinweis auf die Materialien betreff die Tätigkeit F. Jezierskas in Italien an Wilfried Dubois, Frankfurt a. M.
- 6 Die folgenden persönlichen und politischen Lebensdaten – soweit nicht anders angegeben – aus:
 - Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin. R 522. Europa. Generalia 82. Nr. 20. Die Sozialdemokratie in Russland. Bd. 1. März 1915 –

bezeichnet oder als von polnischer Herkunft. Aber sprachlich war sie im Russischen und im Deutschen zu Hause. Denn nach ihren eigenen Angaben in der Komintern-Kaderakte von 1925 beherrschte sie die russische und deutsche Sprache in Wort und Schrift, beurteilte dagegen ihre polnischen und französischen Sprachkenntnisse selbst mit »nicht sehr gut«. Höchstwahrscheinlich hat sie – wie viele Kinder aus jüdischen Mittelschichtfamilien im von Russland verwalteten Teil Polens und Litauens – zu Hause auch russisch gesprochen und eine russische Schule besucht.⁷ In der häuslichen Erziehung mögen wie bei Rosa Luxemburg die deutsche Kultur und vor allem die deutsche Literatur eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Eltern – und damit auch F. Jezierska – erlangten nach ihrer Übersiedlung nach Berlin später die preußische Staatsangehörigkeit.

Ihr sozialistisches Engagement, ihre ungewöhnliche Berufswahl – Ingenieurin – und vor allem ihre gesamte eigenständige Haltung haben wohl während ihrer Jugendjahre zu großen Konflikten mit ihren Eltern geführt, wie sie tröstend dem sozialdemokratischen Genossen Hermann Duncker, dessen Tochter Hedwig den Eltern Schwierigkeiten bereitete, einmal schilderte: »[...] sie ist eben in den Flegeljahren, in dieser Zeit kennt man noch keine Rücksichten, man ist nur auf sich bedacht. Gott, was haben meine Eltern durch mich gelitten! Allerdings hatte ich gegen

Oktober 1919, unpubl., Antwort des Polizeipräsidiums Charlottenburg vom 1. August 1916 auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes vom 31. Juli 1916 (dort das Geburtsdatum 28. September 1887 nach dem damals im russischen Bereich verwendeten Julianischen Kalender).

– RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 205. D. 9963. Bl. 1 (Karteikarte der R.K.P.[B]), Bl. 5, 6 (Kaderakte der Komintern). Für die Übersetzung danke ich Alexander Petrusevič, Moskau.

– IISG. Amsterdam. Archivinterne Kurzbiographie nach schriftlich am 21. Mai 1967 gemachten Angaben von Rose Frölich (Freundin von F. Jezierska), diese Kurzbiographie noch weiter verkürzt wiedergegeben in: Jaap Haag and Arie van der Horst (Hrsg.): Guide to the International Archives and Collections at the IISH, Amsterdam. Amsterdam 1999. S.113.

7 Feliks Tych / Ottokar Luban: Die Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki. Ein Kassiber Leo Jogiches' aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht vom 7.9.1918. In: IWK. Jg. 33 (1997). H. 1. S. 99.

ganz anderes zu kämpfen, trotzdem hätte ich viel mehr Verständnis für meine Eltern haben müssen, die mich ja nicht verstehen konnten ... Mein Vater hat heute noch einen Groll gegen mich, gegen den er wohl selber ankämpft, den er aber nicht überwinden kann.« Ganz offensichtlich hatte F. Jezierska nicht den Erwartungen ihrer religiösen jüdischen Eltern entsprochen.⁸

Bis zum Alter von 16 Jahren lebte sie in Polen, anschließend in Frankreich und in der Schweiz. Sie absolvierte das Gymnasium (ob noch in ihrer Heimat oder in der Schweiz, ist nicht bekannt) und ein Polytechnisches Institut in Deutschland, wo sie den Abschluss als Ingenieur der Elektrotechnik mit Spezialkenntnissen in der Radiotechnik erlangte,⁹ für eine Frau in jener Zeit eine ungewöhnliche Ausbildung und Berufswahl. Auch die Bakteriologie fand ihr Interesse, doch schloss sie diese letzteren Studien nicht ab. Möglicherweise kam ihr hierbei der Ausbruch des Krieges dazwischen.

Spätestens 1909 muss sie in Deutschland gewesen sein, weil sie dieses Jahr als Beginn ihrer Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nennt. In einem Polizeibericht von 1916 wird sie als »überzeugte Sozialdemokratin« bezeichnet.¹⁰ Von 1905 bis 1909 war sie nach eigenen Angaben in ihrer 1925 ausgefüllten Komintern-Kaderakte Mitglied der Sozialrevolutionären Partei Russlands. In der russischen Emigrantenszene in Berlin arbeitete sie vor 1914, wie der russophile sozialdemokratische Bankier Hugo Simon sich noch 1941 erinnerte, offensichtlich mit den russischen Emigranten Alexandra Kollontai und Alexander Stein zusammen.¹¹ Und sie engagierte sich, wie zwei erhalten gebliebene Briefe von ihr bezeugen, als Sekretärin für den »Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands«. Der in dieser Organisation mitwirkende Karl Liebknecht war ihr dabei mit einer

8 Fanny Jezierska an Hermann Duncker, 2. August 1916. In: SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 171. Bl. 97. Ihre Schwester Sophie, die Ärztin wurde, pflegte in ihrer späteren Familie die religiösen jüdischen Gebräuche (siehe unten, S. 282).

9 Fanny Thomas-Jezierska an Käte Duncker, 21. August 1941. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 261. Bl. 76 (Erwähnung der Spezialisierung auf Radiotechnik).

10 Siehe Anm. 6, 1. Spiegelstrich.

11 Hugo Simon: Seidenraupen. S. 1127f., 1133.

Empfehlung für ihr Anliegen behilflich.¹² Die Arbeit für den Hilfsverein, der ein Sammelbecken von Humanisten unterschiedlicher politischer Ausrichtung von Sozialdemokraten bis zu bürgerlichen Gelehrten und Schriftstellern darstellte, muss ihr noch eine Menge weiterer Kontakte verschafft haben. Ein Teil dieses Personenkreises einschließlich Fanny Jeziarska fand sich bald nach Beginn des Weltkrieges in einer linkspazifistischen Gruppierung wieder zusammen, die in der ersten Weltkriegshälfte bis zu ihrem Verbot als Bund »Neues Vaterland« organisiert war.¹³

Die Jahre des Ersten Weltkrieges

Seit 1914 war Fanny Jeziarska beruflich tätig und arbeitete als Ingenieurin für Elektrotechnik bei der Firma AEG Telefunken. Ihr ansehnlicher monatlicher Verdienst betrug 500 Mark.¹⁴ Obwohl sie ein ausgesprochen geselliger Mensch war, musste sie wegen Arbeitsüberlastung im Verlaufe des Krieges zeitweilig – jedenfalls ist dies für Ende 1916 bis Sommer 1917 überliefert – einige ihrer vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Verbindungen vernachlässigen.¹⁵ Mit der Aufnahme einer Be-

12 Abschriften der Briefe Fanny Jeziarskas vom 27. Mai 1914 und 27. April 1914 im Namen des Hilfsvereins an unbekannt (wahrscheinlich an eine Gewerkschaftsinstanz) wegen Druckschriftenzusendung, in: LA Berlin. Ernst-Reuter-Archiv. Mikrofilm 170/7, 170/9.

13 Helmut Trotnow: Karl Liebknecht und der »Deutsche Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands«. In: IWK. 12. Jg. (1976). H. 3. S. 353–368; Ottokar Luban: Ergänzungen zum Aufsatz von Hanna Papanek. In: IWK. 30. Jg. (1994). H. 4. S. 659f. (Rubrik Wissenschaftliche Mitteilungen); Erwin Gülzow: Der Bund »Neues Vaterland«. Probleme der bürgerlich-pazifistischen Demokratie im ersten Weltkrieg (1914–1918). [Phil.] Diss. Sektion Geschichte der Humboldt Universität Berlin 1969.

14 Siehe Anm.6: Angaben in der Kaderakte und bei Rose Frölich.

15 Hermann Duncker an Käte Duncker, 28. November 1916 und 14. Februar 1917. In: SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 136. Bl. 181, NY 4445/137. Bl. 120; Fanny Jeziarska an Hermann Duncker, 2. August 1916, 21. April 1917 und 11./ 15. August 1917. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 171. Bl. 98, 114, 120.

schäftigung in der russischen Botschaft im Frühjahr 1918¹⁶ konnte sie sowohl im Rahmen dieser neuen beruflichen Tätigkeit als auch in ihrer Freizeit wieder stärker politisch aktiv werden.

Mit den führenden Angehörigen der linksradikalen Gruppierung um Rosa Luxemburg war F. Jeziarska politisch und persönlich eng verbunden, wie aus den umfangreichen, die Jahre 1915 bis 1918 umfassenden – teils veröffentlichten, teils unveröffentlichten – Korrespondenzen der leitenden Mitglieder dieses Kreises hervorgeht. Diese Gruppierung nannte sich nach ihrer Zeitschrift »Die Internationale« ab Frühjahr 1915 Gruppe »Internationale«, und ab 1916 bürgerte sich für sie nach der illegalen Flugschrift »Spartakus« der Name »Spartakusgruppe« ein. Ziel des Kreises um Rosa Luxemburg war – entsprechend den Beschlüssen der Kongresse der Sozialistischen Internationale – die Propagierung und Initiierung von Massenaktionen gegen den Krieg mit dem Fernziel einer revolutionären Eroberung der Macht durch das Proletariat, was von den Strafverfolgungsbehörden als versuchter Landesverrat gewertet und mit entsprechend hohen Strafen belegt wurde.

Eine direkte Verbindung zu Rosa Luxemburg geht aus deren publizierten Briefen hervor. In vier Fällen erscheint F. Jeziarska als Adressatin, und in sieben weiteren Schreiben wird ihr Name erwähnt. R. Luxemburg bedankte sich für Blumen, Bücher, Süßigkeiten und einen Besuch sowie auch für von F. Jeziarska übermittelte Nachrichten aus Rußland bzw. aus Warschau (von R. Luxemburgs Schwester) und kündigte die Einladung zu einem weiteren persönlichen Treffen an. Dafür wollte sich die bekannte Publizistin und Agitatorin auf jeden Fall ausreichend Zeit reservieren.¹⁷ Zum engeren Kreis um Rosa Luxemburg muß F. Jeziarska schon in der ersten Zeit des Weltkrieges gehört haben, wie einem Brief R. Luxemburgs an Mathilde Jacob vom 5. Mai 1915 zu entnehmen ist: F. Jeziarska kam demnach genauso wie der zur Führung der Gruppe gehörende Leo Jogiches für die Betreuung Clara Zetkins bei deren Aufenthalt in Berlin in Frage, aber sie »sind beide beschäftigt«,

16 Hermann Duncker an Hedwig Duncker, 5. Juni 1918. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 155. Bl. 273.

17 GB 5. S. 34, 58, 77, 81, 84, 109, 110, 352, 387, 411.

also aus beruflichen Gründen nicht dafür abkömmlich.¹⁸ Mit M. Jacob, der wichtigsten und beständigsten Assistentin der Spartakusführung für die gesamte illegale Arbeit,¹⁹ hat F. Jezierska schon seit 1915 kontinuierlich in Verbindung gestanden, wie aus mehreren Schreiben R. Luxemburgs²⁰ und vor allem aus einer gemeinsamen Postkarte der beiden Helferinnen vom 14. Oktober 1915 hervorgeht. Hier richteten sowohl Fanny Jezierska wie Mathilde Jacob gemeinsam einige Zeilen an Clara Zetkin mit Glückwünschen zur Freilassung aus der Untersuchungshaft.²¹ Der deutlichste Hinweis auf F. Jezierskas Mitwirkung an der illegalen Arbeit der Spartakusführung findet sich in R. Luxemburgs Brief an M. Jacob vom 18. September 1918, in dem sie der Schreibbüroinhaberin wegen deren Doppelbelastung – Berufstätigkeit und Tätigkeit für die Spartakusgruppe – zu einer Verlängerung ihres Urlaubs mit der Begründung rät: »Frl. J[ezierska] vertritt Sie doch, wie Sie selbst schreiben, in allen schwierigeren Fällen, sie wird es sicher noch eine halbe oder ganze Woche länger tun.«²²

Mit Karl Liebknecht, der als Armierungssoldat an der Ostfront eingesetzt war und mit dem sie schon seit mindestens 1910 bekannt war,²³ führte F. Jezierska zumindest im September und Oktober 1915 einen intensiven Briefwechsel. Liebknecht erhielt mit ihren Briefen Näschereien und Tabak, und er vertraute ihr seine in den kurzen Arbeitspausen zwischen den Schanzarbeiten geschriebenen politischen Manuskripte an, um die Materialien erst einmal sicher aufbewahrt zu wissen. »Ich weiß mir keinen anderen Rat und baue auf Dich.«²⁴

Am längsten freundschaftlich verbunden, und zwar von mindestens 1915 bis 1943, war F. Jezierska mit den führenden Mitgliedern der Rosa-

18 Ebenda. S. 58.

19 Siehe Beitrag 9 dieses Bandes der »Grünen Reihe«: Mathilde Jacob – mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin!

20 Rosa Luxemburg an Mathilde Jacob, 24. September und 16. Oktober 1916. In: GB 5. S. 77, 81.

21 RGASPI. Moskau. F. 528. Op. 1. D. 1061. Bl. 165, Postkarte vom 14.10.1915.

22 GB 5. S.411.

23 Siehe unten, S. 285.

24 Karl Liebknecht an Fanny Jezierska, 18. Oktober 1915. In: Karl Liebknecht: Ges. Reden u. Schriften. VIII. S. 332 f., Zitat: S. 332.

Luxemburg-Gruppe den Eheleuten Käte und Hermann Duncker. Die junge Ingenieurin besuchte die Familie in den Kriegsjahren häufig, brachte ihr – wenn irgendwie möglich – zusätzliche Nahrungsmittel. Zusammen mit Luise Kautsky und der Hausärztin Dr. Laura Turnau wirkte sie im Herbst 1916 an Hilfsaktionen für die durch politische Aktivitäten, Haushaltsarbeiten und Betreuung der drei Kinder überlastete Käte Duncker mit. Briefe, Druckschriften, Zeitungen und kleine Aufmerksamkeiten gingen an Hermann Duncker, als dieser seit September 1915 zwei Jahre lang an der Front war. Bei ihren Besuchen erschien F. Jezierska mehrfach zusammen mit dem Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour und seiner Frau, mit denen sie wie Käte und Hermann Duncker ebenfalls gut befreundet war.²⁵ Auch den Kontakt zu den zur Spartakusführung gehörenden Ernst Meyer und Franz Mehring pflegte sie, soweit es ihr in ihrer knappen Freizeit möglich war.²⁶ Denn sie hatte einen langen, anstrengenden Arbeitstag und eine zeitraubende Anfahrt und war wegen der schlechten Ernährung zusätzlich geschwächt, wie sie von August 1916 bis August 1917 mehrfach den Dunckers gegenüber klagte. Denen war ihr schlechter Zustand bald aufgefallen, wie aus einer Mitteilung Käte Dunckers an ihren Mann am Ende des »Kohlrübenwinters« 1916/17 hervorgeht: »Fanny kommt mir sehr elend und abgearbeitet vor.«²⁷ Die von F. Jezierska bei Besuchen überbrachten oder an Hermann Duncker an die Front geschickten kleinen nahrhaften Geschenke hatte sie sich im wahrsten Sinne des Wortes vom Munde abge-

25 SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr.132. Bl. 52, 50, 70; NY 4445. Nr.133. Bl.1 f., 84, 217, 281; NY 4445. Nr. 134. Bl. 89, 150; NY 4445. Nr. 135. Bl. 63, 100; NY 4445. Nr. 136. Bl. 19, 34, 53; NY 4445. Nr. 137. Bl. 81, 120, 215; NY 4445. Nr. 138. Bl. 71; NY 4445. Nr. 139. Bl. 117, 175, 207; NY 4445. Nr. 140. Bl. 56; NY 4445. Nr. 171. Bl. 97–99, 100–102, 106, 111–113, 114, 119, 120f.; NY 4445. Nr. 236. Bl. 90.

26 Käte Duncker an Hermann Duncker, 28. Dezember 1916. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 136. Bl. 215; Fanny Jezierska an Hermann Duncker, 22. Januar 1917. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 171. Bl. 112.

27 Käte Duncker an Hermann Duncker, 13. März 1917 (Zitat). In: Ebenda. NY 4445. Nr. 137. Bl. 215; Fanny Jezierska an Hermann Duncker, 2. August, 1. September 1916 und 2. Januar, 2.[?]August 1917. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 171. Bl. 98, 100, 111, 119.

spart. Die häufig überlastete Käte Duncker wusste diese materielle und vor allem die emotionale Fürsorge ihrer Freundin sehr zu schätzen, wenn sie F. Jezierska ihrem Mann gegenüber kurz und knapp kennzeichnete: »Ein guter Mensch!«²⁸

Über politische Gespräche mit F. Jezierska berichtete Käte Duncker in Briefen an ihren Mann nur einmal.²⁹ Aber direkte Hinweise auf eine Zusammenarbeit zwischen K. Duncker und F. Jezierska in Angelegenheiten der Spartakusgruppe finden sich in dieser Korrespondenz nicht. Dies muss nichts besagen, da solche Bemerkungen schon aus konspirativen Gründen möglichst unterlassen wurden. Dass F. Jezierska schon frühzeitig in die illegalen Aktivitäten der Berliner Opposition eingeweiht war und dabei in Verbindung mit Käte Duncker stand, zeigte eine Episode im November 1915: Am 30. November 1915 wollte K. Duncker auf dem zentralen Berliner Boulevard »Unter den Linden« beobachten, ob eine illegale Friedensdemonstration der Berliner SPD-Opposition genügend Zuspruch der Genossinnen und Genossen finden würde. Dort begegnete ihr, vom Brandenburger Tor kommend, F. Jezierska in Begleitung des Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion Hugo Haase und des Reichstagsabgeordneten Oscar Cohn. K. Duncker und F. Jezierska begaben sich in das im Eckhaus Unter den Linden und Friedrichstraße gelegene Café Bauer, um von dort den weiteren Verlauf der Massenaktion mit ca. 10.000 Demonstranten zu verfolgen. Für die nächste geplante Demonstration im Stadtzentrum Anfang Dezember 1915 verabredeten sich beide Frauen und mussten feststellen, dass durch massive polizeiliche Absperrungen der Straße Unter den Linden der allgemeine Publikumsverkehr und damit auch die Friedensdemonstration unmöglich gemacht worden waren.³⁰

Der häufige, nur Ende 1916 bis Mitte 1917 etwas reduzierte, Kontakt zur Familie Duncker blieb über die ganze Kriegszeit erhalten und inten-

28 Käte Duncker an Hermann Duncker, 19. Oktober 1916. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 136. Bl. 53.

29 Käte Duncker an Hermann Duncker, 16. Mai 1916. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 133. Bl. 282.

30 Käte Duncker an Hermann Duncker, 30. November, 8./9. Dezember 1915. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 132. Bl. 217, 234.

sivierte sich 1918 wieder. So nahm F. Jezierska 1918 an Zusammenkünften in der Duncker-Wohnung mit russischen Genossen aus der Botschaft und mit mehreren führenden Spartakusmitgliedern wie Paul Levi, Karl Schulz (damaliger Deckname: Holz) und Jacob Walcher teil.³¹ Seit dem Frühjahr 1918 bei der russischen Botschaft mit eigenem Büro beschäftigt,³² wurde sie dort im September 1918 von Käte Duncker zu einem Gespräch aufgesucht. An einem anderen Tag im September 1918 wurde das jüngste Kind Wolfgang Duncker zur russischen Botschaft geschickt, »um von Fanny etwas abzuholen«. ³³ Als Referentin des Botschafters für deutsche Angelegenheiten – bis zur Einrichtung der Nachrichtenagentur ROSTA zusammen mit Eugen Leviné – stellte F. Jezierska eine von mehreren Verbindungen zwischen den Dunckers bzw. der gesamten Spartakusführung und den russischen Genossen in der Botschaft dar.³⁴

Eine ähnliche Freundschaft wie zu dem Ehepaar Duncker entwickelte sich im Verlaufe der zweiten Weltkriegshälfte zu Franz Mehring und seiner Frau Eva. F. Jezierska versuchte wie bei anderen Genossen mit der Besorgung von zusätzlichen Lebensmitteln behilflich zu sein, und es kam mehrfach zu Besuchen F. Jezierskas bei Mehrings. Die Grußformeln »in treuer Freundschaft« und »Freundschaftlichst« in den Schreiben der Mehrings verdeutlichen die enge persönliche Verbindung.³⁵ Bei den Besuchen wurden offensichtlich auch Angelegenheiten der Spartakusgruppe besprochen. So berichtete F. Mehring am 3. Januar 1918, dass er den Wunsch F. Jezierskas an L[eo Jogiches], den Leiter der Spartakusgruppe, übermittelt habe, als dieser zu Besuch bei Mehrings war. Und Jogiches wollte mit ihr telefonisch in Verbindung treten.³⁶ In anderen

31 Hermann Duncker an Hedwig Duncker, 10. Mai, 27. Mai 1918. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 155. Bl. 262, 267.

32 Erinnerungsbericht von Friedel Gräf. In: Ebenda. SgY 30/0297. Bl. 43.

33 Käte Duncker an Hermann Duncker, 19. und 29. September 1918 (Zitat). In: Ebenda. NY 4445. Nr. 141. Bl. 159, 203.

34 Rosa Meyer-Leviné: Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs, München 1974. S. 40f.

35 Eva Mehring bzw. Franz Mehring an Fanny Jezierska, 8. Juli 1917 bzw. 29. Dezember 1917. In: IISG. Amsterdam. Kleine Sammlungen. Fanny Jezierska. Unp.

36 Franz Mehring an Fanny Jezierska, 3. Januar 1918. In: Ebenda. Unpag.

Schreiben wurde F. Jezierska von F. Mehring gebeten, Schriften zu versenden oder Schreiben per Boten weiterzuleiten, »der Post kann man ja nicht trauen«. ³⁷ In dieser fast familiären Beziehung zeigte sich der ansonsten leicht empfindliche Franz Mehring gegenüber F. Jezierska bei kleinen politischen Meinungsverschiedenheiten sehr versöhnlich und half ihr, als sie im Mai oder Juni 1918 von dem Herausgeber der Zeitschrift »Die Aktion« Franz Pfemfert und dem linksradikalen Reichstagsabgeordneten Otto Rühle bei den russischen Genossen in der Botschaft verleumdet wurde. ³⁸

Die Verbindung F. Jezierskas zum Kreis linker Pazifisten, entstanden im Rahmen ihrer Tätigkeit als Sekretärin des »Deutschen Hilfsvereins für die politisch Gefangenen und Verbannten Rußlands« vor dem Ersten Weltkrieg, deutet sich an mehreren Stellen ihrer Korrespondenz an. So knüpfte F. Jezierska den Kontakt zwischen F. Mehring und dem Pazifisten Prof. Georg F. Nicolai, den sie aus dem Kreis des Bundes »Neues Vaterland« her schon länger kannte, und beabsichtigte mit ihm zusammen einen Besuch bei Mehrings. ³⁹ Die Bekanntschaft zwischen Nicolai

37 Franz Mehring an Fanny Jezierska, 29. Januar 1918, o. D.[Mai 1918]. In: Ebenda. Unpag.; Franz Mehring an Clara Zetkin, 21. und 26. Mai 1918. In: AsD. Bonn. Kleine Erwerbungen. Sign 452 [Briefsammlung Fanny Jezierska]. Unp., mit einem Zettel, auf der die Bitte um Weiterleitung enthalten ist; der Text der Briefe wurde wahrscheinlich auf Seidenpapier abgeschrieben und eingerollt in der Bekleidung der Botin oder des Boten transportiert.

38 Franz Mehring an Fanny Jezierska, 20. August 1917 und 3. Januar 1918. In: IISG. Amsterdam. Kleine Sammlungen, Fanny Jezierska. Unp.; Eva Mehring (im Auftrage von Franz Mehring) an Fanny Jezierska, 4. Juli 1918, o. D. [ca. 6.–10. Juli 1918] mit Abschrift Franz Mehrings an Otto Rühle. In: Hoover Institution on War, Revolution and Peace. Stanford University. Stanford, Kalifornien. USA. Collection Fanny Jezierska. Unp. Außerordentlichen Dank für die großzügige wiederholte Hilfe bei der Nutzung der Materialien der Hoover Institution schulde ich Mrs. Agnes F. Peterson, Curator (em.) sowie Mr. Ronald M. Bulatoff, Archival Specialist.

39 Fanny Jezierska an Hermann Duncker, 22. Januar und 11. August 1917. In: SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 171, Bl. 111, 121; Eva Mehring an Fanny Jezierska, 18. April 1918. In: IISG. Amsterdam. Kleine Sammlungen. Fanny Jezierska. Unp.

und F. Jezierska war von ihrer Freundin Ilse Einstein, einer Verwandten Albert Einsteins, vermittelt worden.⁴⁰ Nach Rose Frölichs Angaben war F. Jezierska auch mit Albert Einstein befreundet, der während des Ersten Weltkrieges wie Nicolai zum linken Pazifistenkreis gehörte und mit Nicolai politisch und persönlich verbunden war.⁴¹ Dass der Kontakt zu Hugo Simon, der auch zum Kreis um den Bund »Neues Vaterland« gehörte, noch bestand, wurde in F. Jezierskas Brief an Hermann Duncker vom 2.8.1916 erwähnt.⁴² Aufschlussreich ist auch die Zusendung von Adressen für das Verschicken der »Denkschrift« in einem Schreiben F. Mehrings an F. Jezierska im Januar 1918. Mit der Denkschrift ist offensichtlich die Anfang des Jahres 1918 gemeinsam von den Pazifisten und der Spartakusgruppe hergestellte und verbreitete Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, dem deutschen Botschafter in London bis zum Kriegsausbruch 1914, unter dem Titel »Meine Londoner Mission« gemeint, eine damals viel Aufsehen erregende Publikation, in der die kaiserliche deutsche Regierung der Provokation des Krieges mit England beschuldigt wurde. F. Jezierska war augenscheinlich am Vertrieb der Druckschrift beteiligt.⁴³ Doch ist diese Mitarbeit F. Jezierskas im Pazifistenkreis nur wenig dokumentiert, zumal die Politische Polizei in diese Gruppierung nicht eindringen konnte und die Beteiligten kaum relevante zeitgenössische Schriftstücke oder detaillierte Erinnerungen hinterlassen haben.

Aus der Zeit des Ersten Weltkrieges sind neben der Vielzahl an sie gerichteter Briefe nur wenige eigene Schreiben mit politischen Kom-

40 Wolf Zuelzer: Der Fall Nicolai. Frankfurt a. M. 1981. S. 218f., 223.

41 Biographische Angaben im IISG. Amsterdam (siehe Anm. 6, Spiegelstrich 2; Wolf Zuelzer: Der Fall Nicolai. S. 199.). In der Fanny Jezierska Collection der Hoover Institution (folder 67040-10.V. Unp.) befindet sich ein Brief Einsteins an Fanny Jezierska vom 26. Oktober 1932 mit der Ankündigung von getrennt abgesandten Manuskripten des Wissenschaftlers und der Ankündigung weiterer Schriften. Die Briefform lässt auf eine längere Bekanntschaft schließen »Liebes Fräulein Jezierska!... Herzlich grüßt Sie Ihr A. Einstein.«

42 SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 171. Bl. 99.

43 Eva Mehring (für Franz Mehring) an Fanny Jezierska, 29. Januar 1918. In: IISG. Amsterdam. Kleine Sammlungen. Fanny Jezierska. Unp.

mentaren erhalten geblieben. Die Februarrevolution 1917 in Russland und die anschließende Entwicklung im Lande veranlasste sie zu einer emotional getönten Meinungsäußerung gegenüber Hermann Duncker: Sie bedauerte, nicht in Russland mitwirken zu können. »Es ist so schwer, jetzt hier zu sein und nur aus den Zeitungen die widerspruchsvollen Mitteilungen zu lesen. Besonders in den letzten Tagen, seit Lenin dort ist, ist alles so aufregend. Ich fürchte, daß durch diese Parteizersplitterung vieles schon Erkämpfte wieder verloren gehen wird. Lenin und seine Anhänger wollen den Frieden um jeden Preis, das ist schön. Aber für Rußland – innenpolitisch – sind sie eine Gefahr. Sie sind so intolerant, die Welt teilen sie in Bolschewiks und Lumpen; Kerenski, Tschëidze, das sind alles – nach Lenins Meinung – Verräter, Phraseure usw. Gott, wenn doch ein Zusammenarbeiten möglich wäre, wie herrlich könnte es jetzt in Rußland sein, die schönsten Ideale könnte man zu verwirklichen suchen.«⁴⁴ In einem weiteren Brief an Hermann Duncker vom August 1917 fanden Lenin und die Bolschewiki keine Erwähnung. Dafür wurde die sozialdemokratische Regierung Russlands gelobt: »Es sind tüchtige Leute, die dort jetzt an der Spitze sind, aber ich glaube, ihre einzige Arbeit jetzt *müßte* sein, die anderen Verbündeten zum Frieden zu zwingen, und mir ist, als würde in dieser Hinsicht wenig getan.« Mit dieser Beurteilung der Kerenski-Regierung war sie nicht etwa ins Lager der rechten Sozialdemokraten abgerutscht. Denn zur internationalen Arbeiterbewegung urteilte sie: »Will sich die [sozialistische] Internationale von neuem konstituieren, dann müssen vor allem die nationalliberalen Elemente [die die Vaterlandsverteidigung befürwortenden sozialdemokratischen Parteien] fern gehalten werden.«⁴⁵

Bedauerlicherweise sind aus der Zeit unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution 1917 keine originären politischen Stellungnahmen F. Jeziarskas erhalten geblieben. Doch ihre Vorbehalte gegenüber den Bolschewiki muss sie bald aufgegeben haben. Denn seit Frühjahr 1918 arbeitete sie in der sowjetischen Botschaft und führte dort ein eigenes

44 Fanny Jeziarska an Hermann Duncker, 21. April 1917. In: SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 171. Bl. 114.

45 Fanny Jeziarska an Hermann Duncker, 11. August 1917. In: Ebenda. Bl. 120, 121.

Büro.⁴⁶ Ihre guten russischen Sprachkenntnisse, ihre revolutionäre Gesinnung und ihre Bekanntschaft mit vielen russischen Sozialisten seit ihrer Mitarbeit vor dem Ersten Weltkrieg in den russischen sozialistischen Emigrantenzirkeln Berlins, gleichzeitig ihre Vertrautheit mit den führenden deutschen linken Sozialdemokraten, prädestinierten sie dafür. Schon in den ersten Kriegsjahren unterhielt F. Jeziarska auf verschiedenen Wegen eine Reihe von Verbindungen nach Russland, zum einen über Stockholm und zum anderen über Warschau. Dies geht aus mehreren Briefen Rosa Luxemburgs hervor.⁴⁷ Von der Briefkontrolle wurde im Sommer 1916 das Schreiben einer russischen Genossin aus Stockholm an F. Jeziarska abgefangen. Sie sollte den französischen Genossen mitteilen, dass die Moskauer Arbeiter einen Anschluss der französischen Sozialisten an die internationale Zimmerwalder Bewegung, einer informellen Vereinigung sozialdemokratischer Kriegsgegner verschiedenster Ausrichtung, wünschten. Für die Rückantwort war eine Adresse in Stockholm angegeben.⁴⁸ In einer der Briefsammlungen F. Jeziarskas befindet sich ein längeres Schreiben des menschwistischen Mitgliedes des Arbeiter- und Soldatenrates in St. Petersburg Lurje (d. i. Larin) mit einem wahrscheinlich vom März/April 1917 stammenden Bericht über die russische Arbeiterbewegung und dem Wunsch nach einer auf diesem Bericht fußenden Stellungnahme Rosa Luxemburgs, die veröffentlicht werden sollte.⁴⁹ Allerdings wurden diese direkten Nachrichten aus dem Osten ab Anfang 1917 immer seltener. Im Januar 1917 erhielt sie aus Russland »gar keine Nachrichten mehr, die aus Stockholm werden auch immer seltener«. Zwar traf im August noch von einem im Ausland

46 Hermann Duncker an Hedwig Duncker. 5. Juni 1918. In: Ebenda. NY 4445/155. Bl. 273; Erinnerungsbericht von Friedel Gräf. In: Ebenda. SgY 30/0297. Bl. 43.

47 Siehe oben, S. 246.

48 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes. Berlin. R 522. Europa. Generalia 82. Nr. 20. Die Sozialdemokratie in Russland. Bd. 1. März 1915 – Oktober 1919. Unp. Antwort des Polizeipräsidiums Charlottenburg vom 1.8.1916 auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes vom 31.7.1916.

49 IISG. Amsterdam. Kleine Sammlungen. Fanny Jeziarska. Unp. Briefanfang: »Es wäre interessant ...«

(wahrscheinlich in Schweden) weilenden Mitglied des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates ein Brief ein, doch ansonsten waren aus Russland überhaupt keine Nachrichten mehr durchgekommen.⁵⁰ In den an sie gerichteten Schreiben der folgenden Monate finden sich keine Hinweise auf interne Nachrichten aus Russland. Und mit der Beschäftigung in der russischen Botschaft ab – wahrscheinlich – Mai 1918 war eine interne, illegale Übermittlung von Informationen aus Russland für F. Jeziarska und für die deutschen Linken nicht mehr erforderlich, da die Kommunikationswege der russischen Botschaft zur Verfügung standen.

Über revolutionäre Aktivitäten F. Jeziarskas in den letzten Monaten vor dem Ausbruch der deutschen Novemberrevolution 1918 ist lediglich bekannt, dass sie – laut einem Brief R. Luxemburgs – an der illegalen Arbeit der Spartakusgruppe beteiligt war und dass sie – nach den Duncker-Briefen – als eine der Verbindungspersonen zwischen der russischen Botschaft und der Spartakusgruppe fungierte.⁵¹

In der Revolutionszeit 1918–1920

Für die Monate nach der Novemberrevolution 1918 finden sich nur wenige Spuren zur politischen Arbeit F. Jeziarskas. Karl Radek, aus Russland kommend, traf sie bei seinem ersten Besuch in der Redaktion der »Roten Fahne« in Berlin als Sekretärin Rosa Luxemburgs an.⁵² Während des Berliner Januaraufstandes 1919 besuchte sie R. Luxemburg in deren konspirativem Quartier in Berlin, höchstwahrscheinlich im Auftrage von Radek oder von Mitgliedern der KPD-Zentrale, ging aber – wenn die gleichzeitig anwesende M. Jacob richtig darüber berichtet –

50 Fanny Jeziarska an Hermann Duncker, 22. Januar 1917, 11. August 1917. Möglicherweise handelt es sich hier um den Brief von Lurje (Larin). In: SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 171. Bl. 111, 120, 121.

51 Siehe oben, S. 247, 250.

52 Karl Radek: November – eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen. In: Otto-Ernst Schüddekopf, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 2. Hannover 1962. S. 132.

der KPD-Führerin auf die Nerven.⁵³ In diesen Januartagen soll sie auch einige von Radek diktierete oder abgefasste Briefe geschrieben haben, wie seine Botschaft an die KPD-Zentrale vom 9. Januar 1919 mit dem Rat, zum Abbruch des Januaraufstandes in Berlin aufzurufen.⁵⁴

Anfang Juli 1919 berichtete Hermann Duncker aus Berlin seiner in Schweden weilenden Frau Käte, dass F. Jezierska sich illegal in Berlin aufhalte, sie habe vorher für den KPD-Vorsitzenden Paul Levi gearbeitet, habe sich aber mit ihm überworfen. 1919 oder 1920 informierte Käte Duncker ihren Sohn Karl, daß F. Jezierska aus Italien zurückgekommen sei.⁵⁵ F. Jezierska selbst gibt für die Jahre 1919 und 1920 eine Tätigkeit »in der westeuropäischen Geheimkomintern« an.⁵⁶ Nach den von Boris Nicolaevsky überlieferten Angaben des im Spätherbst 1919 aus Russland nach Deutschland gekommenen Leiters des Westeuropäischen Sekretariats der Komintern, des »Genossen [James] Thomas«, war F. Jezierska als seine Sekretärin tätig,⁵⁷ wahrscheinlich aber eher als seine Beauftragte für Aufgaben außerhalb des Bürobetriebes. Auf Grund ihrer Vertrautheit mit der deutschen, vor allem der linken, Arbeiterbewegung und mit ihren führenden Persönlichkeiten und mit ihren Kontakten zu den verschiedenen noch in Deutschland verbliebenen russischen Sozialisten sowie auf Grund ihrer Sprachkenntnisse – deutsch, russisch, polnisch, französisch – muss sie für Thomas eine wertvolle Assistentin dargestellt haben.

53 Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914–1919. Hrsg. und eingel. von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann. In: IWK. 24. Jg.(1988). H. 4. S. 496f., Anm. 126.

54 Boris Nicolaevsky: Les premières années de l'Internationale Communiste. In: Jacques Freymond (Hrsg.): Contributions à l'histoire du Comintern. Genf 1965. S. 1–28, hier: S. 14, Anm.22 mit der russischen Schreibweise »Ezierskaia«.

55 Hermann Ducker an Käte Duncker, 3. Juli 1919. In: SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 143. Bl. 9; Käte Duncker an Karl Duncker, o. D. [1919 oder 1920]. In: Ebenda. NY 4445. Nr. 237. Bl. 56.

56 RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 205. D. 9963. Bl. 5 (Kaderakte der Komintern).

57 Boris Nicolaevsky: Les premières années de l'Internationale Communiste. S. 14, Anm.22.

Am 28.10.1920 meldete Hermann Duncker seiner Tochter Hedwig, dass F. Jezierska »zu ehrenvoller Tätigkeit« nach Russland abgereist sei.⁵⁸ Nach Aussagen des italienischen Kommunisten Giuseppe Berti, der mit ihr in den folgenden Jahren oft gesprochen hat, bekam F. Jezierska in Russland infolge des Klimas gesundheitliche Probleme. Daraufhin habe ihr der dem Kollegium des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten angehörende Litwinow, für den sie in Moskau als Sekretärin arbeitete, vorgeschlagen, für die Komintern in Rom konspirativ die Verbindungstätigkeit zu den italienischen Sozialisten und Kommunisten wahrzunehmen, was von ihr gern aufgegriffen und akzeptiert wurde.⁵⁹ Doch zunächst einmal musste sie zur Behandlung des Gelenk- und Muskelrheumatismus im Spätherbst 1920 für einige Zeit in ein Berliner Sanatorium gehen.⁶⁰ Ende 1920 oder Anfang 1921 begann danach in Italien ein neuer Lebensabschnitt für F. Jezierska.⁶¹

Als »agent de liaison« der Komintern in Rom⁶² (1921–1924)

In Rom war F. Jezierska in der russischen Botschaft angestellt. Die Art ihrer dortigen Beschäftigung ist nicht bekannt geworden. Jedenfalls muss sie sehr schnell italienisch gelernt haben. Denn ihre eigentliche Aufgabe bestand in der laufenden Wahrnehmung von konspirativen Kontakten zu Führern der Partito Socialista Italiano (PSI) bzw. der Partito Comunista Italiano (PCI), vor allem zu deren führenden Mitgliedern Antonio

58 SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445. Nr. 155. Bl. 327.

59 I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. S. 260.

60 Privatarchiv. England (Fotokopie im Besitz des Verfassers): Fanny Jezierska an Lisa Price, 14. November 1920. Dank an Dr. Tania Rose, London, Tochter von Philips und Lisa Price, für die Kopien dieser und weiterer Materialien aus dem Familienarchiv.

61 RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 205. D. 9963. Bl. 1 (Karteikarte der R.K.P.[B]), Bl. 5 (Kaderakte der Komintern), auf der Karteikarte: 1921, in der Kaderakte: 1920.

62 Mémoires de Jules Humbert-Droz : De Lénine à Stalin. Dix ans de l'Internationale Communiste. 1921–1932. Bd. II. Neuchâtel 1971. S. 256, »agent de liaison«: Verbindungsagentin.

Gramsci und Angelo Tasca, weiterhin zu Ruggiero Grieco und Camilla Ravera. Mit Tasca blieb sie bis in die 1930er Jahre freundschaftlich verbunden. Mit Gramsci und Tasca traf sie sich regelmäßig in römischen Cafés zu Besprechungen. Berichte wurden ausgetauscht, Informationen und Ratschläge oder Weisungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, des EKKI, für das Zentralkomitee der PCI übermittelt, Nachrichten für die Genossen in Moskau weitergegeben. Vor allem hatte sie die Auszahlung der aus Moskau kommenden Unterstützungsgelder für die italienischen Genossen in der Hand. Als der Repräsentant des EKKI, Jules Humbert-Droz, in der für die sozialistische Arbeiterbewegung in Italien besonders schwierigen politischen Lage des Jahres 1924 ein Großteil des Jahres zur Durchsetzung der Komintern-Linie in Rom weilte, kam er ebenfalls häufig mit F. Jezierska zusammen und erhielt von ihr mehrfach Geldbeträge ausgezahlt. Nach Mitteilungen von Jenny Humbert-Droz im Jahre 1985 gegenüber Bernhard H. Bayerlein war F. Jezierska für die organisatorischen Angelegenheiten des Aufenthalts von Jules Humbert-Droz, z. B. für die Wohnungsanmietung, zuständig. In dieser Zeit soll F. Jezierska auch – nach Jenny Humbert-Droz – für den russischen Geheimdienst gearbeitet haben,⁶³ was bei der geschilderten Tätigkeit nicht weiter erstaunt. Wichtig war, dass die italienischen PSI- und PCI-Führer sowie Jules Humbert-Droz keine sichtbaren häufigen Kontakte zur russischen Botschaft unterhielten, sie trafen sich nur mit einer jungen Frau. Doch als unter der faschistischen Regierung die Observierung der Kommunisten verstärkt wurde, kamen die konspirativen Aktivitäten und die Treffen F. Jezierskas mit den kommunistischen Spitzenfunktionären auch der Politischen Polizei zur Kenntnis. Daraufhin wurde F. Jezierska im September 1924 in dem Café, das als regelmäßiger Treffpunkt diente, unmittelbar vor einer Zusammenkunft mit Gramsci verhaftet und kurz darauf aus Italien ausgewiesen.⁶⁴

63 Ich danke Dr. Bernhard H. Bayerlein für diese wertvolle Information (schriftliche Mitteilung vom 4.11.2002).

64 *I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano*. S. 260; *Archives de Jules Humbert-Droz*. Bd. II. *Les partis communistes de pays latins et l'Internationale Communiste dans les années 1923–1927*. Redaktionsleitung: Siegfried Bahne, Dordrecht, Holland / Boston, USA / London, Eng-

In ihrer 1925 ausgefüllten Kaderakte schreibt sie von einer Mitgliedschaft im ZK der PCI.⁶⁵ Dass dies nicht übertrieben war, sondern dass sie das volle Vertrauen der führenden italienischen Kommunisten besaß, zeigte sich daran, dass sie als »Verbindungsfrau«, eigentlich als Repräsentantin, der PCI an der skandinavischen Konferenz des EKKI am 31.1.1924 teilnahm.⁶⁶ Die sozialistische italienische Arbeiterbewegung hatte in diesen Jahren, als F. Jezierska in Italien ihre politischen Aufgaben für das EKKI wahrnahm, eine Zeit der Wirren erlebt: Die Abspaltung der Linksradiكالen von der PSI mit der Gründung der PCI, die Gründung einer rechten sozialreformerischen Partei, der Partito Socialista Unitario (P.S.U.), und – insbesondere angesichts der faschistischen Bedrohung im Jahre 1924 – die Versuche einer Vereinigung von PCI und PSI unter dem Einfluss der Komintern. Deshalb auch die monatelange Anwesenheit des Mitgliedes des EKKI Jules Humbert-Droz in Italien.⁶⁷ Es ist bemerkenswert, dass in dieser an Auseinandersetzungen reichen Zeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung Italiens F. Jezierska offenbar von allen Beteiligten, die mit ihr in Verbindung standen, als ehrliche Maklerin beurteilt wurde.⁶⁸

land 1983. S.184 (Abrechnung vom 1.3.1924), S. 272 (Abrechnung vom 1. Juni 1924), S. 308 (Brief Humbert-Droz' an Sekretariat der Kommunistischen Internationale, 30. September 1924); Mémoires de Jules Humbert-Droz. II. S. 247–256.

65 RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 205. D. 9963. Bl. 5 (Kaderakte der Komintern).

66 Mitteilung von Dr. Bernhard H. Bayerlein.

67 Alexander J. De Grand: In Stalin's Shadow. Angelo Tasca and the Crisis of the Left in Italy and France. 1910–1945. Dekalb, Illinois 1986. S. 24–43; Mémoires de Jules Humbert-Droz. II. S. 247–256.

68 Alexander J. De Grand (De grand: In Stalin's Shadow. S. 65) kennzeichnet Fanny Jezierska als »eine langjährige Freundin vieler italienischer Führer [der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung]. Siehe auch oben, S. 242: die Beschreibung durch Giuseppe Berti.

Als Mitarbeiterin des Kominternapparats in Moskau (1924–1928)

Ab Oktober 1924 arbeitete F. Jezierska – wie sie in ihrer Kaderakte angibt – im »Kolonialbüro« der Komintern.⁶⁹ Doch bald muss sie im Büro des Präsidiums oder des Sekretariats des EKKI tätig gewesen sein, wenn auch nur für knapp zwei Jahre.⁷⁰ In der Kaderakte kennzeichnet sie ihre Aufgabenstellung mit »Dolmetscherin«. Zumindest in dieser Zeit diente sie Stalin als interne Berichterstatteerin über die PCI und PSI.⁷¹ Nach eigenen Bekundungen war sie zwischen 1924 und 1926 bei allen wichtigen Sitzungen der Spitzengremien des EKKI als Dolmetscherin oder Protokollantin anwesend.⁷² Giuseppe Berti registrierte auf einem Treffen der italienischen PCI-Führer am 26. Februar 1926 mit Stalin und dem EKKI-Vertreter Kobilanski in Moskau die Anwesenheit F. Jezierskas – höchstwahrscheinlich als Protokollantin und/oder als Übersetzerin –, ohne dass ihre Teilnahme im Protokoll vermerkt worden ist.⁷³

Über ihr Privatleben und ihre Freundschaften in Moskau ist fast nichts bekannt. Mit den Genossen aus ihrer italienischen Zeit hielt sie den persönlichen Kontakt bei deren Aufhalten in Russland aufrecht. Im Sommer 1926 besuchte sie Togliatti und Humbert-Droz, als diese auf der Krim zur Erholung weilten.⁷⁴ Doch muss sie auf Grund ihrer früheren zahlreichen Verbindungen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit auch zu

69 Alle folgenden Angaben – soweit nicht anders gekennzeichnet –: RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 205. D. 9963. Bl. 5, 6 (Kaderakte der Komintern) – Zitat Bl. 5 – sowie Bl. 1 (Karteikarte der R.K.P.[B]).

70 Hoover Institution: Collection Boris I. Nicolaevsky. Box number 478. Folder 43. Unp., F. Thomas-Jezierska an Boris I. Nicolaevsky, 22. September 1942. Ich danke Dr. Gerhard Kaiser, Berlin, für die Übersetzung aus dem Russischen.

71 I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. 1966. S. 260 (indirektes Zitat aus einem Brief P. Togliattis vom 17. März 1926).

72 Fanny Thomas-Jezierska an Boris I. Nicolaevsky, 22. September und 4. Oktober 1942. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

73 I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. S. 260 (Angaben des Sitzungsteilnehmers Giuseppe Berti), S. 263–270 (Prot. der Konferenz).

74 Archives de Jules Humbert-Droz: II. S. 374f. (Brief Palmiro Togliattis an Fanny Jezierska vom Sommer 1926).

den russischen Genossen gute Kontakte unterhalten haben. So berichtete sie in einem Brief vom 4.10.1942 an Boris I. Nicolaevsky von einem am Tag vor ihrer Abreise aus Russland im Herbst 1928 geführten Gespräch mit dem Präsidiumsmitglied des EKKI Dmitri S. Manuilski⁷⁵, mit dem sie während ihres Italienaufenthaltes ein Jahr lang zusammengearbeitet hatte und der sie auch – lt. Kaderakte – in Moskau als Mitarbeiterin der Komintern empfohlen hatte. Mit Nikolai I. Bucharin, bis 1928/29 einer der wichtigsten Politiker in der RKP (B) und im EKKI, muss sie – wahrscheinlich schon seit der Weltkriegszeit in Berlin – in Verbindung gestanden und seine Wertschätzung erlangt haben. Denn 1930 bei seinem Berlin-Aufenthalt versuchte er, in einem persönlichen Gespräch die aus der KPD ausgeschlossene und unterdessen in der KP(O) mitarbeitende F. Jeziarska zu überzeugen, sich öffentlich von den Auffassungen der kommunistischen Opposition zu distanzieren und zur KPD zurückzukehren.⁷⁶

In der Moskauer Zeit wurde sie Mitglied der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) und nahm an der Partearbeit durch Besuch des Fabrikzirkels der Dynamowerke teil. Beruflich wechselte sie nach knapp zwei Jahren – so die Karteikarte der RKP (B) – in die »Verlagsabteilung« der Komintern. Damit ist wohl die Informationsabteilung des EKKI gemeint.⁷⁷ Hier zeichnete sie zusammen mit Willi Schulz für die Übersetzung von zwei Bänden der deutschsprachigen Ausgabe von Lenins Werken verantwortlich.⁷⁸ Anfang der 1940er Jahre gibt sie an, dass ihre schriftlichen Berichte über die kommunistische und sozialistische Bewegung Italiens in der »Kommunistischen Internationale« und in der »Inprekorr« unter dem Namens Kürzel »Ez.« oder dem Pseudonym »El. Wiener« oder ungezeichnet abgedruckt worden sind.⁷⁹ In der »Kommuni-

75 Der Brief in: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

76 Fanny Thomas-Jeziarska an Boris I. Nicolaevsky, 22. September und 16. Oktober 1942. In: Ebenda.

77 Dank an Dr. Bernhard H. Bayerlein für den schriftlichen Hinweis vom 4.11.2002.

78 Siehe Anm. 2.

79 Fanny Thomas-Jezierkas an Boris I. Nicolaevsky, 16. Oktober 1942. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

nistischen Internationale« konnten allerdings keine entsprechenden Artikel aufgefunden werden, sondern nur Aufsätze von Ercoli (d. i. Togliatti) über die Entwicklung in Italien. Dagegen enthält »Die Internationale Presse-Korrespondenz« des Jahrgangs 1927 unter dem Verfassernamen Jezierska und 1928 unter N. N. einige Arbeiten über die italienischen Verhältnisse.⁸⁰

Die gesundheitlichen Probleme infolge des Moskauer Klimas verschärften sich 1928, so dass F. Jezierska am 24.8.1928 an die »Kleine Kommission des EKKI« einen Antrag auf »Rückreise ins Ausland« stellte, um »eine längere Kur« wegen »Gelenktuberkulose im Knie« durchführen zu können. Dem Antrag wurde auf der Sitzung am 1.9.1928 anstandslos stattgegeben.⁸¹ Und mit einem Schreiben der zuständigen Organisationsabteilung (ORGOTDEL) des EKKI vom 12.9.1928 wurden der »Abteilung WKP (B) des EKKI« zur Weiterleitung an die jeweiligen Landesparteiorganisationen die Parteidokumente von fünf Mitgliedern übersandt, die aus Russland ausgereist waren oder noch ausreisen würden, unter den letzteren auch F. Jezierska.⁸²

Es stellt sich die Frage, ob F. Jezierska ihren Ausreiseantrag unter dem Eindruck der scharfen Auseinandersetzungen über den Kurs der deutschen KPD auf dem VI. Weltkongress der Komintern vom 17. Juli bis 1. September 1928 mit dem Sieg des Thälmann-Kurses gestellt hat, als sich die rigide Stalin-Politik durchzusetzen schien.⁸³ Möglicherweise hatte sie darüber auch Gespräche mit deutschen und italienischen Delegierten und mit den in Moskau festgehaltenen deutschen Kommunisten August Thalheimer und Heinrich Brandler geführt, die sie zu ihrem Antrag auf Ausreise veranlassten. Doch in den an sie gerichteten bzw.

80 Jg. 7 (1927). S. 541 (H. 27), S. 717 (H. 33), S. 2900 (H. 125); Jg. 8 (1928). S.349 (H. 16), S. 668 (H. 37).

81 RGASPI. Moskau. F. 495. Op. 6. D. 15. Bl. 1, 3, 44.

82 Ebenda. F. 495. Op. 261. D. 3453. Unp.

83 Zu den Auseinandersetzungen in der KPD und in der Kommunistischen Internationale immer noch als Standardwerk: Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M. 1969. [Studienausgabe 1971]. S. 186–238 (1928–29) sowie auch S. 239–247 (als kurzgefaßter »Ausblick« für 1929–1933), zum VI. Weltkongress: S. 195–191.

von ihr selbst verfassten Briefen aus den nächsten Jahren finden sich keine entsprechenden Hinweise. So berichtete sie Jahre später – 1942 – Nicolaevsky, dass Stalin Artikel gegen den auf dem rechten Flügel der PCI stehenden und dann aus der PCI ausgeschlossenen Tasca (Parteiname Serra und später Rossi) geschrieben hätte, ob gezeichnet oder ungezeichnet, wüsste sie nicht mehr. Aber selbst als sie – ebenfalls 1942 – in Briefen an Boris I. Nicolaevsky auf dessen Fragen nach der Entstehung der Differenzen zwischen Bucharin und Stalin in den 1920er Jahren ausführlich antwortete, betonte sie, dass sie davon wenig direkt erfahren hätte, weil sie nicht mehr – wie in den ersten zwei Jahren ihrer Mitarbeit in der Komintern – im Präsidiumsbereich des EKKI tätig gewesen sei. Sie hätte insgesamt den Eindruck gewonnen, dass sich bis unmittelbar vor dem VI. Weltkongress der Komintern im Sommer 1928 die Diskussionen fast nur um innerrussische Probleme drehten. Über die Meinungsunterschiede zwischen Bucharin und Stalin habe sie nur aus zweiter Hand – von Ercoli (d. i. Togliatti) – erfahren, der sich wie auch der führende deutsche Kommunist Ernst Meyer, ein alter Bekannter F. Jezierskas aus der Spartakusgruppe, von Bucharin in seinem gemäßigten innerparteilichen und internationalen Kurs unterstützt fühlte. Erst am Rande des VI. Weltkongresses wären die Spannungen zwischen Bucharin und Stalin in der deutschen Frage bei den Komintern-Mitarbeitern allgemein bekannt geworden. Hinter den Kulissen – nicht offen auf der Tagung – war Manuilski gegen Stalins Auffassungen aufgetreten. Zu den innerparteilichen deutschen Vorgängen blieb F. Jezierska in ihren schriftlichen Darlegungen von 1942 jedoch distanziert und gab keine eigene Stellungnahmen ab.⁸⁴

Ihre Auffassung kommt indirekt in einer erst 1942 niedergeschriebenen Episode – ein Gespräch mit Manuilski am Ende des VI. Weltkongresses der Komintern im Sommer 1928 – zum Ausdruck. Dabei zielte sie äußerst treffend auf die charakterliche Deformierung einiger kommunistischer Hauptakteure durch die Stalinisierung und zog die Verbindung zu den späteren Konsequenzen für alle entschiedenen deutschen Kritiker des Stalin-/Thälmann-Kurses: »Am letzten Tage des Kongresses

84 Fanny Thomas-Jezierka an Boris I. Nicolaevsky, 22. September, 4. und 16. Oktober 1942. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

kam Manuilski zu mir, und ich hatte mit ihm folgendes Gespräch. Ich erinnere mich daran und kann es Ihnen nahezu wortwörtlich wiederholen. ›Na, Fanja‹, sagte er mir, ›Sie kehren ins Ausland zurück. Das bedeutet, wir müssen uns voneinander verabschieden. Wir werden uns schwerlich nochmals wiedersehen.‹ – ›Warum so tragisch‹, antwortete ich, ›Sie werden fahren, und wir werden uns irgendwo einander wieder begegnen und wahrscheinlich auch wieder zusammen arbeiten.‹ (In Italien hatten wir ein Jahr zusammen gearbeitet.) ›Nein‹, sagte Manuilski, ›ich werde niemals mehr ins Ausland gelangen. Stalin weiß, daß ich gegen ihn bin, und er wird mich niemals mehr ins Ausland schicken. Ich komme entweder in den Kaukasus oder nach Sibirien.‹ (Sechs Wochen später saß er in Berlin und hat uns [die deutschen Stalin- und Thälmann-Kritiker] ausgeschlossen.)«⁸⁵

In den Reihen der deutschen kommunistischen Opposition (1929–1933)

Als F. Jezierska Ende 1928 oder Anfang 1929 nach Deutschland zurückkehrte, waren die Machtkämpfe in der deutschen KP auf ihrem Höhepunkt. Ihre politischen und persönlichen Freunde wie Ernst Meyer, Clara Zetkin, Paul Frölich und dessen Lebensgefährtin Rosi Wolfstein (später Rose Frölich) waren in der Partei an den rechten Rand gedrängt worden. Diejenigen, die ihrem politischen Standpunkt nicht abschworen wie Paul Frölich, Rosi Wolfstein, Heinrich Brandler und August Thalheimer wurden aus der KPD ausgeschlossen genauso wie ihre Anhänger. Die meisten Ausgeschlossenen wie F. Jezierska traten der neugegründeten Kommunistischen Partei (Opposition) bei.⁸⁶

85 Fanny Thomas-Jezierka an Boris I. Nicolaevsky, 4. Oktober 1942. In: Ebenda.

86 Hermann Weber: Die Wandlung. S. 218–221. Die Mitgliedschaft Fanny Jezierskas geht aus den im folgenden angeführten Briefen hervor. Zur KP(O) siehe: Karl H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur Rechtsopposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Hannover 1983 und Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD (Opposition). Hamburg 2001.

Aus den von F. Jezierska verfassten sowie aus den an sie gerichteten Briefen in diesen Jahren ist nur wenig und äußerst bruchstückhaft etwas über ihre berufliche und politische Tätigkeit zu erkennen. Wie in den vorangegangenen Jahren bestand im politischen Bereich die wichtigste Aufgabe in der Wahrnehmung der Verbindung zwischen verschiedenen Gruppen und Personen. Ein enger Kontakt bestand zu Clara Zetkin, die zwar in den letzten Lebensjahren immer stärker politisch isoliert war, aber in der KPD verblieb. Der erste Nachweis einer direkten Verbindung F. Jezierskas zu C. Zetkin stammt vom Oktober 1915, als F. Jezierska gemeinsam mit Mathilde Jacob die Freilassung Zetkins aus der Untersuchungshaft begrüßte.⁸⁷ Die nächsten überlieferten Schreiben Zetkins an F. Jezierska datieren von 1916 und 1920.⁸⁸ Es ist wahrscheinlich, dass F. Jezierska auch in ihren Moskauer Jahren mehrfach mit C. Zetkin gesprochen hat, die häufig zu Komintern-Sitzungen nach Russland kam.

Für die Zeit von Ende 1929 bis Ende 1932 sind noch 19 Schreiben Zetkins an F. Jezierska erhalten geblieben, aus denen die leidenschaftliche Anteilnahme der greisen und körperlich hinfalligen Veteranin am Schicksal der kommunistischen Bewegung und ihre Dankbarkeit für die ihr von der jüngeren Genossin gezeigte Fürsorge und Anteilnahme sprechen. Zetkin legte ausführlich ihre politischen Auffassungen zu den Tagesproblemen dar und betonte, dass sie auf F. Jezierskas Meinung großen Wert legte. Weiterhin wurde F. Jezierska um die Ausführung verschiedener Aufträge gebeten, am wichtigsten davon wohl die gemeinsame Durchführung eines Frauentages von KPD und KP (O), wofür Zetkin detaillierte Anweisungen gab. Die Zusammenarbeit muss noch intensiver gewesen sein, als es sich in den Briefen Zetkins widerspiegelt, weil F. Jezierska mehrfach zu Besuchen in Zetkins Haus in Birkenwerder bei Berlin kam. Auch die Verbindung Zetkins zu den führenden KP(O)-Mitgliedern Paul Frölich und Rosi Wolfstein, mit denen Zetkin schon aus den Zeiten des Ersten Weltkrieg und vor allem aus der Anfangsphase der KPD eng verbunden war, scheint weitgehend über F. Jezierska ge-

87 Siehe oben, S. 247.

88 Clara Zetkin an Fanny Jezierska, 25. August 1916 und 18. Mai 1920. In: AsD. Bonn. Kleine Erwerbungen. Sign 452. Unp.; davon Kopien in: Hoover Institution. Collection Fanny Jezierska. Folder 67040-10.V. Unp.

laufen zu sein, die mit beiden befreundet war und zeitweise bei ihnen wohnte. So berichtete C. Zetkin am 30.12.1930 von einem ausgiebigen Besuch von P[aul Frölich] und R[osi Wolfstein] in ihrem Haus in Birkenwerder.⁸⁹ All diese Briefe an F. Jezierska zeigen, dass Clara Zetkin nicht gewillt war, die rigide Linie Stalins und Thälmanns einzuhalten, sondern versuchte, sowohl auf der Funktionärs- wie auf der Mitgliederbene eine integrative Linie durchzusetzen.⁹⁰ So wurde die längst aus der KPD ausgeschlossene F. Jezierska von ihr wiederholt für die redaktionelle Betreuung der polnischen Arbeiten Rosa Luxemburgs im Rahmen des Projekts der Gesamtausgabe von Rosa Luxemburgs Werken vorgeschlagen. Auch für das Verbleiben des Hauptbearbeiters Paul Frölich setzte sie sich vehement ein.⁹¹

F. Jezierska hätte diese Aufgabe gern übernommen und sie auch gebraucht. Denn seit Frühjahr 1932 war sie nicht nur wie viele ihrer Freunde arbeitslos, sondern auch politisch heimatlos. Die KP(O) hatte sich zerstritten. Ein Teil schloss sich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) an.⁹² F. Jezierska, die diese Streitigkeiten missbilligte, vollzog diesen Schritt nicht mit. »Politisch bin ich ausgeschifft, aus der KP-Opposition bin ich ausgetreten, der SAP, der alle meine Freunde beigetreten sind, habe ich mich nicht angeschlossen. Ich habe nicht den Glauben an diese Partei und muß mich damit abfinden – wie schwer das auch in dieser Zeit fällt –, außerhalb der Bewegung zu stehen. Irgendeine Arbeit zu finden, ist ganz unmöglich, und das Nichtstun wirkt nicht

89 Ebenda. Unp., Briefe Clara Zetkins an Fanny Jezierska, 14 Schreiben; AsD. Bonn. Kleine Erwerbungen. Sign 452. Unp., 5 Schreiben. Bei T. Ünlüdag sind vier dieser Schreiben Clara Zetkins abgedruckt. Siehe Tânia Ünlüdag: Die Tragödie. S. 348–353.

90 Siehe hierzu: Ebenda. S. 313–360.

91 Clara Zetkin an Adolf Warski vom 26. Juli 1931. In: RGASPI. Moskau. F. 528. Op. 1. D. 671. Bl. 3, 4; Annelies Laschitza, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart. In: BzG. Jg. 33 (1991). S. 435–452, hier: S. 449.

92 Siehe hierzu: Karl H. Tjaden: Struktur und Funktion. S. 282–293; Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Hannover 1983. S. 190–202.

nur auf den Beutel, sondern auch – und das vor allem – auf die Moral sehr deprimierend.« In dieser Situation setzte sie – wohl auf Grund von Äußerungen Zetkins – sogar Hoffnungen auf eine wissenschaftliche Tätigkeit in Russland, hatte aber Zweifel, ob sie als Parteilose, in Moskau akzeptiert werden würde, was sie zur Bedingung gemacht hatte. Auf jeden Fall rechnete sie mit einem längeren Zeitraum bis zu einer Entscheidung der Moskauer Instanzen.⁹³

Seit 1905 als 18jährige war F. Jeziarska in der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung aktiv gewesen, zunächst ehrenamtlich in ihrer Freizeit und ab 1918 immer auch hauptberuflich im politischen Bereich mit wechselnden, meist schwierigen Aufgabenstellungen auf der Helferebene. 1932 im Alter von 44 Jahren hatte sie nunmehr weder beruflich noch politisch eine Perspektive. Sie hätte mit ihren politisch-persönlichen Freunden von der KP(O) zur SAP gehen oder – das Angebot Bucharins aus dem Jahre 1930 aufnehmend⁹⁴ – zur KPD zurückkehren oder wie ihr italienischer Gesinnungsgenosse im Pariser Exil Angelo Tasca sich in Richtung der Sozialdemokraten bewegen können. Doch selbst um den Preis einer politischen und damit – zumindest teilweisen – sozialen Isolierung behielt F. Jeziarska ihre Eigenständigkeit bei.

Diese autonome Haltung, wie sie im Jahre 1932 besonders deutlich wurde, ist umso bemerkenswerter, weil sie sich in dieser Zeit nicht nur politisch, sondern auch ganz persönlich, sowohl im materiellen Bereich als Arbeitslose wie auch gesundheitlich in einer schwierigen Situation befand. Ein Myom im Unterleib hatte bei ihr solch einen Umfang angenommen, dass eine Operation unumgänglich geworden war. Die Beschwerden dauerten noch bis einige Zeit nach dem Eingriff an, so dass sie im September 1932 an Fritz Brupbacher in Zürich schrieb: »Ich kann mir die Welt ohne Bauchschmerzen gar nicht mehr denken!«⁹⁵ Wie die

93 Fanny Jeziarska an Angelo Tasca, 29. November 1932. In: *I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano*. S. 1077; Fanny Jeziarska an Fritz Brupbacher und Frau, 1. Mai 1932 (hieraus auch das Zitat). In: Sozialarchiv Zürich. Nachlaß Fritz Brupbacher. Unp.

94 Siehe oben, S. 261.

95 Fanny Jeziarska an Fritz Brupbacher, 12. September 1932. In: Sozialarchiv Zürich. Nachlaß Fritz Brupbacher. Unp.

im August oder Anfang September 1932 wahrscheinlich in der Schweiz durchgeführte Operation finanziert wurde, geht aus den Briefen F. Jezierskas nicht hervor. Möglicherweise hat hier Fritz Brupbacher Gelder aufgetrieben oder selbst gespendet. Für die Zeit von Januar 1931 bis September 1933 ist eine Korrespondenz zwischen F. Jezierska und Fritz Brupbacher bzw. seiner Frau erhalten geblieben. F. Jezierska schickte für Brupbacher Zeitungsartikel, erhielt dafür sicherlich auch kleine Honorare, und im November 1931 verbrachte sie mehrere Tage bei der Familie Brupbacher in Zürich.⁹⁶ Vielleicht hat sie auch Geldmittel von der IHV erhalten, der »Internationalen Hilfevereinigung«, die als Unterstützungsorganisation für in Not geratene Mitglieder der KP(O), SAP und weiterer linker Organisationen diente, da die mit der KPD verbundene Rote Hilfe »von denen nichts wissen will«. Jedenfalls arbeitete F. Jezierska Anfang 1933 selbst für die IHV.⁹⁷

In den Jahren nach ihrem KPD-Ausschluss pflegte F. Jezierska mit dem im französischen Exil lebenden führenden italienischen Kommunisten Angelo Tasca, den sie seit ihrer Tätigkeit in Italien kannte, einen regelmäßigen brieflichen Informations- und Gedankenaustausch. Sie schickte Berichte und Kommentare über die kommunistische Bewegung hauptsächlich in Deutschland, Russland sowie in anderen Ländern und vor allem über die Komintern-Politik und erhielt von Tasca Nachrichten und Einschätzungen über die Lage in Italien und Frankreich. F. Jezierska stellte die Verbindung zur Spitze der KP(O), hauptsächlich zu Paul Frölich, August Thalheimer und Heinrich Brandler, aber auch zu dem noch der KPD angehörenden Ernst Meyer her. Einig waren sich die Briefpartner in der Ablehnung des intoleranten Stalin-Kurses.⁹⁸ Doch Ende 1931 kam es zum politischen, nicht jedoch persönlichen, Bruch, als

96 Fanny Jezierska an Fritz Brupbacher, 18. und 22. November, 28. Dezember 1931. In: Ebenda. Die Artikel waren für die »R.p.« gedacht (Brief vom 18.11.1931), d. i. höchstwahrscheinlich die seit 1925 in Paris erscheinende »La Revolution prolétarienne«, dessen Herausgeber Pierre Monatte, ein Anarcho-Syndikalist, ein Freund von Fritz Brupbacher war. (Dank für diesen Hinweis an Dr. Jean-Francois Fayet, Genf.)

97 Fanny Jezierska an Paulette Brupbacher, 23. Februar 1933. In: Ebenda.

98 I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. Briefwechsel Angelo Tasca – Fanny Jezierska, 1929–1932. S. 936f., 942f., 961f., 962f., S.

»sie erkannte, daß Tasca nicht mehr zur kommunistischen Opposition gehörte und zur Sozialdemokratie übergegangen war«. Gegenüber ihrem italienischen Genossen verdeutlichte sie in einem Brief vom 3. Februar 1932 ihre Position: »Mir wird es niemals möglich sein, einen Platz in den sozialdemokratischen Reihen zu finden, weil ich überzeugt bin, daß deren Politik niemals zu einer Revolution führen wird.« Sie war nach wie vor der Auffassung, »daß nur die kommunistische Bewegung die Hoffnung auf eine neue Gesellschaft bot.«⁹⁹

Die SAP, deren Funktionäre sie als zentristisch, deren Mitglieder und Anhänger sie aber als sozialistisch einschätzte,¹⁰⁰ war ihr mit den Bestrebungen zur Errichtung einer Einheitsfront zwar sympathisch, aber sie beurteilte diese Aktivitäten im Juni 1932 als hoffnungslos, da die neue Partei keinen Einfluß habe.¹⁰¹ Nach der Spaltung der KP(O) und dem Anschluss eines Teils der früheren KP(O)-Mitglieder an die SAP bemerkte sie so starke ideologische Differenzen, dass sie eine neue Spaltung, diesmal bei der SAP, voraussah und den Übertritt zur SAP, den die meisten ihrer politischen Freunde vornahmen, nicht mitmachte.¹⁰² Für sie war die KPD der eigentliche Träger einer revolutionären Bewegung bzw. der Abwehr der faschistischen Gefahr, nur dass die deutschen KP-Führer, »denen ihr Prestige wichtiger ist als das Interesse der Arbeiterklasse« und die Komintern durch ihre Haltung alle Möglichkeiten zunichte machten, wie sie im Juni und September 1932 dem Schweizer Kommunisten Fritz Brupbacher schrieb. Statt der Parole der Einheits-

968, 973-975, 977, 979, 980f., 987, 991, 028f., 1076f., 1077f. (Briefe F. Jezierskas), S. 959f., 960f., 964, 969-972, 976f., 979f., 988f., 992f. (Briefe Tascas); De Grand: In Stalin's Shadow. S. 65, 73, 76 (Briefe Tascas), S. 79 (Brief F. Jezierskas).

99 De Grand: In Stalin's Shadow. S. 79f. (»...« bzw. »...«: Wiedergabe eines direkten bzw. indirekten Briefzitates, bei De Grand in englischer Übersetzung des italienischen Originaltextes.). Der Brief ist nicht in »I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano« abgedruckt.

100 Fanny Jezierska an Fritz Brupbacher, 18. November 1931. In: Sozialarchiv Zürich. Nachlaß Fritz Brupbacher. Unp.

101 Fanny Jezierska an Angelo Tasca, 14. Juni 1932. In: I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. S. 1076.

102 Fanny Jezierska an Angelo Tasca, 29. November 1932. In: Ebenda. S. 1077.

front gegen den Faschismus würde die KPD mit nationalistischen Flugblättern sich der Nazi-Propaganda annähern. »So glaubt man, den Nationalsozialisten das Wasser abzugraben, erreicht aber nur, daß die Grenzen verwischt werden und ein dauerndes Hinüberwechseln stattfindet. Moskau gibt zu jedem Unsinn seinen Segen, wenn nur seine Kreise nicht gestört werden.«¹⁰³ Und noch bitterer schildert sie die Situation in Deutschland im September 1932: »Die letzten Monate waren für uns unerträglich, insbesondere wegen des völligen Versagens der K.P. in einer Situation, die vielleicht für lange Jahre ausschlaggebend sein wird. Daß heute nur die Frage steht Papen oder Hitler, und eine dritte Möglichkeit gar nicht erwogen wird, – ist das nicht ein Beweis für die vollständige Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse? [...] Mit beneidenswerter Leichtfertigkeit pflegen unsere ›großen Führer‹ die objektiven Verhältnisse für alles verantwortlich zu machen.«¹⁰⁴

Bemerkenswert ist auch ihre Einschätzung der KPD- und SPD-Politik in einem Brief vom 23. Februar 1933 angesichts der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Nationalsozialisten: »Bei uns hier sieht es fürchterlich aus. Aus den Zeitungen wissen Sie natürlich, welch freches Terrorregime die Nationalsozialisten aufgerichtet haben, die Arbeiterklasse aber schweigt. Die Sozialdemokraten behaupten, es sei für sie noch kein Anlaß gegeben, etwas zu unternehmen, da ja die Verfassung noch nicht angetastet sei! So können die Nazis im Namen der ›Verfassung‹ täglich Hunderte von Proletariern morden. Und die Kommunistische Partei? Sie ist nicht vorhanden! Jetzt rächen sich die Fehler der vergangenen Jahre, die Partei, die 6 Millionen Stimmen bei den letzten Wahlen bekommen hat, ist nicht fähig, die geringste Aktion zu entfesseln. Ihrem Aufruf zum Generalstreik ist niemand gefolgt. Nach dem 5. März werden wir hier die offene faschistische Diktatur haben, und es besteht wenig Hoffnung, daß eine Abwehraktion der Arbeiter auch dann zustande kommt.«¹⁰⁵

103 Fanny Jeziarska an Fritz Brupbacher und Frau, 1. Mai 1932. In: Sozialarchiv Zürich. Nachlaß Fritz Brupbacher. Unp.

104 Fanny Jeziarska an Fritz Brupbacher und Frau, 12. September 1932. In: Ebenda.

105 Fanny Jeziarska an Paulette Brupbacher, 23. Februar 1933. In: Ebenda.

In einem Brief an F. Brupbacher vom Dezember 1931 hatte sie diese Entwicklung schon vorausgesehen. Sarkastisch meinte sie zu jener Zeit, dass sie den Ausbruch einer Revolution in Deutschland nicht so schnell melden könnte. »Zunächst werde ich wohl die Auswirkungen des faschistischen Regimes schildern müssen, vorausgesetzt, daß ich noch dazu imstande sein werde. Die Lage wird bei uns immer bedrohlicher, die Nationalisten [gemeint: Nationalsozialisten] sprechen offen von ihren Absichten, aber nirgends sieht man Vorbereitungen zu ihrer Abwehr. Auch nicht bei den Kommunisten, die sich wie immer auf ultra linke Phrasen beschränken und jede Aktion fürchten – aus Angst, den Fünfjahresplan zu gefährden.«¹⁰⁶

Da F. Jeziarska wohl nicht öffentlich in der KP(O) in Erscheinung getreten war, entging sie nach dem 30. Januar 1933 der ersten nationalsozialistischen Verfolgungswelle. Sie stürzte sich in die politisch-karitative Arbeit und engagierte sich in der »Internationalen Hilfevereinigung«, einer für die Mitglieder der KP(O) sowie anderer linksradikaler Parteien und Gruppen gegründeten Unterstützungsorganisation, die angesichts der faschistischen Verfolgungen besonders wichtig geworden war, zumal die »Internationale Rote Hilfe« sich für außerhalb der KPD stehenden Personen für nicht zuständig erklärte.¹⁰⁷ Dadurch mag sie doch die Aufmerksamkeit der Nazis geweckt haben. Jedenfalls meldete sie sich Anfang August 1933 bei der Familie Brupbacher mit einer Postkarte aus der Schweiz, und zwar aus der Gegend von Lugano, wo sie sich – möglicherweise aus gesundheitlichen Gründen – schon einige Zeit aufgehalten hatte. Sie wollte »in 8–10 Tagen« ihre Reise fortsetzen »– nach Paris«. Und vorher wollte sie noch versuchen, in Zürich Brupbachers anzutreffen.¹⁰⁸ Am 16. September 1933 meldete sie sich aus der französischen Hauptstadt und erhoffte sich einen baldigen Besuch von Fritz Brupbacher und seiner Frau. »Sie schreiben mir vielleicht ein Kärtchen und geben mir ein Rendez-vous, ich habe sehr viel Zeit und

106 Fanny Jeziarska an Fritz Brupbacher, 28. Februar 1931. In: Ebenda.

107 Fanny Jeziarska an Paulette Brupbacher, 23. Februar 1933. In: Ebenda.

108 Fanny Jeziarska an Fritz Brupbacher und Frau, 6. August 1933 (Postkarte). In: Ebenda.

kann mich ganz nach Ihnen richten.«¹⁰⁹ Fanny Jeziarska konnte sich vor dem faschistischen Terror in Deutschland in Sicherheit fühlen, aber die Schwierigkeiten und Nöte des Emigrantenslebens wurden sofort für sie fühlbar.

Die Jahre im Pariser Exil (1933–1940)

Ihre Lebensbedingungen als Emigrantin waren schwierig, wie sie Anfang Januar 1934 ihrer langjährigen, nunmehr in England lebenden Freundin Lisa Price, die sie 1918 bei ihrer Arbeit in der Russischen Botschaft in Berlin kennen gelernt hatte, schilderte: »Meine Arbeitserlaubnis habe ich immer noch nicht, und eine kleine Arbeit, die ich ohne Erlaubnis mache und die mir wenigstens soviel einbrachte, wie mein Zimmer kostet, geht auch bald zu Ende. Trotz allem geht es mir noch besser als Tausenden deutscher Emigranten, die in Kasernen interniert, ein Hungerdasein fristen. Sehr viele dagegen wohnen in den besten Hotels und nennen sich auch Flüchtlinge. Das ist es, was die Franzosen – mit Recht – erbost.« In Richtung von Philips Price, den Mann von Lisa Price, einen Politiker der Labour Party, beklagte sich F. Jeziarska über die englische Politik gegenüber Hitler: »Jede Konzession, die man heute an Deutschland macht, wird sich an ganz Europa rächen. Eine Gangsterbande hat sich [in Deutschland] des Landes bemächtigt – und wird so schonend behandelt wie keine [deutsche] Regierung zuvor. Man verliert wirklich den Glauben an die ganze Menschheit. Die [englische] Politik ist auch darum so kurzsichtig, weil ja schließlich die Aufrüstung in Deutschland nicht nur Frankreich, Rußland, Polen, sondern auch England selber bedrohen wird. Wenn die englische Regierung wollte, könnte sie so vieles verhindern. Aber mir scheint, die Leute, vor allem die Labour Party, sind mit Blindheit geschlagen.«¹¹⁰

109 Fanny Jeziarska an Fritz Brupbacher und Frau, 16. September 1933. In: Ebenda.

110 Fanny Jeziarska an Lisa Price, 6. Januar 1934. In: Privatarchiv. England (Fotokopie im Besitz des Verfassers).

Als die Labour Party fast zwei Jahre später auf ihrem Parteitag im Herbst 1935 einen Beschluss fasste, sich für die Verhängung von Sanktionen gegenüber Deutschland einzusetzen, falls die Hitler-Regierung mit aggressiven Maßnahmen gegen die Nachbarländer vorgehen sollte, begrüßte die Emigrantin – durch Heirat unterdessen unter dem Namen Thomas-Jezierska – in ihrem Brief vom 9.10.1935 natürlich diese Haltung, bemerkte aber etwas skeptisch: »[...] hoffentlich bleibt die Partei bei dieser Politik, auch wenn es nicht direkt um Englands Interessen geht, wenn z. B. Hitler Österreich kapert oder Memel.«¹¹¹

Standen in ihrem Schreiben vom Januar 1934 noch die Verfolgungsmaßnahmen in Deutschland gegen alle Gegner der Nationalsozialisten im Mittelpunkt, so berichtete sie im Oktober 1935 ihrer englischen Freundin von der massiven Drangsalierung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und den Überlegungen ihrer davon betroffenen, noch in Berlin lebende Schwester, Dr. med. Sophie Riesenfeld-Jezierski mit ihrer Familie auszuwandern. »Meine Schwester möchte brennend gern aus Deutschland heraus, aber ihr Mann [ebenfalls Arzt]¹¹² kann sich absolut nicht entschließen. Es ist schwer, wenn man sich ein Haus und eine Praxis erarbeitet hat, alles da zu lassen und mit kleinen Kindern und ein paar Mark in der Tasche ins Ungewisse zu gehen. Wie mich diese Gedanken und Vorstellungen peinigen, das kann ich Ihnen kaum schildern. Am Tage bin ich abgelenkt durch die tausend Dinge, aber nachts kann ich nicht schlafen, weil ich mein Gehirn zermartere im Suchen nach einem Ausweg. Weiß ich doch am besten durch meine Arbeit, was heute Emigration bedeutet: nirgends geduldet, keine Hilfe, kein Land, das einem Aufenthalts- oder gar Arbeitserlaubnis gibt. Hier werden die Emigranten nach wie vor in Massen ausgewiesen, und wir, unser Komitee, werden [im Original: wird] immer ratloser.«¹¹³

111 Fanny Thomas-Jezierska an Lisa Price, 9. Oktober 1935. In: Ebenda (Fotokopie im Besitz des Verfassers).

112 Laut »Berliner Stadt-Adreßbuch 1934. Berlin 1933«. S. 2054 hatten die Eheleute eine gemeinsame Arztpraxis in Berlin W 15 (Berlin-Wilmersdorf), Emser Str. 37/38, dort die Schreibweise »Sophie Riesenfeld-Jezierski«.

113 Fanny Thomas-Jezierska an Lisa Price, 9.10.1935. In: Privatarchiv. England (Fotokopie im Besitz des Verfassers).

F. Thomas-Jeziarska arbeitete – zumindest 1935 – in einer Hilfseinrichtung für deutsche Emigranten, dem zwischen November 1933 und Juni 1936 bestehenden »Comité allemand« (offizielle Bezeichnung: Deutsche Kommission) in Paris, 8, rue Chambiges, 8. Arrondissement. Im Vorstand dieser Organisation wirkte u. a. der Sozialdemokrat Hugo Simon mit, dessen politischen und persönlichen Freundeskreis in Berlin auch F. Jeziarska in den Jahren vor und nach 1914 angehört hatte. Ob sie als ehrenamtliche oder bezahlte Kraft tätig war und von welcher Zeitdauer ihre Mitarbeit war, ist aus ihren erhalten gebliebenen Briefen nicht ersichtlich. Jedenfalls wird in späteren Briefen das »Comité allemand« nicht mehr erwähnt.¹¹⁴ Ihr eigener formaler Status hatte sich unterdessen wesentlich gebessert, da sie – spätestens Mitte 1935 – durch Heirat die französische Staatsangehörigkeit erlangt hatte und nunmehr Fanny Thomas-Jeziarska hieß.¹¹⁵ Zwar gab sie in allen späteren Schreiben immer diesen Namen an, aber weder in ihren eigenen noch in den an sie gerichteten Briefen wurde jemals ihr Mann erwähnt. Offensichtlich handelte es sich um eine Scheinheirat zur Erlangung des französischen Passes. Im Januar 1934 hatte sie eine Einladung von Lisa Price zu einem Erholungsaufenthalt auf das Landgut des britischen Journalisten Philips Price in England noch ablehnen müssen, da sie befürchtete, nicht mehr nach Frankreich zurückgelassen zu werden. Jetzt konnte sie mit dem französischen Pass je zweimal nach England und in die Schweiz

114 Ebenda. Zum »Comité allemand« siehe: Julia Franke: Paris – eine neue Heimat? Jüdische Emigranten aus Deutschland 1933–1939. Berlin 2000. S. 187f., 354. Dank an Dr. Ursula Langkau-Alex, Amsterdam, für diese Literaturangabe und weitere wertvolle Hinweise.

115 Im Gästebuch der Familie Philips und Lisa Price steht 1935 mit Datum 13. September die Unterschrift »Fanny Thomas-Jeziarska« mit Wohnort »Berlin, z. Zt. Paris«. (Fotokopie der entsprechenden Seite im Besitz des Verfassers). Dies ist das erste Erscheinen des Namens in den vorhandenen Quellen. Es ist so gut wie ausgeschlossen, dass es sich bei dem Ehemann um James Thomas (Reich/Rubinstein) handelt, mit dem Fanny Jeziarska 1919/20 zusammengearbeitet hatte, als dieser als Leiter des Westeuropäischen Sekretariats der Komintern fungierte. Thomas ging 1928/29 zur KP(O), dann zur SAP, lebte 1933–1938 in Prag und emigrierte von dort 1938 weiter in die USA.

sowie einmal 1937 nach Deutschland reisen. Ihr Deutschlandbesuch mag mehreren Zielsetzungen gedient haben: Zum einen wollte sie ihrer Schwester und deren Familie bei der Ausreise helfen, zum anderen den in die Schweiz emigrierten Georg Ledebour, mit dem sie zwischen 1935 und 1940 korrespondierte,¹¹⁶ bei der Rettung seines Nachlasses und seiner Bibliothek unterstützen und schließlich für ihre Pariser Freunde von der KP(O) und SAP auf konspirativem Wege Nachrichten mit den in Deutschland verbliebenen Genossen austauschen. Von ihren langjährigen politisch-persönlichen Freunden waren Paul Frölich, Rosi Wolfstein, Kostia Zetkin und Jacob Walcher in Paris. »Von der alten Gruppe [KP(O)] – Brandler und Thalheimer.«¹¹⁷ Offensichtlich stand sie noch mit allen diesen Personen in Verbindung, obwohl diese z. T. miteinander zerstritten waren.

Eine damals wahrscheinlich noch mögliche Emigration nach England mit Hilfe von Lisa Price kam für F. Jeziarska wegen der fehlenden englischen Sprachkenntnisse nicht in Frage, während ihre Französischkenntnisse – mit etwas zusätzlichem Lernen – offensichtlich für ein Leben in Paris ausreichend waren. Wichtig für sie war natürlich die Anwesenheit ihrer politischen Freunde in Paris, von den Deutschen bis zu den Italienern.

Wie stark negativ sich die parteipolitischen Gegensätze im linken Lager auf die persönlichen Freundschaften auswirkten, verdeutlicht eine Episode mit Hermann Duncker, der bei der KPD verblieben war und nach Inhaftierung im nationalsozialistischen Konzentrationslager ebenfalls nach Frankreich emigrieren konnte. Duncker schien F. Thomas-Jeziarska bei mehrfachen Begegnungen in den Straßen von Paris be-

116 Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 27. Mai 1939. In: SAPMO-BArch. Berlin. NY 4445/261. Bl. 67f.; Georg Ledebour an Fanny Thomas-Jeziarska, 13. Juli 1938. In: AsD. Bonn. Kleine Erwerbungen. Sign 452. Unp. Hier 11 Schreiben Ledebours an F. Thomas-Jeziarska aus den Jahren 1935 bis 1940. In der Hoover Institution. Collection Fanny Jeziarska. Folder 67040-10.V. Unp., befinden sich fünf Schreiben Ledebours an F. Thomas-Jeziarska aus den Jahren 1936 bis 1939.

117 Fanny Jeziarska an Käte Duncker, 27. Mai 1939. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 67. Zur SAP in der Emigration: Hanno Drechsler: Die SAPD. S. 337–354. Zur KP(O) S. 325–340, insbes.: S. 325f., 339f.

wusst zu ignorieren, weil sie Ende der 1920er Jahre ins Lager der kommunistischen Opposition übergegangen war. Jedenfalls vermutete sie das, als sie im Mai 1939 an die in die USA emigrierte Käte Duncker schrieb. Erst fast ein Jahr später, im April 1940, unter dem Eindruck eines schweren Schicksalsschlages – sein Sohn Karl Duncker hatte in den USA Selbstmord verübt – besuchte Hermann Duncker die alte Freundin der Familie und erzählte von seinen Erlebnissen und dem Ergehen seiner Familienangehörigen. Doch F. Thomas-Jeziarska konnte nunmehr diesen wieder angeknüpften Kontakt nicht pflegen, da sie einen Monat zuvor eine neue, sehr anstrengende Arbeit in einer Fabrik für Radioteile aufgenommen hatte.

Über die politischen Aktivitäten F. Thomas-Jeziarskas in Paris geht aus ihren Briefen und den an sie gerichteten Schreiben fast nichts hervor. In einer ihrer unterdessen in Archiven lagernden Briefsammlungen existiert ein Schreiben der Jugendorganisation der SAP, des S.J.V.D., an die Jugendorganisation der KP(O), KJ(O), vom 17.3.1936 mit der Unterschrift von Willy Brandt, zu jener Zeit »Leiter des SAP-Büros und der SJV-Zentrale in Oslo«¹¹⁸. Hierin begrüßte die Führung der S.J.V.D. die Bereitschaft des Aktionskomitees der KJ(O), sich der Einheitsfront von SAP- und KPD-Jugend anschließen zu wollen. Einzelheiten sollten noch mitgeteilt, direkte Verbindungen zwischen den Auslandvertretungen von S.V.J.D. und KJ(O) schon aufgenommen und Materialien der SAP-Jugendorganisation an die KJ(O) gesandt werden.¹¹⁹ Offensichtlich hatte F. Thomas-Jeziarska wieder als eine Art Verbindungsfrau agiert.

Diese Aufgabe übte sie konkret aus, als Bucharin im April 1936 zu einem letzten, kurzen Aufenthalt in Paris weilte, um auf einer Veranstaltung der »Association pour l'étude de la culture soviétique« einen öffentlichen Vortrag zu halten.¹²⁰ Über F. Thomas-Jeziarska und ihre

118 Ebenda. S. 338.

119 Hoover Institution. Collection F. Jeziarska. Folder 67040-10.V. Unp., Z.A. des S.J.V.D. an AK der KP(O) vom 17. März 1936, Unterschrift »Willy Brandt«.

120 Swetlana Nikolajewna Gurwitsch-Bucharina: Doklad N. I. Bucharina w Parishe 3 aprelja 1936 g. kak ego polititscheskoe saewestschanie. In: Bucharin. Tschelowek, politik, utschenyi. Moskau 1990. S. 162–174, insbes. S. 167 (Dank für den Hinweis an Dr. Wladislaw Hedeler).

politischen Freunde Brandler und Thalheimer ließ Bucharin dem 1929 aus der Komintern und der PCI ausgeschlossenen und im französischen Exil lebenden Angelo Tasca ausrichten, daß er dessen Ausscheiden – wohl auch das der anderen früheren KPD-Genossen – sehr bedauere. »Dieser Beitrag von kompetenter Seite kam aber zu spät.«¹²¹ Wahrscheinlich hätte bei dieser Gelegenheit für F. Thomas-Jeziarska noch einmal wie 1930¹²² eine Rückkehrmöglichkeit zur KPD und zur Komintern und damit wieder eine bessere Chance für eine politische Betätigung und eine solidere materielle Existenz bestanden. Doch für sie kam die Aufgabe ihrer Grundsätze nicht in Frage. Wie bereits erwähnt, war sie 1932 nicht wie ihre politisch-persönlichen Freunde von der KP(O) zur SAP übergegangen und parteilos geblieben. Allerdings berichtet 1967 ihre Freundin Rose Frölich (damals in Paris noch Rosi Wolfstein), daß F. Jeziarska Mitglied in der SAP gewesen sei. Möglicherweise ist F. Jeziarska-Thomas in Paris doch noch Mitglied der SAP geworden.¹²³ Neben den Verbindungen zu ihren nach Paris emigrierten alten Freunden aus der PCI, der KP(O) und SAP unterhielt sie auch Kontakte zu Vertretern der SAI, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI),¹²⁴ sowie zu den bekannten SPD-Politikern Rudolf Breitscheid und – insbesondere – zu Rudolf Hilferding¹²⁵. Soweit ihre Erwerbstätigkeit und ihr Gesundheitszustand ihr dazu die Möglichkeiten ließen, war sie voll in die linke Pariser Emigrantenszene eingebunden und pflegte auf Grund ihrer menschlichen Haltung Kontakte zu Personen aus unterschiedlichen Gruppen.

Bis – möglicherweise – auf die ersten zwei Exiljahre in Paris musste F. Thomas-Jeziarska einer Tätigkeit als Fabrikarbeiterin nachgehen, was ihr wegen ihres angegriffenen Gesundheitszustandes sehr schwer fiel.

121 I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. (Zwischentext von G. Berti). S. 178.

122 Siehe oben, S. 261.

123 Biographische Angaben im IISG Amsterdam (siehe Anm. 6, Spiegelstrich 3).

124 The Strange Case of Dora Fabian and Mathilde Wurm. A study of German political exiles in London during the 1930's. Bern 1996. S. 305f.

125 Fanny Thomas-Jezierka an Boris I. Nicolaevsky, 9. Oktober und 5. November 1941. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

»[...] ich quäle mich sehr, lasse mich aber nicht unterkriegen«. ¹²⁶ Es gelang ihr, 1935 und 1939 Erholungsaufenthalte auf dem Landsitz ihrer alten Freunde Lisa und Philips Price in England und zweimal in der Schweiz (einmal davon im Sommer 1937) bei Freunden in Lugano mit Abstechern nach Zürich – möglicherweise zu den Brupbachers – und nach Bern zu Minna und Georg Ledebour anzutreten. Die betreffenden Freunde – außer den wenig begüterten Ledebours – hatten wohl auch die Reisekosten getragen. Ihre schlechte Lage, »mittellose Emigrantin und krank«, wie Georg Ledebour ihre Situation beschrieb, machte sie teilweise von der Unterstützung ihrer wohlhabenden Bekannten abhängig. Willi Münzenberg in Paris mit seinen vielfältigen Verbindungen in der Exilantenszene wollte sich Anfang 1939 auf Bitten Ledebours um eine Möglichkeit für eine Bürotätigkeit F. Thomas-Jezierskas bemühen, wohl ohne Erfolg, weil sie im März 1940 wieder eine Arbeit in einer Pariser Fabrik für die Herstellung von Radioteilen aufnahm. ¹²⁷

Aus Geldnot mußte sie 1938 in Paris einen kleinen Teil ihrer Sammlung von Briefen prominenter Sozialisten wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring u. a. an den Vertreter des IISG Amsterdam in Paris, den russischen Menschewiki Boris I. Nicolaevsky, verkaufen. ¹²⁸ Bei ihrer Abreise in die USA blieb ein weiterer größerer Teil dieser Materialsammlung bei ihrem alten Freund aus italienischen Zeiten Angelo Tasca – unterdessen mit dem Pseudonym Rossi – in Frankreich zur Aufbewahrung. ¹²⁹ Der größte Teil dieser Schriftstücke muss ihr 1944

126 Minna und Georg Ledebour an Fanny Thomas-Jezierska, 12. September 1937. In: AsD. Bonn. Kleine Erwerbungen. Sign 452; Fanny Thomas-Jezierska an Käte Duncker, 27. Mai 1939 (Zitat). In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 67 [im Original falsche Blattzahl: 87].

127 Fanny Thomas-Jezierska an Käte Duncker, 11. April 1940. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 70; Georg Ledebour an Fanny Thomas-Jezierska, 3. Februar 1939 (hier auch das Zitat). In: AsD. Bonn. Kleine Erwerbungen. Sign 452. Unp.

128 F. [J]Ezierskaja [russisch] an Boris I. Nicolaevsky, 19. Mai 1938. In: IISG. Amsterdam. Kleine Sammlung Fanny Jezierska. Unp.

129 Fanny Thomas-Jezierska an Boris I. Nicolaevsky, 5. November 1941. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

oder 1945 in die USA nachgeschickt worden sein und wurde von ihr an Kostia Zetkin, der sie in Kalifornien besuchte, weitergegeben. Dieser (oder nach seinem Tode seine Witwe) hat sie Elzbieta Ettinger, einer Luxemburg-Biographin überreicht, von der später diese Materialien auf Vermittlung von Brigitte Seebacher-Brandt vom Archiv der sozialen Demokratie in Bonn erworben werden konnten. Ein anderer Teil muss in Frankreich geblieben sein und wurde dort 1967 von der Hoover Institution angekauft.¹³⁰

Im Mai 1939 kündigte F. Thomas-Jeziarska gegenüber der bereits in den USA lebenden Käte Duncker ihre Absicht an, wie die Familie ihrer Schwester in die USA nach Kalifornien auszureisen. Aber sie musste noch warten, weil wegen ihres Geburtsortes in Polen ihre Einwanderung in die USA im Rahmen der polnischen Quote erfolgen würde. Ein Jahr später meldete sie sich erneut bei ihrer Freundin K. Duncker, und zwar immer noch aus Paris.¹³¹ Doch vor oder nach der Einnahme von Paris durch die deutschen Truppen am 14. Juni 1940 muss F. Thomas-Jeziarska nach Südfrankreich geflohen sein. Denn sie berichtete später gegenüber Nicolaevsky von langen Gesprächen mit Hilferding in Marseille, als dieser in der Zeit von Anfang Juli bis Mitte September 1940 – vergeblich – zusammen mit Breitscheid auf seine Ausreise wartete. Die Abreise von F. Thomas-Jeziarska aus Frankreich in Richtung USA muss im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1941 erfolgt sein. Am 9.6.1941 traf sie in New York ein.¹³²

130 Auskunft des früheren, jetzt pensionierten Leiters des AsD. Bonn, Dr. Werner Krause. Im AsD. Bonn, befindet sich in Kleine Erwerbungen, Sign 452 (unp.) ein Briefumschlag mit darauf verstreut niedergeschriebenen Notizen, u. a.: »Brigitte Brandt«, »an Fanny«, »Briefe Clara, Mehring, Ledebour«, »Ettinger«.

Zur Herkunft der Collection Fanny Jeziarska an der Hoover Institution. Folder 67040-10.V, siehe Brief von Agnes F. Peterson, Curator (em.), Hoover Institution, an den Verfasser, 30. Juni 1995.

131 Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 27. Mai 1939 und 11. April 1940. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 67 [im Original falsche Zahl: 87], 70.

132 Zu Hilferdings Situation in Südfrankreich: William Smaldone: Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten. Bonn 2000. S. 253–

Exil in Kalifornien, USA (1941–1945)

Bereits einen Tag nach ihrer Ankunft in New York schrieb F. Thomas-Jeziarska an den unterdessen dort wohnenden und ihr aus dem Pariser Exil wohl bekannten Boris I. Nicolaevsky und bat ihn um einen Gesprächstermin und um Adressen von weiteren in New York lebenden Emigranten wie Rose Hilferding, der sie handschriftliche Mitteilungen ihres Mannes Rudolf aus Frankreich mitgebracht hatte.¹³³ Mit Nicolaevsky blieb sie bis Anfang 1943 in brieflicher Verbindung und war für diesen eine interessante Zeitzeugin aus dem Kominternapparat für die Jahre 1924 bis 1928. Im Juli 1941 traf F. Thomas-Jeziarska in Los Angeles [L. A.] ein und wohnte bei der Familie ihrer Schwester. Sie war begeistert von der Stadt, und, was für ihre Gesundheit besonders wichtig war, »das Klima [ist] herrlich«. Es stellten sich viele schon länger in Kalifornien lebende Verwandte der Familie ein, die nur englisch sprachen. Das war ein zusätzlicher Ansporn zum Erwerb der ihr bisher nicht geläufigen englischen Sprache. »Ich lerne mit aller Energie Englisch, um bald Arbeit suchen zu können.«¹³⁴ Ende August 1941 konnte sie schon fließend englisch lesen und verstehen, aber nicht sprechen. Sie, die 20 Jahre zuvor als 34jährige noch die italienische Sprache neu erlernt hatte, konnte sich nunmehr einfach nicht die englische Aussprache aneignen. Ein fließendes Sprechen der englischen Sprache war aber fast immer Voraussetzung für eine Einstellung. Aber das allergrößte Hindernis für eine Beschäftigung F. Thomas-Jeziarska in den vielen amerikanischen Rüstungsbetrieben, für die sie als Ingenieurin für Elektro- und Radiotechnik prädestiniert gewesen wäre, bestand in den für den Raum von Los Angeles geltenden behördlichen Restriktionen für alle Ausländer – auch für sie als Französin –, die deren Einstellung verboten. Bei einem

256, 259–261; Fanny Thomas-Jeziarska an Boris I. Nicolaevsky, 10. Juni., 9. Oktober und 5. November 1941. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

133 Fanny Thomas-Jeziarska an Boris I. Nicolaevsky, 10. Juni 1941. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

134 Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 10. Juli 1941. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 71.

Wechsel nach San Francisco oder New York hätte sie zwar größere Chancen auf einen besseren, ihren Qualifikationen angemessenen Arbeitsplatz gehabt, aber es wäre dort schwieriger gewesen, eine preiswerte Wohnung zu mieten.¹³⁵ Letztendlich scheint aber der Rückhalt in der Familie ihrer Schwester – trotz fehlender weltanschaulicher Gemeinsamkeiten – den Ausschlag für ein Verbleiben in L. A. gegeben zu haben.

So trat sie Ende März 1942 eine schlecht bezahlte, äußerst anstrengende Stellung als Hilfspflegerin mit 10stündiger Arbeitszeit pro Tag in einer Lungenheilanstalt in Duarte in der weiteren Umgebung von L. A. an. Lediglich zweimal im Monat konnte sie zur Familie ihrer Schwester nach L. A. fahren. Im November 1942 gab sie die Stellung im Krankenhaus auf, wobei das antisemitische Auftreten einiger nichtjüdischer amerikanischer Krankenschwestern zu diesem Entschluss beigetragen hatte. Nach einer mehrwöchigen Erholungspause mit Fortbildungsmaßnahmen erhoffte sie sich eine qualifiziertere Stellung. Doch konnte sie wegen der noch immer restriktiven Bestimmungen für die Beschäftigung von Ausländern im Raum Los Angeles nur eine einfache, wieder körperlich sehr anstrengende Arbeit in einer von ihrer Wohnung weit entfernten Fabrik mit einer 6-Tage-Woche aufnehmen. Und die schlechten Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln brachten eine erhebliche Verlängerung des Arbeitstages mit sich.¹³⁶

Durch die zeitliche und physische Belastung war sie meist so erschöpft und ausgelaugt, dass sie in all diesen Jahren ihres amerikanischen Exils Mühe hatte, die Briefe ihrer ebenfalls in die USA emigrierten alten Freunde Käte und Hermann Duncker, Paul Frölich, Rosi Wolfstein und Kostia Zetkin in angemessener Zeit und mit einigen politischen Inhalten zu beantworten. Denn sie liebte und brauchte diesen politischen Gedankenaustausch mit Freunden, wie ihre Korrespondenzen aus den vorangegangenen Jahren mit Fritz Brupbacher und Ge-

135 Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 21. August 1941. In: Ebenda. Bl. 75f.

136 Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 15. April, 17. August und 6. November 1942. In: Ebenda. Bl. 78, 80, 87; Fanny Thomas-Jeziarska an Boris I. Nicolaevsky, 10. Januar 1943. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

org Ledebour zeigen. Da sie selbst nur unregelmäßig auf Briefe antwortete, trafen die von ihr so heiß ersehnten Nachrichten von Freunden und Bekannten nur spärlich ein. Diesen Grund erkannte sie mit ihrem Realitätssinn selbst, konnte aber wegen der schlechten Arbeitsbedingungen nichts ändern. Nur die ebenfalls in den USA lebende Frau des Menschenrechtlers und Mathematikers Emil Gumbel, den sie wahrscheinlich seit dem Ersten Weltkrieg aus dem Kreis der Linkspazifisten um den Bund »Neues Vaterland« und weiter aus den Pariser Exiljahren kannte, schrieb ihr regelmäßig jeden Monat, unabhängig davon, wie oft F. Thomas-Jeziarska sich äußerte. Direkte Gespräche mit sozialistischen Freunden gab es für sie ab 1942 gar nicht mehr. Denn ihre noch 1941 in L. A. lebenden Bekannten, die Emigranten Felix Kautsky, ein Sohn Karl Kautskys, und Elias Laub, der frühere sozialistische Berliner Verlagskaufmann, mit denen sie in den Monaten nach ihrer Ankunft Kontakt gehabt hatte, zogen in weit entfernte Städte. Die Familie ihrer Schwester war wenig politisch interessiert, hatte – im Gegensatz zu F. Thomas-Jeziarska – eine stark religiöse Einstellung und verbrachte viel Zeit in der Synagoge. In dieser Lage fühlte sich F. Thomas-Jeziarska vollständig vereinsamt und nutzlos. Hatte sie im Pariser Exil noch einige Möglichkeiten zur politischen Arbeit, so reduzierte sich ihr Leben in L. A., wie sie selbst bitter vermerkte, weitgehend auf den bloßen materiellen Lebenserhalt. Dabei vergaß sie nicht die schreckliche Lage ihrer jüdischen Verwandten in Polen, über die sie keine Nachrichten hatte: »Alle diese Sorgen sind zwar quälend für mich, aber sie zählen kaum, wenn man an das Furchtbare denkt, das heute in der Welt mit unseresgleichen [den Juden] geschieht. Es ist ja schließlich nur ein Zufall, daß ich hier bin und nicht in Polen, wo heute jedem [jüdischen] Menschen der Schlachthof droht. Ich habe dort – vielleicht noch – einen Teil meiner Familie, und der Gedanke an sie und an ihre vielen, vielen Leidensgenossen gibt mich keinen Augenblick frei. Ich bin wie besessen von diesem Gedanken.«¹³⁷

Lichtblicke waren Briefe der Freunde und ab Ende 1942 die Entwicklung der Kriegslage zugunsten der Alliierten. »Das einzig Erfreuliche in

137 Fanny Thomas-Jeziarska an Käthe Duncker, 17. August, 1. September und 29. Dezember 1942 (Zitat). In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 80, 83, 85, 91.

dieser gottverlassenen Zeit sind die russischen Siege.« Gleichzeitig hatte sie, wie sie Käte Duncker mitteilte, Sorge, daß der Stalinkult verstärkt werden würde, »und diesmal sogar mit einiger Berechtigung.« Schmerzhaft war für sie, dass keine Nachrichten über die politischen Gefangenen in Russland vorlagen. »Sollte das alles wirklich bedeuten, daß trotz den Siegen drüben alles beim Alten bleibt? Das wäre zu enttäuschend.«¹³⁸ Doch als Nicolaevsky, einer ihrer wichtigen Briefpartner dieser Jahre, zu den Siegen der russischen Armee kritisch anmerkte, dass diese militärischen Erfolge einer Verbreitung des Stalinschen Sklaverei-Systems dienten, entgegnete sie im Januar 1943: »Sie kennen mein Verhältnis zur Politik der UdSSR. Es hat sich kein Jota verändert. Die Rote Armee kämpft jetzt so heroisch, daß es mir unmöglich erscheint, sie in irgendeiner Weise anzugreifen. Aber eine Polemik gegen Stalin in diesem Augenblick würde einer Polemik gegen die Rote Armee gleichkommen. Ich bin mir dessen ganz sicher, was ein vollständiger Sieg der UdSSR bedeuten wird, und wünsche ihn trotzdem von ganzem Herzen, ersehne ihn, da der Sieg über Hitler notwendig ist, und ohne ihn würde es schwer sein zu atmen.«¹³⁹ F. Jeziarska hatte schon 10 Jahre zuvor im Februar 1932 gegenüber ihrem italienischen Genossen Tasca deutlich gemacht, dass nach ihrer Auffassung nur die kommunistische Bewegung eine neue Gesellschaft schaffen könnte.¹⁴⁰ Gleichzeitig lehnte sie ein Unterdrückungssystem wie das unter Stalin entschieden ab. Umso entsetzter war sie, als im März 1943 Nachrichten aus Russland über die Beseitigung von kommunistischen Kritikern zu ihr nach Kalifornien drangen. »Sollte sich wirklich nichts dort geändert haben, und geht der Kurs von 1936/38 weiter? Was haben wir [die nichtstalinistischen Kommunisten] dann von der Zukunft zu hoffen? Was den Krieg anbelangt, so kann man vielleicht optimistisch sein, aber für uns scheint die Zukunft so düster auszusehen wie je.«¹⁴¹ Das war ihre letzte bekannt gewordene

138 Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 29. Dezember 1942. In: Ebenda. Bl. 91.

139 Fanny Thomas-Jeziarska an Boris I. Nicolaevsky, 10. Januar 1943. In: Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.

140 Siehe oben, S. 269.

141 Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 14. März 1943. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 93.

politische Äußerung. Seit ihrer Jugendzeit hatte sie sich für eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaft eingesetzt. Jetzt, im Alter von 56 Jahren, musste sie erleben, dass der einzige Staat, der in die von ihr herbeigesehnte Entwicklung zu gehen schien, erneut die Richtung zur massiven Unterdrückung der politisch Andersdenkenden einschlug. Diese schwere Enttäuschung musste sie in den letzten anderthalb Jahren ihres Lebens ertragen.

Obwohl es ihr auf Grund ihres erschöpften Zustandes manchmal große Mühe bereitete, beantwortete F. Thomas-Jeziarska gern die Fragen Nicolaevskys zu Interna im Kominternapparat, soweit es ihrem tatsächlichen Erfahrungsstand aus ihrer Tätigkeit während der Jahre 1924 bis 1928 in Moskau entsprach. Ihr Briefwechsel mit Nicolaevsky hatte für sie einen besonderen Wert, weil er auf russisch geführt wurde, wobei sie sehr variationsreich mit »Fanni Toma-Ezierskaja«, »Fanni Ezierskaja«, »Fanni Toma«, »F. Toma« oder »F. T.« unterschrieb. Ihre Aussagen zur Entstehung der Differenzen zwischen Bucharin und Stalin, zu dem Wirken des deutschen Kommunisten Heinz Neumann in China und seine damalige Unterstützung durch Stalin sowie Mitteilungen über weitere Komintern-Führer wie Manuilski u. a. sind bisher wissenschaftlich überhaupt nicht genutzt worden und müssten von spezialisierten Historikern daraufhin überprüft werden, ob – wenn auch wahrscheinlich nur im kleinen Ausmaße – neue Aspekte zur Komintern-Geschichte enthalten sind.

Die letzten erhalten gebliebenen Briefe F. Thomas-Jeziarskas stammen vom 10. Januar 1943 (an Nicolaevsky) und vom 14. März 1943 (an Käte und Hermann Duncker). Beklagte sie sich gegenüber Nicolaevsky noch über ihre lange, ermüdende Arbeit in der Fabrik, so teilte sie zwei Monate später den Dunckers voller Freude mit, dass sie eine nette, wenn auch schlecht bezahlte Arbeitsstelle in L. A., offenbar in einem kleinen Büro einer Wohltätigkeitsorganisation, bekommen hatte und versuche, das Geld für eine Reise nach New York und zu all ihren im Lande verstreuten Freunden zusammen zu bekommen.¹⁴² Endlich hatte sie

142 Hoover Institution. Collection Boris I. Nicolaevsky. Unp.; Fanny Thomas-Jeziarska an Käte Duncker, 14. März 1943. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 261. Bl. 93.

wieder eine Aufgabe politisch-sozialen Charakters, mit der sie sich identifizieren konnte, und ähnlich gesinnte Kolleginnen und Kollegen gefunden. Wie lange diese neue Tätigkeit von ihr wahrgenommen werden konnte, ist nicht bekannt. Denn über die folgenden Lebensmonate liegen keinerlei Informationen vor. Am 22. November 1945 soll Fanny Thomas-Jeziarska in den USA verstorben sein, wie ihre Freundin Rose Frölich (vormals Rosi Wolfstein) 1967 schriftlich gegenüber dem IISG Amsterdam angegeben hat. In der Sammlung Karl Liebkecht (Robert Liebkecht) im IISG, Amsterdam befinden sich sechs persönliche Briefe Karl Liebkechts – Liebesbriefe – an Fanny Jeziarska aus dem Jahre 1910. Auf einem dazugehörigen Briefumschlag hat »R. L.« [Robert Liebkecht, Karl Liebkechts Sohn] vermerkt: »Diese Briefe wurden mir [1960?] von Kostja Zetkin übergeben, der Fanni Jeziarska in Amerika bei ihrer Krankheit pflegte und ihrer Agonie u[nd ihrem] Tod beiwohnte.«¹⁴³

143 IISG. Amsterdam. Sammlung Karl Liebkecht (Robert Liebkecht). Bl. 17 (Umschlag); die Schreiben selbst sind unpaginiert. Der nach 1945 in Kanada verbliebene Kostia Zetkin machte 1960 eine Europareise mit Besuchen bei seinen alten Freunden, auch bei Robert Liebkecht in Paris (Bundesarchiv Koblenz. N 1522/27. Unp. Brief Kostia Zetkins an Susanne Leonhard, 12. Januar 1960). Briefnachlässe von Rose Frölich und Kostia Zetkin konnten vom Verfasser nicht aufgefunden werden.

12. Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – Verbindungen zwischen Links- sozialisten und bürgerlichen Pazifisten¹

In der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar 1918 fand mit über einer halben Million streikender Arbeiter, vor allem in den Munitionsfabriken Berlins,² die größte Massenaktion für den Frieden in Deutschland während des Ersten Weltkrieges statt. Sie wurde organisatorisch weitgehend von den oppositionellen Betriebsvertrauensleuten der Gewerkschaften, den späteren »Revolutionären Obleuten«, getragen, gleichzeitig aber propagandistisch von einer massiven illegalen Flugblattagitation vorbereitet und begleitet. Zum einen hatte die USPD ein von allen ihren Reichstagsabgeordneten unterzeichnetes Flugblatt mit einem indirekten Aufruf zum Handeln an die Arbeiterschaft »in vielen Orten in großen Mengen« verbreiten lassen.³ Zum anderen hatte die der USPD angehörende linksradikale Spartakusgruppe, der Kreis um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, in der Zeit der Vorbereitung und Durchführung des Munitionsarbeiterstreiks acht Flugschriften mit einer Auflage von »25000–100000« herausgebracht.⁴ Angesichts der hohen Papier- und

1 Veröffentlicht in ähnlicher Fassung in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2008. Berlin 2008. S. 33–45.

2 Hans-Joachim Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland. 1914–1918. Teil I. Hamburg 1981. S. 442.

3 BA Berlin. R 3003. C 20/18. Nr. 1. Bl. 5. Siehe hierzu auch den Beitrag 7 des vorliegenden Bandes der »Grünen Reihe«.

4 Der interne Streikbericht der Spartakusgruppe, höchstwahrscheinlich vom Spartakusführer Leo Jogiches für Rosa Luxemburg bestimmt (da ihr ansonsten unbekannter Deckname Maciej R. darin vorkommt), ist u. a. abge-

Druckkosten waren erhebliche Geldmittel für die illegalen Druckschriften aufzubringen, wie auch die Politische Polizei in Berlin im Februar 1918 feststellte. Sie vermutete »Gelder von bürgerlichen Friedensfreunden«, möglicherweise sogar aus dem feindlichen Ausland, dahinter.⁵ Konkrete gerichtsverwertbare Erkenntnisse über die Geldgeber konnten die Strafverfolgungsbehörden bei ihren Ermittlungen wegen versuchten Landesverrats gegen die an der illegalen revolutionären Flugschriftenagitation Beteiligten aber nicht erlangen. Erst durch Veröffentlichungen in der Zwischenkriegszeit sind hierzu einige wenige Angaben ans Licht der Öffentlichkeit gekommen.⁶

»[...] 30000 Mark sind in Berlin innerhalb weniger Tage für die Verbreitung illegaler geheimer Flugschriften gesammelt worden, die dem Kampf gegen die Generäle und der Unterstützung der Friedensbestrebungen dienen sollen.« Diese Information über die massive finanzielle Unterstützung aus dem linken bürgerlich-pazifistischen Lager, offensichtlich für die agitatorische Vorbereitung des geplanten Massenstreiks gedacht, vertraute Geheimrat Richard Witting, Aufsichtsratsvorsitzender der Darmstädter und Nationalbank, einer der führenden Linkspazifisten der Kriegszeit,⁷ am 10. Januar 1918 während einer Unterredung in

druckt in: Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin 1958. S. 593–598. Zitat: S. 597.

5 LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 15967. Bl. 208 (Entwurf eines Schreibens der [Politischen] Polizei Berlin, o. D., als Reaktion auf einen Rundbrief des Stellv. Generalstabs der Armee, Abt. III b vom 4. Februar 1918).

6 Aus politischen Gründen hatten später weder die beteiligten oder informierten Kommunisten noch die linken Bürgerlichen ein Interesse daran, diesen gemeinsamen illegal-revolutionären Kampf einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Erleichtert wurde dieses weitgehende Stillschweigen noch dadurch, dass nur ein ganz kleiner Kreis von Eingeweihten von der Finanzierung der Spartakusflugschriften durch linkspazifistische Bürgerliche wusste.

7 Richard Witting (1856–1923), 1891–1902 Oberbürgermeister von Posen, ab 1902 Direktor, ab 1911 Aufsichtsratsvorsitzender der Darmstädter und Nationalbank, 1908–1913 Abgeordneter der Nationalliberalen Partei im preußischen Landtag, unter dem Einfluss seines Freundes Fürst Lichnowsky im Weltkrieg Wendung zum entschiedenen Pazifismus, nach

Berlin dem gleich gesinnten Hans Peter Hanssen, einem Reichstagsabgeordneten der dänischen Minderheit, an. 1924 wurde diese Äußerung durch die in Kopenhagen publizierten Tagebücher Hanssens bekannt.⁸ 1928 beschrieb der sozialistische Schriftsteller Arthur Holitscher die politischen Aktivitäten des im November 1914 gegründeten, von Witting mitgeprägten Bundes »Neues Vaterland« (BNV), dem er selbst angehörte.⁹ Er charakterisierte – weitgehend überzogen – diese »im Geiste der Unabhängigen [Sozialdemokratischen Partei]« agierende, aber »fast ausschließlich« aus bürgerlichen Intellektuellen bestehende linkspazifistische Gruppierung als »das bürgerlich-sozialistische Hauptquartier der werdenden Revolution [vom November 1918]«. ¹⁰ Bereits 1926 wies der ebenfalls in diesem Kreis mitarbeitende Journalist Hellmut von Gerlach außerdem darauf hin, dass der BNV in der Kriegszeit zusammen mit der Spartakusgruppe die sogenannte Lichnowsky-Broschüre herausgebracht und verbreitet hatte, einen kritischen Bericht des vor Kriegsausbruch in

dem Krieg weitgehend passives Mitglied der neu gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Siehe: [Kurzbiographie] Richard Witting. In: Helmut Donat und Karl Holl (Hrsg.): Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz (Hermes Handlexikon). Düsseldorf 1983. S. 420–422.

- 8 Hans Peter Hanssen: *Diary of a Dying Empire*. Hrsg. von Ralph H. Lutz. Bloomington [USA] 1955. [Nach der dänischen Erstausgabe: Hans Peter Hanssen: *Fra Krigstiden*. 2 Bde. Kopenhagen 1924.] S. 256f., Tagebucheintragung vom 10. Januar 1918 (Übersetzung aus dem Englischen durch den Verf.).
- 9 Arthur Holitscher: *Mein Leben in dieser Zeit. Der »Lebensgeschichte eines Rebellen«* zweiter Band (1907–1925). Potsdam 1928. S. 130.
- 10 Ebenda. S. 131. Dem BNV gehörten – im Gegensatz zu dem von Holitscher vermittelten Eindruck – überwiegend progressive bürgerliche Parteilose, aber auch Mitglieder der sozialdemokratischen und liberalen Parteien an. Holitscher berichtete zur Einschätzung der politischen Lage ab 1917 durch den Witting-Kreis etwas übertrieben (vor allem im Widerspruch zu entgegengesetzten Äußerungen an anderer Stelle seiner Memoiren): »Daß der Krieg mit einer Revolution enden würde, war uns allen klar bewusst ... Schon im Spätherbst 1917 galt daher in diesem Kreise [...] das bevorstehende Ende des Kaiserreiches als ausgemachte Sache.« (Ebenda. S. 130f.)

London tätigen deutschen Botschafters Fürst von Lichnowsky über die kriegsfördernde Politik der kaiserlichen Regierung.¹¹

Unter Berufung auf die Angaben Wittings und Holitschers und ohne zusätzliche Quellen anzugeben, konstatierte der politisch rechts stehende Archivar des Reichsarchivs Hans Thimme 1932 zusammenfassend: Aus dem Kreise um Witting »wurde die Presse und Propaganda der Unabhängigen Sozialdemokratie mit Geld, und zwar mit sehr beträchtlichen Summen, unterstützt, auch der politische Streik im Januar des Jahres 1918 gefördert. Illegale Literatur wurde von hier aus systematisch verbreitet«. ¹² Seitdem hat die bemerkenswerte Tatsache einer Zusammenarbeit linksbürgerlicher pazifistischer Kräfte mit der sozialistischen Linken im Ersten Weltkrieg und die umfangreiche Finanzierung der linksradikalen Antikriegsflugschriften durch bürgerliche Pazifisten kaum noch Beachtung durch die historische Forschung gefunden, weder in der Zwischenkriegszeit noch nach dem Zweiten Weltkrieg. Lediglich die DDR-Historiker Erwin Gülzow und Dieter Fricke haben sich dieses Themas angenommen, Gülzow 1969 in einer bisher unveröffentlichten umfangreichen Dissertation, Fricke 1983 in einem Handbuchbeitrag, wobei beide in Bezug auf die Finanziere der Flugschriftenagitation nur geringfügig über den Erkenntnis- und Quellenstand von Thimme hinausgekommen.¹³

11 Hellmut von Gerlach: Die große Zeit der Lüge. [Berlin-]Charlottenburg 1926. S. 102; Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. Meine Londoner Mission. 1912–1914. Von Fürst von Lichnowsky, ehemaliger deutscher Botschafter in England. Mit einem Nachwort der Herausgeber. Görlitz o. J. [1918 illegal erschienen]; auch als Flugschrift des BNV Nr. 7/8 in überarbeiteter Fassung: Fürst Lichnowsky: Meine Londoner Mission. 1912–1914, und Eingabe an das Preußische Herrenhaus. Berlin 1919.

12 Hans Thimme: Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr. Stuttgart / Berlin 1932. S. 85.

13 Erwin Gülzow: Der Bund »Neues Vaterland«. Probleme der bürgerlich-pazifistischen Demokratie im ersten [sic!] Weltkrieg (1914–1918). [Phil.] Diss.. Sektion Geschichte der Humboldt-Universität Berlin 1969. S. 377–380, insbes. S. 380 (Gülzow legt einige neue Untersuchungsergebnisse für die Zeit von 1915 bis 1916 vor); Dieter Fricke: Bund Neues Vaterland (BNV).

Unterdessen lassen neu erschlossene archivalische Quellen eine detaillierte Darstellung der Finanzierung der Spartakusflugschriften sowie der Zusammenarbeit der linken Kräfte zu, wenn auch nicht alle Einzelheiten geklärt werden können. Aufgrund von Notizen des Leiters der Spartakusgruppe Leo Jogiches über die 1917 und Anfang 1918 bei seiner illegalen politischen Arbeit¹⁴ angefallenen Einnahmen und Ausgaben und weiterer archivalischer Quellen schälen sich zwei Schlüsselfiguren heraus, die als Verbindungsleute zwischen der Spartakusführung und dem linken bürgerlichen Lager und für den Geldtransfer dienten: der Kaufmann und Druckereibesitzer Julius Gerson sowie der Kunst- und Kulturhistoriker, Schriftsteller und Kunstsammler Eduard Fuchs, beide in Berlin.

Der Spendensammler Julius Gerson

Julius Gerson, geboren am 28. Juli 1868, war zusammen mit seinem Bruder Martin Besitzer der Steindruckerei Pittius in Berlin, Köpenicker Str. 110. Die Familien wohnten auf zwei einander benachbarten Grundstücken im vornehmen Villenviertel in Berlin-Dahlem. Ihre Häuser dienten wie die »Salons« in den Wohnungen anderer gut situerter Pazifisten als Treffpunkte für Persönlichkeiten aus dem Spektrum des linken Bürgertums und des linken Flügels der Sozialdemokratie, ob bei geselligen Gelegenheiten oder aus Anlass von offiziellen Sitzungen des BNV. Julius Gerson gehörte zu jenem Typus des wohlhabenden Geschäftsmannes, der die republikanischen und sozialen Ziele der Sozialdemokratie voll

1914–1922. In: ders. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Leipzig 1983–1986. 4 Bde.; hier Bd. 1. Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Leipzig 1983. S. 351–360. Zur Einordnung des BNV in die Friedensbewegung: Karl Holl: Pazifismus in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988. S. 113–127, 135–137.

¹⁴ BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 15. Bl. 16–22 (in Hülle mit Kennzeichnung als Bl. 8). Ein Schriftsachverständiger hielt Jogiches für den Verfasser der Notizen (ebenda: Bl. 31 und 42). Auch aus inhaltlichen Gründen ist diese Zuordnung zwingend.

unterstützte, und zwar nicht nur seit 1898 als SPD-Mitglied (ab 1917 USPD), sondern auch als großzügiger Spender sowohl für Parteizwecke wie für bedürftige Genossinnen und Genossen. Die Politische Polizei registrierte seine freundschaftlichen Kontakte zu linken Sozialdemokraten wie dem Parteiführer Hugo Haase, dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann und dem bekannten Partei- und Literaturhistoriker Franz Mehring,¹⁵ die alle offenbar genauso Gast in seinem Hause waren wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg.¹⁶

Wahrscheinlich war es Julius Gerson, der im ersten Kriegsjahr dem langjährigen Kampfgefährten Rosa Luxemburgs, Leo Jogiches, der von seinen Einkünften aus dem Familienvermögen in Wilna abgeschnitten war, eine Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit im Büro der Druckerei Pittius verschaffte.¹⁷ Auf Vermittlung von Luise Kautsky, Karl Kautskys Ehefrau, gewährten Julius und Martin Gerson der Familie Duncker humanitäre Hilfe: Käte Duncker, die – mit einigen Unterbrechungen – seit August 1916 zusammen mit Leo Jogiches die illegale Arbeit der Spartakusgruppe leitete und diesen Kreis zeitweise auch nach außen offiziell vertrat, war durch die Mehrfachbelastung – Haushalt, Erzie-

15 BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 18. Bl. 110; LA Berlin. Rep. 200. Acc. 1180. Nr. 211. Unp. (Einladung zu einer BNV-Besprechung am 30.07.1916 bei Julius Gerson in Berlin-Dahlem, [Straße:] Im Dol 23); Elsbeth Bruck: Ein Leben für den Frieden [Schreibmaschinenmanuskript]. S. 57, 62. In: Nachlass Claire Jung. Stiftung Stadtmuseum Berlin. Sammlung historischer Dokumente.

16 Als Rosa Luxemburg bei einem Besuch in Gersons Haus ein von Clara Zetkins Ehemann Friedrich Zundel gemaltes Bild bewunderte, überließ ihr Gerson das Gemälde. Nach der Ermordung Luxemburgs riet Zetkin der Nachlassverwalterin Mathilde Jacob, das Gemälde an Julius Gerson zurückzugeben. Siehe Clara Zetkin an Mathilde Jacob, 21. Februar 1919. In: SAPMO-BArch. NY 4005. Nr. 79. Bl. 45.

17 Jogiches gab gegenüber dem Untersuchungsrichter an, im Krieg zunächst »ein Jahr kaufmännisch auf einem Fabrikbüro gearbeitet« zu haben. (BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 1. Bl. 12, Rückseite.) Im Sommer 1918 war Gerson auf Bitten des BNV-Mitgliedes Hugo Simon sogar bereit, einen Deserteur in seinem Betrieb zu beschäftigen. (Hugo Simon: Seidenraupen [Schreibmaschinenmanuskript]. S. 1284. In: Archiv der Hamburger Arbeitsstelle für Exilliteratur, Universität Hamburg.)

hung ihrer drei Kinder, intensive politische Betätigung – gesundheitlich stark angeschlagen. Um ihr etwas Erholung zu verschaffen und den Kindern eine bessere Ernährung zu bieten, wurde Karl, der damals 13-jährige Sohn von Käte und Hermann Duncker, später auch dessen 7-jähriger Bruder Wolfgang zeitweise bei den Gersons aufgenommen.¹⁸ Käte Duncker lernte bei dieser Gelegenheit Anfang Oktober 1916 die Gersons erstmals persönlich kennen und empfand sofort Sympathie: »Sie stehen ganz auf unserem Boden, sind nette, gebildete Leute.«¹⁹

In der Folgezeit wurden diese Kontakte intensiver und familiärer, auch zwischen den Gersons und Hermann Duncker nach dessen Rückkehr von der Front Ende 1917. Sie dauerten bis mindestens 1919 fort, wobei die Briefe der Dunckers – schon aus konspirativen Gründen – keine Angaben über die Beteiligung Julius Gersons an der illegalen Flugschriftenherstellung enthalten.²⁰ Man kann aber fest davon ausgehen, dass es in den Gesprächen der Ehepaare auch um die illegale Spartakusarbeit und deren finanzielle Unterstützung durch die linken Pazifisten ging. Höchstwahrscheinlich hat es auch direkte Kontakte zwischen Julius Gerson und Leo Jogiches anlässlich der Geldübergaben gegeben, da in Jogiches' Notizen Julius Gerson als »Jul.« bzw. einmal (am 18.2.1918) als »J.« im Zusammenhang mit folgenden Zahlungseingängen²¹ auftaucht:

- 500 Mark am 8.12.1917,
- 500 Mark am 14.1.1918 »(à conto Ly [Lichnowsky-Broschüre])«,
- 800 Mark »(à conto Flbl. [Flugblatt])« am 24.1.1918,
- 615 Mark »(davon 500.- Rest für Ly, 115.- Beilage)« am 31.1.1918,
- 900 Mark »(800.- Matr. + 100.- gesammelt)« am 2.2.1918,
- 1500 Mark »1000 (+ 500. T.)« am 18.2.1918,

18 Käte Duncker an Hermann Duncker, 1 Oktober 1916. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 136. Bl. 4.

19 Ebenda.

20 Ebenda. Nr. 136–141, z. B: Briefe Käte Dunckers an Hermann Duncker, 22. und 27. April sowie 15. Mai 1917. In: Ebenda. Nr. 138. Bl. 53, 72, 138 (K. Duncker hatte jeweils bei den Gersons ihren Sohn Wolfgang besucht und war jedes Mal zu längeren Gesprächen dort geblieben).

21 BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 15. Bl. 16, Rückseite, Bl. 17, Bl. 22 [alles in Hülle mit Kennzeichnung Bl. 8].

also zusammen 4815 M, davon 1000 M für die Lichnowsky-Broschüre. Einmal, im Oktober 1917, ging ein Betrag von 500 M an »J.«, möglicherweise für das »Konto G [Gerson?]«, das einige Male in Jogiches' Notizen auftaucht. Auffällig ist, dass die Geldbeträge von Julius Gerson gerade in der Zeit um den Massenstreik vom 28. Januar bis 5. Februar 1918 an Jogiches übergeben werden, was mit der zitierten Aussage Wittings vom Januar 1918 über die von den linken bürgerlichen Pazifisten gesammelten Gelder korrespondiert. Wie stark Gerson in die Logistik der Streikbewegung vom Januar/Februar 1918 involviert war, zeigt ein Schreiben aus Berlin an Kurt Eisner in München, in dem um Antwort über die dortige Streikbeteiligung an die Telegrammadresse »Pittius cand Berlin« gebeten wird.²² Gerson wurde von der Politischen Polizei als »Geldgeber, resp. Hintermann« für den Vertrieb der Lichnowsky-Broschüre verdächtigt,²³ für einige Tage inhaftiert²⁴, aber in einem Kriegsverfahren am 11. Februar 1918 freigesprochen.²⁵

Mit der Verhaftung von Leo Jogiches am 24. März 1918 war zwar die Verbindung Gersons zu diesem führenden Spartakusmitglied abgebrochen, seine Beziehungen zur Leitung der Gruppe, zu der 1918 beide Dunckers gehörten, wurden aber fortgesetzt. In der Korrespondenz des Ehepaares Duncker werden im Juli und August 1918 Beträge von 100 und 300 Mark erwähnt, die von »Julius« gekommen seien, wahrscheinlich für politische Zwecke, möglicherweise aber auch zur Unterstützung der Dunckers,²⁶ die nach dem Krieg die Verbindung mit Gerson aufrecht

22 BA Berlin. R 3003. C 24/18. Nr. 10. Hülle 48 (darin Bl. 2: Brief vom 30.1.1918).

Als Kurt Eisner Anfang 1918 einen Einschreibbrief an »Pittius« in Berlin abschickte, identifizierte die Politische Polizei in Berlin den Adressaten sofort als Julius Gerson. (Korrespondenz zwischen Untersuchungsrichter Schraub, München und Polizeipräsident Berlin. Abt. V. 17. bzw. 25.5.1918. In: RGASPI. Moskau. F. 528. Op. 2. D. 366. Bl. 214–216).

23 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 16354. Bl. 240 (Polizeibericht Berlin, 8. Februar 1918).

24 Ebenda. Bl. 243.

25 Ebenda. Bl. 71/72 (Abschrift des Kriegsverurteils vom 11. Februar 1918).

26 Käte Duncker an Hermann Duncker, Juli 1918 bzw. Hermann Duncker an Käte Duncker, 3. August 1918. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 141. Bl. 47 bzw. Bl. 62.

hielten.²⁷ Aus all diesen Fakten ergibt sich eine beträchtliche Mitwirkung Julius Gersons an der illegalen Arbeit der Spartakusgruppe.

Arthur Holitscher beschreibt die »Gebrüder G[erson]« bzw. »G« [Julius Gerson] als aktive Mitglieder des Bundes »Neues Vaterland« und großzügige Spender.²⁸ Julius Gersons Villa in Berlin-Dahlem diente den führenden BNV-Mitgliedern häufig als Besprechungsort. Gemeinsam mit der – trotz Verbots einer politischen Betätigung durch die Politische Polizei – weiterhin aktiven früheren Sekretärin des BNV Lilli Jannasch und ihrer Nachfolgerin Elsbeth Bruck war Gerson an der Herstellung und dem Vertrieb der Lichnowsky-Broschüre maßgeblich beteiligt.²⁹ Nach dem Krieg gehörten die Gebrüder Gerson in den 1920er-Jahren zum Vorstand der »Deutschen Liga für Menschenrechte«, der Nachfolgeorganisation des BNV. Julius Gerson konnte 1933 noch rechtzeitig den rassistischen Verfolgungen in Deutschland durch Emigration nach Frankreich entkommen. Dort wurde er 1942 auf die Polizeipräfektur von Nizza bestellt und ist nicht mehr zu seiner Familie zurückgekehrt. Höchstwahrscheinlich wurde er in ein Vernichtungslager deportiert und dort ein Opfer des Holocaust.³⁰

Der Spendensammler Eduard Fuchs

Der am 31. Januar 1870 in Göppingen geborene, in Stuttgart aufgewachsene, den schwäbischen Dialekt seiner Heimat nie ablegende Eduard

27 Hermann Duncker an Käte Duncker, 24. April 1919. In: Ebenda. Nr. 142. Bl. 57.

28 Artur Holitscher: Mein Leben. S. 133 (»die ausgezeichneten, menschlich zuverlässigen Brüder G.«), S. 157 (sein »Dahlemer Freund G.«); siehe auch Erwin Gülzow: Der Bund »Neues Vaterland«. Bd. II. S. 497 (Mitgliederliste).

29 Elsbeth Bruck: Ein Leben für den Frieden. S. 64.

30 Anette Kolb / René Schickele: Briefe im Exil. 1933–1944. In Zusammenarbeit mit Heidemarie Gruppe hrsg. von Hans Bender. Mainz 1987. S. 138, 409f.

Fuchs³¹ war eine für die Sozialdemokratie äußerst ungewöhnliche Persönlichkeit. Nach Betätigung in anarchistischen Kreisen trat er Ende der 1880er-Jahre der SPD (1917 USPD, 1919 KPD) bei und wirkte unter dem Sozialistengesetz an der illegalen Verbreitung der SPD-Schriften mit. Ab 1890 in München, profilierte er sich schnell als kulturell progressiver, experimentierfreudiger und politisch eindeutig links stehender Redakteur der satirischen Zeitschrift »Süddeutscher Postillon« und der »Münchener Post«. Die Satire in Wort und Bild war sein Spezialgebiet. 1900 nach Berlin übersiedelt, konnte er sein künstlerisches Gespür und Engagement, gekoppelt mit großem organisatorischem Geschick, in den Jahren 1901 bis 1907 als Herausgeber der beim Vorwärts-Verlag erschienenen Festschriften der Sozialdemokratie – vor allem zum 1. Mai – beweisen. Auf Parteitagungen dieser Zeit verteidigte er sein modernes Kunstverständnis. Nachdem er aus der Herausgeberschaft der Festschriften hinausgedrängt worden war, widmete er sich verstärkt der Publikation kultur- und kunstgeschichtlicher Bücher, vor allem von Karikaturensammlungen, sowie mehrerer Werke zur Sittengeschichte und gelangte bald zu Wohlstand. Seine Wohnung bzw. ab 1921 sein von Mies van der Rohe entworfenes Haus im gut situierten Vorort Berlin-Zehlendorf barg viele Kunstschatze und vor allem die größte Privatsammlung von Graphiken des französischen Künstlers Honoré Daumier.³²

Parteilpolitisch ist Fuchs seit 1908 kaum mehr öffentlich hervorgetreten, beteiligte sich aber bereits in der Vorkriegszeit mit der ihm eigenen Verve an humanitären Vereinigungen und Aktionen. Gleich nach Kriegsbeginn wurde er Vorstandsmitglied eines Hilfskomitees zur Betreuung russischer Zivilisten und Kriegsgefangener in Deutschland und erhielt für dieses humanitäre Engagement sogar einen Orden für Zivildienst. Wie schon in den Vorkriegsjahren verkehrte der autodidaktische Kunstexperte und hoch gebildete agile Publizist während des Ersten Weltkrieges sowohl in Künstlerkreisen wie in den Salons des linken Bildungs-

31 Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. Sammler, Sittengeschichtler, Sozialist. Stuttgart 1991. S. 13.

32 Ebenda. S. 296–301, 303–306, 342; [Kurzbiographie] Eduard Fuchs. In: Hermann Weber / Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch. Berlin 2004. S. 225f.

bürgertums. Auch bei Treffen der linken Sozialdemokraten von mehr privater Natur war er ein willkommener Gast. Dabei beeindruckte er seine Gesprächspartnerinnen und -partner mit seinem konsequenten Bekenntnis zu den sozialistischen Ideen wie mit seinen Ausführungen zu Kunst und Ästhetik.³³

Auch wenn er in den Vorkriegsjahren und während der Kriegszeit offensichtlich kaum an Parteiversammlungen teilnahm, pflegte Fuchs die Kontakte mit den führenden linken und linksradikalen Sozialisten im kleinen informellen Kreise. Eine enge Freundschaft verband ihn mit Franz Mehring, der ihn zum Verwalter seines geistigen Nachlasses einsetzte.³⁴

Mit dem Ehepaar Duncker sowie mit Karl Liebknecht und seiner Frau Sophie stand er genauso in Verbindung wie mit Rosa Luxemburg und dem ebenfalls zur Spartakusführung gehörenden jungen Vorwärts-Redakteur Ernst Meyer.³⁵ Wahrscheinlich war es Fuchs, der Leo Jogiches schon seit dem zweiten Kriegsjahr als »Privatsekretär und literarische Hilfskraft an einem kulturgeschichtlichen Werk« bis zu seiner Verhaftung beschäftigte.³⁶ Fuchs gehörte damit zu den engsten Vertrauenspersonen der Gruppierung um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ab 1916 Spartakusgruppe, und diente ihr mehrfach als Nachrichtenübermittler im Inland wie im Ausland. Als bekannter international aktiver Kunstsammler und vor allem als führendes Mitglied des Hilfskomitees zur Betreuung russischer Zivilisten und Kriegsgefangener in Deutschland hatte er keine Schwierigkeiten, während der Kriegszeit ins neutrale

33 Hugo Simon: Seidenraupen. S. 926–929, 955–958, 1132; Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. S. 382.

34 Siehe Korrespondenz Eduard Fuchs – David B. Rjasanov, Ende der 1920er-Jahre, zur Herausgabe der Werke Franz Mehrings, einschließlich weiterer Materialien, wissenschaftliche Bearbeitung: August Thalheimer. In: RGASPI. Moskau. F. 71. Op. 50. D. 138; Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. S. 496 (alle Titel der von Fuchs herausgegebenen Mehring-Werke).

35 Siehe Käte Duncker an Hermann Duncker, Mitte Juni 1916 und 16. Juli 1916. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 133. Bl. 349 und Nr.134. Bl. 30/31; Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. S. 382, 392.

36 BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 1. Bl. 12, Rückseite (Aussage Jogiches' vor dem Untersuchungsrichter Holthöfer, 4.5.1918).

Ausland wie 1915 und Anfang 1917 in die Schweiz und im Spätsommer 1917 nach Schweden zu reisen. Dabei ist er wohl jedes Mal im Auftrage der Spartakusführung mit linken Sozialdemokraten, auch mit Radek und den Bolschewiki, in Kontakt getreten und hat Anfang September 1917 an der III. Zimmerwalder Konferenz in Stockholm teilgenommen.³⁷ Da seine Tätigkeit als Kunstsammler und Schriftsteller und sein humanitäres Engagement eine gute Tarnung für die vielen Reisen und Treffen im In- und Ausland abgaben, geriet er während der Kriegszeit nicht in das Fadenkreuz der Politischen Polizei, zumal er offensichtlich seine politischen Aufträge sehr konspirativ ausführte.³⁸

Seine bekannteste Mission für die Spartakusführung spielte sich in der Revolutionszeit ab, als er mit einem Schreiben von Rosa Luxemburg an Lenin und mündlichen Botschaften der Spartakuszentrale Ende Dezember 1918 nach Moskau reiste.³⁹

Als Mitglied des Bundes »Neues Vaterland« beteiligte er sich sowohl an Diskussionen auf dessen Sitzungen⁴⁰ als auch an Gesprächen im

37 In einem Bericht des österreichischen Botschafters in Stockholm vom 7. Oktober 1917 wird Fuchs neben den USPD-Reichstagsabgeordneten Haase, Ledebour, Stadthagen und Hofer sowie [Käte] Duncker auf der »Liste der namhafteren Delegierten, welche an der III. Zimmerwalder Konferenz teilgenommen haben« als USPD-Vertreter aus Deutschland aufgeführt (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien. PA I. Karton 960. Faszikel 9867. Beilage. Unp.), wobei Fuchs offensichtlich nur als passiver Zuhörer beteiligt war.

38 Es gibt für die Kriegszeit weder in den Polizei- noch in den Reichsgerichtsakten Vorgänge über Eduard Fuchs. In den Listen der [Politischen] Polizei Berlin über die in der Stadt und Umgebung wohnenden Pazifisten bzw. »namhaften Vertreter des Radikalismus« ist sein Name nicht enthalten. (Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. 1914–1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. 1914–1918. Bearbeitet von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenschach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz 1914–1918. Weimar 1987. S. 243f., 266–269).

39 Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. S. 386–388, 406f.

40 LA Berlin. Rep. 200. Acc. 2326. Nr. 19. Protokoll einer vertraulichen Versammlung im »Russischen Hof« (Berlin) am 28. August 1915, Bericht Fuchs' – als Diskussionsbeitrag – über seine Eindrücke beim Schweizbesuch.

informellen Kreise mit einzelnen führenden Mitgliedern.⁴¹ Im Frühsommer 1915 besuchte Fuchs im Auftrage des BNV den französischen Pazifisten und Schriftsteller Romain Rolland in Genf,⁴² wobei er höchstwahrscheinlich auch Kontakte zu schweizerischen Sozialisten und zu russischen Genossen aufnahm.

Im BNV galt er als Verbindungsmann zur Luxemburg-Liebknecht-Gruppe.⁴³ Schon 1915 war er für sie als Geldsammler tätig, indem er erfolgreich bei dem BNV-Mitglied und reichen SPD-Genossen Hugo Simon um finanzielle Unterstützung für die Herausgabe des Liebknecht-Flugblattes »Der Hauptfeind steht im eigenen Land!« warb.⁴⁴ Im Joghiches-Notizbuch kann anhand der Einträge über die Einzahlungen von »Ed.« oder »E.« vom März 1917 bis März 1918 nachgewiesen werden, dass Eduard Fuchs bei den linken bürgerlichen Pazifisten kontinuierlich erhebliche Spendenbeträge für die Antikriegsagitation der Spartakusgruppe eingesammelt hat:

- 200 Mark im März 1917 (ohne Tagesdatum),
- 100 Mark am 12.5.1917 mit dem Zusatz »(April)«,
- 50 Mark am 27.5.1917,
- 100 Mark am 5.6.1917,
- 100 Mark am 25.6.1917,
- 250 Mark mit dem Zusatz »(von Konto G.)« im Juni 1917 (ohne Tagesdatum),
- 48 Mark mit dem Zusatz »(Rest)« im September 1917 (ohne Tagesdatum),
- 1500 Mark am 17.10.1917,
- 500 Mark am 5.11.1917,
- 270 Mark mit dem Zusatz »(7.)« [Spartakusbrief Nr. 7] am 10.11.1917,

41 Hugo Simon: Seidenraupen. S. 1190–1192, 1243a, 367f.

42 Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. S. 386; Ernst Reuter [für den BNV] an Romain Rolland, 26. Mai 1915 (Abschrift) mit der Ankündigung von Fuchs' Kommen. In: LA Berlin. Rep. 200. Acc. 2326. Nr. 26.

43 Ebenda. Nr. 24. Unp.; Otto Lehmann-Rußbüldt (Interview durch Harold Hurwitz, Juli 1954).

44 Hugo Simon: Seidenraupen. S. 1207.

- 600 Mark mit dem Zusatz »(für Br. 100 [Lichnowsky-Broschüre?])« am 8.12.1917,
- 150 Mark mit dem Zusatz »für Br.« im Dezember 1917 (undatiert, aber zwischen Eintragungen dieses Monats notiert),
- 1500 Mark am 4.1.1918,
- 1500 Mark mit dem Zusatz »(extra)« am 25.1.1918,
- 1000 Mark am 5.3.1918.

Nicht eindeutig ist die Bedeutung einer Eintragung vom 2.2.1918 »Ed. – 1000.- (für Febr.)«, da das Minuszeichen eigentlich bedeutet, dass der Betrag von Jogiches an Eduard Fuchs ausgezahlt worden ist, die Notiz »(für Febr.)« aber auf eine regelmäßige Einzahlung wie in den vorangegangenen Monaten hindeutet.

Insgesamt hat Eduard Fuchs von März 1917 bis März 1918 eine Summe von 7868 bzw. 8868 Mark (bei Einberechnung der 1000 vom 2.2.1918) für die Antikriegsagitation gesammelt, davon 750 Mark für die Lichnowsky-Broschüre. Wie Julius Gerson hat auch er Geld aus der Jogiches-Kasse erhalten, wahrscheinlich um selbst in Einzelfällen den Druck von Flugschriften zu organisieren, und zwar 150 Mark am 9.6.1917 und 205 Mark am 6.1.1918. Bei letzterem Posten ist durch den Zusatz »(8)« klar, dass der Betrag für den Druck des Spartakusbriefes Nr. 8 vom Januar 1918 gedacht war.⁴⁵

Von Fuchs gingen auch monatlich 200 Mark für Rosa Luxemburgs Ausgaben während ihrer Haftzeit (für die Aufrechterhaltung der Berliner Wohnung und für Zusatzkost) an Mathilde Jacob. Fuchs konnte dabei offensichtlich auf regelmäßige Spenden von Tilla Durieux, der bekannten Schauspielerin und Ehefrau des Kunsthändlers Paul Cassirer, zurückgreifen.⁴⁶ Diese Beträge liefen jedoch nicht im Notizbuch von Jogiches

45 BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 15. Bl. 16–22 (in Hülle mit Kennzeichnung als Bl. 8).

46 Mathilde Jacob an Clara Zetkin, September 1917. In: RGASPI. Moskau. F. 528. Op. 1. D. 1052. Bl. 3. Der Brief ist undatiert, muss aber vom September 1917 stammen, da Mathilde Jacob in einem Schreiben vom 7. Oktober 1917 an C. Zetkin von einem vorangegangenen »ganz langen und ausführlichen Brief« spricht (SAPMO-BArch. NY 4005. Nr. 78. Bl. 80). Tilla Durieux: Eine Tür steht offen. Erinnerungen. Berlin 1965. S. 204f.

auf, der nur seine gelegentlichen Zahlungen an Mathilde Jacob anlässlich ihrer Gefängnisbesuche bei Rosa Luxemburg vermerkte.

Die von Julius Gerson und Eduard Fuchs für die illegale Antikriegsagitation gesammelten Beträge summierten sich auf 13683 Mark. Wahrscheinlich stammen weitere Einzahlungen in Höhe von insgesamt 1640,60 Mark von einem von mir nicht identifizierten »Ottoni« sowie 500 Mark vom »Konto G.« im Juli 1917 ebenfalls aus Pazifistenkreisen, so dass für die Herstellung von illegalen Flugschriften durch die Spartakusgruppe von linken Bürgerlichen insgesamt 15823,60 Mark gespendet wurden. Davon waren 1750 Mark für die Lichnowsky-Broschüre bestimmt.

Doch auch in Arbeiterkreisen kam für den Zeitraum März 1917 bis März 1918 durch Sammlungen in Berlin und im übrigen Reichsgebiet die beachtliche Summe von ca. 6160 Mark für die Spartakusagitation zusammen. Beim Vergleich der beiden Beträge wird allerdings klar, dass die Spartakusgruppe ihre Flugblattherstellung in diesem Umfange ohne die massive finanzielle Unterstützung durch die BNV-Gruppierung nicht hätte verwirklichen können. Andererseits war das Ziel des linksbürgerlichen Pazifisten-Kreises, der »Kampf gegen die Generäle« und die »Unterstützung der Friedensbestrebungen«⁴⁷, nur durch die Spartakusgruppe wirkungsvoll zu realisieren, da die Pazifisten keinen eigenen effektiven Apparat für die Herstellung und den Vertrieb der Flugschriften zur Verfügung hatten. Das besondere Verdienst von Eduard Fuchs besteht darin, dass er zusammen mit Julius Gerson – in dauernder enger Verbindung mit dem Spartakusführer Leo Jogiches – kontinuierlich, mindestens in dem vom Jogiches-Notizbuch abgedeckten Zeitraum März 1917 bis März 1918, mit einer Steigerung zum Januarstreik 1918, die finanzielle Grundlage für die Herstellung der Spartakusflugschriften abgesichert hat, jedenfalls zu einem beträchtlichen Teil. Dieser wichtige Beitrag Eduard Fuchs' zur Antikriegsarbeit der Spartakusgruppe und des Pazifistenkreises um Richard Witting wurde bisher mangels entspre-

47 Siehe oben, Anm. 6.

chender Quellen weder in der ausführlichen Eduard-Fuchs-Biographie von Ulrich Weitz noch in anderen relevanten Publikationen gewürdigt.⁴⁸

Nach der Verhaftung von Jogiches Ende März 1918 konnte Fuchs gleich Anfang April 1918 durch die wichtigste Assistentin der Spartakusführung Mathilde Jacob wieder für die Beteiligung an der illegalen Arbeit gewonnen werden.⁴⁹ Aus den Quellen geht jedoch nicht sicher hervor, ob er dabei erneut als Spendensammler tätig wurde. Auf jeden Fall wirkte er in den Monaten vor der Novemberrevolution und in den Revolutionstagen im Umkreis der Spartakusführung weiterhin an der politisch-organisatorischen Arbeit mit. Beispiele sind der Empfang für den amnestierten Karl Liebknecht Ende Oktober 1918 in der Russischen Botschaft und der aus technischen Gründen gescheiterte Versuch, Rosa Luxemburg nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis in Breslau am 8./9. November 1918 in einem Armeelastwagen nach Berlin zu bringen.⁵⁰ Nach der Rückkehr von seiner Moskauer Mission Anfang 1919 beteiligte sich Fuchs einige Zeit an der Arbeit des westeuropäischen Büros der Komintern, gehörte – zusammen mit mehreren linksbürgerlichen Mitgliedern des BNV (ab 1922 Deutsche Liga für Menschenrechte) – zum Vorstand der von ihm 1923 mitbegründeten »Gesellschaft der neuen Freunde Russlands«, wirkte maßgeblich an der Gründung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main mit und baute in Berlin im Zusammenhang damit ein sozialwissenschaftliches Archiv auf. Von der von ihm geplanten Herausgabe des Gesamtwerks Franz Mehrings konnte er in den Jahren 1929 bis 1933 nur sechs von zwölf Bänden und zusätzlich die Karl-Marx-Biographie realisieren. Dies ist nur ein Teil seiner vielfältigen politischen, publizistischen und humanitären Aktivitäten, die er nicht einschränkte, als er 1928 die KPD verließ und zur KP(O) überging. Um als Sozialist und Jude den Unterdrückungsmaßnah-

48 Ulrich Weitz schildert ausführlich Fuchs' politische Aktivitäten im Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit, erwähnt aber nicht seine Rolle als Spendensammler. (Siehe Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. S. 386–389, 392f., 398–401, 406–408.)

49 Ottokar Luban: Die »innere Notwendigkeit mithelfen zu dürfen«. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale. In: IWK. 29 (1993). H. 4. S. 445f.

men der Nazis zu entgehen, floh er 1933 über die Schweiz nach Paris. Dort starb er wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag am 26. Januar 1940.⁵¹

Die weitere Zusammenarbeit nach dem Januarstreik 1918

Auch nach der Beendigung des Munitionsarbeiterstreiks am 5. Februar 1918 gingen noch Geldspenden aus Pazifistenkreisen bei Jogiches ein, und zwar am 18. Februar 1918 von »J. 1000.- (+ 500 T.)« sowie am 5. März von »Ed. 1000«. Offenbar wollten der fast immer zweckoptimistische Spartakusführer Jogiches wie auch die linksbürgerlichen Spender für den Fall eines erneuten Auflebens der Massenaktionen die finanzielle Grundlage für eine intensive Flugschriftenagitation gesichert wissen.⁵² Doch die Verhaftung von Jogiches und seiner Helfergruppe Ende März sowie die anschließenden umfangreichen Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden legten den gesamten Propagandaapparat der Spartakusgruppe lahm. Erst Anfang Mai 1918 fand sich ein Nachfolger für Jogiches, und zwar der als Soldat desertierte Arbeitersekretär Karl Schulz. Die Aushebung der Spartakusdruckerei im Juni 1918 und die Verhaftung von Schulz zusammen mit zwei Helfern Mitte August 1918 unter Beschlagnahme des Spartakus-Adressenmaterials verhinderten jedoch bis Anfang Oktober 1918 den Wiederaufbau einer effektiven Herstellungs- und Vertriebsorganisation.⁵³ Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass nach der Verhaftung von Jogiches noch weiterhin größere Geldsummen aus Pazifistenkreisen an die Spartakusgruppe übermittelt wurden. Vor allem stand mit der ab Ende April 1918 eingerichteten russisch-bolschewisti-

50 Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. S. 393, 400.

51 Ebenda. S. 409–425.

52 Bei der Verhaftung der Jogiches-Helfer-Truppe wurden Tausende von Flugblättern, der Druckstock der illegalen Zeitschrift Spartacus Nr. 8 und bei Jogiches 1.931 M beschlagnahmt. (Polizeibericht vom 3. April 1918, in: BA Berlin. R 3003. C 83/18. Nr. 18. Bl. 5–7).

53 Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). Ergänzungen zu ihren politischen Biographien. In: IWK. 31 (1995). H. 3. S. 328f.

schen Botschaft in Berlin ein anderer großzügiger Geldgeber zur Verfügung. Doch selbst diese Geldquelle konnte wegen des desolaten Zustandes der Spartakusorganisation und des dadurch bedingten Fehlens von Vertriebsmöglichkeiten für Flugschriften nur wenig genutzt werden, wie der russische Botschafter Joffe mehrfach nach Moskau berichten musste.⁵⁴

Als dem im November 1914 gegründeten Bund »Neues Vaterland« Anfang 1916 von den Militärbehörden jede weitere Tätigkeit untersagt worden war, fanden weiterhin – überwiegend im Rahmen privater Zusammenkünfte in den »Salons« der wohlhabenden Pazifisten – Besprechungen statt. Im linken Pazifistenkreis traten nun jedoch zeitweise Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit zu Tage, z. B. als die von Hugo Simon vorgeschlagenen Solidaritätsadressen für Karl Liebknecht und den ersten Verbreiter der Lichnowsky-Broschüre, den inhaftierten Hauptmann von Beerfelde, von der Gruppierung abgelehnt wurden.⁵⁵ Unter dem Einfluss Wittings wurde der BNV-Kreis spätestens Ende 1917 aktionsbereiter.⁵⁶ Doch eine Reihe von staatlichen Repressionsmaßnahmen in den ersten Monaten des Jahres 1918 übten auf die linksbürgerlichen Pazifisten eine stark einschüchternde Wirkung aus: das Kriegsverfahren am 11. Februar 1918 gegen Julius Gerson (auch wenn es mit einem Freispruch endete), die monatelange Inhaftierung von Jogiches und seinen Helfern, die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens gegen Fürst von Lichnowsky und seine Vernehmung Ende März 1918, auch Vorhaltungen aus dem Vorstand der Nationalbank gegenüber Witting mit nachfolgenden Angriffen der Konservativen im Hauptausschuss des Reichstages gegen ihn.⁵⁷ Witting, der bis zum Januarstreik 1918 eine

54 Joffe an das russische Außenministerium, o. D. [vermutlich 7. oder 8. Mai 1918], Joffe an Lenin, 1.–6. Juni 1918, Joffe an Lenin, 24. Juni 1918. In: A. A. Joffe und die russische Außenpolitik 1918. Eingeleitet, übersetzt und kommentiert von Dietmar Wulff. In: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte. 1995/1. S. 232 f. bzw. ebenda. 1995/2. S. 236f., 259.

55 Hugo Simon: Seidenraupen. S. 1276–1279.

56 Hans Peter Hanssen: Diary of a Dying Empire. S. 254 (Tagebuch, 6.1.1918).

57 LA Berlin. A Pr. Br. Rep. 030. Nr. 16354. Bl. 269–272, Rückseite, Bl. 463; BA Berlin. R 3003. 106/18. Nr. 5. Bl. 29 (Abschrift des Vernehmungsprotokolls), Bl. 34f. (Abschrift eines Berichtes von Witting für das Auswärtige Amt).

dominierende, vorwärtstreibende Rolle im internen BNV-Zirkel eingenommen hatte, zog sich nunmehr stark aus der pazifistischen Arbeit zurück.⁵⁸

Nichtsdestoweniger wurden die Kontakte zwischen den führenden Personen der beiden politischen Gruppierungen nach der Verhaftung von Jogiches fortgesetzt. Mit Susanne Leonhard wurde im Sommer 1918 eine aus dem linkspazifistischen Lager stammende Person in die Arbeit der Spartakuszentrale einbezogen, ihr wurden sogar die Kontaktadressen der Anhänger anvertraut.⁵⁹ Die junge Mathematikstudentin, geboren 1895, hatte an der Universität Göttingen eine »Freistudentengruppe« gegründet und dort die Spartakusflugschriften bekannt gemacht. Im Juli 1918 stand ihr Name auf der Liste der Referentinnen und Referenten der Deutschen Friedensgesellschaft. Nach dem Wechsel an die Berliner Universität im Frühjahr oder Sommer 1918 war sie – wahrscheinlich über Mitglieder des Berliner BNV-Kreises – mit der Spartakusgruppe in Kontakt gekommen.⁶⁰

In den vorrevolutionären Monaten trübten sich die Beziehungen zwischen den Angehörigen der Spartakusgruppe und einem Teil der BNV-Anhänger. Bei privaten Zusammenkünften, auf denen u. a. Hermann Duncker, Fuchs, die Gersons sowie auch russische Sozialisten vertreten waren, kam es zu äußerst kontroversen Diskussionen über die Politik der Bolschewiki.⁶¹ Fuchs verteidigte mehrfach die russischen Genossen bei Begegnungen mit Hugo Simon und prophezeite dabei den bevorstehenden Umsturz in Deutschland unter Führung Karl Liebknechts.⁶² Nach Simon lehnte ein beträchtlicher Teil des engeren BNV-Kreises die bolschewistische Politik ab, vor allem eine Umsetzung der sozialistischen

58 Artur Holitscher: *Mein Leben*. S. 131f.

59 Ottokar Luban: *Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918)*. S. 328f.

60 Susanne Leonhard: *Einleitung zu: dies. (Hrsg.): Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges*. Frankfurt a. M. 1968. S. II–VIII; *Liste der Referentinnen und Referenten der Deutschen Friedensgesellschaft*. In: BA Berlin. R 1501. Nr. 12296. Bl. 30.

61 Siehe Briefe Hermann Dunccker an Käte Duncker, 11. und 13. Juli 1918. In: SAPMO-BArch. NY 4445. Nr. 141. Bl. 12f., Bl. 21f.

62 Hugo Simon: *Seidenraupen*. S. 1367f.

Ziele in Deutschland.⁶³ Auch Holitscher beobachtete Ähnliches: »Die Radikalität des russischen Beispiels stand drohend am östlichen Horizont, Sozialisierung und Preisgabe des bürgerlichen Wohlstandes erweckten Furcht und Widerstand.«⁶⁴

Für die Monate vor der Novemberrevolution 1918 kam eine ähnlich intensive Zusammenarbeit zwischen der Spartakusgruppe und dem BNV-Kreis wie bei der Vorbereitung und Durchführung des Munitionsarbeiterstreiks trotz der weiterhin bestehenden Kontakte nicht mehr zustande. In die Vorbereitungen für einen Aufstand, den die »Revolutionären Obleute« zusammen mit einzelnen Vertretern der linken USPD und – ab Ende Oktober 1918 – unter Einbeziehung von Angehörigen der Spartakusführung betrieben, waren die linksbürgerlichen Pazifisten überhaupt nicht involviert. Zwar kam es in den 1920er-Jahren mehrfach zur Kooperation von Kommunisten, Sozialisten und linken Bürgerlichen bei einzelnen politischen und humanitären Unternehmungen bzw. Vereinigungen. Aber die zwischen linksradikalen Sozialdemokraten und linksbürgerlichen Pazifisten praktizierte quasi revolutionäre Koalition für einen Massenstreik zur Herbeiführung von Frieden und Demokratie im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges blieb eine einmalige Episode.

63 Ebenda. S. 1274–1276.

64 Artur Holitscher: Mein Leben. S. 133.

Abkürzungsverzeichnis

AsD. Bonn	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
BA Berlin	Bundesarchiv Berlin.
IISG. Amsterdam	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenes (Internationales Institut für Sozialgeschichte). Amsterdam.
LA Berlin	Landesarchiv Berlin.
Komintern	Kommunistische Internationale.
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands.
KP(O)	Kommunistische Partei(Opposition).
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands. (In der Geschichtsschreibung häufig gebrauchte Abkürzung für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD - nach der Spaltung im April 1917, zur deutlichen optischen Abgrenzung gegenüber der zur gleichen Zeit gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – USPD , obwohl die SPD selbst die Bezeichnung MSPD nicht verwendete.).

- RGASPI. Moskau
Rossijskij Gosudarstvennyj archiv sozial'no-polititečkoj Istorii (Russisches Staatliches Archiv für sozial-politische Geschichte). Moskau.
- SAPMO-BArch.
Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Berlin.
- SDAPR
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands.
- SDKPiL
Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauen.
- SPD
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- USPD
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- ZK
Zentralkomitee.

Abgekürzte Literatur

- BzG:** Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin.
- DuM. Bd. 1. Juli 1914 – Oktober 1917:** Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914-1945. Bd.1. Juli 1914 – Oktober 1917. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. 2. durchgesehene Aufl. Berlin 1958.
- GB 5:** Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Band 5. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Leitung der Redaktion: Annelies Laschitza, Günter Radczun. 2. Auflage. Berlin 1987.
- GB 6:** Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Hrsg. von Annelies Laschitza. Berlin 1993.

- GW 1/1:** Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band 1. 1893–1905. 1. Halbband. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Wissenschaftliche Betreuung der 8. Auflage: Annelies Laschitza. 8. überarbeitete Auflage. Berlin 2007.
- GW 1/2:** Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band. 1. 1893–1903. 2. Halbband. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Wissenschaftliche Betreuung der 7. Auflage: Annelies Laschitza. 7. überarbeitete Auflage. Berlin 2000.
- GW 2:** Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band 2. 1906 – Juni 1911. 6., überarbeitete Auflage. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. Wissenschaftliche Betreuung der 6. Auflage: Annelies Laschitza. 6. überarbeitete Auflage. Berlin 2004.
- GW 4:** Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band. 4. August 1914 bis Januar 1919. Hrsg. von der Rosa Luxemburg Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. Wissenschaftliche Betreuung der 6. Auflage: Annelies Laschitza. 6. überarbeitete Auflage. Berlin 2000.
- IWK:** Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin.

Personenindex

- Anspach, Erich 184
- Baake, Curt 154
- Balabanova, Angelica (auch Balabanoff, Angelica) 219
- Barth, Emil 148, 150, 152, 155–162, 166f., 169
- Bebel, August 15–17, 22
- Beck, Else 180, 184
- Becker, Hans 184
- Beerfelde, Hans Georg von 303
- Beims, Hermann 140
- Bernstein, Eduard 18, 59
- Bernstein, Helene 202
- Berti, Giuseppe 241f., 257, 259f., 277
- Blumenthal, Paul 142, 148, 152
- Boucaille 158
- Breitscheid, Rudolf 83, 242, 277, 279
- Brandler, Heinrich 241, 262, 264, 268, 275, 277
- Brandt, Willy 276
- Brauser, Wilhelm 158
- Bratman-Brodowski, Stefan 40
- Brupbacher, Fritz 267–272, 278, 281
- Brupbacher, Paulette 268, 279f.
- Bruck, Elsbeth 291, 294
- Bucharin, Nikolai 241, 261, 263, 267, 276f., 284
- Budich, Willi 180, 185, 191
- Busse, Martha 185
- Cassirer, Paul 224, 242, 299
- Cohen, Adolf 139, 145
- Cohn, Oscar 83, 160f., 249
- Crispien, Artur 230
- David, Eduard 54, 56f.
- Däumig, Ernst 64, 74, 86, 88, 101, 112, 157, 161, 163, 165, 166
- Daumier, Honoré 295
- Dißmann, Robert 145
- Dittmann, Wilhelm 15, 60, 83, 125, 291
- Dohlus, Horst 46
- Dorrenbach, Heinrich 75, 77, 82
- Duncker, Hedwig 185, 243, 246, 250, 254, 257
- Duncker, Hermann 37, 53, 60, 72, 91, 108, 130, 141, 164, 173, 175, 181, 192, 241, 243–246, 248–257, 275f., 281, 284, 291–294, 296, 304
- Duncker, Karl 256, 276

- Duncker, Käte 36f., 53, 60, 72, 91,
108f., 130, 141, 144, 147, 173, 175,
181, 192, 235, 241, 244f., 248–250,
256, 275f., 278–284, 291–294,
296f., 304
- Duncker, Wolfgang 250
- Durieux, Tilla 299
- Eberlein, Hugo 25, 41, 53, 109, 175,
192, 230
- Ebert, Friedrich 21, 65, 69–72, 74,
76, 79–84, 86–88, 91, 93, 97, 99f.,
102, 104, 107–109, 113–115, 154,
222, 225
- Eichhorn, Emil 64, 69–75, 100,
102, 106, 121
- Einstein, Albert 252
- Eisner, Kurt 153, 293
- Engels, Friedrich 15, 17
- Fernbach, Eugen 175, 202
- Fernbach, Wolfgang 86f., 174f.,
192, 194, 202
- Fischer, Richard 121
- Frank, Ludwig 120
- Franke, Otto 185, 190, 192
- Frölich, Paul 38–40, 210, 241, 264–
266, 268, 275, 277, 281
- Fuchs, Eduard 6, 8, 41, 151, 206,
234f., 242, 286, 290, 294–302, 304
- Ganzer, Karl 185
- Gerlach, Hellmut von 288f.
- Gerson, Julius 6, 8, 151, 153, 183,
286, 290–294, 299f., 303f.
- Gerson, Martin 291
- Gorbatschow, Michail S. 49
- Gräf, Philipp 185
- Gramsci, Antonio 6, 240f., 258
- Grieco, Ruggiero 258
- Grimm, Robert 232
- Groener, Wilhelm 140f.
- Gröhl, Karl (später Retzlaw) 152,
185
- Gumbel, Emil 282
- Haase, Hugo 59f., 75, 84, 91f., 125,
129f., 132, 140, 142f., 147, 154f.,
169, 175, 249, 291, 297
- Hanssen, Hans Peter 288, 303
- Harder, Ferdinand 185
- Hartmann, Carl Fritz Hermann
186
- Heckert, Fritz 152
- Heilmann, Ernst 154
- Herrmann, Joachim 46
- Herz, Jenny 219
- Herzfeld, Joseph 136, 148
- Hilferding, Rose 280
- Hilferding, Rudolf 65, 242, 277,
279
- Hindenburg, Paul von 140f.
- Hitler, Adolf 175, 202, 270, 272f.,
283
- Hoch, Gustav 55–57
- Hoffmann, Adolph 131, 142
- Holitscher, Arthur 288f., 294, 304f.
- Humbert-Droz, Jenny 258
- Humbert-Droz, Jules 241, 257–260

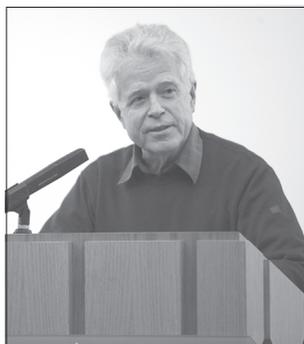
- Jacob, Mathilde 6, 8, 37, 87, 110,
161, 174f., 196–228, 233f., 238,
246f., 255f., 265, 291, 299–304
- Jacob, Harry 199
- Jannasch, Lilli 294
- Jeetze, Martha 186
- Jens, Walter 220
- Jezierska, Fanny (später Fanny
Thomas-Jezierska) 6, 8, 240–
285
- Joffe, Adolf A. 159f., 160, 163f., 303
- Jogiches, Leo 25, 36–38, 41, 49, 53,
58, 62, 64, 72, 83–85, 87, 89–91,
101, 107, 109f., 115, 125, 147f.,
151–153, 155f., 161, 173–175, 177,
179f., 183, 193f., 196f., 199, 202–
212, 216, 222, 225–227, 230, 234–
236, 238, 241, 243, 246, 250, 286,
290–293, 296, 298–304
- Jung, André 158
- Kahlert, Käthe 186
- Kahlert, Max 186
- Karski, Julian (Journalistenname
für Julian Marchlewski) 53, 55,
175, 193, 198f., 210, 223
- Kautsky, Felix 282
- Kautsky, Hans 212
- Kautsky, Karl 15, 17, 55, 57, 59, 83,
121, 211f., 229, 242, 291
- Kautsky, Luise 211f., 248, 291
- Kerenski, Alexander 253
- Koch, Friedrich 186
- Köhnke, Wilhelm 186
- Kollontai, Alexandra 242, 244
- Korolenko, Wladimir 37, 224
- Krüger, Emil 180, 186, 191
- Kühl, Elisabeth 186
- Kühl, Max 180, 186
- Lange, Toni 187
- Laub, Elias 187, 282
- Ledebour, Georg 64, 71, 74, 77, 79–
81, 83, 86, 88, 93, 106, 109, 112f.,
115, 131, 135f., 142f., 147–149,
157f., 163, 175, 248, 275, 278f.,
282, 297
- Ledebour, Minna 278
- Lemmgen, Wilhelm 80f.,
- Lensch, Paul 121
- Lenin, Wladimir I. 5, 12, 19, 26f.,
29–32, 35, 37, 39–47, 88, 101f.,
115, 159f., 163, 238, 240, 253, 257,
261, 297, 303
- Leonhard, Susanne 187, 285, 303
- Leow, Willy 187
- Levi, Paul 26f., 36, 47, 71–73, 79,
83–85, 90f., 93, 106, 108–111, 115,
164, 175, 192, 195, 205, 209, 216–
219, 223, 225, 227, 250, 256
- Leviné, Eugen 86f., 250
- Lichnowsky, Karl Max, Fürst von
252, 287–289, 292–294, 299f., 303
- Liebknecht, Karl 6, 36, 43, 53–56,
58, 71f., 74, 77f., 80f., 83–85, 89–
96, 101, 103, 106–115, 125, 129–
133, 135–137, 141, 143, 160, 163–
166, 172f., 175, 178f., 185, 192, 195,
198, 200, 203f., 217, 224f., 227,
230–232, 238, 240–242, 244f., 247,
278, 285f., 296, 298, 301, 303f.

- Liebknecht, Sophie (Sonja) 41, 72,
161, 225, 234, 243
- Liebknecht, Robert 285
- Liebknecht, Theodor 203, 209, 227
- Liebknecht, Wilhelm 57
- Litwinow, Maxim M. 257
- Lurje (d. i. Larin) 254f.
- Luxemburg, Rosa 5–8, 11f., 18–
72, 76, 81–90, 93f., 96–108, 110f.,
114–127, 129, 132, 134, 137, 147,
151, 164f., 170, 172f., 175f., 178,
180, 193, 196–205, 208–214, 216–
218, 220–227, 229–233, 235–238,
240f., 243, 246–248, 254–256, 266,
278f., 286, 291, 296–301
- Malzahn, Heinrich 78, 112
- Manuilski, Dmitri S. 241, 261,
263f., 284
- Marchlewski, Julian Balthasar
(Journalistenname Karski) 53,
55, 175, 193, 198
- Marx, Karl 15, 301
- Max von Baden, Prinz 165, 168f.,
- Mehring, Eva 250–252
- Mehring, Franz 36, 43, 53, 55f.,
125, 129, 136f., 173, 175, 193, 195,
197–199, 203f., 210, 223f., 230–
232, 234, 241, 248, 250–252, 278f.,
291, 296, 301
- Meyer, Ernst 53, 72, 90, 109, 112,
144, 175, 193, 206, 248, 263f., 268,
297
- Michalski, Wilhelm 187
- Miljutin, Dimitrij A. 159
- Minster, Carl 158
- Müller, Richard 76f., 95f., 101, 112,
134–136, 138f., 143–146, 148–152,
156f., 166f.
- Müller, Wilhelm 180, 187, 191
- Münzenberg, Willi 278
- Neumann, Heinz 284
- Nicolaevsky, Boris 256, 260f.,
263f., 277–281, 283f.
- Nicolai, Georg F. 251f.
- Norden, Albert 45
- Noske, Gustav 91f.
- Notz, Friedrich 129
- Oelßner, Fred 28, 44
- Ohlhof, Fritz 59
- Ohnesorge, Otto 187
- Ossietzky, Carl von 217
- »Ottoni« 300
- Pabst, Heinrich 211, 218f.
- Papen, Franz von 270
- Peggau, Bruno 158
- Peters, Bruno 142, 144, 152, 180,
187, 192
- Pfemfert, Franz 251
- Pieck, Wilhelm 44, 53, 72–80, 82–
86, 89–97, 101, 106–109, 112, 114,
161f., 175, 193, 209
- Pieser, Robert 187
- Pietsch, Pauline 188, 192
- Price, Lisa 257, 272–275
- Price, Philips 257, 272, 274, 278
- Radek, Karl 27, 71f., 88, 91, 100f.,
104, 106, 108, 115, 160, 198, 255f.,
297

- Rahmenführer, Ferdinand 188
 Rakow, Hans 152, 188
 Ravera, Camilla 258
 Reez, Anna 188
 Richter, Helene 188
 Riesenfeld-Jeziarski, Sophie 273
 Rolland, Romain 298
 Rosenbaum, Martha 234
 Rosenberg, Walter 188
 Rosenfeld, Kurt 64, 212, 223
 Rosenstiel, Richard 179, 188, 191
 Rück, Fritz 152, 236
 Rühle, Otto 129, 251
 Ruben, Regina 228
- Scheidemann, Philipp 69–72, 74,
 76, 79–84, 86, 88, 91, 93, 97, 99f.,
 102, 104, 107–109, 113–115, 134,
 154, 222, 225
- Schlater, Ferdinand 188
 Schlicke, Alexander 145
 Schmidt, Max 188
 Schnellbacher, Fritz 152
 Scholze, Paul 77f., 80, 109, 115, 142
 Schulz, Karl 161f., 174f., 184, 187,
 193, 250, 302
- Schulz, Willi 261
 Sieg, Friederike 188
 Singer, Paul 227
 Simon, Hugo 241f., 244, 252, 274,
 291, 296, 298, 303f.
- Stadthagen, Arthur 61, 297
 Stahlberg 79
 Stalin, Josef W. 6, 27f., 42–44,
 240f., 260, 262–264, 266, 268,
 283f.
- Stein, Alexander 198, 241f., 244
 Steinbring 158
 Stučka, Pjotr 159
 Stücklen, Daniel 121
- Tasca, Angelo 241f., 258f., 263,
 267–269, 277f., 283
- Thalheimer, August 6, 64, 72,
 198f., 227, 236, 240f., 262, 264,
 268, 275, 277, 296
- Thalheimer, Berta 174f., 193, 199
 Thalheimer, Clara 188
 Thälmann, Ernst 28, 44, 262–264,
 266
- Thimme, Hans 289
 Thomas, James 241, 256, 274
 Togliatti, Palmiro 241, 260, 262f.
- Tschëidze (Tschchëidze), Nikolai
 253
- Turnau, Laura 248
- Uebe, Johannes 189
 Urban, Martha (Medi) 211, 221
- Vogtherr, Ewald 142
- Wagner, Alfred 152, 179, 189, 191
 Wagner, Paula 189
 Walcher, Jacob 152, 237, 250, 275
 Walecki, Henryk 38–40
 Walz, Eduard 165
 Warski, Adolf 27, 38, 266
 Wels, Otto 167f.,
 Westmeyer, Friedrich 230
 Wijnkoop, David 158
 Winguth, Fritz 210f., 218f.

- Winguth, Trude 219
Wittenberg, Johann 189
Witting, Richard 287–289, 293,
300, 303
Wolfstein, Rosi (später Rose Frö-
lich) 264–266, 275, 277, 281, 285
Wurm, Mathilde 180, 277
Zetkin, Clara 6, 27, 36–38, 43, 53,
56, 58, 60, 64, 99, 108, 110, 119,
125, 129, 173, 175, 193, 196f., 200,
206–209, 212–215, 217, 221f., 225–
227, 229–241, 246f., 251, 264–267,
291, 299
Zetkin, Kostia (oder Costia) 54f.,
202, 206, 225, 275, 279, 281, 285
Zietz, Luise 64, 83, 146
Zirkel, Max 179, 189–191

Über den Autor



(Foto Michael Jänicke)

Ottokar Luban, geb. 1937 in Berlin, 1956–1960 Studium an der Pädagogischen Hochschule Berlin-Lankwitz (Hauptfach: Geschichte), Lehrertätigkeit in Berlin-Wedding, 1966–1968 Zusatzstudium PH Berlin-Lankwitz (Sonderpädagogik), 1969–1971 Studium an der Freien Universität Berlin (politische und Erziehungswissenschaften). Tätigkeit als Sonderschullehrer in Berlin-Wedding und Berlin-Tempelhof, unterdessen pensioniert.

Veröffentlichungen zur Geschichte der linken Arbeiterbewegung. Schwerpunkt 1900–1920. (Ehrenamtlicher) Sekretär der *Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft*.

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE

Heft 1: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2. korrigierte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 53 S. ISBN 978-3-89819-272-9.

Heft 2: Rosa Luxemburg Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. (Manuskriptdruck) Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 123 S. ISBN 978-3-89819-273-6.

Heft 3: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 230 S. ISBN 978-3-89819-170-8.

Heft 4: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 131 S. ISBN 978-3-89819-269-9.

Heft 5: Annelies Laschitza: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 109 S. ISBN 978-3-89819-274-3.